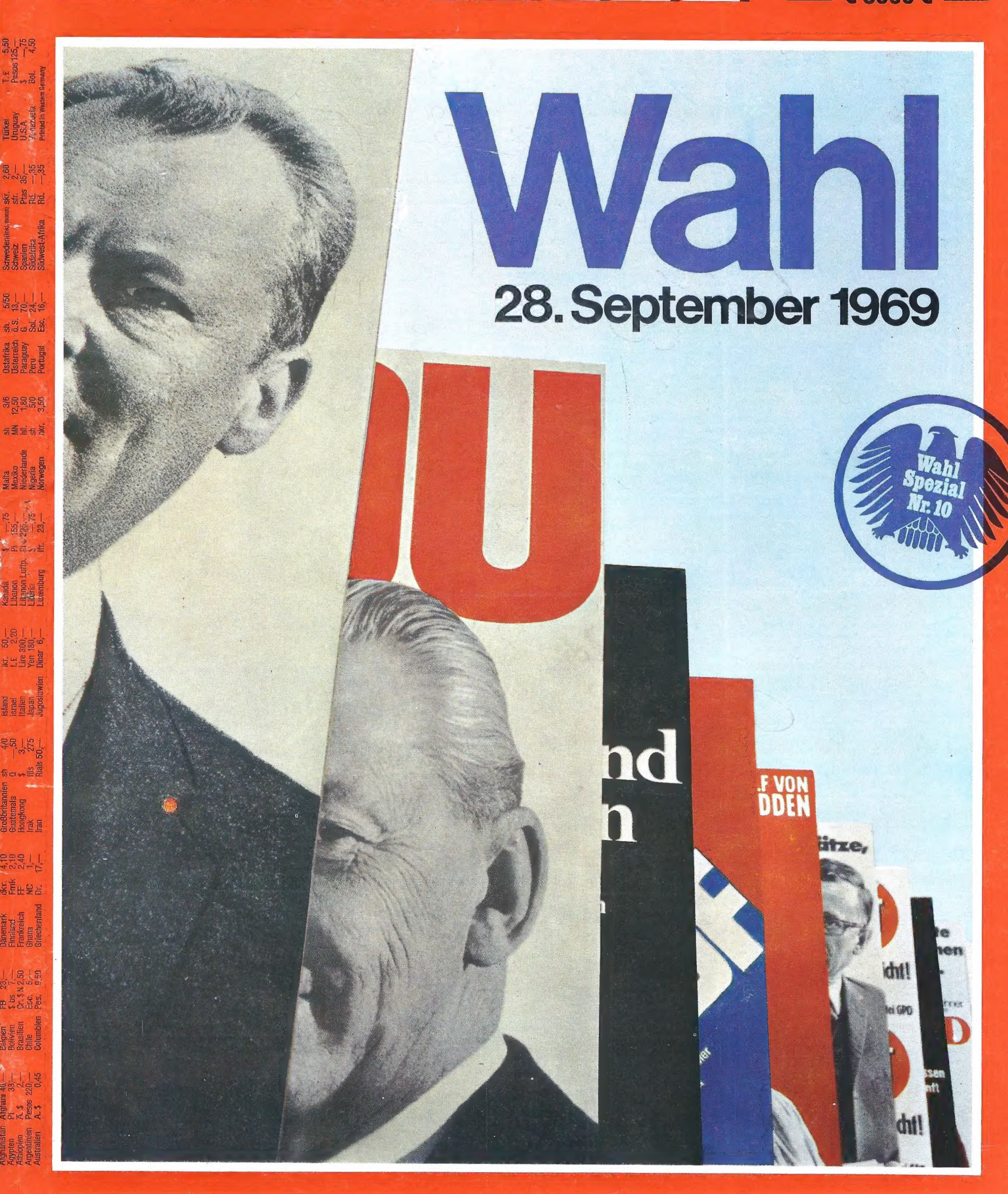
DER SPIEGEL

22. SEPTEMBER 1969 · NR. 39
23. JAHRGANG · DM 1,50
INCL. MEHRWERTSTEUER
C 6380 C



EXTRA LEICHT

(und doch herzhaft!)

MILD KÖNIGSFORMAT

20 FILTER CIGARETTEN KRONE

D. KRONE DES GESCHMACKS

Simon Arzt

KRONE

IM RAUCH NIKOTINARM

TRADITION UND FORTSCHRITT

Krone des Geschmacks

im Rauch nikotinarm

KR 910

IN DIESEM HEFT

Finale



Die Wahl am Sonntag könnte zum erstenmal einen Machtwechsel in Bonn bringen (Seite 25). Aus der letzten Wahlkampf-Phase berichtet der SPIEGEL über die Kampagne des Vertriebenen-Chefs Rehs (Seite 49) und die neue Diskussionsbereitschaft der Wähler (Seite 52), über die ADF (Seite 57), prominente Juristen im Wahlkampf (Seite 99) und die Behinderung von Wahlwerbung in Gefängnissen (Seite 54). Weitere Wahlthemen: Für wen die Apo stimmt (Seite 50), wie die Schüsse auf NPD-Gegner in Kassel fielen (Seite 111), warum die CDU Karate-Spezialisten als Ordner einsetzte (Seite 108).

In der nächsten Woche

ist der SPIEGEL mit Berichten und Kommentaren zum Ergebnis der Bundestagswahl

ab Dienstag

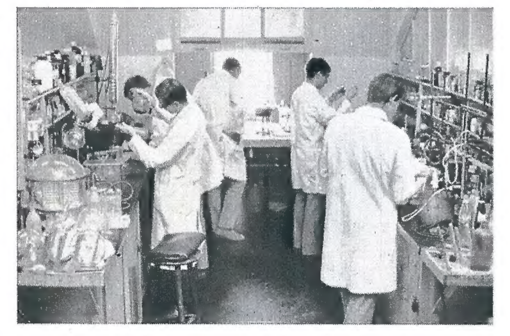
in der Bundesrepublik im Einzelhandel erhältlich.

Abonnenten erhalten den SPIEGEL ebenfalls ab Dienstag

SPIEGEL-Verlag

Forscher-Bilanz mit roten Zahlen — Seite 70

Von 10 000 Amerikanern sind 25 Wissenschaftler, von 10 000 Westdeutschen nur sechs: Der Rückstand wird in den nächsten Jahrzehnten noch größer werden. In der Bundesrepublik werden zuwenig Physiker, Chemiker und Techniker ausgebildet, und auch diese wenigen oft nur unzulänglich. Junge Forscher klagen über schlechte Arbeitsbedingungen — viele wandern nach Amerika aus: Die neue Folge der Hochschulserie.


Chemie-Labor in der Universität Frankfurt

K 70 von VW — Seite 210



Prototyp des K 70

Der K 70 soll rollen. Über 120 Millionen Mark investierte das VW-Werk, um den von NSU entwickelten und von VW zunächst gestoppten Mittelklassewagen nun doch zu bauen. Der Wagen (Leistung: 90 PS, Höchstgeschwindigkeit: 160 km/h) soll im Spätsommer 1970 auf den Markt kommen. Es ist das erste VW-Produkt mit Frontantrieb und Wasserkühlung.

INHALT

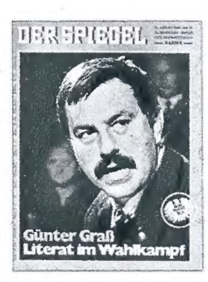

Jahrelang
wurde versucht,
Männer so glatt
zu rasieren.
(Die neuen Remington haben's fast geschafft.)
Die neuen superscharfen RE-10-Schermesser,
mit denen jetzt alle Remington-Rasierer ausgerüstet sind, rasieren
gründlicher und hautschonender.
Gründlich: Die äußerst glatte Schneide (wie bei Rasierklingen)
hat den Effekt der Klingenrasur.
Hautschonend: Die polierten Endkanten (an Messern und
Scherkopf-Schlitzen) und dazu ein neuer Silikon-Überzug auf den
Innenmessern sind ein wirkungsvoller Schutz gegen Hautreizungen.
Auf zur Proberasur — zur streichelsanften Tiefenrasur!
Die neue Remington-Serie
Netzgeräte:
Remington 100 (empf. Preis 49 DM)
Remington 200 Deluxe (empf. Preis 79 DM)
Remington 300 Deluxe (empf. Preis 93 DM)
Batteriegeräte:
Remington GT (Festpreis 36 DM)
Remington Cord/Cordless 500 (Festpreis 109 DM)

Datum: 22. September 1969 Betr.: Wahl Spezial

„Vom SPIEGEL selbst", schrieb im vergangenen Monat „Der Sozialdemokrat", „vom SPIEGEL selbst wäre zu wünschen, dass er im Interesse einer umfassenderen Orientierung der Staatsbürger und deren selbständiger Meinungsbildung auch die seiner Ansicht widersprechenden Wertungen stärker berücksichtigt, wenn er sich in einer bestimmten Hinsicht engagiert." In einer bestimmten Hinsicht? Die Titelgeschichte der vorletzten Ausgabe des „Volkswirt", Überschrift „Augsteins Wahlkampf", kommt zum Resultat: „Noch ist nicht abzusehen, wie dem SPIEGEL diese eindeutige Parteinahme (für die SPD) bekommen wird." Der „Bayernkurier", Wahrheit, Wahrheit über alles, wusste neulich: Die „Ablösung Brandts durch Schiller soll in einer der nächsten Ausgaben des SPIEGEL politologisch und wahlkampftaktisch begründet werden". Die „Westdeutsche Rundschau" ertappte futu-









„Wahl Spezial"-SPIEGEL über Kandidaten, Vermögen, Grass, Aufwertung









Bodenspekulation, Frauenwahl, Kiesinger, Brandt

rologische Ambitionen: „Der SPIEGEL sagte als Wahlresultat des 28. Septembers eine Bundesregierung mit Bundeskanzler Brandt und Aussenminister Scheel voraus."

Will sagen: Die Monatsschrift „Sozialdemokrat", die Wochenschriften „Volkswirt" und „Bayernkurier", die tägliche „Westdeutsche Rundschau", Wuppertal, lesen aus dem SPIEGEL heraus, was ihnen nicht gefällt - und hoffentlich tut das auch der SPIEGEL-Leser. Ihm sind, diese Ausgabe eingeschlossen, in zehn „Wahl Spezial"-Heften Indizien und Argumente für Missfallen vom SPIEGEL gesammelt und mitgeteilt worden, Titelgeschichten über präfabrizierte Bundestagskandidaturen, über Vermögensbildung, Aufwertung, Bodenwucher und Frauenvotum, über die Wahlkämpfer Grass, Kiesinger und Brandt, dazu SPIEGEL-Gespräche mit den Protagonisten des 28. September, Porträts und Wahlkolumnen schierster Meinung. Einige Leser haben ihre Sorge formuliert, der SPIEGEL mache neuerdings für die SPD (oder FDP oder ADF oder Apo) Propaganda. Aber wenn die „Wahl Spezial"-SPIEGEL als Propaganda aufgefasst werden konnten, so werden sie doch wohl der SPD oder FDP oder ADF oder Apo nicht geschadet haben?



Seit man sich bei IRUS mit Beinen befaßt, vom Knie an abwärts, geht's

aufwärts

Das hat seinen Grund, einen beruflichen. IRUS kreiert Schuhmode; modisch elegante, jugendlich freche, ausgeprägt sportliche, einfarbig und vielfarbig, mit flachem und mit hohem Absatz. Eines ist jedoch allen gleich: Die tadellose Paßform.

1967 waren es noch 6700 Paar pro Tag, heute sind es 10000 Paar Damen- und Herrenschuhe, die Tag für Tag die fünf IRUS-Fabriken verlassen.

Ein Erfolg, der ansporNT.

IRUS nicht die größte deutsche Schuhfabrik, aber eine der ganz großen

Wir meinen es gut mit unseresgleichen, darum empfehlen wir

IRUS



IRUS-Schuhfabriken
6308 Butzbach/Hessen
Postfach 220
Telefon: (06033) 4083

BRIEFE

SO SCHÖN

(Nr. 37/1969, Kiesinger)

Mit Kiesinger als Lokführer sicher in die 70er Jahre. Für diese rasante Talfahrt: Hals- und Beinbruch; vor allem für die SPD im Schlafwagenabteil.

Hückeswagen (Nrdrh.-Westf.) ERNST DITTRICH

Kiesinger sprach in Singen und Überlingen, die als CDU-blamagesicher galten. Es verlor bei der nachfolgenden Kommunalwahl der jeweilige „todsichere" CDU-Kandidat (61 beziehungsweise 60 Jahre) gegen den SPD-Kandidaten (36 beziehungsweise 31 Jahre). Das sind Zeichen! Wie steht es so großschreiberisch an den Plakatwänden: AUF DEN KANZLER KOMMT ES AN.

Frankfurt EKKEHARD FAHR

Auf *den* Kanzler kommt es an?

Hamburg KLAUS T. LEMBERG



Aus „Stern"

Lächerlich ist es, wenn der Schönredner Kiesinger (vor den Wahlen) von sogenannten Reformen spricht. Tatsache ist, daß die CDU/CSU 20 Jahre lang nahezu alle geschäftsverändernden, notwendigen Reformen verhindert hat. Wer allerdings Reformen verhindert, holt die Revolution ins Haus — und ist damit eigentlich Urheber einer gewaltsamen Umstrukturierung.

Berlin A. PORZIG

Was keine CDU-Broschüre und kein Kiesinger-Biographie à la Klaus Hoff (Ullstein) geschafft hat, das haben Sie, Herr Augstein, erreicht. Sie ewiger Don Quichotte der Nachkriegsgeschichte haben mir nicht nur Franz Josef Strauß durch die Schmutzigkeit Ihrer neurotischen Attacken sympathisch gemacht. Das gleiche ist Ihnen nun auch mit dem Mitläufer Kiesinger passiert.

Fürth (Bayern) PETER HERZOG

Es lebe Kurt Kiesinger und seine Mannschaft! Sie lebe hoch, hoch und nochmals hoch. Nach dem gehässigen SPIEGEL-Artikel gegen den deutschen Bundeskanzler kann man jetzt erst recht nur hoffen und wünschen, daß die CDU/CSU mit der absoluten Mehrheit in den neuen Bundestag kommt.

Eschborn (Hessen) J. F. WILHELM HÖRNICKE

Übrigens: Wer CDU wählt und meint, Kiesinger zu wählen, wählt die Katze im Sack (vergleiche 1965).

Münster (Nrdrh.-Westf.) ROLF DECHMANN cand. phil.

Adenauer hatte recht: Der eignet sich ebensowenig zum Kanzler wie Erhard.

Hamburg CHRISTIAN URHAMMER

... eben nur ein Kanzler - Darsteller und als solcher von Vorstellung zu Vorstellung ausgebuht.

Jever INGO RICKMERS

In dem Bericht über die Wahlkundgebungen des Bundeskanzlers in Nummer 37 des SPIEGEL wird behauptet, der Kanzler sei in Jever von einer Tomate getroffen worden. Tatsächlich hat während der recht ruhig verlaufenen Kundgebung in Jever niemand mit Tomaten geworfen. Demnach wurde der Kanzler von keinem Wurfgeschoß getroffen.

Wilhelmshaven FELIX VON ECKARDT*

Daß der Bundeskanzler beim Verlassen der Wahlveranstaltung in Jever mit Tomaten beworfen wurde, bestätigte als unmittelbarer Augenzeuge ein Sicherheitsbeamter aus Kiesingers Begleitung. Der Kanzler beschied die Demonstranten: „Seid froh, daß ich euch dafür keine Ohrfeige gegeben habe." — Red.

Sie verstehen es, hinterhältig Gegenwahlpropaganda zu machen, indem Sie einfach ein lebensgetreues Bild auf der Titelseite bringen und damit den Photographierten demolieren. So geschah es dem schönen Kurt Georg, der da als alter, müder, dahindösender Spießbürger mit angerötetem Wein-Näschen und Alters-Wärzchen durch die CDU-Umrahmung blickt. Interessant wäre,

* CDU-MdB, langjähriger Regierungssprecher Konrad Adenauers.

festzustellen, wieviel Stimmen von über die abgeblätterte Schönheit enttäuschter Frauen ihn dieses Konterfei kosten wird.

Lugano (Schweiz) HEIDI WICKI



SPIEGEL 37/1969

Wer diesen Kiesinger sieht, kann Beate Klarsfeld verstehen.

Köln KLAUS D. JASPERS

Unsere traditionelle schweizerische Neutralität sollte mich, eigentlich, zu schweigen verpflichten — trotzdem muß ich feststellen, daß ein Mann wie Kiesinger eher eine Ohrfeige als eine so wichtige Stelle in der Bundesrepublik verdient.

Biel-Bienne ERIC PETITPIERRE

MENSCH UND TIER

(Nr. 36/1969, Strauß-Wahlkampf und -Gespräch; Nr. 37/1967, Apo in Bamberg)

Ihre Berichterstattung über die Straußschen Wahlreden und die entsprechenden Reaktionen der Bevölkerung in Rheinpreußen ist sehr objektiv, vielleicht etwas zu mild ausgedrückt. Als ehemaliges Mitglied der CDU (Junge Union) bin ich entsetzt darüber, wie weit sich diese Partei von den Prinzipien ihres Gründungsaufrufes entfernt hat. Wenn man die Reaktionen und Entgleisungen des „Finanzen-Sepps" auf die Zurufe der ehrlich empörten Zuhörer vernimmt, so glaubt man, einem Thadden-Kasperltheater zuzuhören.

Eine Freude aber ist es für uns, die wir unsere Jugendzeit in der „Schule der Nation" Hitlers verbrachten, wenn wir feststellen, daß unsere heutige Jugend weit davon entfernt ist, diesem modernen Rattenfänger der CDU nachzulaufen.

Meinerzhagen (Nrdrh.-Westf.)
H. J. AHRENBERG

Daß Strauß zu keiner fairen Diskussion fähig ist, erweist erneut sein Ausspruch in Oberstdorf gegenüber einem Kritiker seiner Rede: „Ich hoffe, daß Ihnen der Kuraufenthalt nützt, obwohl Oberstdorf nicht der richtige Ort für Dachschäden ist." Solche vul-

gären Sprüche zeigen, welch Geisteskind Strauß ist.

Nürnberg XAVER FORSTER

Ihr anscheinend zum SPIEGEL-Alltag gehörendes Gekläff gegen Strauß kann man nur so kommentieren: Wie können kleine Fische nur so stinken?

Seelze (Nieders.) GÜNTER RÖTTGERING

Des SPIEGEL abgrundtiefe und augsteinharte Haßliebe zu diesem einzigen deutschen Politiker im Europaformat führt von Interview zu Interview kontinuierlich zu Franz Josefs endgültiger Aufwertung.

Esslingen (Bad.-Württ.) FRANZ ULRICH GASS

Zum SPIEGEL-Gespräch mit Strauß: Der Mann hat vor dem Parlament gelogen; wer garantiert, daß es bei ihm nicht notorisch ist?

Hamburg GEORG DOBERSTEIN

Endlich weiß ich es ganz genau. Es wird in Bonn mit zweierlei Maß gemessen beziehungsweise geschrieben. Sagt doch Strauß in Ihrem Gespräch: „Sie müssen zwei Dinge auseinanderhalten. Das erste ist der nicht nur protokollarisch feierliche, sondern ernstgemeinte Verzicht auf die Durchsetzung politischer Ansprüche mit Gewalt ..." Es gibt also bei Strauß einen Unterschied zwischen ernstgemeinten und anderen Entschlüssen. O armes Deutschland, wenn du dich einmal von solch einem Schwätzer leiten lassen mußt.

Waiblingen (Bad.-Württ.) HARTMUT HAAS

Fast rührend Ihre Versuche, Franz Josef Strauß zu einem Bekenntnis seiner Kanzler-Ambitionen zu bewegen. Dabei hat er sie ja zu Beginn des Gesprächs mit Ihnen zumindest indirekt zugegeben. Ich zitiere: „Diese Vermutung (über die Hängematten-Demonstration im Kabinett) begründet gegen mich den Vorwurf, daß ich weniger Geduld hätte als der Bundeskanzler Kiesinger und deshalb in einem wesentlich geringeren Maße über eine Haupteigenschaft verfüge, die für einen Kanzler unentbehrlich ist."

Mülheim (Nrdrh.-Westf.) WOLFGANG NIES

Zwischen der gewollten Verharmlosung seiner Ansichten und dem sonst von ihm gepflegten Tonfall klafft ein credibility-gap. Irgendwo zwischen „Bayernkurier" und dem Interview ist der wahre Strauß. Aber wo? Beunruhigende Ungewißheit ...

Genf (Schweiz) THOMAS BINDER

Er ist und bleibt ein Gewaltmensch.

Wiesbaden KARL LINNMANN

Was ist der dicke Strauß doch für ein trauriger Gummilöwe! Da will



Seit 82 Jahren bauen wir Telefonanlagen.

Viele sagen, Tradition ist ein Hemmschuh für moderne Entwicklung. Nicht für DeTeWe. Wir ruhen uns nicht auf dem Erreichten aus. Wir planen weiter. Entwickeln. Orientieren uns am Markt. Rationalisieren. Bei uns. Bei Ihnen (wenn es um Fernmeldetechnik geht). Sehen Sie, dabei helfen uns die 82 Jahre Erfahrung.

Unsere kleinste Anlage ist der telemat 1. Eine Amtsleitung + 2 Sprechstellen. Nach oben hin ist keine Grenze.
DeTeWe-Anlagen sind schnell, sicher, zuverlässig. Für den Service gilt das gleiche. Sie merken eben: 82 Jahre Erfahrung. Wir möchten gern, daß Sie noch mehr über DeTeWe wissen. Dafür der Coupon.

De Te We

**Deutsche Telephonwerke
und Kabelindustrie AG**

1 Berlin 36 · Wrangelstraße 100 · Ruf 0311/61 00 41

COUPON

Ich möchte gern wissen, wie meine Kollegen, mein Chef oder ich selbst aussehe. Beim Telefonieren (hi-hi-hi). Und natürlich etwas über De Te We.

569

Deutschlands starker Mann also im rabenschwarzen Aachen sprechen und bringt es in einer Kundgebung seiner eigenen CDU nicht zu einem einzigen Satz! Zweihundert Kommunisten, Rocker und Kriminelle können dem wortgewaltigen Herrn Bundesminister das Maul stopfen! Und die feigen CDU-Brüder stehen daneben und wagen nicht, das rote Gesindel aus dem Saal zu hauen.

Da geht's bei uns in der NPD doch etwas anders zu! Was meinen Sie, wie wir mit denen fertiggeworden wären! Immer hinein in die aufgerissenen Bolschewikenschnauzen, und wenn sie dann laufen, noch einen Tritt in den Arsch, damit sie in hohem Bogen hinausfliegen.

München FRANZ NEUGEBAUER

Warum darf man eigentlich von Leuten, die sich wie Schweine benehmen, nicht sagen: Sie benehmen sich wie Schweine?

Man wird ja noch fragen dürfen.

Düsseldorf KARL KNOOP

Das „Tier-Zitat" unseres nicht geschätzten Finanzministers ist keine Entgleisung eines ansonsten lauteren Mannes. Das Zitat demaskiert eine Gesinnung, die innerhalb deutscher Grenzen auf eine überzeugende Tradition verweisen kann. Gestern waren es Juden, heute sind es Studenten und „Linke".

Stuttgart INGRID MEYER



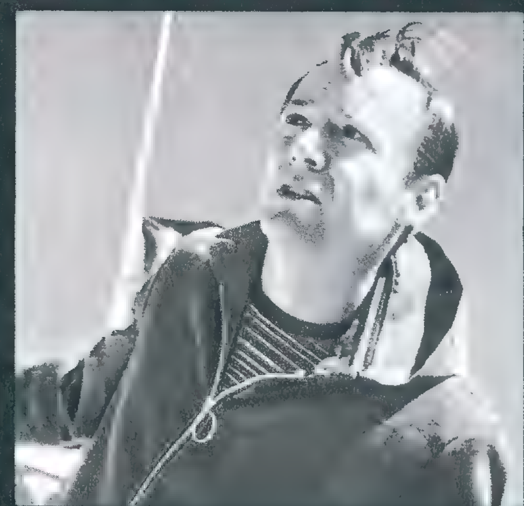
Pardon

„Wünschen Sie die Polizei oder gleich die Abdeckerei?"

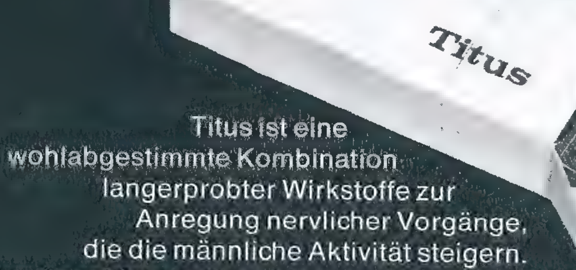
Nach den deprimierenden Äußerungen des Herrn Strauß und nach der Lektüre Ihres Versuches der Klarstellung der Ereignisse in Bamberg (SPIEGEL 37/1969) kann ich mir fast keine schlichtere Widerlegung und keine wirkungsvollere Bloßstellung der Straußschen Geisteshaltung vorstellen als dieses Christus-Zitat aus G. Guareschis „Don Camillo und Peppone":

Titus für unsere aktivsten Männer...





...weil von ihnen am meisten gefordert wird.



nur 2 Kapseln täglich
32 Kapseln DM 11,85
nur in Apotheken

Titus ist eine
wohlabgestimmte Kombination
langerprobter Wirkstoffe zur
Anregung nervlicher Vorgänge,
die die männliche Aktivität steigern.
Titus beseitigt darüber hinaus wirksam nachlassende Leistungsfähigkeit,
schnelle Ermüdung und Nervosität.

Titus – für aktive Männer

Als mein Vater die Welt schuf, unterschied er sehr genau zwischen Tieren und Menschen. Das bedeutet, daß die Menschen immer Menschen bleiben, was sie auch tun mögen, und daß sie infolgedessen als Menschen zu behandeln sind. Wenn dem nicht so wäre, wäre es dann nicht viel einfacher gewesen, sie zu vernichten, anstatt auf die Erde herunterzukommen, um sie zu erlösen, indem ich mich kreuzigen ließ?

Freiburg HANS-JÜRGEN KELLERMANN

HINTER DEN KULISSEN

(Nr. 37/1969, ZDF unter Parteibeschuß)

Fast raubt es einem auch den letzten Rest Zutrauen in unsere Staatsform, mitanzusehen, wie die staatstragenden Parteien mit näherrückendem Wahltermin mehr und mehr die demokratischen Spielregeln außer acht lassen und aus panischer Angst vor Stimmenverlusten, also in ureigenstem Interesse, die Meinungsfreiheit der Fernsehjournalisten — erst Merseburger, jetzt Schröder und Löwenthal — einzuschränken versuchen. Von seiten der CDU ist diese Taktik nicht überraschend, man nimmt sie mit einem Achselzucken hin. Daß nun aber auch FDP und vor allem SPD kräftig mitmischen, wird manchem zu denken geben. Man fragt sich, ob es überhaupt noch Sinn hat, sich für seine Entscheidung am 28. September den Kopf zu zerbrechen. Kommt nicht doch alles auf dasselbe heraus?

Düsseldorf PETER BLECHSCHMIDT

In Ihrer Ausgabe vom 8. September finde ich mich wie folgt zitiert: „Überzeugung zu haben, das ist Ihr gutes Recht. In jeder Zeitung können Sie diese Überzeugung ungeschminkt vertreten, aber eben nicht im Deutschen Fernsehen.“ Dieser Satz aus der „Panorama“-Diskussion vom 27. August ist zwar korrekt zitiert, aber leider in einen ebenso falschen wie irreführenden Zusammenhang gestellt. Die entsprechende Passage meiner Äußerung gegenüber Herrn Merseburger begann nämlich: „Sie vergessen immer wieder, daß wir uns in keiner Weise gegen Kritik wenden, wenn sich Kritik auf vorher objektiv vorgestellte Tatbestände stützt.“ Nachdem ich dies an einem Beispiel klargemacht hatte, hieß es dann weiter, man könne zwar in jeder Zeitung, aber nicht im Fernsehen eine Sache „völlig einseitig aus (seiner) politischen Überzeugung her darstellen“.



Kraske *

Mit der reichlich eigenwilligen Behandlung meines Zitats bestätigen Sie, allerdings ohne es zu wollen, meine These: Als ein Nachrichtenmagazin, das seine Hauptaufgabe zur Zeit of-

* Bundesgeschäftsführer der CDU und MdB.







Infrastruktur
(machen Sie sich einmal mit einem Fremdwort vertraut)

Wenn man Arbeitsplätze schafft in Industrie, Handel und Gewerbe. Wenn man dazu die passenden Wohnungen baut, Schulen, Krankenhäuser, Kinderheime, Theater, Einkaufszentren, Vergnügungsstätten, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude, und das ganze durch gute Verkehrswege und Verkehrsmittel erschließt, das nennt man die Herstellung einer guten „Infrastruktur". Infrastruktur deshalb, weil alles, was zum besseren Leben gehört, sinnvoll aufeinander abgestimmt ist. Die Neue Heimat Städtebau schafft gute Infrastruktur in Städten, zentralen Orten, in ländlichen Bezirken und in ganzen Regionen.



größtes Städtebau- und Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik. Zu den Hauptaufgaben gehören Stadt- und Dorferneuerung und die Strukturverbesserung ganzer Regionen – Schaffung der baulichen Umwelt für eine moderne, weltoffene und demokratische Gesellschaft.

Neue Heimat
Städtebau- und Wohnungsunternehmen
2 Hamburg 22, Lübecker Str. 1

...lieber besser leben

fenkundig in der Unterstützung der SPD sieht, kann Ihnen niemand verwehren, CDU-Politiker jeweils so zu zitieren, daß der ohnehin voreingenommene Leser sie für bösartig oder schwachsinnig halten muß. Jeder, der daran Anstoß nimmt, kann ja einen Leserbrief schreiben oder Ihr Blatt abbestellen. Vom Deutschen Fernsehen als einer Anstalt des öffentlichen Rechts würde ich dagegen dringend erwarten, daß es meine Äußerungen nur dann kritisiert, wenn es seinem Publikum diese Äußerungen vorher objektiv und unverfälscht zur Kenntnis gebracht hat.

Bonn DR. KONRAD KRASKE

Die Tendenz des Artikels, daß Vertreter aller Parteien versucht hätten, auf zwei meiner Redaktionen unberechtigten Einfluß zu nehmen, ist unzutreffend. Als bekannt darf wohl unterstellt werden, daß das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Bundesrepublik letztlich ein Parteiensystem ist und daß alle Parteien, insbesondere in Wahlzeiten, Einfluß zu nehmen versuchen (wie andere gesellschaftliche Gruppen auch), mal elegant, mal weniger elegant. Ob das zuweilen bis an den Rand der Legalität oder auch einmal darüber hinaus geht, wie häufig gefragt wird, ist nicht leicht zu entscheiden, weil dieser Rand so schwer erkennbar ist und dazu die Eigenschaft hat, von verschiedenen Augen verschieden gesehen zu werden.



Dietrich *

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich in 23 Berufsjahren als Rundfunk- und Fernsehjournalist niemals Mitglied einer politischen Partei war, weil ich unverdrossen der vielleicht altehrwürdigen und sicher diskussionswürdigen, aber in den großen westlichen Demokratien dominierenden Theorie auch in der Praxis huldige, wonach ein Journalist als treuhänderischer Beobachter und Kritiker auch formal unabhängig sein sollte.

Wiesbaden WOLF DIETRICH

Wer tut den nächsten Schritt? Vielleicht fordert demnächst die ADF die Absetzung des Wetterberichts, weil ein „Tiefausläufer aus dem Osten" zu erwarten ist.

Bonn REINHARD WINTERBERG

NICHT ETWA, DOCH WOHL

(Nr. 37/1969, Rundfunk)

Da die Sendereihe „Versuche über Deutschland" zur Wahlkampfzeit augestrahlt wird, hatte ich dafür ge-

* Chefredakteur im Zweiten Deutschen Fernsehen.

GS 4/69

Die Gillette: So zärtlich, weil nackter Stahl nie die Haut berührt.

Natürlich ist auch die Gillette aus Stahl.

Aus hochwertigem, feinkörnigem Chromstahl.

Aber er berührt nicht Ihre Haut.

Denn die Schneide der Gillette ist von einer molekülfeinen Plastikschicht überzogen.

Sie können diese Schicht nicht sehen, aber Sie fühlen es sofort:

Die Gillette rasiert sanfter als Stahl. Leicht geht sie durch den Bart — und schonend über die Haut. Es ist ein wundervolles Gefühl!

Versuchen Sie die Gillette: Jeder Mann braucht doch etwas Zärtlichkeit.

Warum nicht auch beim Rasieren?



Gillette Super Silver

rasiert sanfter als Stahl.

sorgt, daß mir die Manuskripte vor der Produktion vorgelegt werden. Dies geschieht auch bei anderen Programmbeiträgen, und es besteht hier — schon zeitlich — überhaupt kein Zusammenhang mit den Beschwerden des Bremer CDU-Parteivorstandes über einzelne andere Sendungen unseres Programms.

Der für die SPD-Wahlwerbung in der Sendereihe „Wer ist wer?“ verantwortliche Redakteur Dr. Matthias Becker hat — ohne jeden äußeren Druck, ausschließlich nach meiner Absprache mit ihm — lediglich die redaktionelle Verantwortung abgegeben, bevor die CDU überhaupt wußte, daß er für diese Sendungen zuständig war. Ein Kopf ist weder verlangt worden, noch würden wir einer solchen Forderung nachkommen. Es sollte auch nicht etwa die hauptsächliche Aufgabe der Sendereihe sein, Autoren aus der DDR zu beteiligen, auch wenn es eine der ursprünglichen Ideen gewesen ist. Selbst wenn diese Beteiligung nicht gelang, die schließlich auch eine politische Tatsache unseres Versuches ist, dürfte die Bedeutung dieser sich mit gesamtdeutschen Problemen befassenden Sendereihe doch wohl nicht gering sein.


Heimendahl *

Bremen DR. ECKART HEIMENDAHL

VIELMEHR FINGIERT

(Nr. 36/1969, Briefe)

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß der im SPIEGEL vom 1. September auf den Seiten 12 und 13 veröffentlichte, mir zugeschriebene Leserbrief „Drei Teile“ nicht von mir stammt, vielmehr fingiert ist. Ferner gehöre ich nicht dem zitierten „Österreich-Institut“ an.

Wien DR. ALBERT MASSICZEK

FALSCH PROGRAMMIERT

(Nr. 31 und 35/1969, Serie, Lehrer)

Wenn tatsächlich nicht die wirklich Leidtragenden die Schulkinder wären, müßte man sich, schadenfroh die Hände reibend, als zynischer Beobachter abseits stellen, die ganze Lehrer- und Schulmisere bis zum endgültigen Zusammenbruch dieses Schulsystems beobachten und hoffen, daß dann endlich etwas gemacht und nicht nur gesprochen und gestümpert wird.

Riegel (Bad.-Württ.) WOLFRAM BECHERER
Hauptlehrer

Das wird kein Ende nehmen. Wann kommt das Bundeskultusministerium?

Hannover WERNER WANSEL

* Programmdirektor von Radio Bremen.

Die Lehrermisere von heute wird die Nachwuchsmisere von morgen sein (und schon nicht mehr die von übermorgen). Von Ausfall von Schulstunden, chronischem Lehrermangel und anderen Kalamitäten liest man täglich in der Tagespresse. Dies kann nicht mehr eine Frage abstrakten Interesses bleiben, sondern dürfte wohl die vordringlichste Aufgabe des neuen Bundestages werden, wenn wir uns nicht in weiteren zehn Jahren wirklich unter die Entwicklungsländer rechnen wollen.

Lüdenscheid (Nrdrh.-Westf.)
DR. MED. BAUER-HACK

So ist es im ganzen Bundesgebiet; der Lehrermangel — zumal an Gymnasien — ist akut. Jährliches Defizit (an Gymnasiallehrer-Nachwuchs): durchschnittlich 5000. Den wahren Grund hierfür wagt aber niemand zu nennen, nämlich die „Demokratisierung“ der Schulen, die nach 45 eingesetzt hat! Es sind eben nicht mehr genügend Gymnasiasten bereit, „sich einmal so auf der Nase herumtanzen zu lassen, wie sie es sich bei ihren Lehrern haben leisten dürfen“. Man wünscht sich ein besseres Arbeitsklima als jenes, das heute an den Schulen anzutreffen ist.

Berlin
DR. OTTO SCHMIDT

Die Schüler werden schon „falsch programmiert“ durch die autoritären Erziehungsmethoden auf unseren Gymnasien. Die jungen Kollegen sind falsch programmiert durch Universitäts- und Seminarausbildung. Wie kann dieser Circulus vitiosus durchbrochen werden? Hoffnung versprechen die jungen Studenten, die demonstrativ die Seminare besetzen. Es wird aber lange dauern, bis sich die progressiven Kräfte durchgesetzt haben werden.

Neumünster (Schl.-Holst.)
JOHANNES ARPE
Oberstudienrat

Wen darf es wundern, daß Studenten im Hörsaal mißmutig in Novalis-Anklängen (schlagt die Germanistik tot, färbt die Blaue Blume rot) Bänke bekritzeln, während der Ordinarius eine Vorlesungsstunde über „Das Motiv des Brunnens von C. F. Meyer“ im Wolfgang-Kayser-Sound flötet.

Kreuzwertheim (Bayern)
MANFRED A. SCHNEIDER
stud. phil.

Sie schreiben, daß künftige Studienräte für das Fach Deutsch allesamt Alt- und Mittelhochdeutsch lesen, „und hören meist über Heinrich Böll kaum ein Wort“. Wer daran zweifelt, der lese in dem Buch „... der jungen Leser wegen — Tatsachen, Meinungen, Vorschläge“, herausgegeben von dem in Mainz lebenden Schriftsteller Hans Peter Richter im Pädagogischen Verlag

Schwann, Düsseldorf 1965. Dort schreibt er unter anderem:

Eines Abends waren meine Frau und ich ausgegangen. Während unserer Abwesenheit klingelte der Fernsprecher. Wir haben drei schulpflichtige Töchter. Die mittlere nahm den Hörer ab. Heinrich Böll meldete sich. Das Gespräch war nur kurz. Doch stolz erklärte die Zehnjährige am nächsten Morgen ihrem Klassenlehrer, sie habe mit Heinrich Böll gesprochen. Der junge Lehrer wußte nicht, wer Heinrich Böll ist. Enttäuscht berichtete unsere Tochter dieses Erlebnis beim Mittagstisch. Wir staunten. Unser Staunen regte die Jüngste, die Achtjährige an, sich den Vorfall auszuborgen und ihrer Lehrerin als „selbsterlebt" vorzutragen. Die – ebenfalls junge – Lehrerin sagte, sie habe den Namen schon einmal gehört, aber Heinrich Böll sei kein bekannter Schriftsteller. Unser Staunen wuchs. Das machte die Älteste neugierig; sie ist zwölf Jahre alt, und sie fragte nunmehr ihre Klassenlehrerin. Diese – Deutschlehrerin an einer höheren Schule – behauptete: Heinrich Böll sei ihr unbekannt. Alle drei Erlebnisse erzählte ich einer mir bekannten Volksschullehrerin aus dem Bundesland, in dem Heinrich Böll beheimatet ist. Sie lächelte ungläubig. Wenige Augenblicke später mußte ich erfahren, daß sie keine Ahnung hatte, wer Günter Graß ist.

Hannover FRIEDRICH KARL

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Verantwortlicher Redakteur für Titelgeschichte, Bonn: Dr. Alexander von Hoffmann; für Scheel-Interview, Konjunktur, Landwirtschaft: Leo Brawand; für Kandidaten, Apo, Wahlen, Meinung, Parteien, DDR, Kriegsverbrechen, Wahlkampf, Jugendliche: Dr. Wolfgang Malanowski; für Kemper-Interview, Affären, Arbeitskampf, Vetter-Interview: Klaus Kröger; für Hochschul-Serie: Klaus Franke; für Werbung: Dieter P. Grimm; für Sport: Hans-Joachim Nesslinger; für Diplomatie, Südkorea, Brasilien, Tschechoslowakei, China, Israel, Jugoslawien, USA, England: Heinz Lohfeldt; für Frankreich, Schweden, SPIEGEL-Gespräch: Wolfgang Gust; für Manager, Automobile: Rudolf Glismann; für Kuba-Serie: Dr. Gerd Rockel; für Theater, Film, Schallplatten, Kunst, Musik, Fernsehen: Felix Schmidt; für Bücher, Verlage: Rolf Becker; für Kirche: Dr. Helmut Gumnior: für Forschung, Raumfahrt, Gesellschaft, Mode: Rolf S. Müller; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Panorama: Ariane Barth; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Gisela Schröder-Ernst; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich 2 Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße). Nachrichtendienste: UPI, AFP, Newsweek, New York Times

Dokumentation: Jürgen Bergeder, Armin Dirks, Dr. Renate Dunkel, Elke Eichhorn, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Almuth Fölsing, Dr. Iris Hamel, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Werner Heine, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Leonore Lohse, Elke Martin, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Klaus Müller, Friedhelm von Notz, Uwe Paulsen, Dorothea Peters, Uwe Reisner, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Werner Siegert, Robert Spiering, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Alfred Wüste; Leitung: Heinz Klatte. Stellvertreter: Walther von Schultzendorff. Bildbeschaffung: Frank Böhm, Helmut Wolff, Ingrid Ziegler

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 27a vom 1. Juli 1968 • Verantwortlich für Anzeigen: Alfred E. Wissmann, 2 Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße • Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. (0311) 1 38 51, Telex 183 867 • 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 36 05 53, Telex 8 582 737 • 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 28 90, Telex 413 009 • 8 München 8, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (0811) 44 44 56, Telex 524 601 • 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11, Tel. (0711) 29 58 65/66, Telex 722 673

ALTERS-TRICK. Nach der Wahl soll statt des sechsten deutschen Bundestags erst einmal der fünfte Bundestag zusammentreten — falls die NPD die Fünf-Prozent-Klausel überspringt. Auf diesen Trick verfielen die drei Bonner Fraktionen, um den Rechtsradikalen eine Schau zu stehlen. Denn käme die NPD in den Bundestag, so hätte ihr Mitglied Linus Kather, 76, als ältester Abgeordneter das Recht, die erste Sitzung des sechsten Bundestags zu eröffnen. Deshalb soll der fünfte Bundestag die Geschäftsordnung ändern: nicht dem Ältesten, sondern dem dienstältesten Ältesten soll das Ehrenamt zufallen. Es wäre Ludwig Erhard, 72.

STIMM-WECHSEL. Westdeutschlands Stimmbürger sollen am kommenden Sonntag zwei Parteien auf einmal wählen: In Bayern werben CSU-Bundestagskandidaten in persönlichen Gesprächen um die Erststimmen der NPD-Wähler, in seinem Obertaunus-Wahlkreis erbittet CDU-MdB Walther Leisler Kiep per Flugblatt die Erststimmen der FDP-Wähler, und in Bonn hat sich spontan eine „Aktion Erst- und Zweitstimme" gebildet, die in dieser Woche — unterstützt von prominenten Bundesbürgern — aufrufen will: „Wer mit der Erststimme SPD und mit der Zweitstimme F.D.P. wählt, trifft eine klare Entscheidung für die Partnerschaft des Fortschritts." Auch die Es-Pe-De-Wählerinitiative von Günter Graß will für das Stimmen-Splitting werben: Geben Sie die Erststimme der SPD und machen Sie mit der Zweitstimme, was Sie für richtig halten. Daß Stimmen-Splitting wahlentscheidend sein kann, bewies Kiep bereits bei der letzten Bundestagswahl: Obwohl in seinem Wahlkreis die SPD rund 3000 Zweitstimmen mehr als die CDU bekommen hatte, wurde CDU-Mann Kiep direkt gewählt, weil er rund 10 000 Erststimmen von FDP-Wählern erhalten hatte. Wenn bei der letzten Bundestagswahl alle SPD- und FDP-Wähler ihre Erststimmen der SPD und die Zweitstimmen der FDP gegeben hätten, so hätten die beiden Parteien im Parlament fast die Zweidrittel-Mehrheit gehabt.

WELT-ANSCHAUUNG. Axel Springers „unabhängige" Tageszeitung „Die Welt" läßt sich vom SPIEGEL in ihrer Bildauswahl beeinflussen. Obwohl „Welt"-Chefredakteur Herbert Kremp die Parole ausgegeben hatte, Bundespräsident Heinemann nicht groß herauszustellen, brachte die „Welt" am 5. und 8. September auf Seite eins Heinemann-Photos aus sekundärem Anlaß: bei einem Besuch in Niedersachsen und bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Schwelm. Grund für die großzügige Behandlung: Der SPIEGEL hatte sich bei „Welt"-Redakteuren nach der auffälligen Zurückhaltung bei der Heinemann-Berichterstattung erkundigt. Als Mitarbeiter daraufhin ihrem Chefredakteur von der SPIEGEL-Befragung berichteten, entschied Kremp, den Sozialdemokraten im Blatt besser herauszustellen, obwohl er ihn nicht möge, aber schließlich sei er nun einmal Bundespräsident. Bis dahin war Heinemann nach seinem Sieg über den von Springer und Kremp favorisierten Präsidentschaftskandidaten Gerhard Schröder auf der ersten „Welt"-Seite nur viermal während fünf Monaten abgebildet worden: bei seiner Vereidigung mit dem CDU-Mann von Hassel, bei seinem Einzug in die Villa Hammerschmidt mit 14 Mitarbeitern, bei seinem Geburtstag mit dem CDU-Kanzler Kiesinger und bei einem Gespräch mit dem CDU-Mann Lübke. Auch wurden Worte Heinemanns nie so groß aufgemacht wie seinerzeit die Sprachübungen Lübkes, dem Kremp noch bei dessen Ausscheiden aus dem Amt nachrief: „Ein eminent politischer Präsident verläßt die Villa Hammerschmidt."

ANNAHME VERWEIGERT. Ein NPD-Inserat mochten die beiden Wuppertaler Zeitungen der konservativen Verleger-Familie Girardet drucken, nicht aber eine Anzeige der SPD-Wählerinitiative. Den Aufruf („Diesmal plädieren wir für die SPD") von 54 Ärzten, Architekten, Künstlern, Professoren, Lehrern und Pastoren rückte zwar die Wuppertaler Ausgabe der linksliberalen „Neuen Rhein-Zeitung" (NRZ) anstandslos ein; doch als der Initiator der SPD-Wählerinitiative, Albrecht Ade, Dozent der Wuppertaler Werkkunstschule, das gleiche Inserat in den Girardet-Blättern „Generalanzeiger" und „Westdeutsche Rundschau" aufgeben wollte, wurde die Annahme verweigert — es sei denn, Ade könne die beglaubigten Unterschriften der 54 bringen. Das aber war eine unerfüllbare Bedingung, denn ein Teil der SPD-Werber hatte Urlaub. Was überregionale Zeitungen wie die „Welt" und die „Süddeutsche Zeitung" nach grundsätzlichem Verlagsbeschluß nie veröffentlichen würden, brachten die zwei Wuppertaler Blätter bedenkenlos: das NPD-Emblem und den NPD-Werbeslogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung".

BESONDERE FREUDE. „Wir lassen Strauß nicht nach Hamburg herein" — so entschied der Hamburger CDU-Wahlkampfleiter Dietrich Rollmann, denn demoskopische Expertisen hatten ergeben, „daß der CSU-Vorsitzende nördlich von Lüneburg und zumal in Hamburg nicht gut gelitten ist" („Die Welt"). Das war vor vier Jahren. Im Wahlkampf 1969 hob Rollmann, mittlerweile Hamburgs CDU-Landesvorsitzender, das Hausverbot auf und bat förmlich um persönliche Wahlworte des CSU-Chefs in der Hansestadt. Strauß kam am letzten Mittwoch mit Kanzler Kiesinger und dankte dem Gastgeber: „Ich bin der Einladung diesmal mit besonderer Freude nachgekommen und melde mich hiermit bei Ihnen." Rollmann: „Und wir grüßen Franz Josef Strauß, den Bundesfinanzminister und Hüter der Deutschen Mark." Es war, wie Rollmann fand, der „Höhepunkt des Wahlkampfes".



„Freundliche Grüße von den Donnerkeilen"

stand auf der Visitenkarte im linken Auge eines Gefallenen, der die blaue Uniform der Nordvietnamesen trug. „Jede Kugel bringt den Tod. Wir sind kein schlappes Bataillon", empfahlen sich in amerikanischem Slang die Todesschützen: Es waren US-Soldaten der 101. Luftlandedivision — so ermittelte Saul Lockhart, Reporter der rechtsliberalen Hongkonger „Economic Review", die als seriöseste Wochenzeitung in Fernost gilt. Nach Lockharts Recherchen ist es aber auch in anderen amerikanischen Einheiten üblich, getöteten Gegnern makabre Visitenkarten beizugeben.

Schnell rein, schnell weg, schnell raus.

Wer sein Geld mit Eis macht, muß aufpassen, daß ihm das eine nicht mit dem anderen wegschmilzt. Muß schnell einladen, schnell transportieren, schnell entladen.

Dafür ist der Transit gerade richtig. Alles an ihm ist auf flotten Transport abgestimmt: Erstens die ebene Ladefläche. Damit Sie auch sperrige Güter leicht und günstig stapeln können. (Die Ladefläche ist eben, weil der Motor vorne ist.)

Zweitens die großen Türen. Damit Sie möglichst rasch möglichst viel ein- und ausladen können.

Drittens die Anordnung der Türen. Damit Sie je nach Ladegut und Ladeplatz bequem laden können. Deshalb hat der Transit an den Seiten Türen zum Aufschieben oder zum Aufklappen oder hinten zum Hochschwenken. Suchen Sie sich aus 18 möglichen Türkombinationen die für Ihr Geschäft richtige aus.

Viertens die starken Motoren (50, 55 oder 65 PS stark). Damit Sie pro Tour weniger Zeit brauchen.

Fünftens die Wendigkeit. Damit Sie fast wie mit einem PKW parken und durch dicksten Verkehr kommen können. (Nur 11 m Wendekreis, bei langem Radstand 11,7 m.)



Der Ford Transit.
Ford weist den Weg zum wirtschaftlichen Transport.




VICTOR
Herrenserie
ACQUA DI COLONIA
Acqua di Selva
VICTOR
LOZIONE DOPO BARBA
AFTER SHAVE LOTION
VICTOR
Silvestre
ACQUA DI COLONIA
VICTOR

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

BUNDESTAGSWAHL

Bißchen siegen

(siehe Titelbild)

Nichts ist mir fern, alles ist nah – da alles nah ist, ist auch die Gefahr nah.
Kurt Georg Kiesinger im Wahlkampf.

Der dritte Mann lebt gefährlich.

Konrad Adenauer, Bonns erster Kanzler, verbrachte Wahlnächte wie jede andere: Er ging zu Bett. Auch der zweite, Ludwig Erhard, blieb in den Stunden der Entscheidung bei seiner abendlichen Gewohnheit: Er sah ins Glas.

Kurt Georg Kiesinger jedoch, dritter Hausherr im Palais Schaumburg, wird am kommenden Sonntag keine Ruhe finden. Getrieben von düsteren Vorahnungen, gab der Regierungschef Order, für den Abend des 28. September eine Lagekarte im Kanzler-Bungalow aufzubauen. Helfer sollen nach dem Eingang der Wahlkreisergebnisse die deutsche Landschaft schwarz und rot einfärben. Es besteht die Gefahr, daß für Kiesingers Geschmack das Muster zu grell wird.

Zu Beginn des Wahlkampfs hatte es noch so ausgesehen, als stehe nichts zur Wahl, als sei der Ausgang sicher. Kiesingers Presse-Vize Conrad Ahlers hielt damals Wahlen schier für überflüssig. Er meinte, die Fortsetzung der Großen Koalition sei ohnehin gewiß.

Gewiß ist inzwischen etwas anderes: Am 28. September steht mehr zur Wahl als je zuvor. Zwar ist als Wahlergebnis die Fortsetzung der Großen Koalition ebenso möglich wie die Rückkehr zum Uralt-Bund aus Union und FDP. Aber zum erstenmal ist ein Machtwechsel in Sicht.

Zum erstenmal in zwanzig Jahren Bundesrepublik kann Bonns Staatspartei nicht blindlings darauf vertrauen, daß ihr die Wähler wie 1957 eine absolute Mehrheit verschaffen oder koalitionsbereite Satelliten ihr zur Staatsmacht verhelfen. Im Gegenteil: Noch eine Woche vor dem Wahltag ist das Rennen zwischen Christenunion und Sozialdemokraten offen, sind SPD und FDP zur Gegenkoalition bereit.

SPD-Chef Willy Brandt: „Die Zeit ist reif für einen Wechsel." FDP-Chef Walter Scheel: „Am besten wäre, wenn die CDU einmal in der Opposition die Gelegenheit erhielte, sich zu modernisieren, und wenn gleichzeitig die SPD einmal verantwortlich führen könnte."

Auf Wahlkampffahrt zum Gifhorner Wochenmarkt schmunzelte Scheel beim morgendlichen Zeitungsstudium über eine „Welt"-Karikatur, die seine heimlichen Wünsche enthüllte: Kiesinger als verschmähter Liebhaber, Brandt und Scheel als junges Paar beim Techtelmechtel. Scheel fand „das alles sehr schön".

Die „scheele Rechnung" (Franz Josef Strauß) droht eine Wiederbelebung der zerrütteten Großen Koalition zu verhindern. Aber das ist es nicht allein. Die alten Partner haben nur noch Verachtung füreinander übrig. Kanzler Kiesinger bezichtigt seinen Vize Willy Brandt der „Augenwischerei", heißt ihn einen „Super-Illusionisten" und „Zickzack-Kursler", der „lebensgefährliche Politik" betreibe. Dem SPD-Wirtschaftsprofessor Schiller wirft er „disziplinloses Schulbubengewäsch" vor und nennt ihn „politisch zu schmalbrüstig".

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß tituliert Brandt als „Traumtänzer" und den Wirtschaftsminister „Professor mit Nazi-Segen". CSU-Generalsekretär Max Streibl warnt vor dem „allzu moskauhörigen SPD-Außenminister", und CSU-Landesgruppenchef Richard Stücklen schimpft Schiller gar einen „Falschmünzer".

SPD-Vize Herbert Wehner apostrophiert den Kanzler als „Herrenmenschen", „Kannengießer" und „Dilettanten". Brandt, bis zur letzten Woche noch staatsmännisch abgeklärt, stimmt sich auf die neue Tonart ein. Die CSU-Prominenz zeiht er „schwarzer Arroganz", schimpft sie „Schwätzer" und „Schlechte-Witze-Macher", ihren Vorsitzenden Strauß einen „bösen Demagogen", der „Scharlatanerie" und „Volksverhetzung" betreibe. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Barzel ist für ihn ein „Maulheld".

Der CDU-Slogan „Auf den Kanzler kommt es an" entstamme, so Brandt, „vordemokratischem" Denken: „Den Frieden haben wir 1933 verloren, als es schon einmal hieß, auf den einen Mann komme es an."

Glaubte man den Sprüchemachern, so käme bei einer Neuauflage der





Kanzler-Kandidaten **Kiesinger, Brandt:** „Die Zeit ist reif für einen Wechsel"

Rudolf Augstein/Günter Gaus

LIEBEN SIE ABZIEHBILDER?

Johannes Gross, ein Gern-das-Gegenteil-Sager, hat im letzten „Monat“ die schaurig-schöne Prophezeiung hinterlegt: „Das schlimmste Wahlergebnis ist das vom 28. September 1969.“ Warum? Er sagt es uns. Eine Große Koalition würde fortfahren wie bisher, nicht schlecht im einzelnen, aber deprimierend im ganzen.

Eine Koalition aus CDU(-CSU) und FDP hingegen wäre personell schlechter ausgestattet, hätte mehr Krisen (?), wäre nicht handlungsfähiger „und bloß ein Präludium zum Wahlsieg der SPD“ (na bitte, wäre das denn nichts?).

Eine Regierung aus SPD und FDP aber wäre rhetorisch aktiv und innenpolitisch immobil (also doch wohl ein Präludium zum künftigen Wahlsieg der CDU/CSU?).

Kein Wahlergebnis ist möglich, laut Gross, das eine politische Entscheidung enthält, und sogleich lugt die gezinkte Karte aus dem Ärmel. Gross, der den Wählern insgesamt alles andere zutraut als politische Vernunft, mißt das künftige Wahlergebnis an der ihm innewohnenden Potenz zu einer „politischen Entscheidung“, und darunter versteht er nichts anderes, als daß künftig besser regiert werde (ob besser regiert wird, muß dann wieder er entscheiden).

Maulaffen sollen sein, und Taschenspieler-Tricks, sie hervorzulocken, erst recht. Aber wer von Parlamentswahlen nicht erwartet, daß sie das ihnen zugrunde liegende System umstoßen — und niemand erwartet das weniger als Johannes Gross —, der wird wohl wissen, daß mehr Veränderung als eine Ablösung der seit 20 Jahren die Bundesrepublik beherrschenden Christen-Union in Parlamentswahlen fast nie erreicht werden kann.

Die Frage steht trotzdem, ob eine nennenswerte Änderung erreicht würde. Man kann sie mit Nein beantworten, das mit Gründen. Wir beantworten sie mit Ja.

Daß es nicht statthaft ist, NPD, und nicht sinnvoll, ADF zu wählen, weil die NPD nicht koalitionsfähig ist, weil ihre Stimmen vielleicht und die der ADF bestimmt auf die beiden etwa gleich großen Lager aufgeteilt werden, müssen wir nicht eigens erörtern. Wer wählt, wählt zwischen CDU/CSU einerseits und einer von der SPD geführten Kleinen Koalition andererseits, obwohl diese Möglichkeiten beide noch immer nicht so wahrscheinlich sind wie jene anderen beiden: Koalition zwischen Christen-Union und FDP einerseits, neue Auflage der Großen Koalition andererseits (daß es überhaupt Alternativen gibt, war gar nicht einmal erwartet worden; die „Stuttgarter Zeitung“ meldete noch unter dem 5. Juli, jedermann in Bonn glaube zu wissen, daß die Große Koalition auch über 1969 hinaus fortgesetzt werde).

Die Wähler insgesamt haben das Wahlergebnis in ihren Händen, der einzelne Wähler hat es mitnichten in seiner Hand, obwohl die Parteien ihm das vorgaukeln. Er kann den Kontext seiner Stimmabgabe nicht vorauswissen, eine Stimme für die SPD oder sogar für die FDP kann im Ergebnis der Großen Koalition zum Ende wie zur Fortsetzung gereichen.

Wir wählen die CDU/CSU nicht, weil wir nicht wollen, daß CDU und CSU die stärkste Gruppe im Bundestag werden. Wir wollen nicht, daß ein CDU-Kanzler die Regierung bildet, wir wollen, daß diese beiden Parteien in der Opposition eine Chance bekommen, sich zu erneuern. Wir wollen statt dessen einen Bundeskanzler Brandt an der Spitze einer Koalition aus SPD und FDP, gleichgültig, welche Zahlen die Demoskopen dieser Gruppierung voraussagen.

Unsere Gründe:

Ohne Planung, ohne Steuerung, ohne eine immer wieder an Hand der tatsächlichen Entwicklung neu zu überprüfende Ordnung kann kein Staat mehr existieren. In der Union, vom Kanzler angefangen, sehen wir Gruppeninteressen und Ressentiments vereint im Bündnis gegen ein modernes Wirtschaften. Kiesinger läßt keinen Verkehrsstau vorübergehen, ohne anzumerken, „daß eben Planwirtschaft immer höchst zweifelhaft ist“.

Schiller hat neue Maßstäbe für modernes Wirtschaften gesetzt, sein Vorgänger und potentieller Nachfolger Schmücker hingegen hat geredet und gehandelt nach seiner im Bundestag verkündeten Maxime: „Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unserer politischen Richtung abbringen.“ Schmückers Mittelstandsgeist und die CSU-Lobbyisten-Gesinnung werden jede neue Planung (Leberplan, Städtebauförderungsgesetz, Gesamtschule) ersticken. Strauß redet von der „Entmündigung durch ein aufgezwungenes, gleichmacherisches Bildungswesen“. Unter ihm, dem Subventions-Killer, sind die Subventionen nicht geringer geworden, sondern gewachsen (28,6 Milliarden 1967, 31,6 Milliarden im Jahre 1968).

Keine Regierung kann erfolgreich regieren, die ihr Weiterregieren prinzipiell für wichtiger hält als sachliche Notwendigkeiten. Im Aufwertungsstreit hat die Große Koalition insgesamt ihr Unvermögen erklärt, Wachstum und Stabilität, Löhne und Preise zu steuern, hat eine „verantwortungslose und dilettantische Konjunkturpolitik“ getrieben („Süddeutsche Zeitung“), bis hin zu „vollkommener Passivität“. Aber Schiller hat rechtzeitig umgeschaltet und sachlich reagiert. Kiesinger und Strauß aber wollten gegen sachliche Erfordernisse recht behalten, wollten auch nicht den kleinsten Verlust an Wählerstimmen riskieren. Ein Finanzminister, der landauf landab erklärt, er werde auch nach den Wahlen nicht aufwerten, obwohl er die Situation nach den Wahlen gar nicht überblicken kann, verdient kein Vertrauen.

Die als Ergebnis von 20 Jahren CDU-Herrschaft entstandene soziale Ungerechtigkeit hat ein Maß erreicht, das jeder Bundesregierung ein sachgerechtes Wirtschaften ungemein erschwert. Ohne und gegen die SPD wird Regieren in den nächsten zehn Jahren eine Strafe sein; wenn überhaupt, wird nur eine von der SPD geführte Bundesregierung die sozialen Ansprüche der Arbeiterschaft kanalisieren können. In der Strauß-CSU etwa bestimmt der von Industrievertretern dirigierte Wirtschaftsbeirat die Wirtschaftspolitik.

CDU und CSU fußen auf einer Wählerschaft, deren politische Bildung nennenswert geringer ist als bei den Wählern von SPD und FDP. Zu schmerzlichen Reformen fühlen sich die Unionsparteien nicht herausgefordert, weil sie auch ohne solche Anstrengung darauf rechnen können, von den überwiegend unwissenden Wählern und vor allem Wählerinnen bestätigt zu werden (30 Prozent der Stimmbürger wollen nur einen Kandidaten wählen, dessen christliche, hauptsächlich katholische Konfession sie kennen). So hat es bisher noch immer genügt, einen Wahlsieg der anderen Parteien mit der Prophezeiung zu beargwöhnen, „dann wird das, was aufgebaut worden ist, in wenigen Jahren zerstört sein“ (Kiesinger). Diese Spekulation auf die fortwährende, auf die auszubeutende und demgemäß schutzwürdige Unmündigkeit der Wähler verhindert die notwendigen Reformen und ruiniert die zweite deutsche Republik.

CDU und CSU haben ein gebrochenes Verhältnis zum Recht (Schäffer-Fernsehen, SPIEGEL-Affäre, Apo-Tiere); sie würden, hätten sie es zu sagen, die Vorbeugehaft einführen, und, hätten sie die absolute Mehrheit, ein die Christen-Union einseitig bevorzugendes neues Wahlrecht beschließen (etwa Adenauers „Grabenwahlsystem“ von 1955). Mit der Reform des Ehe- und Familienrechts wäre es zu Ende, wenn SPD und FDP in der Minderheit säßen. Die Freiheit, Meinungen zu verbreiten, wäre ernsthaft bedroht, besonders im Fernsehen.

Nur eine Mehrheit aus SPD und FDP kann die deutsche Außenpolitik von dem Ballast heuchlerisch genährter Illusionen befreien (Strauß: „Entmündigung unseres Volkes durch Anbiederung an den Osten“). Ein Bundeskanzler, der mit Polen über die Rückgabe der deutschen Ostgebiete verhandeln, der mit Ulbricht sprechen, ihn aber nicht als einen Staatschef anerkennen will; ein Bundestags-

präsident, der von den „Mitteldeutschen aus der Zone“ spricht; ein Bundesfinanzminister, der „Deutschland die politische und wirtschaftliche Weltgeltung zurückholen“ will: Sie machen die europäische Haltung der Bundesrepublik verdächtig („Was ist denn in den gefahren!“ sagte Kiesinger, als Berlins Bürgermeister Klaus Schütz die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie empfahl; die Angriffe auf die Sprecher der Vertriebenen-Verbände nannte er „widerlich“).

Wir täuschen uns nicht darüber, daß weder in den Unions-Parteien noch unter Sozialdemokraten hinlänglich Neigung besteht, ein redliches Mehrheitswahlrecht zu beschließen, das allein die Fortsetzung der bisherigen Koalition rechtfertigen könnte. Wie immer man heute die SPD-Entscheidung des Herbstes 1966 beurteilen mag: Die Partei kann in diesem Herbst nur zwischen der Kanzlerschaft und der Opposition wählen. Um ihr diese Alternative in dem bescheidenen Maße, das dem einzelnen Wähler obliegt, aufzuzwingen, muß auch die FDP ihren Teil von jenen Stimmen erhalten, die den Christen-Kanzler aus dem Amt wählen wollen. Nennenswerter Schwund bei Scheels FDP mindert Brandts Kanzler-Chance.

Die Leute um Scheel freilich müssen erkennen, daß Mendes Gefälligkeitsdogma, der stärksten Partei die FDP-Mandate als Zuwaage anzudienen, in der Meinung, das stärkste Bataillon sei ohnehin die CDU/CSU, erledigt worden ist. Auf seiten der CDU lockt der Kannibalenkessel, sie frißt ihre kleineren Partner auf. Besser wird es sein, der SPD zum Durchbruch zu verhelfen, als dem Vampirismus der Union die geschwächte Kehle darzubieten.

Die jetzige FDP-Führung weiß das, und darum kann, wer einen SPD-Kanzler will, auch FDP wählen.

Willy Brandt wäre der Kanzler solch einer Koalition. Er ist vor dem Krieg und auch in der Großen Koalition nicht den Weg des geringsten moralischen Nenners gegangen, wie Kiesinger. Er hat sein Außenminister-Amt anerkanntermaßen besser geführt als Kiesinger das — anerkanntermaßen schwierigere — Kanzleramt. Er hat bessere Minister als Kiesinger, der die Ämter Auswärtiges, Wirtschaft, Verteidigung, Verkehr, Justiz nicht adäquat besetzen kann.

Weder Walter Scheel noch Helmut Schmidt noch Karl Schiller noch Herbert Wehner würde einem Kanzler Willy Brandt nach dem Leben trachten. Wer hingegen Kiesinger wählt, dem die eigene Partei so wenig zutraut wie die anderen Parteien, der wählt die nächste Kanzler-Krise gleich mit.

Kiesinger ist das Abziehbild eines Kanzlers. Er wird weder sicher, noch in die 70er Jahre, noch überhaupt führen. Für die Bewältigung der beiden dringendsten Probleme — Bildungsmisere und Benachteiligung der Arbeiterschaft — bringt keine Parteiführung so wenig mit wie die der Intim-Feinde K. G. Kiesinger und F. J. Strauß.

Großen Koalition nur noch ein Kuriositäten-Kabinett von Hinterbänklern zusammen. Denn: Brandt will sich nicht noch einmal als Außenminister von Kiesinger bevormunden lassen; Kiesinger will die Disziplinlosigkeit Schillers nicht mehr ertragen; Wehner möchte mit Strauß „nicht wieder in einer Regierung sitzen“; und Kiesinger hält es für „undenkbar“, in das Kabinett eines Wahlsiegers Brandt einzutreten.

Bereitwillig ging Walter Scheel die kleine Schimpf-Koalition mit Willy Brandt ein. Die Christdemokraten heißen bei ihm: „Schulmeister“, „Volksverdummer“, „Demagogen“, „Heuchler“ und „Lügner“.

Scheels Wahlkampf-Stratege Hans Friderichs nimmt die neuen Freunde von der Linken gegen die alten Kumpane von rechtsaußen in Schutz. Eine CSU-Attacke auf den SPD-Chef („Herr Brandt kann Deutschland nicht führen“) konterte der Freidemokrat: „Daß Willy Brandt Deutschland nicht führen kann, ist noch zu beweisen; daß Kurt Georg Kiesinger Deutschland nicht geführt hat, ist schon bewiesen.“

Es bedurfte nicht mehr solchen Zuspruchs, um das Selbstbewußtsein der SPD zu stärken. Zum erstenmal haben die Genossen das Gefühl, über die stärkeren Bataillone zu verfügen. Helmut Schmidt: „Unser Optimismus ist abgrundtief.“

Die Christdemokraten indes sind zum erstenmal von Furcht gepackt, ihre politischen Ladenhüter bei den Wählern nicht mehr wie gehabt absetzen zu können. CDU-Wahlhelfer Franz Josef Strauß hat die Schwäche der Kiesinger-Partei erkannt und tadelt sie öffentlich: „In dieser Auseinandersetzung kämpft die CDU um ihre letzte Chance. Es fehlt an Aktivität, an Einsatz, und zwar von oben bis unten, und das ist durch nichts mehr zu rechtfertigen.“

Am Dienstag letzter Woche traf im Bundespresseamt die schriftliche Bestätigung des Menetekels ein. Elisabeth Noelle-Neumann, Leiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, schickte die jüngsten Ergebnisse ihrer Volksbefrager, die einen auch von anderen Demoskopen gemeldeten Trend zeigten:

▷ Laut Allensbach führt die SPD (Stichtag: 14. September) mit 46,1 Prozent vor der CDU/CSU mit 44,5 Prozent — ein Vorsprung, den die Demoskopen 14 Tage vor einer Bundestagswahl noch nie registriert hatten;



SPD-Wahlversammlung*: „Unser Optimismus ist abgrundtief“

▷ das Bielefelder Emnid-Institut hatte zuvor ermittelt: 47 Prozent für die SPD, 43 Prozent für die CDU/ CSU;

▷ das CDU-eigene Wikas-Institut sah CDU/ CSU und SPD gleichauf bei der 40-Prozent-Marke.

Zu anderen Ergebnissen freilich kamen die SPD-nahen Institute Infratest (München) und Infas (Bad Godesberg). Sie fanden einen CDU/CSU-Vorsprung von drei und zwei Prozent heraus.

Einig waren sich alle Institute darin, daß die SPD noch nie so günstig gelegen hatte. Einig waren sie sich freilich auch, daß die Glückssträhne der Sozialdemokraten davon abhängt, ob an der Streikfront wieder Ruhe eintritt. Folgerichtig forderte das SPD-Präsidium letzten Donnerstag eine Sondersitzung des Bundeskabinetts, in der CDU-Innenminister Benda zu Tarifverhandlungen mit den streikwilligen Kommunalarbeitern, Straßenbahnfah-

* In Westerburg/Westerwald.

„SOZIALISMUS MIT PREUSSISCHEM MIEF“

Stellungnahmen der Bundestagsparteien zur Ost- und Deutschlandpolitik

DDR

CDU-CSU

„Wir lehnen die Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab. Keiner der beiden Teile Deutschlands darf für einen Deutschen Ausland werden“ (Berliner Programm).

„DDR ist gleich SED plus Rote Armee“ (Rainer Barzel).

Die „Anerkennungswütigen“ schwächen die Verhandlungsposition der Bundesrepublik und wollen „den Kommunismus und sein totalitäres System verniedlichen“ (Kurt Georg Kiesinger).

SPD

„Die DDR — das paßt mir auch nicht. Das ist Sozialismus mit preußischem Mief. Aber wir müssen die Realitäten sehen und sie aussprechen können“ (Olaf Radke, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd).

„Wir bieten der DDR Verhandlungen ohne jegliche Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an“ (Herbert Wehner).

„Wir streben umfassende Vereinbarungen an, die ein geregeltes Miteinander der beiden Teile Deutschlands, die füreinander kein Ausland sind, sichern“ (SPD 1969).

F.D.P.

„Die politische Ordnung der DDR entspricht nicht den demokratischen Vorstellungen der FDP. Ungeachtet dieser Tatsache, tritt die FDP dafür ein, daß das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten vertraglich geregelt wird, um ein weiteres Auseinanderleben zu verhindern“ (Beschluß des FDP-Bundesparteitags vom 25. Juni 1969).

„Die Vertreter der gegenwärtig noch amtierenden Bundesregierung weigern sich offensichtlich, die Tatsache einzugestehen, daß sie die DDR auch heute noch nicht als einen gleichberechtigten Verhandlungspartner betrachten“ (Freie Demokratische Korrespondenz).

OSTPOLITIK

CDU-CSU

Die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjet-Union können erst dann als „normalisiert“ betrachtet werden, „wenn das deutsche Volk ohne Mauer und Stacheldraht freizügig nach seinen eigenen Vorstellungen leben kann“ (Rainer Barzel).

„Man denke an die Bedrohung der USA schon Anfang der 70er Jahre durch chinesische Interkontinental-Raketen und die gleichzeitige Bedrohung Moskaus durch Peking. Das kann eine völlig neue europäische Situation schaffen. Ein sowjetisches Arrangement mit uns, das die Wiedervereinigung zur Folge hat, wäre dann durchaus denkbar“ (Kurt Georg Kiesinger).

SPD

„Wir haben darauf zu achten, daß unsere Anstrengungen, das Verhältnis zu anderen kommunistischen Staaten zu verbessern, nicht den Eindruck hervorrufen, als wollten wir versuchen, einen Keil zwischen die Staaten des Warschauer Paktes zu treiben. Das liegt weder in unserem Interesse noch in unserer Absicht“ (SPD-Perspektiven).

„Eine Bundesregierung, die handlungsfähig ist, sollte die bereits vorhandenen Ansätze zu den verschiedenen Themen zusammenfassen zu einem deutschen Konzept für einen europäischen Sicherheitspakt“ (Willy Brandt).

F.D.P.

„Die beiden Supermächte USA und Sowjet-Union stehen sich auf europäischem Boden gegenüber. Ihre Einflußsphären dürfen nicht zu einer dauerhaften Teilung Europas und damit Deutschlands führen. Deshalb stellt sich die Aufgabe, zunächst ein europäisches Sicherheitssystem mit Garantien der beiden Großmächte zu schaffen und danach zu einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu kommen ... Eine solche europäische Friedensordnung, deren Dauerhaftigkeit durch den Interessenausgleich zwischen allen europäischen Völkern garantiert werden muß, darf nicht an territorialen Fragen scheitern“ (FDP-Konzept).

ODER-NEISSE

CDU-CSU

„Es kann nicht wieder so werden, wie es war, es kann aber auch nicht so bleiben, wie es ist“ (Kurt Georg Kiesinger nach seinem Amerika-Besuch 1969).

„Daß eine Rückkehr der Ostgebiete an Deutschland die Existenz der polnischen Nation gefährden würde, ist eine Zweckmeldung der polnischen und sowjetischen Propaganda, die weder politisch noch wirtschaftlich noch raummäßig einer Überprüfung standhält“ (Vertriebenen-Präsident und CDU-Mitglied Reinhold Rehs).

„50 Millionen Altbürger und viele Millionen Vertriebene, die hier ihre Heimat und Existenz gefunden haben, werden in ihrem Dasein gefährdet, wenn die unwahrhaftige und gefährliche Politik der CDU fortgesetzt werden kann“ (Wilhelm Simpfendörfer, ehemaliger CDU-Kultusminister von Baden-Württemberg).

SPD

„So überraschend es vielleicht für manche klingt: Die Bundesrepublik hat die Gebiete jenseits von Oder und Neiße niemals für sich zurückverlangt“ (Willy Brandt).

Die „notwendige Aussöhnung“ ist nur möglich, „wenn keiner den anderen erneut vertreiben oder verdrängen will“. Diese Gebiete sind den polnischen „Kindern zur Heimat geworden ... Das ist nicht mehr rückgängig zu machen“ (Klaus Schütz).

„Die Ost-Politik wird um so erfolgreicher sein, je klarer unser Wille zum Ausdruck kommt, die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze, zu respektieren und anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, die von allen Beteiligten als gerecht und dauerhaft empfunden werden kann, endgültig festgelegt werden“ (Nürnberger Parteitag).

F.D.P.

„Ich sage hier meine persönliche Meinung, daß zwar die Aufteilung Deutschlands nach dem Kriege ein reiner Akt der Machtpolitik war, daß aber heute die Mehrzahl der Menschen jenseits der Oder-Neiße-Linie dort Heimatrecht hat und daß auch aus diesem Grunde diese Grenze endgültig ist“ (Ralf Dahrendorf zum SPIEGEL).

„So ergibt sich aus den deutschen Ansprüchen das polnische Interesse am Fortbestehen der Teilung Deutschlands. Da die polnische Westgrenze durch diese Spaltung und durch die sowjetische militärische Besetzung am wirkungsvollsten gesichert erscheint, bildet der westdeutsche Gebietsanspruch einen zusätzlichen Grund für die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands“ (Jungdemokraten).

rern und Müllkutschern gezwungen werden soll.

Zum erstenmal der schockierenden Vision ausgesetzt, aus den Kommandostellen des Staates vertrieben zu werden, markierte die Union Distanz zur SPD, der Nothelferin aus der CDU-verschuldeten Wirtschafts- und Regierungskrise von 1966. Der Wahlkampf des Jahres 1969 enthüllte, was das Bündnis mit den Sozialdemokraten zweieinhalb Jahre lang verschleiert hatte: Die CDU ist die alte geblieben. Ihre Vaterfiguren bestritten, je näher der Wahltag rückte, den Kampf um die Macht um so ausschließlicher mit dem Vokabular und den Argumenten der fünfziger Jahre. Kurt Georg Kiesinger wies den Weg: „Wir kehren zurück zur Politik Konrad Adenauers."

CDU-Generalsekretär Bruno Heck diagnostizierte eine SPD-„Nabelschnur zur Apo" und fand die Formel: „Was an der SPD sozialistisch ist, ist gemeingefährlich."

Trotz Großer Koalition, Notstandsgesetzen und Vorbeugehaft, trotz der Polizei-Minister Neubauer, Ruhnau und Krause, trotz programmatischer Nivellierung und werbepsychologischer Glättung ist die SPD in der Tat keine bessere CDU. Sie ist noch heute eine Partei, aus der Reinhold Rehs, der Vertriebenen-Vorsitzende, austritt. Der Publizist William S. Schlamm sagt es überdeutlich: „Die Werbeagenturen werden den Herren Brandt und Wehner verzweifelt beizubringen versuchen, daß man, um Gottes willen, nicht so aufrichtig reden dürfe ... Aber am Ende wird sich die Aufrichtigkeit der Herren Brandt und Wehner eben doch durchsetzen: Sie sind nicht nur nette Leute, sondern auch redliche Sozialisten."

Angesichts der „verschiedenen sozialistischen Strömungen in der Welt" zieht es Parteichef Brandt zwar vor, in der SPD „eine sozialdemokratische Partei zu sehen". Doch als seine Wahlkämpfer ihm eine Anti-Heck Kampagne mit der Formel „SPD — Sozialismus in Deutschland?" vorlegten, lehnte Brandt ab: „Wieso denn? Das stimmt doch." Den linken, sozialistischen Impetus nämlich, „die großen gesellschaftlichen Bereiche mit freiheitlichem, demokratischem Geist zu durchdringen" (Brandt), nimmt er für die SPD in Anspruch.



Koalitionsthema DDR
„Traumtänzer"

Selbst die grobschlächtigen Wahlparolen lassen den Abstand von der CDU noch erkennen: „Sicher in die 70er Jahre" (CDU) — „Wir schaffen das moderne Deutschland" (SPD).

Allein kann die SPD es nicht schaffen, denn mit einem Erdrutsch, der die Sozialdemokraten von 39,3 Prozent (1965) zur absoluten Mehrheit tragen würde, rechnen nicht einmal die Berufsoptimisten der Bonner Partei-Baracke. Brandts moderates Wahlziel:

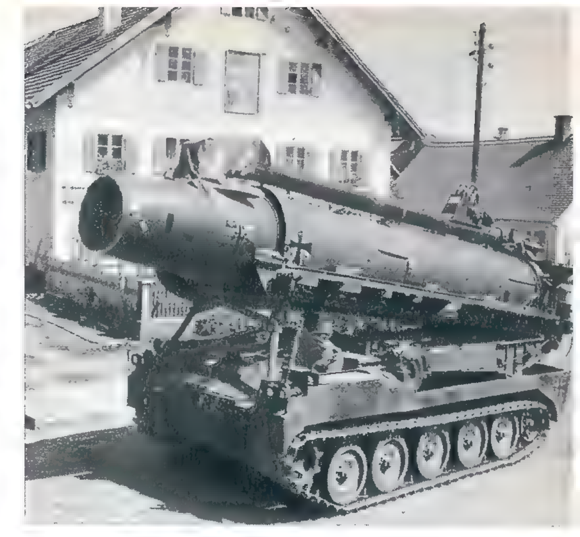


Koalitionsthema Mitbestimmung
„Augenwischer"

„Wir wollen ein bißchen siegen." Wenn die SPD die Richtlinien der westdeutschen Politik bestimmen will, braucht sie einen Partner — die FDP.

Schon in den letzten beiden Bundestagen hatten SPD und FDP die Mehrheit der Sitze. Doch die von Erich Mende geführte FDP verstand sich nur als liberales Korrektiv einer Bürgerblock-Regierung. Den Sozialdemokraten galt sie als Wurmfortsatz und unternehmerhörige Hiwi-Truppe der CDU. Als Mende nach dem Sturz Erhards im Herbst 1966 seine Liberalen der SPD zur Koalition (mit sechs Stimmen Mehrheit) anbieten wollte, wies Herbert Wehner den „wilden Haufen" schroff zurück.

Die Liberalen zogen die Konsequenz: Mende mußte abdanken, sein Nachfolger Walter Scheel brachte die FDP auf Linkskurs. Bei der Heinemann-Wahl in Berlin konnte Scheel die Stimmen seiner Abgeordneten fast geschlossen für den SPD-Kandidaten abliefern. Seitdem ist selbst Herbert Wehner anderen Sinnes geworden: „Die Heinemann-Wahl ist der erste Akt der Zeitenwende in Bonn. Der



Koalitionsthema Atomwaffen
„Herrenmenschen"

zweite muß nach der Bundestagswahl folgen."

Ob die Wende kommt, das bestimmen am nächsten Sonntag 38 Millionen Bürger dieser Republik, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet, seit mindestens drei Monaten ihren dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet und nicht durch Gerichtsbeschluß die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, nicht entmündigt oder wegen Geistesschwäche in einer Heilanstalt untergebracht sind.

Sie können zwischen 13 Parteien und deren Kandidaten wählen; sie können aber allenfalls ahnen, was nach dem Wahltag mit ihren Stimmen geschieht:

- ▷ CDU/CSU-Wähler können hoffen, daß ihre Partei allein regiert, damit rechnen, daß sie in einer SPD- oder FDP-Koalition den Kanzler stellt, und befürchten, daß die Union in die Opposition verbannt wird.
- ▷ SPD-Wähler können hoffen, daß ihre Partei in einer Koalition mit der FDP, eventuell sogar mit der CDU/CSU den Kanzler stellt, müssen damit rechnen, daß die SPD erneut in eine Große Koalition unter CDU-Führung geht oder in die Opposition gezwungen wird.
- ▷ FDP-Wähler müssen auf alles gefaßt sein.

Ob die Nationaldemokraten, deren von Gegnern mit NS-Emblemen angereicherte Plakate Westdeutschlands Straßen säumen, es schaffen oder nicht — die Wähler des Adolf von Thadden bestimmen am nächsten Sonntag die Geschicke der Bundesrepublik mit:

- ▷ Kommt die NPD in den Bundestag und erhält mehr Mandate als die FDP, dann sind als Mehrheitsregierungen nur die Große Koalition oder ein Drei-Parteien-Bündnis aus CDU/CSU, SPD und FDP möglich.
- ▷ Kommt die NPD in den Bundestag und wird dort schwächste Fraktion, liegt die Fortsetzung der Großen Koalition nahe, ist eine CDU/CSU-FDP-Regierung möglich, eine Linkskoalition aus SPD und FDP nicht ausgeschlossen.
- ▷ Kommt die NPD nicht in den Bundestag, haben alle Regierungskombinationen der übrigen Parteien

„AUFBEGEHREN VON UNTEN"

Stellungnahmen der Bundestagsparteien zur Gesellschaftspolitik

MITBESTIMMUNG

CDU-CSU

„Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten von organisierten Interessen nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden. Angesichts dieser Zielsetzung kann eine schematische Übertragung des Modells der Montan-Mitbestimmung nicht befürwortet werden" (Berliner Programm).

Die von der SPD angestrebte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ist eine „Übergangsstufe zur Sozialisierung". SPD und Gewerkschaften wollen keine Mitbestimmung, sondern eine „Fremdbestimmung" durch die Arbeitnehmer-Organisationen (Kurt Schmücker).

SPD

„Demokratie verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschafts-Untertan zu einem Wirtschafts-Bürger werden" (Godesberger Programm).

„Es wäre gut, wenn einer Aufforderung des Wirtschaftsministers Schiller gefolgt würde, durch die Seite der Unternehmensleiter selbst endlich eigene Vorstellungen über mögliche Formen der Mitbestimmung zur Diskussion zu stellen und sich nicht darauf zu beschränken, ‚nein' zu sagen. Diese Zeit wird sowieso kommen" (Herbert Wehner).

„Das Streben nach Mitbestimmung ergibt sich aus der Forderung nach Gleichberechtigung der Arbeitnehmer im wirtschaftlichen Leben" (SPD-Perspektiven).

F.D.P.

„Die FDP will die Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer in den Betrieben stärken. Die paritätische Mitbestimmung des Montan-Modells schafft dies nicht: Die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes müssen endlich voll ausgeschöpft werden. Zusätzlich soll dieses Gesetz ausgebaut werden ... Das Recht betrieblicher Minderheiten muß gestärkt werden" (FDP-Parteitagsbeschluß 1969).

„Machtverteilung oben bei gleichzeitigem Festhalten am Harmoniekonzept über den Köpfen der Individuen provoziert Aufbegehren von unten. Was wir brauchen, sind neue Ordnungsvorstellungen, in denen die Mitbestimmung des einzelnen mündigen Bürgers ihren Platz hat" (Freie Demokratische Korrespondenz).

VERMÖGENS- UND STEUERPOLITIK

CDU-CSU

„Die Steuerpolitik muß bei höchstmöglicher Einfachheit der Gesetze für eine gerechte Verteilung der Lasten sorgen und eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung sowie eine stärkere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ermöglichen. Dabei ist unseren gesellschaftspolitischen Vorstellungen entsprechend die private Eigentumsbildung voranzutreiben" (Berliner Programm).

„Neben ihr sozialpolitisches Schwerpunktprogramm hat die CDU/CSU-Fraktion ein gesondertes eigentumspolitisches Programm gestellt, das einen zukunftsweisenden neuen Vorschlag enthält — nämlich die Einführung eines Beteiligungslohns, der auch den Arbeitnehmern zugute kommt, die wegen zu niedrigem Einkommen oder wegen der Größe ihrer Familie an den bisherigen eigentumspolitischen Maßnahmen nicht oder nur im unzureichenden Umfang teilhaben konnten" (CDU-MdB Hermann Götz).

SPD

„Die SPD appelliert ... an die Unternehmerschaft; sie muß verstehen lernen, daß auf die Dauer von einer sozialgerechten und gesicherten freiheitlichen Wirtschaftsordnung keine Rede sein kann, wenn der Zuwachs an Produktiv-Kapital fast ausschließlich, nämlich in Form von unverteilten Gewinnen und von Aktienkurssteigerungen, in das Vermögen der bisherigen Eigentümer oder Anteilseigner fällt" (SPD-Perspektiven).

„Ich denke schon, daß zu mehr Steuergerechtigkeit ein stärkeres Heranziehen der ererbten Millionen-Vermögen gehört. Das braucht und soll nicht konfiskatorischen Charakter haben. Aber daß man auf dem Gebiet etwas tut, halte ich für vernünftig. Was die SPD vor allem will, ist eine Entlastung breiter Schichten zunächst und konkret durch Verdoppelung des Arbeitnehmer-Freibetrags" (Willy Brandt).

F.D.P.

„Die Sparförderung aus öffentlichen Mitteln muß in einem angemessenen Verhältnis zur Eigenleistung stehen; dabei sind die Bezieher niedriger Einkommen auch nach Maßgabe ihres Familienstandes besonders zu berücksichtigen. Jegliche Maßnahme, die das Ziel hat, private Vermögen umzuverteilen, wird entschieden abgelehnt" (FDP-Konzept).

„Das in der Wirtschaft eingesetzte Kapital vermehrt sich auf eine phänomenale Weise. Es erbringt nicht nur angemessene Unternehmergewinne, Arbeiterlöhne und Investitionsmittel, sondern läßt darüber hinaus einen automatischen Wertzuwachs entstehen, der nicht länger ausschließlich den Kapitaleignern zugute kommen darf" (Walter Scheel).

BILDUNGSPOLITIK

CDU-CSU

„Das System der Jahrgangsklassen muß aufgelockert werden, wer sich schneller entwickelt, soll früher zum Schul- oder Ausbildungsziel gelangen können" (Berliner Programm).

„Neben den christlichen Gemeinschaftsschulen können Bekenntnis- und bekenntnisfreie Schulen dort rechtlich und materiell ermöglicht werden, wo Eltern dies in ausreichender Zahl für ihre Kinder wünschen" (Berliner Programm).

SPD

„Das Bildungsdefizit in der Bundesrepublik muß schnellstens überwunden werden. Es ist — insbesondere auch im Vergleich zur DDR — unerträglich, daß rund 48 Prozent aller Erwerbstätigen Arbeiter, aber nur zehn Prozent der Untersekundaner und nur 6,4 Prozent der Oberprimaner Arbeiterkinder waren" (Nürnberger Programm).

„Um mehr Schüler als bisher zu Abschlüssen mit höheren Qualifikationen zu führen, sind ein zehntes Pflichtschuljahr und die Ganztagsschule erforderlich" (Nürnberger Programm).

F.D.P.

„Die FDP fordert die Offene Schule. Die Offene Schule kennt keine Sackgassen der Bildung und kein Sitzenbleiben. Durch die Verbindung von Kern- und Wahlkursen wird die individuelle Förderung der Schüler erleichtert" (FDP-Konzept).

„Das Konzept eines liberalen und demokratischen Bildungswesens ist auf die Dauer nur zu verwirklichen, wenn der Bund die Zuständigkeit für Entscheidungen im Hochschul- und Schulwesen erhält" (FDP-Konzept).

Chancen, die geringsten hat die Große Koalition.

Je mehr Wähler der NPD ihre Stimme geben, desto größer wird Kurt Georg Kiesingers Chance, auch nach dem nächsten Sonntag Kanzler einer Großen Koalition zu bleiben. Eine Chance freilich, die selbst den Führern des Mammut-Bündnisses eher als Alptraum erscheint. Kiesinger ist — obgleich er jede Koalition mitmachen würde, die ihm die Kanzlerschaft sichert — mit Herbert Wehner einer Meinung: „Diese Große Koalition ist eine hundsföttische Angelegenheit." CSU-Chef Strauß findet den Bund mit der SPD nur „vorübergehend gut, als Dauerlösung nicht gut". Am deutlichsten sagt es Bruno Heck: „Die begrenzten Gemeinsamkeiten sind erschöpft."

Heck hat recht: Mit der mittelfristigen Finanzplanung (Mifrifi), der Verabschiedung der Notstandsgesetze, dem Aufschwung der Wirtschaft, der Ruhr-Sanierung und der Strafrechtsreform hat die Große Koalition die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht. Weitergehende sozial- und gesellschaftspolitische Ziele der SPD wie

▷ eine gerechtere Vermögensverteilung durch Teilhabe der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen,

▷ eine paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Entscheidungsgremien der Großindustrie,

▷ eine allgemeine Volksrente und Volkskrankenversicherung,

▷ eine progressive Besteuerung von Spekulationen, Millionen-Erbschaften und großen Einkommen und

▷ eine sozial orientierte Sanierung des Städtebaus

werden von der CDU/CSU kategorisch abgelehnt. Es ist nicht einmal gewiß, ob die Union das 1966 in der gemeinsamen Regierungserklärung verkündete und von Schiller in den ersten zwei Jahren mit Erfolg praktizierte Prinzip wirtschaftlicher Globalsteuerung bei neuen Koalitionsverhandlungen noch einmal akzeptieren würde. Den CDU-Unternehmern jedenfalls ist Schillers Politik zu „kollektivistisch" und „dirigistisch", und der frühere CDU-Wirtschaftsminister Kurt Schmücker fürchtet, die „Globalsteuerung" führe zur „Totalsteuerung".

Jener Streitfall, an dem die erste Große Koalition beinahe vorzeitig zerbrochen wäre, würde eine neue Regierung von CDU/CSU und SPD gleich nach ihrer Investitur gefährden: die Auseinandersetzung um Währung und Konjunktur.

SPD-Minister Karl Schiller jedenfalls ist fest entschlossen, der CDU den wirtschaftspolitischen Offenbarungseid abzuverlangen. Er plant, unmittelbar nach der Wahl als „Absicherung gegen die Preissteigerungen im Ausland" durch Aufwertung der Mark oder höhere Exportsteuern und Importsubventionen die drohende Inflation abzuwenden.

Den Boom im Inland und die durch üppige Unternehmergewinne ausgelöste Welle der wilden Lohnstreiks will Schiller dadurch unter Kontrolle bringen, daß er die Möglichkeiten der Abschreibung vermindert und so die übermäßigen Investitionen bremst und die Industriebosse zur Preisdisziplin zwingt.

Akzeptiert die CDU/CSU nach der Wahl dieses Programm (Schiller: „Meine Restposten des letzten Sommers"), so liefert sie dem SPD-Minister den Beweis, daß sie vor der Wahl den Exportinteressen der Industrie und den Stimmen der Bauern zuliebe wider ökonomische Vernunft gehandelt hat.

Setzt sich aber Schiller nicht durch und beharrt die CDU/CSU auf dem Strauß-Rezept, die Konjunktur durch Kürzungen am Staatshaushalt und Zinserhöhungen der Bundesbank zu drosseln, dann müßte der SPD-Professor seine Politik des „Brinkmanship" (Schiller) fortsetzen. Er und seine Minister-Genossen würden gezwungen, wieder im Kabinett und in der Öffentlichkeit den Kanzler und seine Partei zu bekämpfen, und riskierten damit den Bruch des Regierungs-Bündnisses.



Beschmiertes NPD-Plakat
Chance für Kiesinger

Auch in allen Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik (normale Beziehungen zur DDR, Oder-Neiße, Europäische Sicherheitskonferenz, Hallstein-Doktrin, Atomwaffen-Sperrvertrag) könnte es zwischen den schwarzroten Partnern nur noch Stillhalteabkommen geben.

Der starke Mann der Union, Franz Josef Strauß, hat bereits gedroht, daß er eine progressive Steuerreform, eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit durch die Mitbestimmung und die Unterzeichnung des Sperrvertrages in seiner derzeitigen Form nicht mitmachen werde. Kanzler Kiesinger will die Ostpolitik auf „die Aufhellung des politischen Himmels" beschränken, die „nebulösen" SPD-Konzepte vereiteln und kündigt für den Fall von Meinungsverschiedenheiten schon jetzt die Fortsetzung seines Sterilitäts-Programms an: „Dann kommt das, wofür ich so viele Prügel bezog, dann müßte man eben ausklammern."

Selbst das Intim-Verhältnis zwischen Kiesinger und dem sozialdemokratischen Koalitionsvater Herbert Wehner ist gestört. Wehner über Kiesingers Weigerung, die Mark aufzuwerten: „Ein Dilettant hat aus politischer Eitelkeit die richtige Entscheidung verhindert."

Einziger Programmpunkt, der die Neuauflage des Bündnisses rechtfertigen könnte, bliebe die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts. Doch nicht einmal dafür stehen die Zeichen günstig: Die SPD-Führung ist an die — höchst unsichere — Zustimmung eines Parteitags gebunden, und selbst in der CDU gibt es starke Vorbehalte.

In beiden Parteien sind es nur noch wenige, die von der Fortsetzung einer Großen Koalition profitieren können:

▷ der SPD-Fraktionsboß Helmut Schmidt etwa und sein CDU-Kollege Rainer Barzel, die vom Scheitern eines zunächst erneuerten Bündnisses die Erfüllung ihrer langfristigen Kanzler-Hoffnungen erwarten können. So findet Barzel auch den rüden Wahlkampf zwischen CDU und SPD, der die Partnerschaft immer mehr zerüttet, „zum Kotzen";

▷ Hans Katzer und seine CDU-Linken, die in dem Bündnis mit der SPD ihre einzige Hoffnung sehen, sozialpolitisch voranzukommen, und deshalb versuchen, die SPD zu ködern. Katzer: „In der nächsten Legislaturperiode kommt die Mitbestimmung bestimmt."

Doch die SPD hat den Katzer-Flügel abgeschrieben. Helmut Schmidt über Katzer: „Der ist ja nur die soziale Badehose der CDU." Selbst linke Gewerkschafts-Funktionäre in der SPD-Fraktion, die 1966 einer Koalition mit der CDU in der Hoffnung auf Zusammenarbeit mit der CDU-Linken zugestimmt hatten, sind inzwischen ernüchtert. SPD-MdB Hans Matthöfer von der IG Metall: „Sie müssen mal sehen, wie viele Hände bei der Katzer-Truppe hochgehen, wenn die mit uns stimmen sollen." Als es darum ging, ob die Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter sogleich oder erst am Jahresende in Kraft treten solle, erhob sich bei der CDU nur eine Hand: die des IG-Bau-Funktionärs August Weimer.

Selbst Katzers Vize Albert Wolf, der stellvertretende Vorsitzende der christlichen Sozialausschüsse, hatte am Ende der Legislaturperiode genug: Er trat vier Wochen vor der Wahl zur SPD über. Wolf: „Ich wollte mit meinem Austritt mit dem Märchen Schluß machen, daß die christlichen Arbeitnehmer in der CDU ihre Heimat haben."

Die Große Koalition, noch im Frühjahr von vielen CDU/CSU- und SPD-Führern als Modell auch für ein Bündnis nach der Wahl akzeptiert, wurde im Kampf um die Macht zur

„MITBESTIMMUNG IST KEIN HINDERNIS“

SPIEGEL-Interview mit dem FDP-Vorsitzenden Walter Scheel

SPIEGEL: Die FDP empfiehlt sich als Partei des Fortschritts. Welche sozialen Fortschritte darf sich der Wähler erhoffen, wenn es Ihrer Partei gelingt, in Bonn einen Machtwechsel herbeizuführen?

SCHEEL: Die FPD wird als erstes mit aller Kraft darauf dringen, daß der nächste Bundestag die gesetzlichen Grundlagen einer Vermögensbildung für alle Bürger schafft.

SPIEGEL: Mit welchem Koalitionspartner glauben Sie ein solches Gesetzeswerk verwirklichen zu können?

SCHEEL: Sowohl mit der SPD als auch mit der CDU/CSU. Denn die Lösung dieser Frage ist für alle dringlich, weil ohne gerechte Vermögensverteilung auf breite Schichten der Bevölkerung unser ganzes freiheitliches Gesellschaftssystem scheitern muß.

SPIEGEL: Falls es zu Koalitionsverhandlungen mit der SPD kommt — wie halten Sie es dann mit der Mitbestimmung? Könnte daran eine kleine Bonner Koalition scheitern?

SCHEEL: Das wird kein Hindernis sein. Die SPD kann die in der Montanindustrie eingeführte Sonderform der Mitbestimmung weder mit der CDU/CSU noch mit uns auf andere Wirtschaftsbereiche ausweiten. Dazu müßte sie die absolute Mehrheit haben; denn weder CDU noch FDP sind bereit, diesen Weg mitzugehen.

SPIEGEL: Meinen Sie denn, der SPD/FDP-Kanzler Brandt würde in seiner Regierungserklärung die Mitbestimmung ausklammern?

SCHEEL: Nein, gewiß nicht. Er würde sicher die von uns und großen Teilen der SPD beabsichtigten Verbesserungen des Betriebsverfassungsgesetzes erwähnen, und er würde die Frage einer erweiterten Mitwirkung der Arbeitnehmer in dem größeren Rahmen einer Gesellschaftspolitik behandeln, die den Arbeitnehmer zu einem freien Menschen in der Wirtschaft macht.

SPIEGEL: Ist Ihnen dazu denn nicht mehr eingefallen als der Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes?

SCHEEL: Ich denke beispielsweise an eine Drittelparität in Großbetrieben: Ihre Aufsichtsräte sollten zu je einem Drittel von Vertretern der Kapitaleigner, der Arbeitnehmer sowie der leitenden Angestellten besetzt sein. Denn das Management, dem die entscheidende unternehmerische Initiative zukommt, muß — wie in den USA, wo das ja sehr gut funktioniert — auch in den Aufsichtsgremien gleichberechtigt vertreten sein.

SPIEGEL: Glauben Sie, sich auch über die Steuerpolitik mit der SPD arrangieren zu können? Würden Sie zum Beispiel drastischen Erhöhungen der Einkommensteuer zustimmen?

SCHEEL: Ganz ohne Zweifel wird die Steuerpolitik bei Koalitionsgesprächen mit der SPD die größten Schwierigkeiten bringen. Wir fordern eine Steuerpolitik, die den Leistungswillen des einzelnen anregt, die Eigentumsbildung fördert und Investitionen in der Wirtschaft begünstigt.

SPIEGEL: Und was kann dabei der Arbeitnehmer erhoffen?

SCHEEL: Wir wollen zum Beispiel durch einen geeigneten Steuertarif dafür sorgen, daß Einkünfte aus steuerlich begünstigten Investitionen nicht den Privatgewinn der Unternehmer mehren, sondern in die Produktion zurückfließen und damit auch den Arbeitnehmern nützen. Überdies denken wir daran, einen Teil der überproportional wachsenden Einnahmen des Staates durch Steuersenkungen den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen zugute kommen zu lassen, die durch die Progression in unserem Steuertarif ungerecht hoch belastet sind.



FDP-Vorsitzender **Scheel**
Koalition mit wem?

SPIEGEL: Würden Sie zustimmen, wenn die SPD eine Besteuerung von Bodenspekulationsgewinnen fordert?

SCHEEL: Ja, denn auch uns ist die Bodenspekulation ein Ärgernis. Wir würden einer solchen Steuer zustimmen, wenn das Gesetz jene trifft, die mit der Knappheit an Bauland ungerechte Gewinne machen.

SPIEGEL: Mit welchem möglichen Koalitionspartner kann die FDP ihr gesellschaftspolitisches Programm leichter verwirklichen?

SCHEEL: Das hängt davon ab, ob sich die SPD leichter von ihren letzten orthodoxen sozialistischen Vorstellungen oder die CDU leichter aus ihrem Interessenten-gebundenen Denken lösen kann.

„dritten der möglichen Lösungen“ (Willy Brandt) abgewertet. Auf einmal ist für die beiden großen Parteien eine Partnerschaft mit der FDP interessanter geworden.

Walter Scheel, FDP-Chef und Außenminister-Anwärter jeder Kleinen Koalition, sieht sich von beiden Seiten hofiert. Willy Brandt: „Scheel hat als Entwicklungshilfe-Minister eine sehr gute Figur gemacht... Daß er auch Deutschland gegenüber dem Ausland vertreten könnte, daran kann es keinen Zweifel geben.“ Franz Josef Strauß: „Scheel ist ein Mann mit hohen Fähigkeiten.“

Der CSU-Chef, den die Liberalen einst als Verteidigungsminister stürzten und dessen Wiedereintritt in die Regierung Erhard 1965 am FDP-Veto scheiterte, hält jetzt eine FDP-CDU/CSU-Koalition für „durchaus vorstellbar“. Und Kanzler Kiesinger versichert, die Union werde „mit der FDP gesellschaftspolitisch, also innenpolitisch, eher zurechtkommen als mit der SPD“.

Daran ist nicht zu zweifeln. Trotz linker Image-Pflege der FDP müßte die Union gesellschaftspolitischen Reformeifer nicht fürchten. Auf diesem Gebiet nämlich geben bei den Liberalen — Walter Scheels Ein-Mann-Plan zur Vermögensbildung und rebellische Vorstöße der Jungdemokraten ändern daran nur wenig — Fabrikanten (Bayerns FDP-Chef Dietrich Bahner), Industrie-Direktoren (FDP-MdB Alexander Menne), Großindustrielle (FDP-Präside Knut von Kühlmann-Stumm) und Investment-Händler (Erich Mende) das Tempo an.

So einig sich die Mehrheit der Christ- und Freidemokraten in einer auf Beharrung orientierten Gesellschaftspolitik ist, so hart prallen ihre gegensätzlichen Vorstellungen zur Ost-, Deutschland- und Sicherheitspolitik aufeinander. Der potentielle AA-Chef Scheel hat angekündigt, daß „eine Außenpolitik unter Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin nicht möglich“ sei und das Konzept der FDP (Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Generalvertrag mit der DDR, Verzicht auf atomare Trägerwaffen) bei Koalitionsverhandlungen „eine entscheidende Rolle“ spielen werde.

CSU-Chef Strauß spottet, die FDP schwebe „ohne Flügel 100 Meter über dem Boden der Wirklichkeit“, und CDU-Chef Kiesinger will bei Koalitionsverhandlungen den FDP-Umfall zur Bedingung machen: „Es kommt darauf an, wie standfest die Freien Demokraten in diesen Fragen sind.“

Einigkeit in eben diesen Fragen wäre der stärkste Kitt eines anderen Bündnisses. „In diesem Bereich“, so FDP-Chef Scheel, „gibt es sicherlich zwischen SPD und FDP mehr gemeinsame Überzeugung.“ Auf ost- und deutschlandpolitische Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten hat Scheel seine Partei in anderthalbjähriger Arbeit getrimmt: Er und seine Führungsgehilfen Genscher und Mischnick wollen diesen Konsens nun als Vehikel für eine Linkskoalition benutzen.

Allerdings: Wie ein solches Bündnis die von Herbert Wehner verkündete „Periode der Durchsetzung des sozialen Fortschritts“ einleiten soll, ist angesichts der Immobilität der FDP-Rechten ungeklärt. Die koalitionswilligen Parteiführer haben diese Kontroverse klüglich aus der Wahlkampf-Polemik ausgeklammert — bis auf ein Thema: die paritätische Mitbestimmung.

Gegen sie fand Walter Scheel zunächst harte Worte („Dieses würden wir in einer Regierung nicht zulassen können“) und lenkte so großbürgerliche Wähler und Parteimitglieder von eventuell notwendigen Konzessionen in anderen gesellschaftspolitischen Fragen ab.

SPD-Chef Brandt gab der FDP „einen Fingerzeig“: Zunächst gehe es nicht um die paritätische Mitbestimmung, sondern um den Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes, und da habe er „nicht den Eindruck, als ob die FDP sich dem widersetzen würde“.

Brandts und Scheels Parteien sind einander in der Woche vor der Wahl so



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

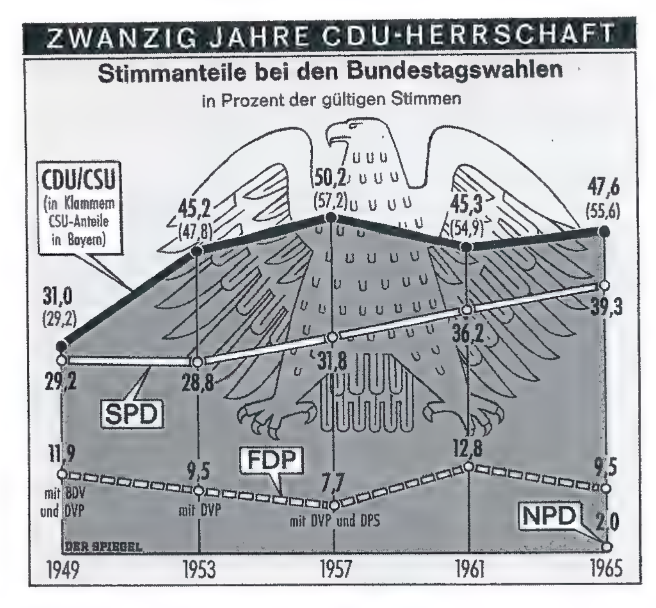
„Was wußte Scheel denn zu erzählen?“

nahe, daß zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Bonner Bündnis von Sozial- und Freidemokraten Wirklichkeit werden kann. Läßt das Wahlergebnis am nächsten Sonntag diese Lösung zu, wird sie die Parteiführer auf beiden Seiten unwiderstehlich anziehen.

Der Wille zur Macht, die Faszination, als führende Regierungspartei die Richtlinien westdeutscher Politik bestimmen zu können, werden den Sozialdemokraten mögliche Abstriche an ihrem gesellschaftspolitischen Programm zweitrangig erscheinen lassen. Denn die Partei will endlich das Stigma der Verantwortungsscheu loswerden, das CDU-Heck ihr im Wahlkampf noch einmal aufgedrückt hat: Die CDU habe nicht vergessen, „daß die SPD 1966 nicht bereit war, die Macht zu übernehmen“.

Willy Brandt ist optimistisch: „SPD/FDP ist drin. Und dann gibt es in der SPD einen solchen Drive in der Richtung, da können sich Schmidt und Wehner auf den Kopf stellen.“

Auch die Freidemokraten werden in die Regierung drängen: Eine große



Koalition könnte eine Mini-Opposition der FDP zerreiben oder — auch das können die Liberalen nicht ausschließen — durch eine Wahlrechtsreform liquidieren. Von den beiden kleinen Koalitionen mit CDU und SPD hat für die FDP-Spitze das Bündnis mit den Sozialdemokraten Vorrang: Sie wollen den Beweis, daß sie auch nach links offen sind, zu Ende führen.

Wie groß die gemeinsame Mehrheit im Bundestag sein muß, damit SPD und FDP zueinander finden, darüber herrscht bei den Sozialdemokraten noch keine Einigkeit: Helmut Schmidt verlangte in diesem Frühjahr zunächst ein Mehrheitspolster von 25, dann 20 Mandaten. Im Hochsommer fand Brandt: „Zwölf Stimmen wären genug." Ende August schließlich war der SPD-Chef noch kühner: „Ich werde die Koalition mit der FDP machen, selbst wenn es nur zwei Stimmen Mehrheit sind."

Am Sonntag um 20 Uhr, nach der ersten Hochrechnung der Wahlergebnisse durch die IBM-Computer, starten Brandt und Scheel im Falle einer SPD/FDP-Mehrheit zu einem Rennen gegen die Uhr. Denn die Union hat angekündigt, daß sie — um die Macht im Staat zu halten — der FDP zuliebe sogar bereit sein würde, „einen von uns in Ketten abführen zu lassen" (Kiesinger-Sprecher Günter Diehl).

Kurt Georg Kiesinger hält vor seiner Generalstabskarte die christliche Wacht am Rhein: Wenn die SPD siegt, will der Kanzler sogleich die Spitzen der Union zu sich rufen, damit er für einen nächtlichen Endkampf um die Macht im Staat gerüstet ist.

Bundespräsident Heinemann hat mitgeteilt, daß er in der Wahlnacht in der Villa Hammerschmidt für eilige Besucher zu sprechen ist.

Scheel will den eher bedächtigen Brandt drängen, noch vor dem Morgengrauen des 29. September eine Absichtserklärung zur SPD/FDP-Koalition beim Staatsnotar Heinemann abzugeben. Mit einem Fait accompli hofft der FDP-Chef, langwierige Diskussionen im eigenen Lager unterbinden zu können.

Brandt macht sich zwar keine Sorgen um die Zustimmung der SPD: „Unsere Führung ist geschlossen bereit, Widerstände in der Fraktion kämpferisch niederzustimmen." Aber da er weiß, daß Scheel in einer Zwangslage sein könnte, hat sich Brandt für diesen Dringlichkeitsfall eine Blanko-Vollmacht seines Präsidiums besorgt.

Geradezu in Existenznot geriete die FDP, wenn sie erhebliche Stimmenverluste gegenüber 1965 erleiden würde. Brandt ist bereit, selbst gegen die Bedenken eigener Parteifreunde auch mit einer angeschlagenen FDP zu koalieren. Ob sich aber die linksliberalen Führer der FDP, die ihren Anhängern einen Stimmenzuwachs von 9,5 auf zwölf Prozent verheißen hatten, als Verlierer noch gegen ihren CDU-freundlichen Parteiflügel durchsetzen können, ist fraglich.

In einer Niederlage der FDP sieht der Wachhabende Kiesinger seine Chance: die verstörten Freidemokraten gegen den Willen ihres Chefs in einen neuen Bürgerblock zu locken oder durch Abwerbung von FDP-Rechtsabweichlern zu ruinieren und sich so eine Regierungsmehrheit zu sichern.

Kiesingers zweite Chance bei einer FDP-Niederlage: die Sozialdemokraten dann um einer Wahlrechtsreform willen noch einmal zur Großen Koalition zu gewinnen.

Für diesen Fall hat in seinem Auftrag der Parlamentarische Staatssekretär Theodor Freiherr von und zu Guttenberg bereits mit dem sozialdemokratischen Patron der Großen Koalition, Herbert Wehner, insgeheim verhandelt und für die Wahlnacht einen Notruf vereinbart.

Kiesingers Rechnung könnte aufgehen: Die Demoskopen ermittelten in den letzten Wochen eine Fluchtbewegung liberaler Wähler — zunächst überwiegend zur SPD, dann aber verstärkt zur CDU/CSU. Emnid registrierte einen Schwund des FDP-Potentials von sieben auf sechs Prozent, Allensbach einen Einbruch von acht auf 5,2 Prozent.

Scheel tut die Demoskopen-Berechnung ab: Noch immer hätten die Volksbeschauer die FDP vor Wahlen zu niedrig eingestuft — mindestens um zwei Prozent. Auch Kiesingers Auszehrungs-Kalkül nimmt der Rheinländer Scheel leicht. „Solche Gedanken", so der FDP-Chef letzten Donnerstag in der Düsseldorfer Rhein-Halle, „macht sich nur jemand, der weiß, daß er bald aus dem Amt scheidet."

SPD-Chef Brandt hofft, er werde eine Niederlage der FDP durch eine faszinierende Zukunftsvision überspielen können. Die kleine Koalition unter Führung von Brandt soll im Kennedy-Stil zu neuen Grenzen aufbrechen — bis hin zur Beteiligung deutscher Wissenschaftler am amerikanischen Mars-Programm. Brandt: „Die ersten hundert Tage werden Daten setzen."

Kiesinger will auch dann noch nicht aufgeben, wenn seine Partei in die Opposition genötigt wird: Er will gegen den Führungsanspruch des amtierenden Fraktionsvorsitzenden Barzel und des zielstrebigen Machtpolitikers Strauß „auf jeden Fall im Parlament Fraktionsführer werden. Da will ich kämpfen; spätestens in einem Jahr haben wir die kleine Koalition geschafft".

Wie lange auch immer die kleine Koalition — kommt sie zustande — bestehen mag: Am Kämpfer Kiesinger wird sie am wenigsten scheitern.



Pardon

„Der also auch! Das hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten"



Machen Sie mit beim großen Dokator Preisausschreiben!

- 1 VW 1300
- 1 FARBFERNSEHER
- TONBANDGERÄTE
- INSGES. 1000 WERTVOLLE PREISE

Teilnahmescheine (gültig bis 31.12.69) bei Ihrem Kaufmann oder ausschneiden und ausfüllen, auf Postkarte kleben und einsenden an: Dokator, 2390 Flensburg, Postfach 300, Preisausschreiben.

Ich möchte beim Dokator-Preisausschreiben mitmachen. Schicken Sie mir bitte kostenlos den Teilnahmeschein.

Name

Postleitzahl/Ort

Straße

10/9



Stuttgarter Nachrichten

„Laßt euch nicht von der weißen Flagge bluffen — seht euch den gefährlichen Knüppel an!"

OSTPOLITIK

Sehr nobel

Für Kanzler Kiesinger war alles klar: „Moskau verlangt von uns die bedingungslose Kapitulation."

Für Außenminister Willy Brandt war die sowjetische Note über gegenseitigen Gewaltverzicht, die am vorletzten Freitag überreicht wurde, interessant genug, sein Wahlkampfprogramm am Montag dieser Woche abzusagen. Statt dessen flog er zu einem ostpolitischen Gespräch mit seinem US-Kollegen William Rogers und dem britischen Außenminister Michael Stewart nach New York.

Prompt und höflich hatte die sowjetische Regierung eine Bonner Note über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen beantwortet, auf die sie selber über ein halbes Jahr hatte warten müssen.

Dankbar vermerkte SPD-Chef Brandt, daß Moskau das monatelange Gerangel zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt um die rechte Form der Bonner Note nicht mit Polemik vergolten hatte: „Ich finde es sehr nobel, daß die Regierung der Sowjet-Union diese peinliche Sache nicht ausgenutzt hat."

Auch sonst zeigten sich die Sowjets ungewöhnlich konziliant. Sie verzichteten auf die bislang üblichen polemischen Seitenhiebe und vor allem: Sie offerierten in dem zweiseitigen Papier erstmals den Beginn von direkten deutsch-russischen Verhandlungen über Gewaltverzicht. Als Konferenzort schlugen sie Moskau vor.

Das Papier enthält ein für Bonn überraschendes Eingeständnis: Die Sowjet-Union erkennt ausdrücklich den guten Willen der Bundesregierung an, die Entspannung zu fördern.

Zur gleichen Zeit erklärte sich Moskau auch zu Gesprächen mit den drei Westalliierten über West-Berlin bereit. Dabei machte die sowjetische Regierung klar, daß sie den Status von West-Berlin nicht ändern will, wohl aber die Existenz der DDR respektiert sehen möchte.

Auch in der Note an Bonn weicht die Sowjet-Union von ihrem Standpunkt nicht ab, Bonn solle die Existenz des Ulbricht-Staates anerkennen. Sie schlägt vor, daß die Bundesrepublik auch mit der DDR einen Gewaltverzicht vereinbaren solle.

Auf der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR bestehen die Sowjets in ihrer Note nicht, nachdem ihnen von Bonn eindringlich klargemacht worden war, daß eine solche Forderung den Abbruch der Gespräche bedeuten würde.

Während Kanzler Kiesinger im Wahlkampf das Moskauer Angebot zum Vorwand nahm, die von ihm allenthalben beschworene Russenfurcht weiter anzuheizen, verabredete sich Willy Brandt mit den angelsächsischen Außenministern zu einem Treffen am Rande der Uno-Vollversammlung, um eine gemeinsame Reaktion auf die beiden Sowjet-Noten abzusprechen.

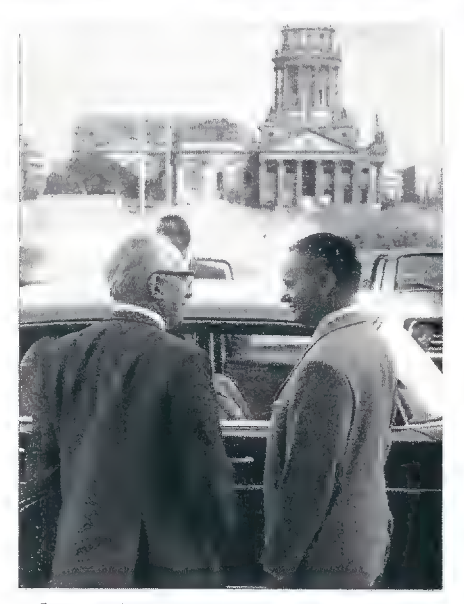
Brandt vermutet, daß die Sowjets beim Abfassen der Note auch an die Bundestagswahl gedacht haben: „Vielleicht wollten sie ihre eigene Gesprächsbereitschaft aktenkundig machen für den Fall, daß es nach dem 28. September zu einer weniger gesprächsbereiten Bundesregierung kommen sollte."

DDR-KONTAKTE

Kann umschlagen

Über den Fernschreiber des Ost-Berliner Verkehrsministeriums in der Voßstraße tickerten die Kennzeichen von Bonner Regierungswagen. Staatssekretär Karl Wittrock vom Bundesverkehrsministerium avisierte seinem DDR-Kollegen Heino Weiprecht Besuch vom Rhein.

Am Dienstag letzter Woche um zehn Uhr morgens passierten zwei schwarze Mercedes-Dienstwagen — BD 19-207, BD 19-210 — mit den Ministerialbeamten Wolfgang von Dorrer, Herbert Eymann und Walter Marquardt aus dem Bundesverkehrsministerium sowie Regierungsdirektor Ernst-Günter Stern aus dem Gesamtdeutschen Ministerium den Berliner Sektorenübergang Heinrich-Heine-Straße.



Bonner Unterhändler **von Dorrer** (l.)*
Einzelheiten nach der Wahl

Zwölf Tage vor der Wahl zum neuen Bundestag hatte die DDR, die bislang nur über die „Treuhandstelle für den Interzonenhandel" mit Bonn Kontakte pflegte, zum erstenmal direkte Verhandlungen über Sachfragen zwischen Regierungsbeamten beider deutscher Staaten ermöglicht. Ost-Berlin akzeptierte als Gesprächspartner sogar einen Vertreter des Gesamtdeutschen Ministeriums, das im SED-Jargon stets das „Bonner Ministerium für antisozialistische Wühltätigkeit" heißt.

Die Regierungsgehilfen aus Bonn und Ost-Berlin konferierten über

- ▷ gegenseitige Gewährung von Transitrechten in der Binnenschiffahrt (im Sommer 1968 hatte Verkehrsminister Georg Leber das DDR-Motorschiff „Sandau" auf der Fahrt nach Rotterdam in Duisburg festhalten lassen, nachdem Ost-Berlin Westkapitänen die Durchreise nach Polen verweigert hatte);
- ▷ Zusammenarbeit bei Dienstleistungen der Eisenbahn wie der Ausgabe von Platzkarten und Liegewagenkarten;
- ▷ gemeinsame Planung beim Ausbau von Fernstraßen und Autobahnen sowie gemeinsame Finanzierung von Brückenbauten.

Beide Seiten kamen überein, nach den Bundestagswahlen Einzelheiten auszuarbeiten und entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.

Die Bereitschaft, Arrangements mit Westdeutschland zu treffen, hatte die DDR bereits am 2. September bekundet, als sich die Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn einigten, daß bei Bad Hersfeld westdeutsche Kali-Transporte wieder über eine Teilstrecke des ostdeutschen Eisenbahnnetzes geführt werden dürfen. Ost-Berlin begnügte sich mit 2,3 Millionen Mark Abfindung statt der ursprünglich verlangten 5,6 Millionen Mark Schienenbenutzungsgebühr.

Auch in der strittigen Frage der Postgebühren wollen sich die Deutschen verständigen; am Freitag letzter Woche trafen sie sich zu einem ersten Gespräch in Ost-Berlin. Gesamtforderungen in Höhe von 1,8 Milliarden Mark für Mehrleistungen der DDR-Post wurden bisher von Bonn nur mit 22 Millionen Mark angezahlt. Wenn sie mehr anbieten, erhoffen sich Bonns Postler ein Einlenken der Ost-Berliner bei westdeutschen Wünschen nach besserem Service, wie: Automatisierung des Fernsprech- und Fernschreibverkehrs, Wegfall der Paketkontrollen, Aufnahme des Postanweisungs-Dienstes, 100 weitere Telephon-Leitungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie ein gemeinsames Ortsnetz für West- und Ost-Berlin.

Staatssekretär Günter Wetzel vom Gesamtdeutschen Ministerium ver-

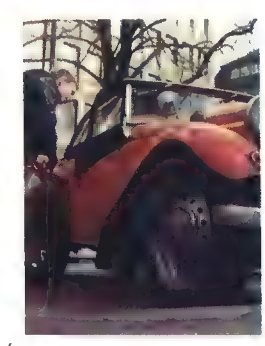
* Mit DDR-Hauptverwaltungsleiter Roland Florentin Wagner in Ost-Berlin.

7 Uhr 40. Schulweg. Kreuzung Körnerallee - Ampel auf Rot.



Papa hat recht. Ampeln sind Stahl. Masten auch.

Schnittige Karosserien. Sind aus Feinblech. Stahl, hat Papa gesagt.



Straßenbahn auch.

Stimmt schon: ohne Stahl gibt es keinen modernen Verkehr.

7 Uhr 45. Grabenstraße. Baustelle. Die ganze Straße aufgerissen.



Legen neue Rohre. Für Gas, Wasser und Fernheizung. Versorgungsnetze für Millionen Menschen. Stahl.



7 Uhr 55. Höchste Zeit. Über den Schulzaun geklettert. Stahl. Peter gegen Treppengeländer geschubst. Auch Stahl. Knie am Heizungsrohr gestoßen. Harter Stahl.

12 Uhr 45. Schule aus. Schnell nach Hause. Hunger. Kühlschrank gefilzt. Stahlblech.



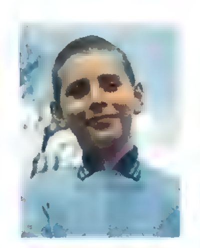
15 Uhr 30. Zum Fußballplatz. Über Nordbrücke. Viel Stahl.



17 Uhr 15. 4:2 gewonnen. Zurück über Nordbrücke. Steinchen auf Schiffe geworfen. Stahl.

18 Uhr. Mit Peter eine Zigarette geraucht. Im Neubau an der Grabenstraße. Rohrgerüst Stahl.





20 Uhr 15. Papa angepumpt. Wollte genau wissen, was ich alles angestellt hätte. Meinte zum Schluß: Heute bist Du ein paar hundertmal dem Mann von Mannesmann begegnet. Scheint verdammt stolz auf seinen Laden zu sein.

Man fragt den Mann von Mannesmann

spricht sich von den Experten-Gesprächen eine „neue Lage im innerdeutschen Verhältnis". Seine Analyse: „Die Quantität der kleinen Absprachen kann umschlagen in eine bessere Qualität der Beziehungen."

MINISTER

Zu neuer Blüte

Auf dem Bonner Münsterplatz bedachten CDU-Helfer die Passanten reichlich mit Propagandaschriften, darunter das Faltblatt „Sind wir für das Jahr 2000 vorbereitet?" Herausgeber des Vierfarbendrucks: das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung.

Der Ressortchef, CDU-Mitglied Gerhard Stoltenberg, war in dem Wahlprospekt dreimal abgebildet, die Rechnung wurde aus Steuergeldern beglichen; allein für die Druckkosten der 600 000 Exemplare machte Stoltenberg aus seinem Etat 100 000 Mark locker. Im Mai und Juni lagen die Blätter westdeutschen Tageszeitungen bei, 5000 Stück ließ das Ministerium der CDU direkt zukommen, die zwei Wochen vor der Bundestagswahl die letzten der Werbeschriften ans Wählervolk verteilte.

Die „massive Wahlwerbung mit Bürgergeldern" (FDP-Vize Hans-Dietrich Genscher) quillt im Zeichen der Großen Koalition nicht weniger üppig aus den Bonner Ministerien als unter der CDU-Vorherrschaft vergangener Wahljahre. Und beide Partner halten sich am Steuerfonds schadlos.

Nicht alle werbenden Minister gehen dabei so verschämt zu Werke wie Stoltenberg, der seine Parteizugehörigkeit in dem Faltblatt nicht in aller Deutlichkeit bekannte. Gesundheitsminister Käte Strobel informierte in einer für September hausgemachten Illustrierten „G" (Auflage: 200 000 für Lesezirkel), daß ihre Bonner Regierungsarbeit „mit Konferenzen im Parteivorstand der SPD" abgewechselt habe.



Benda-Prospekt
Erinnerung an Patriarchen



Stoltenberg-Prospekt
Reklame für das Jahr 2000

Die Reportage „Ein Tag mit Käte Strobel" hielt fest, der Ministerin Dienstzeit gehe „oft rund um die Uhr", und man sage „dieser schmächtigen Frau" nach, „sie habe das Arbeitsgespräch mit ihren engen Mitarbeitern im Ministerium wieder zu neuer Blüte gebracht".

Das Strobel-Elaborat belastete nicht einmal den eigenen Etat: Die Kosten von etwa 30 000 Mark trug das Bundespresseamt, dessen Haushaltsreferent Bruno Wegerhoff erläutert: „Sind Programmpunkte der Politik der Bundesregierung angesprochen, hat die Publikation also überressortliche Ausstrahlung, dann können wir durchaus so etwas bezahlen."

Aus den Mitteln des Bundesfamilienministeriums versorgte die Ressort-Chefin Aenne Brauksiepe Anfang August deutsche D-Zug-Reisende mit 35 000 Broschüren, den Rest der Auflage von 100 000 Stück verschickte sie an Jugendverbände und Familien-Ferienstätten. Im „Porträt Aenne Brauksiepe" wird kein Zweifel daran gelassen, welcher Couleur die Politikerin ist: „Frau Brauksiepe hat ein Kapitel in der Geschichte der CDU, nämlich das der Mitarbeit der Frauen in der Politik, maßgeblich mitgeschrieben."

Auch SPD-Minister Erhard Eppler bevorzugt die schnellen Züge: Er verteilte Mitte September 30 000 Exemplare der hauseigenen Zeitung „Weltblick" (Kosten: rund 50 000 Mark) als Reiselektüre. Epplers publizitätskundiger Hilfsreferent Hans Michael Wallow, der schon die massive Werbetätigkeit des Eppler-Vorgängers Hans-Jürgen Wischnewski mitgesteuert hatte: „Die Leute lesen eben gründlich in Fernzügen."

400 000 Mark ließ sich Bundesverkehrsminister Georg Leber (SPD) vier Millionen Faltblätter „Start in den Straßenverkehr der Zukunft" kosten, die seit Anfang August in Tankstellen und Kfz-Werkstätten ausliegen. Lebers Public-Relations-Mann Otto Bickendorf möchte die Nähe zum Wahltermin als freundlichen Zufall werten: „Daß das Verkehrs-Programm etwa sechs Wochen vor der Wahl ins Faltblatt kam, ist in diesem Fall um so günstiger, denn es ist ja nicht illegitim, wenn ein Minister doch einmal versucht, sich zu profilieren."

Schon im Hochsommer hatte CSU-Postminister Werner Dollinger mit einer Millionen-Auflage „Extra-Post" bei den Schalter-Kunden Profil zu gewinnen versucht, und Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder hielt es wenige Wochen vor der Bundestagswahl für „angemessen, in einem Rückblick das zusammenfassend darzustellen, was im militärischen Bereich im Interesse des Friedens erzielt wurde". Die Schröder-Broschüre „Bilanz 69" gelangte in 92 500 Exemplaren (Kosten: 8167,35 Mark) in die Kasernen.

Am eifrigsten betrieb Bundesinnenminister Ernst Benda den Wahlkampf mit Bundesmitteln. 600 000 Exemplare seiner Broschüre „Zum Thema", die am vorletzten Wochenende unter anderem den Zeitungen „Welt am Sonntag" und „Christ und Welt" beigelegt waren (Kosten: etwa 100 000 Mark), enthielten offene Angriffe auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner: Die SPD habe sich bei der Wahlrechtsreform „der Entwicklung versagt und sowohl auf dem Nürnberger SPD-Parteitag wie auch auf dem Godesberger SPD-Sonderparteitag in diesem Jahr die Entscheidung auf nächstes Jahr verschoben".

Ein ganzseitiges Adenauer-Porträt gab Gelegenheit, den verstorbenen Patriarchen der CDU als „Vater seines Vaterlandes" in Erinnerung zu rufen, dessen Politik „einzig und allein" die gleichberechtigte Stellung der Bundesrepublik in der „Familie der Nationen" zu verdanken sei.

Benda-Bekenntnis in einem hausgemachten Interview auf Seite fünf der Broschüre: Was er als Bundesinnenminister treibe, seien „nicht unbedingt Dinge, die geeignet sind, jemand populär zu machen".



Dollinger-Prospekt
Profil am Schalter

KAF 69/9

„Tortenböden sind so furchtbar empfindlich. Wie kann man die verpacken, damit sie nicht zerbrechen und appetitlich bleiben?"

Die Lösung für die Verpackung heißt hier: tiefgezogenes Genotherm®. Unter dieser glasklaren Folie sind die empfindlichen Tortenböden sicher geschützt und sie sehen so appetitlich aus wie frisch aus dem Ofen. Das erleichtert wesentlich den Transport und das Verkaufen. (Jede zweite Folienverpackung ist aus Folien von Kalle. Auch die für den Sahnequark, um aus den Tortenböden eine Quarktorte zu machen).

KALLE

Wir haben mehr als hundert verschiedene Folienarten und Folientypen. Rufen Sie uns doch an, wenn Sie Verpackungsprobleme haben.
Berlin, Telefon 323961 · Düsseldorf, Telefon 350336 · Essen, Telefon 225747 · Frankfurt/Main, Telefon 723047 · Hamburg, Telefon 6306011
Hannover, Telefon 26357 · München, Telefon 227331 · Stuttgart, Telefon 621844

Fragen Sie Kalle, wenn Folien in Frage kommen.



Kalle Aktiengesellschaft, Wiesbaden-Biebrich



Die Tasse der Erkenntnis
NESCAFÉ
GOLD
koffeinfrei
Es gibt einen Koffeinfreien der Ihnen nicht wie ein Koffeinfreier schmeckt:
Nescafé Gold koffeinfrei
Warum? Weil er der einzige Koffeinfreie mit dem berühmten Nestlé Filterfrio-Verfahren ist. Ihre erste Tasse Nescafé Gold koffeinfrei wird „die Tasse der Erkenntnis" sein: Das ist Kaffeegenuß – auch ohne Koffein.

KONJUNKTUR

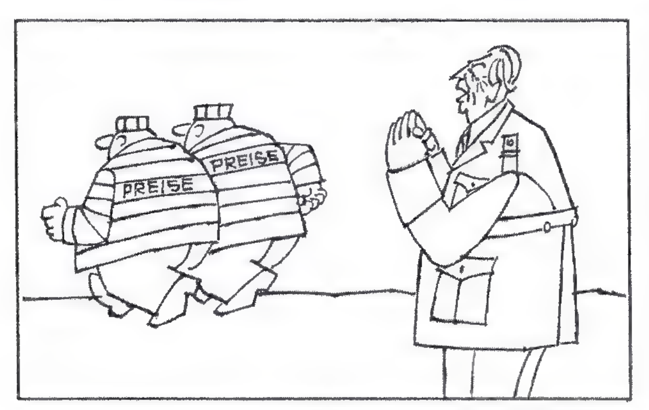
PREISE

Still bis Oktober

Die von Wirtschaftsminister Karl Schiller für den Herbst prophezeite Preislawine rollt unter Tage an.

48 Stunden nachdem die Kumpel an Ruhr und Saar eine Lohnerhöhung um zehn Prozent durchgesetzt hatten, entschieden Westdeutschlands Kohlenbosse, die Verbraucher müßten die Zeche bezahlen: Vom 1. Oktober an sollen die Preise für Steinkohle und Koks ebenfalls um rund zehn Prozent heraufgesetzt werden.

Heinz P. Kemper, Aufsichtsratsvorsitzender der Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG, erklärte am Freitag vorletzter Woche im Düsseldorfer „Industrie-Club", die „außerordentlich beachtliche Lohnerhöhung" könne nur durch höhere Preise aufgefangen werden. Denn die erst im Juli dieses Jahres aus 23 Bergbaubetrieben gebildete Einheitsgesellschaft habe „keinen Pfennig Geld in der Kasse" (siehe SPIEGEL-Interview Seite 44).



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Jungs, macht doch keinen Ärger, am 28. September werdet ihr sowieso amnestiert!"

Der zehnprozentige Preisaufschlag wird die Kohlenkassen schnell füllen: Kemper rechnet mit jährlichen Mehreinnahmen für die Zechen in Höhe von 500 Millionen Mark. Schon jetzt steht fest, daß die Verteuerung des Grundstoffs Kohle durch alle Branchen bis zum letzten Konsumenten weitergereicht werden wird.

Denn in Deutschlands Küchen und Wohnstuben werden immer noch 13 Millionen Tonnen Kohle und Koks verfeuert; die Elektrizitäts- und Gaswerke verbrennen 21 Millionen Tonnen, die Stahlhütten 26 Millionen Tonnen. Höhere Energie- und Stahlpreise aber geben auch allen weiterverarbeitenden Industrien ein Alibi, ihre Kalkulationen höher anzusetzen.

Das Gros der deutschen Unternehmer indes zeigt sich bislang noch diszipliniert. Neue Preisforderungen wurden in den letzten Wochen nur ausnahmsweise laut.

Bonns Schiller traut der Ruhe nicht und glaubt an ein Komplott: Der Wirtschaftsminister hatte seit Mai dieses Jahres die bei Fabrikanten unpopuläre Aufwertung der Mark verfochten, weil er Preissteigerungen kommen sah. Durch ihr Stillhalten bis zur Wahl, so fürchtet der SPD-Mann nun, wollten die Unternehmer ihn widerlegen. Schiller: „Eine verbandsmäßig zurückgestaute Inflation."

Den Verdacht des Ministers konnten seine Bonner Ministerialen inzwischen erhärten. Sie forschten bei Industriellen in ihrem Bekanntenkreis und fanden heraus, daß auf den Wahltag prompt der Zahltag folgen wird: Vom 1. Oktober an steigen auf breiter Front die Preise. Für die Erhöhung ihrer Profite halten alle Unternehmer eine Vokabel bereit: Teuerungszuschlag.

Landmaschinenhersteller wollen beispielsweise ihre Erzeugnisse vom Mähdrescher bis zur Obstspritze zwischen drei und zehn Prozent verteuern. Lederwaren-Fabrikanten erfuhren von ihren Metallzulieferern, Schnallen und Beschläge würden um acht Prozent teurer. Besteck- und Schneidwaren-Firmen erwarten bis Jahresende Teuerungsaufschläge zwischen acht und zwölf Prozent. Die Viessmann Kesselwerk KG im hessischen Allendorf, die bereits zum 1. Juni eine „Preiskorrektur" um 5,5 Prozent vorgenommen hatte, kündigte ihren Kunden durch Rundschreiben eine weitere „Preisangleichung" um 6,5 Prozent „mit Wirkung vom 1. 10. 1969" an.

Ein Heizungsfabrikant aus dem Württembergischen klagte Schiller: „Mir flattern Tag für Tag Mitteilungen meiner Lieferanten über Teuerungszuschläge auf den Tisch." Und das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften sammelte, schon Anfang September, bei den Firmenchefs Indizien für die Preislawine nach der Wahl: „Unternehmerbefragungen zeigen zur Zeit auf der gesamten Breite der Industrieproduktion die Erwartung steigender Preise."

Das kostspielige Wahlergebnis ahnen inzwischen auch Westdeutschlands Konsumenten voraus. 88 Prozent der Bundesbürger, so fanden die Demoskopen der Tübinger Wickert-Institute, erwarten „unmittelbar nach der Wahl Preissteigerungen von fünf bis zehn Prozent".

Aus dem Schweige-Kartell der Unternehmer, die den beschlossenen Preisauftrieb bis zur Wahl geheimhalten möchten, brach 16 Tage vor dem Gang zur Urne nur ein Mächtiger der Wirtschaft aus.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Kohle-Einheitsgesellschaft und Veba-Generaldirektor Heinz P. Kemper: „Ich wäre unehrlich, wenn ich das nicht schon jetzt gesagt hätte."

Der Schneller-als-je-zuvor-VW.

Der neue VW 411 E ist nicht nur komfortabler und geräumiger als jeder VW zuvor. Er ist auch schneller als 85 Prozent aller im letzten Halbjahr in Deutschland zugelassenen Wagen.

Obwohl das für uns nicht der Hauptgrund war, dem VW 411 E eine electronisch gesteuerte Benzineinspritzung zu geben und ihn zum VW 411 E zu machen.

Wir wollten damit vielmehr erreichen, daß der Motor für alle Fahrzustände immer die richtige Benzinmenge bekommt: Keinen Tropfen zu viel, keinen zu wenig.

Anders als bei Vergasern arbeitet die electronische Benzineinspritzung des VW 411 E so: Sie tastet über verschiedene Meßfühler ständig die Motortemperatur, die Drehzahl, den Saugrohrdruck und die Drosselklappenöffnung ab. Diese Daten werden dem Bord-Computer eingespeist. Der wiederum errechnet daraus in weniger als einer tausendstel Sekunde den augenblicklichen Fahrzustand. Und die genaue Benzinmenge, die der Motor für den nächsten Hub braucht.

Ein Einspritzventil wird elektromagnetisch freigegeben und spritzt die errechnete Benzinmenge in den Zylinder.

Erfolg: Noch bessere Kaltstarteigenschaften. Runder Leerlauf. Blitzschnelles Beschleunigen aus jeder Geschwindigkeit. Sparsamer Verbrauch, besonders auch im Stadtverkehr. Und obendrein

VW 411 E ein VW, der schneller ist als je zuvor.

Das sind die technischen Daten des VW 411 E: 1679 Kubikzentimeter. 80 PS bei 4900 U/min. 155 km/h Höchst- und Dauergeschwindigkeit. Null auf 100 km/h in 15 Sekunden. 10 Liter auf 100 km (DIN 70 030).




411

„WARUM SOLLTE ICH GEGEN SCHILLER SEIN?"

SPIEGEL-Interview mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, Heinz P. Kemper

SPIEGEL: Sie sind der erste Spitzenmanager aus der Großindustrie, der Preiserhöhungen nicht nur plant, sondern auch davon spricht. Warum sollen eigentlich jetzt die Kohlen teurer werden?

KEMPER: Dazu zwingen uns Mehrkosten von jährlich 900 Millionen Mark, die vom nächsten Jahr an auf uns zukommen. Das sind nicht nur 525 Millionen Mark höhere Löhne für die Kumpel — deren Forderungen nach meiner Meinung übrigens im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung verständlich waren —, darin sind auch rund 200 Millionen Mark für die Verteuerung von Vormaterial enthalten, die uns unsere Lieferanten angekündigt haben, ferner ein fast gleich hoher Betrag für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

SPIEGEL: Einen Betrag von 500 Millionen wollen Sie durch höhere Kohlepreise von Ihren Kunden wieder hereinholen, eine Absicht, die Sie 16 Tage vor der Wahl publik gemacht haben. Wollten Sie mit dieser Meldung in den Wahlkampf eingreifen?

KEMPER: In diesem Wahlkampf werden die törichtesten Sachen behauptet. Eine Wähler-Beeinflussung ist das allerletzte, was man mir unterstellen kann. Ich bin nur bemüht, eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die Kohle zu finden und halte mich an Tatsachen.

SPIEGEL: Aber muß Ihre Preiserhöhung nicht zwangsläufig Schiller und der SPD angelastet werden? Denn für viele sind Gewerkschaften, die höhere Löhne aushandeln, und SPD, die eigentlich stabile Preise garantieren sollte, doch identisch.

KEMPER: Eine Wahlbeeinflussung zum Nachteil des Wirtschaftsministers wäre von mir aus eine maßlose Undankbarkeit und außerdem eine Ungerechtigkeit. Unser Freund Schiller, wenn ich das so sagen darf, hat sich in den letzten Jahren für den Bergbau stark engagiert, Großes geleistet und alle Zechen in der Einheitsgesellschaft zusammengebracht. Warum sollte ich ausgerechnet ihm Schwierigkeiten machen?

SPIEGEL: Wie hat Ihr Freund reagiert, als Sie ihn über die Preiserhöhung informierten?

KEMPER: Er hat mir empfohlen, Facts und Figures in aller Offenheit auszubreiten.



Bergbau-Manager **Kemper**
525 Millionen Mark für Lohnerhöhungen

SPIEGEL: Kommen wir zu den Facts. Sie behaupten, die Zechen könnten steigende Lohn- und Materialkosten ohne Preiserhöhung nicht verkraften. Aber seit einem Jahr renommieren die Bergbauchefs doch wieder mit Gewinnen. Macht sich jetzt die Kohle-Einheitsgesellschaft, die alle diese Zechen übernommen hat, nicht ärmer als sie ist?

KEMPER: Es gibt in der Tat Unternehmen mit positiven Ergebnissen, aber die sind nicht repräsentativ. Das Durchschnittsbild läßt für 1969 keine Gewinne erwarten. Nach der ersten Bilanz der Ruhrkohle AG werden Sie das kontrollieren können.

SPIEGEL: In kaum einem Wirtschaftszweig ist die Produktivität der Arbeit so stark gestiegen wie im Bergbau. Vor zehn Jahren machten 650 000 Beschäftigte 140 Millionen Tonnen Kohle los, heute schaffen 260 000 Mann jährlich 120 Millionen. Reicht der Produktivitätsanstieg nicht aus, die Lohnerhöhung zu verkraften?

KEMPER: Ich muß es noch einmal sagen: Von 1957 bis 1968 sind die Löhne und Gehälter um über 70 Prozent gestiegen. Hierzu kommen Kostensteigerungen für Anlagegüter in Höhe von 30 bis 40 Prozent. Trotzdem sind die Durchschnittserlöse mit zirka 64 Mark pro Tonne konstant geblieben, das heißt, in zehn Jahren ist keine Preiserhöhung erfolgt. Aus diesen Zahlen werden meines Erachtens auch die unerhörten Anstrengungen des Bergbaus, seine Position im Wettbewerb zu behaupten, deutlich. Wenn wir jetzt die Kohlepreiserhöhung machen, steuern wir nicht auf Gewinne zu — die Ruhrkohle AG darf sowieso 20 Jahre lang keine Gewinne ausschütten —, wir treffen nur Vorsorge für ein ausgeglichenes Ergebnis, wie ich überhaupt bemerken möchte, daß die besondere Konstruktion der Ruhrkohle AG die Gewähr dafür bietet, daß ihr Finanzgebaren für jedermann offen und einsichtig ist.

SPIEGEL: Sie sagen, die höheren Kosten können innerbetrieblich nicht aufgefangen werden. Haben Sie in Bonn um Subventionen nachgesucht, wie das bei Bergbauführern doch Tradition ist?

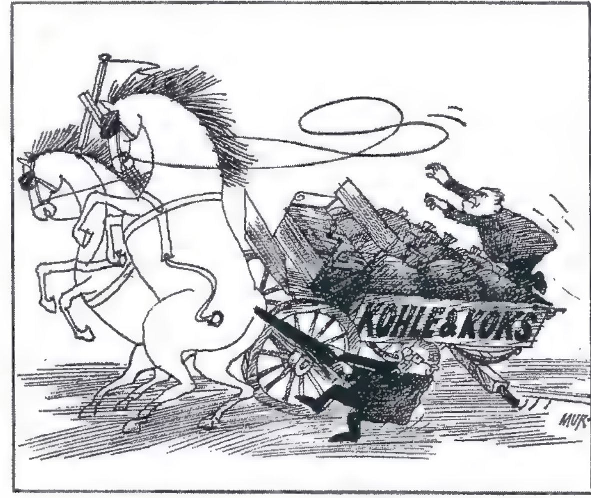
KEMPER: Ich habe in meiner 20jährigen Tätigkeit im Ruhrbergbau nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich Subventionen für die denkbar schlechteste Angelegenheit halte. Ich bin entschlossen, auch den Bergbau dem Wettbewerb auszusetzen, denn nur so kann die Kohle wirtschaftlich gesunden.

SPIEGEL: Hat denn Bonn Ihnen nicht freiwillig Subventionen angeboten, um die unpopulären Preissteigerungen vor der Wahl zu vermeiden?

KEMPER: Nein. Diesmal hat keine Bonner Regierungsstelle eingegriffen.

SPIEGEL: Bei der jetzigen Vollbeschäftigung werden Sie Ihre höheren Preisforderungen fraglos durchsetzen können. Aber ist die Maßnahme auf lange Sicht nicht von Schaden für den Bergbau? Denn durch Ihre Preiserhöhung wird auch der letzte Verbraucher zu der Frage gedrängt, ob er seinen Ofen nicht billiger mit Heizöl speist. Nach Ihrer Entscheidung, die Kohle um zehn Prozent zu verteuern, werden die Zechen noch schneller sterben.

KEMPER: Daß wir uns das Verkaufen schwerer machen, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß der Markt im Augenblick unsere neuen Preise akzeptieren wird. Kein wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen ist in der Lage, seine Erzeugnisse zu Preisen zu verkaufen, die nicht kostendeckend sind. Dies gilt auch für die Ruhrkohle AG.



Süddeutsche Zeitung

Gewerkschaftliche Rossebändiger

Freude an Vestan

Spannende Aktionen. Erregende Momente. Das Leben aus neuen Perspektiven erlebt. Das ist die Welt des Mannes 69. Und auch seine Kleidung ist auf der Höhe unserer Zeit. Der Mann



von heute hat Freude an Kleidung aus Vestan. An sportlich flotten Sachen wie zum Beispiel dieser Hose. Hose, Sakko, Anzug – Vestan macht alles mit. Läßt sich auch durch einen lässigen Lebensstil nicht beeindrucken. Vestan von Bayer, das ist der große Sprung in zeitgemäße Mode von Niveau.

vestan®
BAYER
Qualitäts-Fasern

BAYER

200/4

Vestan®, hergestellt in **hüls**

KANDIDATEN

MANNHEIM

Hinten klein

In der Arbeiterstadt Mannheim, so wünschte es sich der Bonner SPD-Vorstand, sollten die Wähler wenigstens einen Arbeiter in den Bundestag wählen können. Doch Mannheims Genossen setzten Professoren statt Proletarier auf die sicheren Plätze.

Was die Sozialdemokraten nicht wollten, taten die Christdemokraten: Sie präsentierten einen Gewerkschafter. Aber auch sie vergaßen die Gelehrten nicht.

So geschieht es, daß sich in der Industriestadt an Rhein und Neckar mehr Gelehrte um den Einzug in den Bundestag bewerben als irgendwo sonst in der Bundesrepublik:

▷ Von vier Kandidaten der SPD und der CDU, die in den zwei Mannheimer Wahlkreisen 179 und 180 als einzige mit Erfolgsaussichten um ein Bundestagsmandat kämpfen, sind drei von Beruf Professor, und

▷ in einem der beiden Wahlkreise ficht für CDU wie SPD je ein Volkswirtschafts-Ordinarius der Mannheimer Universität.

Schon vor 20 Jahren war die Mannheimer SPD auf einen Professor verfallen. Damals kürte sie, obwohl 45 Prozent der Mannheimer Erwerbstätigen (und ein noch höherer Prozentsatz der Mannheimer SPD-Wähler) Arbeiter sind, den Staatsrechtler Carlo Schmid zu ihrem Spitzenkandidaten. Obschon Mannheims Arbeiter ehedem so weit links standen, daß bei der letzten freien Wahl vor Hitler die KPD dort mit 23,9 Prozent mehr Stimmen bekam als die SPD (22,8), wurde Schöngeist Schmid Mannheimer SPD-MdB. Er blieb es unangefochten bis heute; und auch am 28. September ist dem nunmehr 72jährigen Minister die Wahl nach Bonn gewiß. Selbst Mannheims CDU erkannte: „Der Carlo ist doch eine legendäre Figur, dagegen ist nicht anzukommen“ (so der örtliche Parteigeschäftsführer Norbert Raab).

In einem Mannheimer Wahlkreis versuchte die CDU 1965 mit einem General a. D. anzukommen, dem zum Direktmandat aber dann doch 47 Stimmen fehlten. Diesmal probiert es auch Mannheims CDU mit einem Professor: Zu ihrem Bundestagskandidaten im Wahlkreis 180 erkor sie sich Gerhard Zeitel, 41, einen der neun Ordinarien der Mannheimer Universitäts-Abteilung für Volkswirtschaft und Statistik.

Zwar war Zeitel erst sieben Tage CDU-Mitglied, als er zum CDU-Kandidaten avancierte. Doch er war sogleich „ziemlich sicher, daß ich im Parlament nicht auf der Hinterbank zu sitzen brauche“. Seinem sozialdemokratischen Kollegen, dem Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, fühlt er sich gar überlegen: „Es fällt mir nicht schwer, Herrn Schiller vorn und hinten klein zu machen.“

Soviel Selbstsicherheit beeindruckte auch Mannheims Sozialdemokraten. Als ihr Kandidat, der Bundestagsabgeordnete Paul Kübler, im vergangenen Monat starb, wußten die Genossen nur noch einen Rat: Dem CDU-Professor muß ein SPD-Professor entgegengesetzt werden.

Der fand sich rasch: Zeitels Abteilungs-Kollege von der Uni, Professor Hans Georg Schachtschabel, 55. Der Chef der Mannheimer SPD-Rathaus-Fraktion, schon seit 16 Jahren kommunalpolitisch tätig, mochte sich „dem Auftrag nicht verschließen, wenn er mir erteilt wird“. 52 von 83 Partei-Delegierten stimmten für ihn.

Die Wahl fiel ihnen leicht, weil sie keinen anderen Mann sahen: Eine Frau — die schon bei der baden-württembergischen Landeslisten-Aufstellung dreimal durchgefallene Parteifunktionärin Renate Lepsius — wollten die Mannheimer Genossen nicht noch einmal nominieren, und ein Kandidat nach Bonner SPD-Vorstellungen, ein Betriebsfunktionär oder Gewerkschafter, stand bei der Nominierungsversammlung „überhaupt nicht zur Debatte“ („Mannheimer Morgen“).



SPD-Professor **Schachtschabel**
„In den siebziger Jahren ...



CDU-Professor **Zeitel**
... ein Mann aus dem Arbeiterstand“

Weil aber die CDU der Meinung war, man müsse „in dieser Stadt wenigstens einen Kandidaten aus dem werktätigen Volk aufstellen“ (Sekretär Raab), und tatsächlich einen leibhaftigen IG-Metaller und Daimler-Benz-Betriebsrat — den Former Kurt Wawrzik, 40 — im Wahlkreis 179 präsentierte und überdies auf der Südwest-Landesliste zuverlässig absicherte, soll in fernerer Zukunft auch für die Mannheimer SPD wieder ein Arbeiter kandidieren.

SPD-Sekretär Heinz Hausers sozialdemokratische Perspektiven für die Mannheimer 70er Jahre: „Vielleicht wird dann einmal der Wahlkreis-Nachfolger von Carlo Schmid wieder ein Mann aus dem Arbeiterstand.“

"White Label"

50 Medaillen

Import: CHARLES HOSIE, Hamburg 1



★Der Whisky der Unbestechlichen

...aus dem Land der kühlen Sommer und der milden Winter!



„ES HEISST, WIR HÄTTEN EINEN ÜBERLÄUFER"

Peter Brügge über den Wahlkampf des Vertriebenensprechers Reinhold Rehs

Die Überzeugung, hinter sich zweieinhalb Millionen organisierter Heimatvertriebener zu haben, immunisiert den CDU-Kandidaten Reinhold Rehs nicht gegen die demütigende Ernüchterung eines Wahlkampfes vor leeren Sälen. Die Großzügigkeit, mit der seine neuen Parteifreunde Kiesinger und Strauß, Windelen, Höcherl und von Hassel ihm rhetorische Nothilfe leisten, nützt ihm nicht gegen den beharrlichen Widerborst der eingesessenen Christsozialen in seinem neuen Wahlkreis 29, denen er im Juli von oben her ans Herz gedrängt wurde.

Er hat seinen politischen Umzug von den Roten Schleswig-Holsteins zu den Schwarzen Niedersachsens gerade noch rechtzeitig vollbracht. Aber er geht in diese Wahl doch wie ein Mann ohne Heimat: Nach neunzehn Jahren in der SPD hat man ihm bei der CDU ein Mandat gereicht, aber nicht Brot und Salz.

Nun erleidet er staunend die Tücken einer Honoratioren-Partei, in der man dem Fremdling ungestraft Spanndienste versagen kann, auch wenn er den zweitgrößten Mitgliederstamm der Republik anführt.

Die Christdemokraten von Verden, Rotenburg und Osterholz würgen noch immer an dem, was sie in diesem Wahlsommer zu schlucken bekamen: Erst mußte der noch aus der DP gewachsene CDU-Veteran Hans-Joachim von Merkatz, der 1965 den Wahlkreis mit 11,9 Prozent Vorsprung von der SPD wiedergeholt hatte, dem jüngeren Unionskämpen Helmut Titje weichen; dann räumte Titje seinen Platz für Rehs — einen Mann aus der SPD und einen alten Mann dazu.

Solch zwiefachen Unmut bekämpft Reinhold Rehs, der auf Herrenmanieren bedachte Scheidungsanwalt aus Königsberg, nun im Alleingang. Im Mietwagen klappert er Höfe und Gasthöfe ab und wirbt um das halsstarrig konservative Landvolk mit dem unerschütterlichen Siegerlächeln eines an Verbandsquerelen gereiften Maklers.

„Härteste preußische Pflichterfüllung" nennt er das, „mehr als die Polizei erlaubt." Alles für das politische Heil der Vertriebenen, denen er nach seiner eigenen Scheidung von den Sozialdemokraten noch eine demokratische Alternative zur NPD glaubt vorleben zu müssen. „Eine ernste rechtsradikale Entwicklung" hätte er andernfalls bei seinen Anhängern für möglich gehalten.

Am Tag der Heimat regenerierte er noch einmal auf trefflich organisierten Zusammenkünften herzlich ergebener Beitragszahler sein Selbstgefühl. Dann kehrte er zurück in seine desorganisierte Kampagne, in der er nicht selten den Termin seiner nächsten Versammlung erst aus einem Lokalblatt erfährt.

Ob sie dann auch stattfindet, ist überdies noch die Frage. Die Unions-Abgeordneten von Wrangel und Rommerskirchen, zwei aus dem Reigen ansehnlicher Wahlhelfer, die der späten Neuerwerbung Rehs einigen Zulauf verschaffen sollen, erlebten, daß Versammlungen, für die sie in den Wahlkreis 29 gereist waren, allseits vergessen worden waren.

Reinhold Rehs fühlt sich außerstande, mit den Mitteln seines mächtigen Verbandes um Beachtung zu trommeln. „Ich kann nicht mit Schall und Rauch durch die Lüneburger Heide ziehen als oberster Vertriebenen-Boß."

Zwei Jahre vor seinem Siebzigsten, an dem er eigentlich mit der aktiven Politik hatte Schluß machen wollen, trägt er die Kümmerlichkeit dieses Wahlganges ohne Zorn, fast als habe er sich nichts anderes erwartet als Demütigung und Mißtrauen. Ungeliebt in der neuen Partei, rechnet er ab mit der alten, die ihn zu diesem Wechsel zwang — indem sie, wie er überall verkündet, Klaus Schütz und Schleswig-Holsteins SPD-Chef Joachim Steffen gestattet, eine Anerkennung der Ostgrenzen ins Auge zu fassen. Folge man denen, so werde am Ende die Sowjet-Union „nicht eher ruhen, bis auch die Bundesrepublik sozialistisch ist". Schläfrig hört es sein kleines Publikum.

Beiseite gibt er zu, es sei ihm keine andere Wahl als der Abmarsch zur Union geblieben, der rote Jochen habe ihm den angestammten Wahlkreis Rendsburg unter den Füßen weggezogen. „Die wollten nicht mehr", sagt er. „Das Spiel war aus."

Bis er's begriff, waren die Landeslisten der Christenunion schon ausgebucht. „Ungezählte Hunderte von Briefen" hatten ihm dann freilich gezeigt: Vertriebene würden ihn mit dem Stimmzettel rächen. Fest glaubt er: „Falls nicht ein ganz wichtiges persönliches Problem vorherrscht, wählen sie als Vertriebene." Nur beweisen lasse sich das nicht.

Mehr als die von Rehs verurteilte Wandlung der von Rehs verlassenen Partei irritiert das Volk im Wahlkreis, daß hier wieder einer die Farben gewechselt hat. Da rennt er in die Windmühlenflügel deutschnationaler Ressentiments — der Hinweis auf seinen ehemaligen Parteifreund Gustav Heinemann und dessen politische Metamorphosen hindert nicht einmal seine neuen Parteifunktionäre an der Assoziation: Fahnenflucht.

„Es geht das Wort um, wir hätten einen Überläufer aufgenommen", trompetet im Hotel „Höltje" zu Verden an der Aller der CDU-Wahlkreisvorsitzende und Oberstudienrat Böhnel in den unterbesetzten Saal. Und den gequält blickenden Kandidaten Rehs, der eigentlich ein anderes Referat zubereitet hat, bittet man, sich zu erklären, sich „kurz, sehr kurz, wenn's geht, vorzustellen".



Wahlredner **Rehs** (stehend), Publikum: „Mehr als die Polizei erlaubt"

Reinhold Rehs legt Kugelschreiber und Manuskript beiseite und erhebt sich, mühsam beherrscht, während eine Gruppe Desinteressierter türenschlagend abgeht. „Ich bin hier", sagt der Kandidat, „in eine gewisse Verlegenheit gekommen ..." Aber dann tut er Bescheid, lauter als es das Mikrophon verträgt. „Nicht ich habe mein Gewissen gewandelt, sondern die politische Linie der SPD hat sich gewandelt." Reinhold Rehs steht nicht an, selbst solche CDU-Regie zu entschuldigen. „Nur Ungeschicklichkeit", sagt er. Er will nicht Ärger, er paßt sich an.

Sogar das gewohnte Abzeichen mit dem Elchsymbol der Ostpreußen hat er mit Rücksicht auf diesen Wahlkreis aus dem Knopfloch genommen. „Muß man denn", fragt er, „den Bauern so was gleich hinschmieren?"

APO

WAHLEN

Oder Nonsens

Westdeutschlands Außerparlamentarische Opposition (Apo) definiert den Parlamentarismus so: „Schweine regieren, Esel wählen" (Sozialistischer Club Frankfurt).

Doch uneins sind die Außerparlamentarischen in der Frage, ob sie selber miteseln sollten — und, wenn ja, wie.

Für die gesamte Apo scheint zu gelten, was Cornelius Cordes, Vorstandsmitglied des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), über die Wahlabsichten in seinem Verband sagt: Die Stimmen werden sich „wohl aufteilen zu gleichen Teilen auf FDP, SPD, ADF, ungültig oder gar nicht".

Eindeutig ist allein die Haltung des harten Apo-Kerns im Sozialistischen Deutschen Studentenbund: Der SDS gab, unterstützt von Rudi Dutschke, vorletzte Woche die Boykott-Parole aus: „Statt Wahlkampf — Klassenkampf!" Genossen reimten: „Nicht wählen — streiken wie die Hoesch-Arbeiter: Hoesch-Arbeiter kommen weiter."

Den Bundestag hält der SDS für die „Werbeabteilung des Unternehmerstaates". Und Wahlen seien von den „Unternehmerparteien CDU/SPD/FDP ... veranstaltete Schaukämpfe, um die Arbeiter von ihren Interessen abzulenken".

Auf den Einwand, der SDS beteilige sich schließlich an Wahlen zu Studentenparlamenten, entgegnen die Boykott-Werber, das sei „etwas grundlegend anderes", und verraten — im SDS-nahen Frankfurter „Info" — eine Faustregel: „Keine Mitarbeit in Gremien, die 1. gemischt zusammengesetzt sind, in denen also Unterdrücker und Unterdrückte vertreten sind, 2. deren Mehrheit in der Hand der Unterdrükker ist, 3. die nach Spielregeln beraten, die von den Unterdrückern aufgestellt worden sind."

Der antiautoritäre Flügel der Apo wird sich daher, so „Info", an Bundestagswahlen erst dann beteiligen, „wenn wir eines Tages die Gewißheit haben, daß wir, wenn wir jetzt Kandidaten aufstellen, 30, 35, 40 Prozent der Stimmen erhalten — dann werden wir die deutsche Bourgeoisie in ihrer letzten Fluchtburg, dem Parlament, aufstöbern und ihr das letzte Stündlein ihrer historischen Laufbahn einläuten".

Bis dahin will sich dieser Teil der Apo auf „Störung der Wahlwerbung der herrschenden Parteien" beschränken — durch „Lächerlichmachen". Eine Frankfurter „Projektgruppe Antiwahlwerbung" erarbeitete Rezepte, die ähnlich auch schon in diesem Wahlkampf befolgt werden:

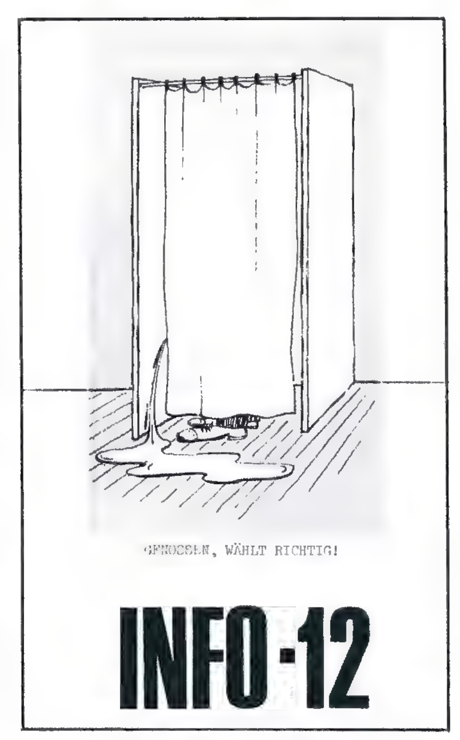
▷ Plakate herstellen, „die parteioffiziell aussehen, etwa so: Kiesinger oder Brandt oder Scheel schütteln Ulbricht die Hand — mit der Parole: Sicher in die 70er Jahre — deshalb Anerkennung der DDR".

▷ „Waschmittelreklamen könnten einfach mit den Namen von Parteien versehen werden: Persil 70 — das Waschmittel der 70er Jahre — biologisch aktiv: SPD, CDU oder NPD."

▷ „Plakate mit antiparlamentarischen Parolen: Achtung Preisausschreiben: Wer gewinnt die Wahl? Ein Fall für Tipper. Hauptgewinn: immer dieselbe Scheiße. Weitere Gewinne: noch mehr Scheiße."

▷ „Politische Parolen oder Nonsens und verwirrende Geschichten (Fikken macht Spaß; vögelt euch frei) ... auf die Plakate mit Großphotos von Politikern kleben ... Parteinamen verändern: NSPD, NCDU, NFDP, NSCDP."

Wie der SDS blasen auch die Anhänger zweier anderer Apo-Strömungen zum Boykott: der Sozialistische Bund, dessen Mitglieder aus der nach rechts gerückten SPD verdrängt worden sind und gleichwohl Distanz zu den Kommunisten halten, und Westdeutschlands Maoisten, die sich in der marxistisch-leninistischen KPD/ML organisiert haben und denen wiederum die moskautreue DKP zu weit rechts steht.



Apo-Wahlkarikatur*
„Seid ihr noch alle da?"

„Stellen Sie sich vor", begründet die KPD/ML ihren Boykott-Aufruf, „die KPD/ML hätte einige Millionen DM, etwa soviel, wie man aus Steuergeldern und aus der Industrie der CDU/CSU, SPD, FDP und NPD gibt ... Jeder gute Werbepsychologe würde Ihnen im voraus die Prozentzahl der Stimmen der KPD/ML ausrechnen ... zur Zeit zirka acht bis zehn."

Anders die Genossen von der Kreml-Fraktion: Für die Mitglieder der DKP ist das bürgerliche Parlament zwar auch nichts weiter als ein Instrument der Herrschenden, doch sie halten es mit einem Lenin-Wort aus dem Jahre 1920: „Für die Kommunisten in Deutschland ist der Parlamentarismus natürlich ‚politisch erledigt', aber es kommt gerade darauf an, daß wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten."

Für die DKP, die als Teil der Mini-Volksfront „Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) in den Bundestag strebt, wäre das Parlament als „Tribüne des Klassenkampfes" gerade recht. Der Hamburger ADF-Kandidat Horst Bethge: „Die Mehrheit der Bevölkerung hat Demokratie eben nur als diese parlamentarische Demokratie kennengelernt"; sie könne dazu bewegt werden, „von ihrem formalen Demokratiebegriff abzugehen".

Unterstützt wird die ADF von den Satelliten-Organisationen der DKP (wie der Deutschen Friedens-Union und der Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Jugend) und von traditionalistischen Restgrüppchen im SDS. Traditionalist Frank Deppe schon 1967: „Würden bereits heute sozialistische oder kommunistische Abgeordnete im Parlament den Klassencharakter der Regierungsentscheidungen oder den Bedeutungsschwund des Parlaments entschleiern, dann könnte damit der Einfluß auf die Mobilisierung von Teilen der Werktätigen zu außerparlamentarischer Aktion entscheidend erweitert werden."

Eine Mehrheit der Apo-Anhänger dagegen will offenbar die ADF nicht wählen, weil sie die Fünf-Prozent-Hürde ohnehin nicht bewältigen werde oder aber weil die ADF-Organisatoren DKP und KPD nichts als „Agenturen sowjetischer Außenpolitik" seien (so der Berliner Soziologie-Professor Wilfried Gottschalch); die Billigung der CSSR-Okkupation zeige, daß von der DKP „kein demokratischer Sozialismus zu erwarten ist" (so der Berliner Politologe Theodor Ebert). Der SDS hält die „noch nicht einmal wortradikalen Wahlaufrufe" der ADF gar für konterrevolutionär; sie erweckten „die Illusion, der Parlamentarismus könnte reformiert und demokratisiert werden".

Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) empfiehlt, „ausschließlich linke SPD-Kandidaten" zu wählen. Auch für den Liberalen Studentenbund, der im Parlamentarismus das „demokratische Feigenblatt" des Kapitalismus erkennt, besteht „noch immer ein relativer Unterschied zwischen einer NPD/CSU/CDU-Verbindung und einer SPD/FDP-Koalition". Der LSD rät allerdings, „nur dann zu wählen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, für (einen) progressiven Kandidaten zu stimmen".

Doch nicht einmal in solchen Fällen wollen SDSler ihre Stimmen abgeben. Helmut Schauer, früherer Bundesvorsitzender des SDS: „Eine Wahl steht doch heute auf derselben Stufe, wie wenn das Kasperle ruft: Seid ihr noch alle da?"

* Im Frankfurter Apo-Blatt „Info".

Mit den Anlagemethoden der Postkutschenzeit wird man im Düsenzeitalter unvermeidlich auf der Strecke bleiben. Deshalb suchen heute Tausende von Anlegern die Lösung für die komplexen Probleme einer intelligenten und gewinnbringenden Geldanlage beim USIF REAL ESTATE.

Da der USIF nur in erstklassigen Renditeobjekten in den größten Stadtgebieten der USA investiert, ist er von Börsenschwankungen und Inflationstendenzen völlig unabhängig. Auf diese Weise hat der USIF dem Anleger die Dimension der **Investmentstabilität** erschlossen, die keiner der herkömmlichen Fonds zu bieten vermag.

Zu dem Immobilienbesitz des Fonds zählen zur Zeit Bürohochhäuser, Einkaufszentren, Apartmenthäuser und Hotels im Wert von über 500 Mio. Dollar. Monat für Monat werden neue Objekte für etwa 30 Mio. Dollar hinzuerworben.

Glauben Sie nicht, daß es Zeit wäre, zu einem Anlagemedium überzugehen, das für die 70er Jahre gemacht ist? **Ihre Bank oder Ihre Sparkasse wird Sie gerne beraten, wie Sie im USIF REAL ESTATE anlegen können.** Oder senden Sie den Coupon direkt an uns.





9000 Building, Los Angeles, Calif.

Versuchen Sie mit den Methoden von gestern, die Anlageprobleme von heute zu lösen?

„DA KOMMT SO EIN HERR KIESINGER ...“

SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber über Diskussionen und Disputanten im Wahlkampf

Wenn der Mainzer Ministerpräsident Helmut Kohl, 39, öffentlich gefragt wird, ob er impotent sei, so gibt er die Auskunft, in der Sache habe er bisher noch keine Schwierigkeiten gehabt; wohl aber habe er als Mitglied einer christlich-demokratischen Partei gewisse Schwierigkeiten, dies öffentlich zu demonstrieren. Und das, neben anderem, unterscheide einen CDU-Mann von einem SDS-Mann.

Die Öffentlichkeit, die über diesen Dialog ins Wiehern gerät, ist eine Wahlversammlung — und als solche durchaus kein Unikum. So was passiert im Wahlkampf immer wieder dort, wo aufsässige Studenten Gelegenheit finden, staatstragende Repräsentanten anders zu verunsichern



Christdemokrat **Kohl**
„Wenn Sie richtig wählen ...

als durch Sprechchöre oder Stinkbomben. Und wo solche Gelegenheit nicht geboten wird, da wird sie nicht selten eben genommen. Die Gelegenheit heißt: Diskussion.

Die abgeleierte Frage, ob die klassische Wahlversammlung überhaupt noch einen Sinn habe, stellt sich so gar nicht mehr. Die „Kundgebung“ stirbt — da mögen die sogenannten Spitzenkandidaten, von ihrem eigenen Magnetismus in Rotation versetzt, noch so viele volle Marktplätze vorweisen, wo sie bestaunt worden sind wie Brummkreisel. Was überlebt, ist die Wechselrede. Dies ist die Renaissance der Wahlversammlung als Diskussionsforum.

Und das gilt für die CDU/CSU genauso wie für die SPD (für die FDP gilt es ohnehin). Nur reagieren die Parteien unterschiedlich darauf. Obiger Helmut Kohl erinnert sich an einen Kandidaten seiner Partei, der in einer Wahlversammlung Mitte der fünfziger Jahre das Ansinnen eines (unerkannten) Parteifreundes, Fragen zu beantworten, so abwies: „Sie wollen Diskussion? Sie sind Kommunist!“ Und selbst noch heute haben Kohls Helfer in dessen Versammlungen manchmal Mühe, den Treuesten der Treuen die Stühle zu entwinden, mit denen diese alsbald auf die frechen Frager los wollen. Bei den Sozialdemokraten hingegen scheint der Graben zwischen jung und alt, zwischen groß und klein in der Partei eher schmäler geworden zu sein, seit in Diskussionen wieder so viel und so frei auf die CDU geschimpft wird.

Aber es sind nicht bloß die Jungsozialisten, die linken Studenten, die minderjährigen Mähnenträger, die jetzt überall mit den Kandidaten diskutieren wollen. Es sind auch die reiferen Jahrgänge. Als der SPD-Kandidat des Wahlkreises Stuttgart III, Horst Ehmke, 42, Justizminister und Professor, letzte Woche in ein Altersheim seines Sprengels kam, wo er eigentlich bloß Schokolade verteilen und ein bißchen Süßholz raspeln wollte, entstand sogar da eine Diskussion.

Was geht hier vor? Woran eigentlich zerbricht das ehrwürdige Ritual der Wahlversammlungen, das eine Mehrheit von längst Überzeugten zu Meßdienern einiger Wanderprediger machte?

Es zerbricht, zum ersten, am Fernsehen. Mag das, was man da über Politik erfährt, für eine fundierte Debatte zuwenig Information enthalten — es reicht allemal, um Fragen zu provozieren, und es dringt überall hin. Deshalb gilt es heute, zum zweiten, auch wieder für schick, über Politik mitreden zu können: Jeder mal beim „Frühschoppen“. Es geht auch ohne Höfer. Aber man geht nicht mehr ohne Meinung.

Dazu kommt dann noch die „unruhige Jugend“, die nie Hemmungen haben mußte, zu sagen, was sie denkt; die auch das Fürchten nicht gelernt hat, jedenfalls nicht vor Politikern. Also sitzen da junge Männer in Kord und Wolle, das Saalmikrophon in der einen und ihr Mädchen in der anderen Hand, und eröffnen die Diskussion.

Dann wird häufig erst mal geklotzt: „Säuft Willy Brandt eigentlich immer noch?“ (zu Ehmke). „Dann kommt so ein Herr Kiesinger und sagt: ‚China, China, China!‘ Was soll denn der Quatsch?“ (zu Kohl). Oder es werden Wahl-Slogans vorgelesen, um sie lächerlich zu machen; Wahl-Broschüren zitiert, um sie anzuzweifeln. Immerhin entstehen so Dialoge — vorausgesetzt, der Mann auf dem Podest ruft nicht die Ordner, sondern redet mit.

Und dazu muß er herunter vom Podest, welch hohes Amt ihn auch immer hat hinaufgelangen lassen. Dazu müssen ihm Antworten auf die Fragen einfallen, anstatt Metaphern für die Frager. Dazu muß er auch die Rolle wechseln können, ohne den Zuschauer gleich an Schmiere denken zu lassen. Denn dies ist nicht mehr Burgtheater, dies ist eher Brettl.

Der Diskussions-Wahlkämpfer Helmut Kohl zum Beispiel erklärt eine ausgiebige Verbal-Rangelei mit Oberschülern und Studenten fröhlich zu einem „ganz normalen Austausch von Meinungen“, verbittet sich stets gleich zu Anfang die Titulatur „Ministerpräsident“ und klopft den Marschtakt der lokalen Feuerwehrkapelle ungeniert mit einem orangefarbenen SPD-Prospekt aufs christdemokratische Podium. Hinterher macht er sich privatim anheischig, mit ein wenig mehr Zeit wenigstens achtzig Prozent der jungen Leute, mit denen er sich gerade gerauft hat, zum Eintritt in die CDU zu bewegen.

Der Diskussions-Wahlkämpfer Horst Ehmke wiederum, dessen



Sozialdemokrat **Ehmke**
... blüht die Blume“

schnelle, schnodderige Schnauze den „Herrn Minister“, oder gar den Professor, ohnehin vergessen läßt, hält dafür, daß ihm in diesem ganzen Wahlkampf „noch keine einzige wirklich dumme Frage gestellt worden“ ist. Er beantwortet deren so viele, daß er zwischendurch, wenn ein Frager mal etwas langatmig wird, schnell ein paar Briefe öffnet. Er unterbricht sich aber auch selber, um Zuspätkommenden noch Plätze anzuweisen oder der vorübereilenden Kellnerin ein Bier vom Tablett zu nehmen. Auch er schätzt (und duzt) einige Christdemokraten. Und auch er weiß von einem CDU-Funktionär zu berichten, den er zum Genossen gemacht hat.

Und damit Herbert Wehners Wort vom politischsten Wahlkampf aller bundesdeutschen Zeiten in Erfüllung gehe, verteilt Horst Ehmke fast täglich Nelken an einkaufende Hausfrauen. Aber auch dabei handelt er sich zuweilen Diskussionen ein. Auf den munteren Spruch: „Wenn Sie richtig wählen, blüht diese Blume bis Weihnachten“, bekam er prompt zur Antwort: „So sind alle eure Wahlversprechen.“


Genuß im Stil der neuen Zeit
Nikotinarm im Rauch.
Und von köstlichem Geschmack.
Wenn Sie das wünschen:
LORD EXTRA.
KRISTINUS
Lord Extra
CIGARETTEN
KRISTINUS
Lord
EXTRA
IM RAUCH NIKOTINARM
Z 11/69

WAHLEN

HÄFTLINGE

Kleine Panne

Kunsthandwerker Nikolaus Klappenbach, 26, Häftling Nummer 4082 im Hamburger Zuchthaus Fuhlsbüttel, beschloß: „Ich will das Kreuz auf meinem Wahlzettel unvoreingenommen, klar und sicher machen." Weil er ähnlichen Vorsatz auch „bei einer Vielzahl von wahlberechtigten Insassen" ermittelte, wandte sich der Häftling in Briefen an die für den Bundestag kandidierenden Parteien und bat, „einen Ihrer Sprecher in diese Anstalt zu entsenden".

Doch Wähler Klappenbach, an Klarheit interessiert, hatte schon Mühe mit dem Verschicken der Post, die erst einmal der Zensor abfing. Regierungsdirektor Dr. Harald Pieper, Leiter des Strafvollzugsamtes bei der Hamburger Landesjustizbehörde: „Wir haben zunächst überlegt, ob wir den Brief überhaupt freigeben sollten."

Zwar leiteten Klappenbachs Kontrolleure die Schreiben, mit mehr als zweiwöchiger Verspätung, doch noch weiter. Aber zu diesem Zeitpunkt wußten die Zensoren längst, daß der Inhaftierte seine Zeilen umsonst geschrieben hatte. Denn, so hatte die Behörde schon zuvor im Einvernehmen mit CDU, SPD und FDP verfügt: „Wahlreden oder Gespräche werden in den Gefängnissen nicht stattfinden."

Immerhin erhielt Klappenbach, Anfang des Monats, Post von der Hamburger CDU. Doch was ihm der hanseatische Landesvorsitzende Dietrich Rollmann in neun knappen Zeilen mitzuteilen hatte, erschien dem Empfänger „einfach unfaßbar".

Rollmann in seinem Schreiben: „Es ist wohl nicht opportun, jetzt im Wahlkampf in den Strafanstalten zu erscheinen, da dann auch die radikalen Parteien auf der Rechten wie auf der Linken dieses Recht für sich beanspruchen würden, was wohl nicht im Interesse unserer Demokratie läge." Adressat Klappenbach („Ich plädiere nicht für Linksradikalismus, geschweige denn für Rechtsradikalismus") nach dieser Belehrung zum SPIEGEL: „Solange Parteien nicht verboten sind, muß für sie das gleiche Recht gelten wie für alle Parteien."

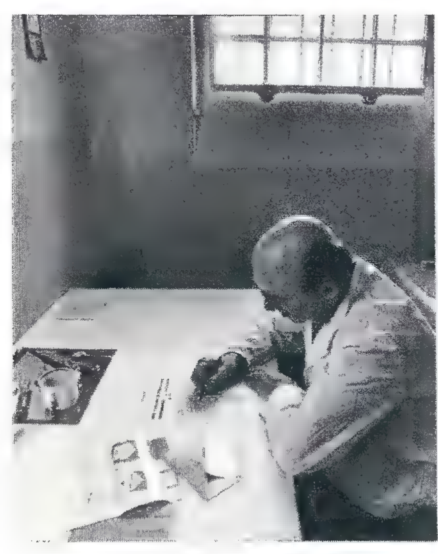
Die Absage der Parteien und die Verfügung der Behörde (Klappenbach: „Ausgesprochen wahlbehindernd") bedeuten: Rund 1600 hanseatische Häftlinge sind zwar aufgerufen, durch Briefwahl für den Bundestag zu votieren, doch der jedem Stimmbürger zustehende persönliche Kontakt zum Kandidaten bleibt ihnen verwehrt. Und das gilt nicht nur für Verurteilte wie den wegen Diebstahls einsitzenden Briefeschreiber, sondern auch für Untersuchungshäftlinge, die noch gar nicht verurteilt sind.

Einen Verstoß gegen das grundgesetzlich verbriefte Gleichheitsprinzip mochte die Behörde in ihrem Spruch freilich nicht erkennen. „Die Haft als solche", so sieht es Oberlandesgerichts-

rat Dr. Günther Uetzmann, „ist ja schon eine Einschränkung des Grundgesetzes, und daraus kann man dann aus Sicherheitsgründen andere Maßnahmen ableiten."

Ähnlich sehen es beispielsweise die Justizminister in Bayern, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, ganz anders dagegen die Kollegen in Niedersachsen und Hessen. In diesen beiden Ländern gingen Abgeordnete in die Zellen und diskutierten über Strafrechtsreform und Wohlstand, Ostpolitik und Preise. „Wahlpropaganda ist ... zugelassen", verfügte die hessische Justiz, „auch gegen Diskussionen bestehen keine Bedenken."

Der Hamburger Oberlandesgerichtsrat Uetzmann hat gerade dagegen Bedenken: „Wir müßten ja auch die extremen Parteien zulassen", und das wiederum, so fürchtet Uetzmann, könnte Ruhe und Ordnung gefährden. „Nicht, daß die uns die Bude anstekken", so der Richter, „aber wenn da



Briefwahl in der Haft*
„Alles interessierte Leute"

jemand über modernen Strafvollzug redet, ist ganz schön was los." Und Strafvollzugs-Chef Pieper zweifelt überhaupt am Informationsbedürfnis der Häftlinge: „Die wollen doch nur, daß endlich mal was passiert."

Häftling Klappenbach, für den der Behörden-Entscheid „jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt", beharrt freilich darauf: „Hier besteht ein wirklicher Diskussions- und Informationsbedarf."

Diesen Eindruck gewann auch der Hamburger Geschichts-Doktorand Eggert Kruse, 29, der sich letzte Woche als Bundestagskandidat der linksgerichteten „Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) über einen Vertrauensmann Zutritt zur Hamburger Haftanstalt Neuengamme verschafft hatte, um den 25 Teilnehmern eines staatspolitischen Arbeitskreises das Programm seiner Partei zu erläutern. Kruse über das Anstalts-Auditorium: „Alles interessierte Leute, die präzise Sachfragen stellten."

* Im Hamburger Zuchthaus Fuhlsbüttel.

„MIT ZWEI PROZENT GEGEN DEN FASCHISMUS?"

SPIEGEL-Reporter Kai Hermann über den Wahlkampf der ADF

Ein betagter Antifaschist stolperte mit einem dürftigen Gebinde auf die Bühne. Blumen für eine Ohrfeige. Beate Klarsfeld errötete ein bißchen. Und auf dem Podium war die vordringlichste Sorge: Wasser und Vase.

Die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) begann eine Wahlveranstaltung im Hamburger Curio-Haus. Und es war alles so anders als bei den Etablierten. Nicht nur der menschliche Auftakt. Die Bundestagskandidaten am Podiumstisch: jung, salopp, aufgeregt. Das Publikum: die meisten noch jünger, langhaarig, artig und diszipliniert. Die Wahlversammlung geriet zur demokratischen Sonntagsschule.

Es rührte zunächst sympathisch, daß Bundestagskandidaten bisweilen ins Stottern kamen, sich widersprachen, daß einer ohne Ausflüchte auf eine Frage antwortete: „Ich weiß das nicht."

Die Antworten, die kamen, stifteten allerdings bald Verwirrung. Da wollte man „die Schlüsselindustrien, Konzerne, Großbanken in Gemeineigentum überführen" und wehrte sich im nächsten Augenblick empört: „Nie hat sich die ADF als sozialistische Partei dargestellt." Jedem Bauern sollte die freie Scholle erhalten werden — bei der Suche nach einem Kontrast zur NPD mußte man sich an gereimte Flugblatt-Sprüche halten: „Die Regierung baut Raketen — die Landwirtschaft geht darum flöten."

Die Kandidaten sagten, sie fühlten sich als Teil der Außerparlamentarischen Opposition und wollten ins Parlament gewählt werden. Ob außer- oder innerparlamentarisch, ob Apo oder Inpo — auf dem ADF-Podium mochte man sich da nicht festlegen.

Das freundliche Publikum merkte schnell etwas. Nach knapp zwei Stunden hatten die Kandidaten den überfüllten Saal beinahe leergelangweilt. Artig wie sie gekommen waren, gingen die jungen Leute wieder.

Aus der Ankündigung der Antiautoritären, die Lächerlichkeit von ADF-Auftritten durch Provokation zu enthüllen, wurde nichts. Biederkeit lähmte anarchistischen Tatendrang.

Die Akteure enthüllten sich selbst. Bei den gestammelten Antworten auf die Gretchenfrage nach der Tschechoslowakei etwa. Nur der eingeschriebene Kommunist am Podium kam ohne Umschweife zu dem Schluß, daß „das Betreten der ČSSR nicht umgänglich war". Für den Pazifisten war die Invasion eine „Frage der Macht, die umgekehrt genauso gelöst worden wäre". Beate Klarsfeld hauchte verlegen, daß sie „Politik nur von der Moral her" sehen könne und folgerte: „Bedauerlich, aber es gab wirklich keine andere Möglichkeit."

So einfach oder so kompliziert ist das mit der Moral bei der ADF. Was sich so zynisch liest, wirkte freilich im Zusammenhang eher tragisch: Moralisten probten die Amoral. Sie machten es so schlecht, daß man ihnen ihre Rolle nicht abnehmen mochte. Über wenn und aber, historische Rückblenden und antifaschistisches Alibi quälten sie sich immer wieder zu Ost-Berliner Agitprop-Direktiven. Mühsam gezügelter Idealismus und sozialistische Überzeugung verkamen im Vokabular der zur Tarnung verbannten Kommunisten.

Sie haben politisches Asyl gefunden unter dem großen Volksfront-Dach der KP-Veteranen: Einige vom ziellosen Anarchismus frustrierte Studenten, heimatlose Pazifisten, verängstigte alte Antifaschisten, Sozialisten auf der Suche nach ideologischer und organisatorischer Geborgenheit, Beate Klarsfeld, die allein nicht mehr mit dem Ohrfeigen-Ruhm fertig wurde. Die DKP bot ihnen allen etwas — im „Bündnis von Demokraten und Sozialisten", im „Kampf gegen den Faschismus".

Sie beschwören die Wiedergeburt Adolf Hitlers in Adolf von Thadden, um die freiwillige Unterwerfung unter KP-Opportunismus zu rechtfertigen. Sie zertreten nachts reinen Herzens NPD-Stellschilder und finden am Tage im Neonazismus die Apologie für sowjetischen Imperialismus. Sie sind so viel argloser als die Revolutionäre, die aufrufen, NPD zu wählen, um den Faschismus dieser Gesellschaft zu enthüllen.

Sie maskieren sich zur bürgerlichen Biederkeit, die den kommunistischen Paten längst zum zweiten Gesicht über Nylon-Hemd und Hosenträgern geworden ist. Und sie merken nicht, daß die Maske jene vergrault, die sie locken wollen.

Manchmal gerät die Tarnung auch gar zu grotesk. Wenn der ADF-Mittelstandsexperte Anton Reisen mittelständischen ADF-Freunden erzählt, sie seien rechtloser als die Arbeiter, dann degenerieren dem Marxisten Klassen zu „verschiedenen Blöcken", Klassenkampf zum „sozialen Konflikt", die Arbeiterschaft zum „Tarifpartner". Beim Wort Sozialismus gerät man stets ins Stottern bei der ADF.

Das Leninismus-Surrogat im liberalen Zuckerguß können auch altgediente Genossen nicht mehr verdauen. Von der diabolischen Aura, die staatserhaltende Broschüren der von „Kommunisten unterwanderten und gelenkten" Partei geben, bleibt nicht mal ein roter Schein. Die KP-Genossen bürgen für Harmlosigkeit.

Ihnen fiel wieder nichts anderes ein als die Neuauflage der antifaschistischen Volksfront, das Komintern-Konzept der dreißiger Jahre. Für sie gab es keine sozialistische Renaissance in Prag oder West-Berlin. Sie schufen in der ADF eine neue Holdinggesellschaft ihrer bankrotten Unternehmen von der DFU und dem „Bund der Deutschen" bis zu allerlei Friedensklubs. Ein paar Enttäuschte der neumarxistischen Bewegung kamen hinzu und sind Dekor. Ein poppiger Fernseh-Spot suggerierte junge Frische. Die hübsche Beate Klarsfeld ist bescheidene Zierde jeder Wahlveranstaltung. Doch Opas Volksfront will nicht leben.

Anton Reisen tröstet im marxistisch-leninistischen Stil der KP: „Unser Prinzip ist ein gutes. Und das Gute setzte sich noch überall durch." Beate Klarsfeld kamen da in Hamburg plötzlich einige Zweifel: „Was sollen wir eigentlich mit zwei Prozent gegen den Faschismus tun?"





ADF-Wahlhelferin **Beate Klarsfeld*, Wahlplakat:** „Das Gute setzt sich durch"

* Im Hamburger Curio-Haus.

„neu‘



In den letzten 12 Monaten wurden der Öffentlichkeit diverse Automobile mit folgenden „Neuerungen“ als „neu“ vorgestellt:

Neu. Die Hinterachsführung eines Wagens wurde durch Längslenker entscheidend verbessert.

Neu. Ein anderer Wagen bekam einen phantastischen Motor mit 5fach gelagerter Kurbelwelle und obenliegender Nockenwelle.

Neu. Ein anderer Wagen bekam endlich einen Kofferraum.

Neu. Andere Wagen bekamen ein Zweikreis-Bremssystem und Scheibenbremsen vorn und Bremskraftverstärker und flache Wippschalter. Und so weiter.

Tja. Der Rekord hat all diese famosen „neuen“ Sachen seit genau vier Jahren.
Und er hat noch einiges mehr. Eine dynamische Opel-3-Gang-Vollautomatik zum Beispiel. Die Öffentlichkeit scheint das zu wissen: Der Rekord ist der meistgefragte Wagen seiner Klasse. Mit Abstand.

Wir erlauben uns deshalb, Ihnen einen Vorschlag zu machen: Beurteilen Sie Ihren nächsten Wagen nicht danach, wie „neu“ er ist. Sondern wie gut.



Opel Rekord.

MEINUNG

ZDF-WÄHLERBEFRAGUNG

Hin und her

Von 100 Bundesbürgern, die noch im Juli CDU/CSU wählen wollten, waren Anfang September nur noch 71 bereit, der Christen-Union ihre Stimme zu geben. Von den SPD-Anhängern blieben nur 78 von 100 während der drei Monate ihrer Partei treu. Am größten war der Schwund bei den Freien Demokraten: Nur 36 von 100 Wählern blieben bei der Partei.

Diese Schrumpfziffern — Resultat einer im Auftrag des ZDF vom Allensbacher „Institut für Demoskopie“ erstellten Analyse — müssen die Thesen von Parteistrategen erschüttern, die von festgefügten Stammwählern ausgehen und mit ihren Wahlkämpfen vornehmlich auf die Gruppe der noch unentschlossenen Wähler zielen. Redakteur Jürgen R. Meyer vom ZDF-„Magazin“, das in den letzten neun Wochen die Umfrage-Ergebnisse aus Allensbach ausstrahlte: „Die alte Idee vom harten Kern ist hin.“ Und Professor Elisabeth Noelle-Neumann, Chefin des Allensbacher Instituts: „Eine unheimliche Beweglichkeit.“

So neu wie die Labilität deutscher Wähler, so unbekannt sind auch die Ursachen dieser Labilität. Selbst die Demoskopie-Expertin Noelle-Neumann weiß nicht, „ob sich dieses Fluktuieren zwischen Wahlabsicht und neuer Unentschlossenheit ganz allgemein vor Wahlen in ähnlicher Art abspielt oder ob es sich um ein Charakteristikum der Bundestagswahl von 1969 handelt“.

Denn eine derartige sogenannte Longitudinalstudie, an der sich zum Beispiel US-Präsident Richard Nixon letztes Jahr zum Sieg hochhangelte, wurde in der Bundesrepublik im Wahlkampf jetzt zum erstenmal erarbeitet. Aus über 5000 repräsentativen Wähler-Adressen bildeten die Allensbacher mehrere „Panels“ (Personengruppen), die von 320 Interviewern zwischen Juli und September in drei Befragungswellen über Politiker und Parteien befragt wurden.



Demoskopin **Noelle-Neumann***
„Unheimliche Beweglichkeit“

„Zur Überraschung aller“ (ZDF-Meyer) zeigten sich alsbald neue Besonderheiten im Wählerverhalten: Viele der Befragten litten offenkundig unter einem Konflikt zwischen ihrer Persönlichkeits- und Parteineigung (ein Viertel der SPD-Anhänger etwa wünschte sich Kurt Georg Kiesinger zum Kanzler). Und noch mehr schwankten zwischen den Parteien und dem Block der Unentschiedenen hin und her. Frau Noelle-Neumann: „40 Prozent der Wähler haben erst in den letzten drei Monaten zu der Partei ihrer Wahl gefunden.“

Dabei ist die Ziffer von 40 Prozent laut Noelle-Neumann ein „Mindestmaß“, denn nach demoskopischen Er-

* Bei der Antrittsvorlesung als Publizistikprofessorin der Universität Mainz.



Kölnische Rundschau

Partnerwahl 69: Gar nicht so einfach

Söhnlein hält, was Sekt verspricht.

Servieren Sie einmal Söhnlein. Und Ihre Einladung hält, was Ihr Sekt verspricht.

Was halten Sie von Söhnlein? Manche halten sich an Söhnlein.



Wen oder was versprechen Sie sich von Sekt?

Söhnlein

Söhnlein hält, was Sekt verspricht.

fahrungen ist eine einmal befragte Gruppe, die sich auf eine Partei festgelegt hat, stabiler als das übrige Wählervolk.

Aber auch die Unsicherheitsfaktoren der „Panel"-Methode sind besonders ausgeprägt. Einmal kann die „Mortalität" — das Ausscheiden einzelner Befragter durch Tod, Umzug oder Unwillen — das Ergebnis verfälschen (die Allensbacher ersetzten bei ihrer Wahl-Umfrage den Schwund von rund einem Drittel durch Reserve-Adressen). Zum anderen werden die in der Demoskopie immer störenden labilen Randgruppen durch das wiederholte Befragen multipliziert.

Während diese Stör-Faktoren bei faktennahen „Panel"-Umfragen — wie sie etwa das Statistische Bundesamt beim Konsumverhalten von Durchschnittshaushalten anwendet — relativ geringe Wirkung haben, können sie bei politischen Umfragen zu erheblichen Fehlergebnissen führen.

Als zum Beispiel das Godesberger Infas-Institut vor der Bundestagswahl 1957 eine Wählergruppe im Frühjahr und Sommer nach ihrem Wahlverhalten vor vier Jahren befragt hatte, stellte sich heraus, daß die Befragten mit ihrer jeweiligen Augenblicksmeinung auch ihre Vergangenheit veränderten: Personen, die ihre Wahlpartei gewechselt hatten, pflegten zwischen den Befragungen auch ihre Angaben zur vorausgegangenen Wahl zu wechseln. Infas-Chef Klaus Liepelt: „Wir resignierten damals, weil uns die Deformations-Verluste zu hoch waren."

Am geringsten sind diese Deformationen jeweils nach dem Ereignis, dem die demoskopische Erforschung gilt — in diesem Falle: nach der Bundestagswahl. Noelle-Neumann: „Dann sind die Befragten am ehrlichsten."

PARTEIEN

ZENTRUM

Alte Fahne

In Düsseldorfs „Malkasten" erkannten 89 vorwiegend ältere Herren bei Wein und Plätzchen, daß sie noch genug „wurzelechte und wetterfeste Substanz" besäßen, um „mit der alten Fahne in die neue Zeit" zu gehen.

Es waren die Männer der Deutschen Zentrumspartei, die im März dieses Jahres ihren Bundesparteitag begingen. Wohin sie aufbrechen wollen, offenbarten sie im vergangenen Monat: ins Bonner Parlament.

„Wir müssen es riskieren, wenn wir noch ernst genommen werden wollen", begründet der Zentrumsvorsitzende Gerhard Ribbeheger, 51, den Entschluß seines Fähnleins, sich am 28. September zur Wahl zu stellen: „Es geht ums Letzte."

Darum freilich geht es in dieser Partei, seit sie sich 1945 in der britischen Besatzungszone etablierte. Daß ihr das Allerletzte bislang erspart blieb, verdankt sie dem großen Namen ihrer politischen Ahnen. Denn einst machte das Zentrum deutsche Geschichte.

Im Wilhelminischen wie im Weimarer Reichstag verstand die Partei der katholischen Mitte, mal mehr links, mal mehr rechts, ihre parlamentarische Schlüsselstellung zu nutzen. Sie widersetzte sich Bismarck in seinem Kulturkampf gegen Kanzel-Politik. Sie stellte nach 1919 vier Reichskanzler, unter ihnen Brüning — aber auch Franz von Papen. Sie tat sich, vor allem in Preußen, mit den Sozialdemokraten zusammen, sie stimmte 1933 aber auch für Hitlers Ermächtigungsgesetz. Dann löste sie sich auf.

Während sich zwölf Jahre später die meisten Anhänger der Bekenntnis-Partei in Adenauers Christlicher Union sammelten, die schon Zentrumskanzler Brüning schaffen wollte, verschmähten andere diese „Heimstatt für Steigbügelhalter der Nazipartei" (Ribbeheger) und gründeten zum zweitenmal eine Deutsche Zentrumspartei. Doch die Wiedergeburt blieb



Zentrum-Chef **Ribbeheger**
„Wurzelecht und wetterfest"

„ein blutarmes, lebensschwaches Kind" („Die Zeit").

Zwar zogen zehn Zentrumsabgeordnete in den ersten Bonner Bundestag ein, doch bereits mit Ende der zweiten Legislaturperiode zog der letzte aus. Auf Landesebene kamen 1954 noch neun Kandidaten in Nordrhein-Westfalen und ein Jahr später einer in Niedersachsen durch. Seither macht das Zentrum Gemeindepolitik. Und auch das nur in Stammprovinzen wie dem Münsterland, wo es nach einem Sprichwort regnet, wenn die Glocken nicht läuten.

Selbst bei gläubigen Wählern verspielte die Partei ihren schmalen Kredit durch die Taktik, „sich rücksichtslos nach allen Seiten zu verbünden" („Sonntagsblatt"). Sie arrangierte sich mit den Christ- und mit den Sozialdemokraten, mit der Christlichen Volkspartei und mit der Gesamtdeutschen Volkspartei, mit der Bayernpartei und mit der Deutschen Friedens-Union.

Nach der Bundestagswahl 1957 (Zentrumsanteil: 0,3 Prozent) trauerte

der damalige Partei-Chef Johannes Brockmann: „Wir sind total geschlagen." Aber dennoch will es der nunmehr 81jährige Westfale („Die Katze kann dat Mausen nich lassen"), der im westfälischen Rinkerode den „Kurier vom Zentrum" (Auflage: rund 2000) redigiert, „immer wieder versuchen".

Eben solcher Sisyphus-Mut kennzeichnet allein noch die Doktrin einer Partei, die ihre Zukunft in der Vergangenheit sieht. Rastlos reist Brockmanns Nachfolger Ribbeheger, ehemals Stadtdirektor in Haltern, durch deutsche Lande, um alte Herren zu reaktivieren und Verbündete aufzuspüren. Die Niedersächsische Landespartei zum Beispiel versprach, für Zentrumsstimmen zu werben, und im Saarland „kämpft die Saarländische Volkspartei für uns" (Ribbeheger).

Mit den alten Partei-Parolen des Zentrum-Vaters Ludwig Windthorst — „Wahrheit, Recht, Freiheit" — und unter Berufung auf „Naturrecht" und „Sittengesetz" will Ribbeheger bei den Bundestagswahlen „testen", ob „es das Vakuum gibt, das wir ausfüllen können", vor allem aber:

„Ein bißchen zur Niederlage der CDU beitragen."

DDR

KIRCHE

Formel im Fahrwasser

Atheist Willi Barth, 70, Leiter der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen im Zentralkomitee der SED, empfing hohen Lohn für harte Arbeit. Der stellvertretende Staatsratsvorsitzende Dr. Manfred Gerlach dekorierte ihn am 27. August mit dem Karl-Marx-Orden, der nur „für hervorragende Verdienste um die Revolution" verliehen wird.

Gut vierzehn Tage später wurden die Verdienste offenbar: In Potsdam-Hermannswerder beschloß die erste Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik" die „Bundesordnung" der neuen Christengemeinschaft und mithin die endgültige Trennung von der gesamtdeutschen „Evangelischen Kirche in Deutschland" (EKD).



DDR-Staatssekretär **Seigewasser**
„Nur kein Zentralismus"

Ostdeutschlands Protestanten vollzogen damit, gerade drei Wochen vor dem 20. Stiftungsfest ihrer DDR, wozu sie Willi Barth und Kirchen-Staatssekretär Hans Seigewasser, 64, seit Jahren gedrängt hatten.

Seigewasser immerzu: „Die westdeutsche EKD ist integrierender Teil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems", und deshalb „möge man zur Kenntnis nehmen, daß die Befugnisse der EKD an der Staatsgrenze der DDR enden". Den Anlaß zur Kampfansage fanden die DDR-Regenten bereits 1957, als der Berliner Bischof Otto Dibelius namens der EKD mit der Bonner Bundesregierung einen Militärseelsorgevertrag abschloß. Seither firmiert die EKD in der SED-Propaganda als „westdeutsche Militärkirche".



DDR-Kirchenführer **Schönherr**
„Besondere Gemeinschaft"

Doch die EKD-Einheit überstand den Mauerbau genauso wie die Ausweisung ihres Ost-Berliner Ratsvorsitzenden Kurt Scharf aus der DDR. Und allen Pressionen seiner Regierung zum Trotz, erklärte der Greifswalder Bischof und damalige Vorsitzende der Konferenz Evangelischer Kirchenleitungen in der DDR, Friedrich-Wilhelm Krummacher, 1967 auf der ostdeutschen EKD-Synode die Kirche für unteilbar. An der „Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland festzuhalten", so sagte er, sei „eine Frage des Glaubensgehorsams".

Aber als die SED im April letzten Jahres in die neue DDR-Verfassung eigens einen Anti-EKD-Artikel einbaute, der den Landeskirchen vorschrieb, künftig „ihre Angelegenheiten" nur „in Übereinstimmung mit der Verfassung" zu regeln, verloren die Ost-Protestanten jede Möglichkeit, über die Staatsgrenzen hinweg die organisatorische Einheit mit den West-Protestanten zu bewahren. Denn: Verfassungstreue bedeutete nach dem neuen Verfassungstext Verzicht auf gesamtdeutsche Bindungen.



DDR-Bischof **Mitzenheim**
„Versteckter Hinweis"

Eine „Strukturkommission" der Landeskirchen in der DDR erwog die Konsequenzen und schlug Mitte letzten Jahres die Gründung eines Kirchenbundes vor, der Staats- wie Kirchenwünschen gleichermaßen entsprechen sollte: der SED-Forderung nach eigenständiger Organisation innerhalb der Staatsgrenzen ebenso wie dem Verlangen der Theologen nach nationaler Zusammengehörigkeit.

Diese Geschmeidigkeit der Kirchentaktiker aber mißfiel den dogmatischen Parteibeamten. Sie rügten Organisationsform wie Einheitsformel. Ein zentral geleiteter Kirchenbund, so argwöhnten sie, könnte Parteipressionen besser widerstehen als die acht bislang selbständigen Landeskirchen. Seigewasser: „Nur kein Zentralismus." Die in Artikel 4 des Satzungsentwurfs für den Kirchenbund festgestellte „besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland" empfanden sie als versteckten Hinweis auf ungebrochene EKD-Gesinnung.

Die Landeskirchen jedoch akzeptierten die Pläne der Strukturkommission, und die SED — froh wenigstens über die formale Spaltung — gab ihren Widerstand, zumindest vorerst, auf.

Mitte September schließlich bestätigten die 60 Synodalen des neuen Bundes zu Potsdam die Bundesordnung samt dem umstrittenen Artikel 4. Sie wählten den Thüringer Oberkirchenrat Ingo Bräcklein, den Mitarbeiter des DDR-treuen Bischofs Mitzenheim, zum Synodal-Präses und den Generalsuperintendenten Albrecht Schönherr, den Ost-Berliner Vertreter seines West-Berliner Freundes und Bischofs Kurt Scharf, zum Bundesvorsitzenden.

Zugleich verzichteten die ehemaligen Synodalen und Ratsmitglieder der

Weil sie gut zueinander passen, weil einer die ideale Ergänzung des anderen ist, weil sie es zeigen wollen:

Der neue Weg im Uhren-Styling

DUGENA MONZA



EKD in der DDR in aller Form auf ihre Mandate und gaben die Auflösung der EKD-Dependance in der Ost-Berliner Auguststraße 80 bekannt. Doch Präses Bräcklein betonte, auch der neue Bund wolle an der „Gemeinschaft des Dienstes, des Glaubens, der theologischen Arbeit, die uns mit den Kirchen auch im anderen deutschen Staat verbindet ... leidenschaftlich festhalten".

Die Teilnehmer der Synode waren jedoch kaum wieder daheim, da meldete sich — Anfang letzter Woche — Staatssekretär Seigewasser schon wieder zu Wort.

Den gerade verabschiedeten Artikel 4 vor Augen, erinnerte der Genosse an die noch immer unerfüllten Wünsche der Partei. „Es ist undenkbar", so sprach er, „daß sich unsere Kirchen geistig verbunden fühlen können mit der EKD, die den Neonazismus in Westdeutschland toleriert, den Bonner Alleinvertretungsanspruch fördert und völlig im Fahrwasser der antihumanistischen Bonner Außen- und Innenpolitik schwimmt."

AFFÄREN

BERG

Auf Notwehr gemünzt

Das Wort führte der Präsident: „Die hätte doch ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung."

Als Fritz Berg, 68, seit zwei Jahrzehnten erster Repräsentant der deutschen Industrie, den Satz vollendet hatte, schwiegen seine Zuhörer im 6. Stockwerk der Düsseldorfer Industriekreditbank. Darauf insistierte der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband: „Sie können weitererzählen, daß ich das gesagt habe."



BDI-Präsident **Berg**
„Ruhig einen totschießen"

Einer erfüllte den Wunsch — und richtete dem SPIEGEL die Worte des Präsidenten aus. Das Berg-Zitat wurde am Montag letzter Woche in einem SPIEGEL-Bericht über eine Streik-Story der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht.

Sechs Tage zuvor hatte die „FAZ" ihre Frontseite mit der Meldung aufgemacht, bei den wilden Streiks an der Ruhr hätten „Aufrührer" die Villa des Generaldirektors der Dortmunder Hoesch AG, Dr. Fritz Harders, stürmen wollen. Aber Harders-Gattin Ulla habe „mit einer Pistole in der Hand" ihr Heim gegen den Mob verteidigt. Berg am vorletzten Freitag in der Industriekreditbank: „Da stimmt jedes Wort. Nicht nur die ‚FAZ' hat das geschrieben. Es stand auch in der ‚Bild-Zeitung'."

Die „FAZ" hatte sich bereits dementiert, als in Berg der Wunsch aufbrach, es hätte ruhig einer erschossen werden können. Eine Konfrontation von Frau Harders mit den Demonstranten habe, so das Frankfurter Blatt, „glücklicherweise" gar nicht stattgefunden. Aber Berg hatte die Morgenzeitung der Unternehmer nicht gelesen.

Der Satz, mit dem sich der Präsident der deutschen Industrie als „Schlagetot" (Frühschoppen-Chef Werner Höfer) entpuppte, löste die heftigste Affäre um den Matratzen-Fabrikanten aus dem Sauerland aus. Empört verlangten Gewerkschaftler und Zeitungen den Rücktritt des BDI-Chefs.

Nicht zum erstenmal hatte der Präsident starke Worte gefunden. Seit er 1949 an die Spitze des Verbandes trat, gehörten Rüpeleien — vornehmlich gegen SPD und Arbeitnehmer — zum guten Ton.

1952 warf Redner Berg bei der Eröffnung der Industrieausstellung in Berlin der SPD „Mangel an nationaler Gesinnung" vor — Festgäste verließen laut protestierend den Saal.

1960 bezeichnete der BDI-Präsident einen Journalisten, der seine Politik kritisiert hatte, als „Schwein". Ein Jahr später warf Berg als Aufsichtsratsvorsitzender der Industriekreditbank den Darmstädter Aktionär Erich Nold aus der Hauptversammlung. Nold hatte die Vorstandsbezüge moniert, die in einem Jahr um 150 000 Mark erhöht worden waren. Berg zu Nold: „Das geht Sie einen Dreck an."

CDU-Freund Berg brüstete sich mit seinen guten Beziehungen zu Adenauer: Er brauche nur zum Kanzler zu gehen, und alle Vorschläge (Wirtschaftsminister) Erhards seien „endgültig vom Tableau".

Jede Kritik ließ der von Pauk-schmissen schwer gezeichnete Verbandsboß, den eine New Yorker Zeitung als „typischen deutschen Bierstudenten" charakterisierte, an sich ablaufen. Ungeschlachte Auftritte hielt der Mittelständler, der die Attitüde des klassenkämpferischen Gründer-Kapitalisten bis in die Gegenwart konservierte, stets für die rechte Industrie-Diplomatie. Berg: „Die Interessen der Produktion pflegen, wenn sie auftreten, selten mit Glacéhandschuhen zu erscheinen."

Für die Interessen der Produktion, wie er sie versteht, setzte sich der de-



placierte Präsident auch beim Stehkonvent in Düsseldorf ein. Seinen Mitarbeitern blieb es überlassen, die Schieß-Empfehlung herunterzuspielen: Die Äußerung sei „nicht prinzipiell gemeint, sondern auf Notwehr gemünzt"; der Präsident habe sich über „Radikalinskis" und „gesteuerte Aufrührer" empört.

Bevor die Fahndung nach dem SPIEGEL-Informanten anlief, klingelte am Montagvormittag letzter Woche bei Berg das Telephon: Dr. Juergen Krackow, Generaldirektor der Bremer Werft AG Weser, bekannte freiwillig, Bergs Zitat weitergereicht zu haben. In einem zur Veröffentlichung freigegebenen Brief an den Präsidenten bedauerte Krackow alsbald, „daß hier eine aus dem Zusammenhang gerissene temperamentvolle Äußerung überhaupt und dann allein und deshalb den Sinn entstellend wiedergegeben worden ist".

In welchem anderen Zusammenhang das in jedem Zusammenhang aufschlußreiche Zitat zu verstehen sei, schilderte Krackow: Berg habe in dem vom BDI als „Gegendarstellung" apostrophierten Schreiben „nicht Arbeiter, sondern gesteuerte Aufrührer" gemeint — der SPIEGEL hatte auch exakt von „Aufrührern" geschrieben.

Vom Berg-Zitat selbst aber rückte der zu Löscharbeiten aufgerufene Werftchef aus Bremen nicht ab.

„DEN SCHLAGETOT ABBERUFEN"

Pressestimmen und Kommentare zum Fall Fritz Berg

Neue Ruhr-Zeitung vom 16. 9. 1969:

Der Streik der Hoesch-Arbeiter in Dortmund ist längst beigelegt. Für ein unerwartetes und dramatisches Nachspiel, in dem Industrie-Präsident Berg die Hauptrolle spielt, hat jetzt der SPIEGEL gesorgt.

Frankfurter Rundschau vom 17. 9.:

Die Äußerungen des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg, über angebliche Vorfälle am Rande des Streiks bei den Dortmunder Hoesch-Werken beginnen sich zu einer Affäre auszuweiten.

Werner Höfer im Westdeutschen Fernsehen am 14. 9.:

Nach vielen Fehlleistungen des Präsidenten Fritz Berg war dies die Spitzenleistung. Seine Gefolgsleute haben bisher alles erklärt und entschuldigt mit dem Hinweis auf den cholerischen Charakter und die drastische Diktion des fast Siebzigjährigen. Nun muß die deutsche Industrie, um Ehrbarkeit im eigenen und Reputation im fremden Land bemüht, den Schlagetot an ihrer Spitze, der Totschlag als ein Mittel im Arbeitskampf und einen Dienst an der Ordnung empfiehlt, zur Ordnung rufen und abberufen, falls er nicht selber begreift, daß er seinem Volk und seinem Stand nur noch eins schuldig ist: scheiden und schweigen.

Düsseldorfer Nachrichten vom 16. 9.:

Fritz Berg gestern zu Freunden: „Das ist völlig schief wiedergegeben." Aber es gibt Berg-Bekannte, die die Richtigkeit des SPIEGEL-Zitates bestätigen und Berg ihrerseits „Schiefliegen" attestieren. Und auch Frühschoppenchef Werner Höfer, der mit Berg telefonierte, kommt zu dem Ergebnis: „Berg hat stammelnd eher eine Bestätigung als ein Dementi seiner Aussage vorgebracht."

DGB-Nachrichten-Dienst vom 16. 9.:

Nachdem aufgrund der bisherigen Nachforschungen des DGB die Richtigkeit der SPIEGEL-Information bestätigt wurde, erklärte der Vorsitzende des DGB, Heinz O. Vetter: „Wenn Herr Berg nicht glaubhaft nachweisen kann, daß er diese Äußerung nicht getan hat, sollte er persönliche Konsequenzen ziehen."

DGB-Vorstandsmitglied Georg Neemann:

Der BDI nahm seinen Präsidenten bisher zuweilen nur unter peinlichem Achselzucken und mit Hinweis auf dessen „kräftige Ausdrucksweise" in Schutz. Er muß sich nunmehr selbst die Frage stellen, ob er in der Vergangenheit Herrn Berg nicht allzuviel hat unbesehen durchgehen lassen. Die Äußerungen Bergs sind durch nichts zu entschuldigen.

Süddeutsche Zeitung vom 17. 9.:

Es wurde gemeldet, daß Fritz Berg am Montag mit dem DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter telephonierte, um ihm den Sachverhalt darzulegen. Aber von dem verhängnisvollen Satz, der die Gewerkschaftler an längst vergangene Zeiten erinnert hatte, als Fabrikherren Militär und Polizei gegen Streikende mobilisierten, von diesem törichten und dreisten Wort rückte Berg nicht ab.

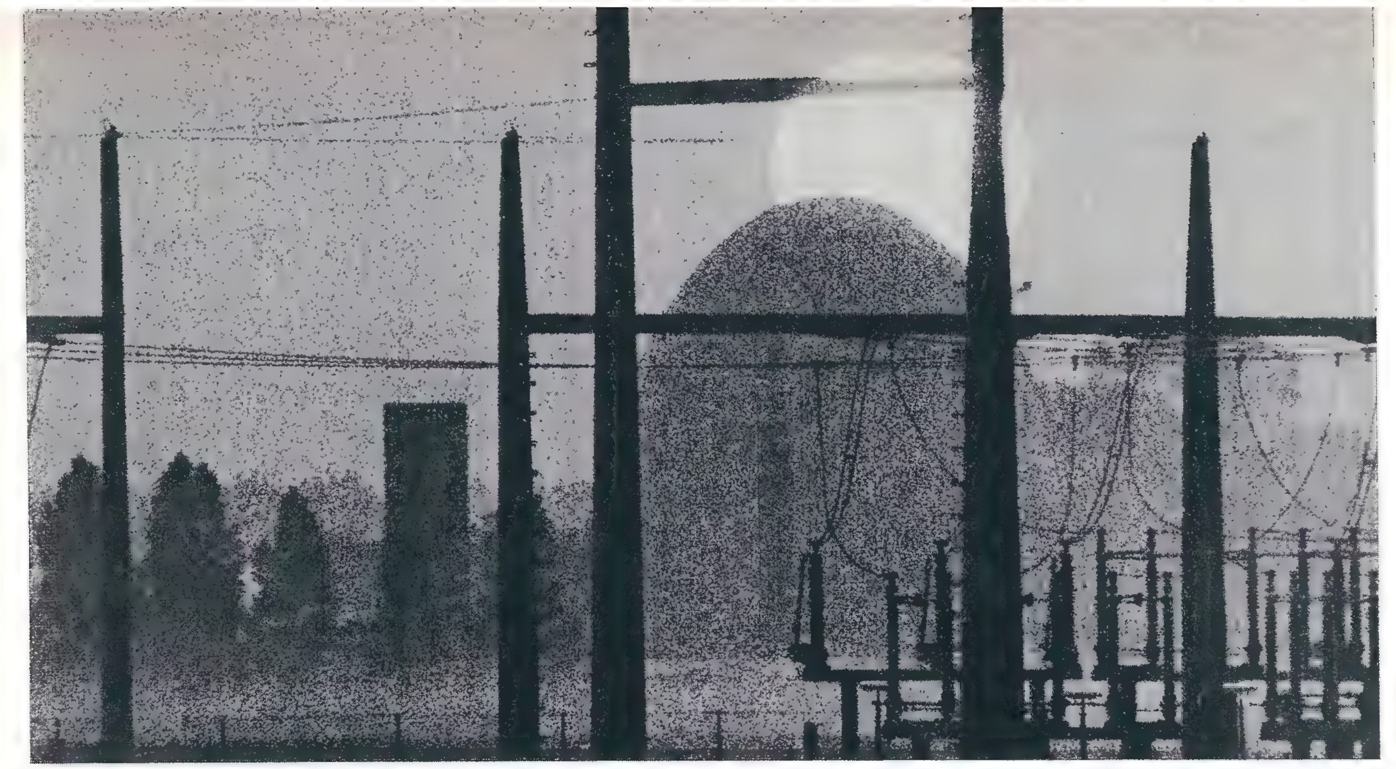
Westfälische Rundschau vom 16. 9.:

Übrigens: Nicht nur der Bundesverband der Deutschen Industrie sollte von den Entgleisungen seines Repräsentanten peinlich berührt sein. Denn darüber hinaus ist Fritz Berg auch als einer der eifrigsten Gönner der Unions-Parteien bekannt. Auch dort wird man mithin erwägen müssen, ob man nicht der Gefahr begegnen sollte, mit den „Ordnungsvorstellungen" des Industriechefs in Zusammenhang gebracht zu werden.

Zwei der erfolgreichsten Produkte der deutschen Wirtschaft:



Die harte Mark und der weiche Weinbrand.



Hochschul-Forschungsreaktor*: Westdeutschland im Jahr 2000 — ein unterentwickeltes Land?

„Mit dem Latein am Ende"

SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen (Naturwissenschaftler II)

13. Fortsetzung

Wahlredner verkünden die frohe Botschaft auf allen Marktplätzen: Nie ging es den Deutschen so gut wie heute — im 25. Jahr seit Kriegsende.

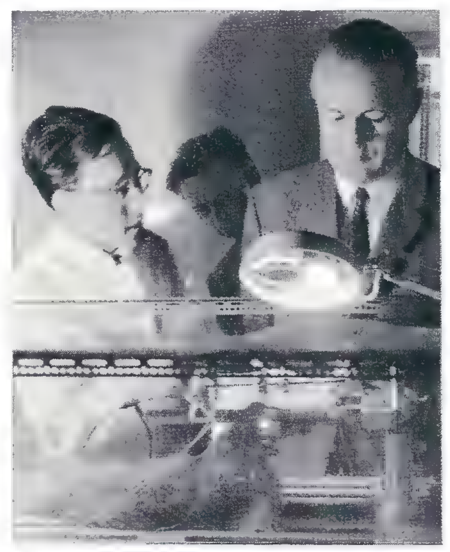
„Größer als jemals zuvor in einer ähnlichen Zeitspanne", so rühmt Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg, sei in den letzten 20 Jahren „der soziale Aufstieg breiter Volksschichten" gewesen; und unaufhaltsam werde der Wohlstand der Deutschen auch künftig weiterwachsen — „manchen pessimistischen Prognosen" zum Trotz.

Für den Weg der Bundesrepublik in eine goldene Zukunft formuliert Stoltenberg den Marschbefehl: „An der vordersten Front der Forschung und Entwicklung" müsse Westdeutschland „eigene Leistungen" vollbringen — denn „wie wir im letzten Drittel unseres Jahrhunderts leben werden, hängt entscheidend davon ab, was wir heute für die Forschung tun".

Was in der Bundesrepublik heute für Forschung und Entwicklung getan wird, läßt die Parole vom unaufhaltsamen Aufstieg Deutschlands als schiere Augenwischerei erscheinen. So kärglich blieben nach dem Krieg die Aufwendungen für Forschung und Wissenschaft, daß fachkundige Kritiker wie etwa der Karlsruher Kybernetik-Professor Karl Steinbuch fürchten, Westdeutschland könnte sich bis zum Jahre 2000 „dem Zustand eines unterentwickelten Landes" genähert haben.

Nur mühsam gelingt es den Bonner Wissenschaftspolitikern, wenigstens einige Glanzlichter aufzusetzen: Auf dem Sektor der Kernforschung und des Reaktorbaus, so vermerkt ein vom Stoltenberg-Ministerium herausgegebener Wahlprospekt, sei den deutschen Physikern immerhin ein „Durchbruch" gelungen — „bahnbrechend" sei dabei „die großzügige Förderung durch den Staat" gewesen.

Neutrale Beobacher sehen es anders: Experten der weltweiten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) konstatierten 1968, es gebe „kein Gebiet der Wissenschaft mehr, in dem Deutschland als führend bezeichnet werden könnte"; Hauptgrund für den deutschen Rückstand sei „die Vernachlässigung von seiten des Staates".



Wissenschaftsminister **Stoltenberg***
Märchen vom Aufstieg?

Die OECD-Statistiker ermittelten, daß die Bundesrepublik für den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt seit langem einen weit geringeren Anteil ihres Einkommens ausgibt als fast alle übrigen Industrienationen:

▷ 1967 investierte der Bonner Staat 1,94 Prozent des westdeutschen Bruttosozialprodukts in Forschungs- und Entwicklungsprojekte; nur wenige Jahre zuvor erreichte der Betrag kaum mehr als ein Prozent des Nationaleinkommens.

▷ In den USA und in der Sowjet-Union hingegen betrugen 1967 die Forschungsausgaben jeweils etwa drei Prozent, in Frankreich und Großbritannien je 2,3 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Dieser Vorsprung gegenüber den dürftigen Aufwendungen der Bundesrepublik hat längst dazu geführt, daß der wissenschaftliche und technologische Standard Westdeutschlands einem internationalen Vergleich nur noch schwer standzuhalten vermag:

▷ Immer häufiger sind westdeutsche Industriefirmen gezwungen, Erfindungen und technische Neuerungen im Ausland einzukaufen — 768 Millionen Mark zahlte die deutsche Wirtschaft 1967 für ausländische Patente und Lizenzen, der Export

* Oben: In Garching bei München. Unten: Bei einem Besuch in einem Münchner Strahlenforschungsinstitut.


In DI
könn
zum
en.
Diolen
MARKANT
Erstens, weil Sie in diesem männlich markanten Anzug dynamisch und modern wirken. Und zweitens, weil er auch die längste Jet-Reise in perfekter Form übersteht. (Ist eben aus DIOLEN mit Schurwolle. Knittert kaum. Hat Dauerbügelfalten durch Thermofixierung.)
69.11.1.23
® = DIOLEN MARKANT ist die geschützte Marke der Glanzstoff AG für modis

eigener Ideen brachte ihr nur 359 Millionen Mark ein.

▷ In vielen zukunftsträchtigen Branchen können sich die westdeutschen Firmen der ausländischen Konkurrenz kaum mehr erwehren; so stammen 80 Prozent aller Computer, die in der Bundesrepublik verkauft oder vermietet werden, von amerikanischen Elektronikfirmen; die US-Hersteller sind den Deutschen gegenüber eindeutig im Vorteil — während sich in Amerika der Staat mit einem Anteil von 62 Prozent an den Forschungsausgaben der Computer-Industrie beteiligte, zahlte Bonn den heimischen Elektronikfirmen nur vier Prozent der Entwicklungskosten.

▷ In Westdeutschland arbeiten weniger Forscher als in den meisten anderen Industrieländern; auf je 10 000 Einwohnern kommen in den USA etwa 25 Wissenschaftler, in der Bundesrepublik dagegen nur sechs; während in Amerika insgesamt 435 000 und in der Sowjet-Union 416 000 Techniker und Wissenschaftler arbeiten, verfügt die Bundesrepublik nur über etwa 40 000 Physiker, Chemiker und Ingenieure.

▷ Das westdeutsche Forscher-Defizit wird sich auf absehbare Zeit kaum ausgleichen lassen; von jeweils 10 000 Bundesbürgern besuchen nur 45 die Universität (in den USA studieren hingegen 200, in der Sowjet-Union 117 von je 10 000 Einwohnern) — und während sich nur drei von zehn westdeutschen Studienanfängern für ein naturwissenschaftliches Fach entscheiden, stellen in den USA und der Sowjet-Union die Studenten der Naturwissenschaften die Hälfte des akademischen Nachwuchses.

Vor dem Hintergrund derart beklemmender Statistiken bietet sich an Deutschlands Hochschulen ein groteskes und verwirrendes Bild: Trotz der vergleichsweise niedrigen Studentenzahlen sind die Universitäten überfüllt; obgleich der Bedarf an Physikern, Mathematikern, Chemikern und Technikern in den nächsten Jahren mit Sicherheit ansteigen wird, bestehen an vielen westdeutschen Hochschulen Zulassungsschranken für naturwissenschaftliche und technische Disziplinen.

Und trotz solch offenkundigen Notstands erhält sich in der Bundesregierung ein Hochschulsystem, das seit seiner Entstehung vor mehr als 150 Jahren den Bedürfnissen der naturwissenschaftlichen Forschung immer weniger gerecht zu werden vermag und das eine optimale Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Technikern längst nicht mehr gewährleisten kann.

Als hohe Schule der Philosophie, so vermerkt der Kieler Medizinprofessor Enno Freerksen, habe Wilhelm von Humboldt einst das deutsche Universitätsmodell konzipiert, in dessen Zentrum die Forderung nach der Einheit von Lehre und Forschung steht.



Sowjetstudenten am Computer
Im internationalen Vergleich ...

Als Wissenschaft habe in jener Zeit „ein nahezu geschlossenes System von ‚Meinungen' und ‚Überzeugungen'" gegolten — „philosophisch oder theologisch begründet, nicht selten extrem subjektiv".

Lehre, so interpretiert Freerksen, bedeute im Sinne Humboldts „Verkündigung von Überzeugungen durch den ‚Meister' an seine ‚Jünger'" — nicht „Weitergabe von Kenntnis und Erfahrung" in wissenschaftlichen Spezialfächern; und unter Forschung habe Humboldt die gemeinsame Denkarbeit des Philosophen und seiner Schüler verstanden — die Entfaltung eines universellen Gedankengebäudes, nicht empirische und experimentelle Wissenschaft.

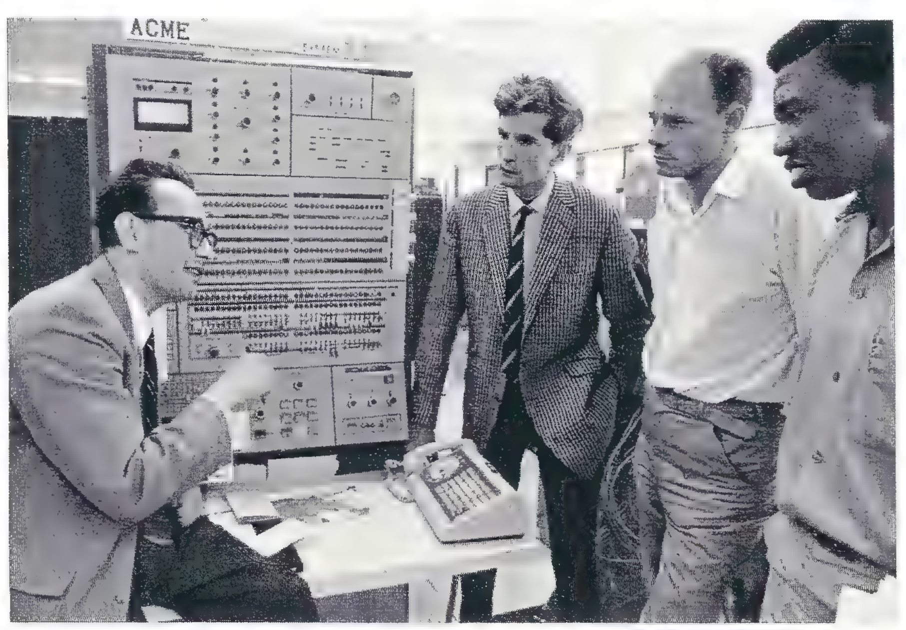
In diesem Humboldtschen Hochschul-Modell können nach Ansicht Freerksens die exakten, dem Experiment verpflichteten Naturwissenschaften einen angemessenen Platz kaum finden. Allein der Titel Professor (zu deutsch: Bekenner) widerstreite dem Selbstverständnis des Naturforschers: „Zum wissenschaftlichen Befund", so konstatiert der Kieler Mediziner, brauche „man sich im naturwissenschaftlichen Bereich nicht zu bekennen".

Mit der „zunehmenden Dominanz der Naturwissenschaften" an den Hochschulen habe sich immer deutlicher gezeigt, daß die Grundprinzipien der Humboldt-Universität für Forschung und Ausbildung eher Nachteil als Nutzen brächten; längst habe sich herausgestellt,

▷ daß die Einheit von Forschung und Lehre zur „Fiktion" geworden sei; meist bleibe den Professoren neben ihrer Forschungsarbeit kaum Zeit für die Aufgaben des Unterrichts — im Bereich der Naturwissenschaft sei deshalb die Einheit von Forschung und Lehre „sachlich nicht begründbar, praktisch nicht durchführbar und ökonomisch nicht vertretbar" (Freerksen);

▷ daß der von Humboldt verlangte enge Kontakt zwischen Lehrer und Schülern nicht mehr möglich, aber auch nicht unbedingt erforderlich sei; die vor allem in den Anfangssemestern erforderliche Vermittlung von umfangreichem Faktenwissen könne auch auf anderem Weg als dem der traditionellen Vorlesung erfolgen (überdies müsse ein guter Forscher nicht notwendig auch ein guter Lehrer sein);

▷ daß die Humboldtsche akademische Freiheit — des Forschens, Lehrens und Lernens — zumindest für die Studenten der naturwissenschaftlichen Fächer seit langem illusorisch geworden sei; denn nicht allein die Prüfungsordnung reglementiere den Studiengang, auch aus dem folgerichtigen Aufbau des naturwissenschaftlichen Lehrstoffs ergebe



... ein erschreckendes Defizit an Deutschen: **US-Studenten am Computer**

Wir wäh


Thilo Koch
Fernseh-Journalist

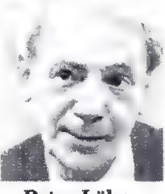

Inge Meysel
Schauspielerin
Die Unverbesserlichen


Viktor de Kowa
Staatsschauspieler
Papiermühle
Ein besserer Herr


Lore Lorentz
Kabarettistin
Kom(m)ödchen


Peter Frankenfeld
Quizmaster


Harald Leipnitz
Schauspieler
Schlacht bei Lobositz
Der Schlüssel


Peter Lühr
Schauspieler
Ahnenerbe
Trotzki


Margot Trooger
Schauspielerin
Pippi Langstrumpf


Marianne Hoppe
Schauspielerin
Die Mission


Götz George
Schauspieler
Der Eismann kommt


Günter Grass
Schriftsteller
Blechtrommel
Hundejahre


Siegfried Lowitz
Schauspieler
Tagebuch
eines Frauenmörders


Helmut Griem
Schauspieler
Bel Ami
Blick von der Brücke


Carl-Heinz Schroth
Schauspieler
Alle Hunde
lieben Theobald


Werner Schwier
Schauspieler
Es darf gelacht
werden


Peter Beauvais
Regisseur
Undine
Die Ratten

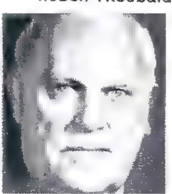

Hans Quest
Regisseur / Schauspieler
Das Halstuch
(Durbridge)


Sammy Drechsel
Regisseur
Lach- und
Schießgesellschaft


Horst Frank
Schauspieler
Caligula
Emilia Galotti


Dietrich Haugk
Regisseur
Die Asche
des Siegers


Michael Pfleghar
Regisseur
Romeo und Julia 70

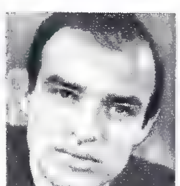

Paul Verhoeven
Regisseur
und Schauspieler
Der Kardinal


Wolfgang Menge
Autor
Die Dubrow-Krise


Helmut Käutner
Regisseur
Bel Ami


Karin Jacobsen
Schauspielerin
Ein netter Herr
Towarisch


Werner Hinz
Schauspieler
Kim Philby
Der Snob

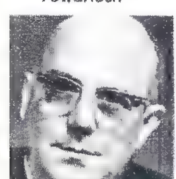

Charles Brauer
Schauspieler


Dieter Meichsner
Autor


Ehmi Bessel,
Schauspielerin


Elfie Pertramer
Schauspielerin

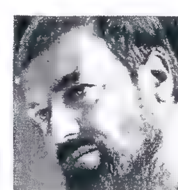

Maria Matray und Answald Krüger
Autoren


Dr. Eckart Hachfeld
Autor


Eva Windmöller
Journalistin


Karin Eickelbaum
Schauspielerin


Herrmann Mostar
Schriftsteller


Hans-Dieter Schwarze
Regisseur


Thomas Engel
Regisseur


Oswald Döpke
Regisseur


Dr. Eberhard Itzenplitz
Regisseur

len SPD.


Joachim Teege
Schauspieler
Der gute Mensch von Sezuan


Grethe Weiser
Schauspielerin
Die göttliche Jette
Die Chefin


Arno Assmann
Schauspieler
Kim Philby
Der Fall Tausend


Hans Clarin
Schauspieler
Mamsell Nitouche
Pippi Langstrumpf

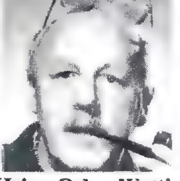

Berta Drews
Schauspielerin
Philadelphia ich bin da


Dr. Hugo Hartung
Autor
Ich denke oft an Piroschka


Sabine Sinjen
Schauspielerin
Die Ratten
Ein Duft von Blumen


Rainer Erler
Regisseur
Bahnübergang


Curth Flatow
Autor
Vater einer Tochter


Heinz Oskar Wuttig
Autor
Alle meine Tiere
Der Forellenhof

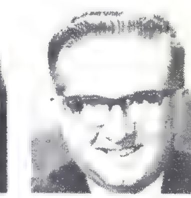

Hans Korte
Schauspieler
Die schwarze Hand
Der Oberkellner


Hans-Jörg Felmy
Schauspieler
Flucht ohne Ausweg


Claus Biederstaedt
Schauspieler
Flachsmann als Erzieher


Dieter Hildebrandt
Kabarettist
Lach- und Schießgesellschaft


Hans Söhnker
Schauspieler
Der Forellenhof
Salto Mortale


Rüdiger Proske
Publizist
Auf der Suche nach der Welt von morge


Horst Tappert
Schauspieler
Die Gentlemen bitten zur Kasse


Horst Pillau
Autor
Hunderttausend Taler


Jürgen Roland
Regisseur
Stahlnetz


Franz-Peter Wirth
Regisseur
Zimmerschlacht
Flucht ohne Ausweg

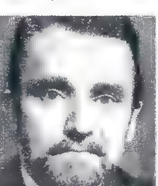

Klaus Harpprecht
Journalist


Hans Schweikart
Regisseur und Schauspieler
Die Mission


Heinz Liesendahl
Regisseur
Senta Berger-Show
Entführung aus dem Serail


Herbert Reinecker
Autor
Babeck
Der Kommissar


Leopold Ahlsen
Autor


Franz Josef Wild
Regisseur


Hans-Werner Richter
Schriftsteller


Karl Wittlinger
Autor


Günter Gräwert
Regisseur


Imo Moskowicz
Regisseur


Gila von Weitershausen
Schauspielerin


Oliver Storz
Autor


Thaddäus Troll
Autor


Rainer Wolffhardt
Regisseur


Alexander May
Schauspieler


Heidi Kabel
Schauspielerin


Siegfried Lenz
Schriftsteller


Hanne Wieder
Kabarettistin

Selbst eine Doppelseite reicht nicht aus, um alle Prominente zu bringen, die sich für die SPD einsetzen. Sorry.

Und was wählen Sie?

sich notwendig ein streng geregelter Studienplan.

Anders als die Studenten in den geisteswissenschaftlichen Fächern sind die angehenden Naturwissenschaftler gezwungen, ihr Studium konsequent aufzubauen: Einem Philosophiestudenten mag es freistehen, ob er sein Studium mit Heidegger oder mit Thomas von Aquino beginnen will; ein Physikstudent aber wird einer Vorlesung über Quantenmechanik nicht folgen können, wenn er nicht zuvor die Grundvorlesungen über Wellenlehre oder Optik gehört hat.

Noch von einer anderen Seite erscheint die akademische Freiheit bedroht: Da die „Intentionen immer größerer Studentenmassen nicht auf Forschung, sondern auf den Beruf gerichtet sind" (Freerksen), orientieren sich die Jung-Akademiker bei der Wahl ihrer Studienfächer immer häufiger an wissenschaftsfremden Gesichtspunkten.

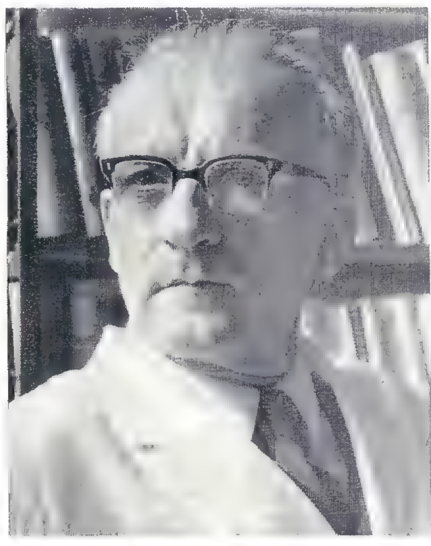
Aber trotz der breiten Kluft zwischen Humboldt-Idealen und Hochschul-Wirklichkeit blieb das traditionelle Bild der deutschen Universität auch auf dem naturwissenschaftlichen Sektor bis heute nahezu unangetastet. Wie eh und je sind die Studienanfänger darauf angewiesen, bei der Wahl der Vorlesungen, Übungen und Lehrer von der akademischen Freiheit Gebrauch zu machen — obwohl eine solche Freiheit der Wahl nur noch dem Anschein nach besteht.

Angesichts der Vielzahl von Lehrfächern und des expandierenden Lehrstoffs schlägt die nutzlos gewordene Freiheit bei angehenden Naturwissenschaftlern in quälende Unsicherheit um: Durchschnittlich zwei Semester dauert es, so ermittelte der Tübinger Botanik-Professor Erwin Bünning, bis sich die Novizen ohne Anleitung und verbindlichen Studienplan in ihrem Wissenschaftsgebiet zurechtgefunden haben (siehe SPIEGEL-Serie Naturwissenschaftler I).

Schon hier, bei Studienbeginn, erfahren die Anfänger, daß vom Humboldt-Postulat einer engen Gemeinschaft zwischen Schülern und Lehrern kaum mehr als die Erinnerung an ein romantisches Genrebild geblieben ist. Die Entfremdung zwischen Studenten und ihren Professoren ist in der gegenwärtigen Hochschul-Praxis nahezu vollkommen.

In Vorlesungen und Übungen besteht zwischen Lehrern und Studierenden kaum Kontakt: So ergab eine Umfrage des Kieler Asta bei Mathematikstudenten der ersten Semester, daß die Studienanfänger nur in seltenen Fällen bei ihren Dozenten Rat einholen, wenn sie einen „wichtigen Sachverhalt" im Unterricht nicht verstanden hatten.

Nur zwei Prozent der Befragten hatten bei Lernschwierigkeiten den Dozenten um Hilfe gebeten, nur vier Prozent fragten den Übungsleiter. Hingegen zogen es 36 Prozent der Studenten vor, in den Lehrbüchern nachzulesen, und mehr als die Hälfte aller Befragten (54 Prozent) hatte in

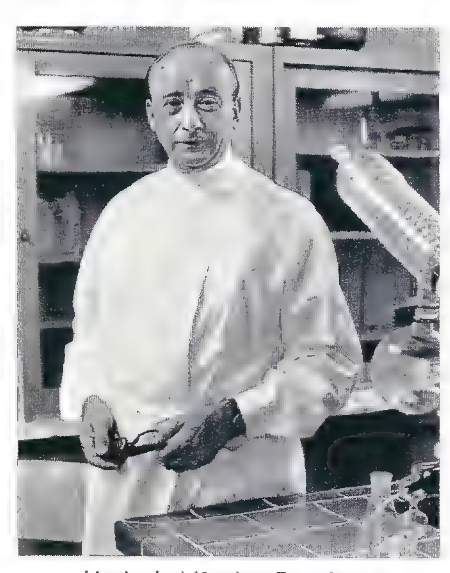


Hochschul-Kritiker **Bünning**
„Die Einheit von Forschung und Lehre . . .

Zweifelsfragen „mit Kommilitonen gesprochen".

Daß zwischen den angehenden Naturwissenschaftlern und ihren Lehrern totale Beziehungslosigkeit herrscht, geht auch aus einer Untersuchung des Berliner „Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft" hervor: Von insgesamt 328 Physikstudenten, bei denen das Institut per Fragebogen Auskunft einholte, war fast jeder zweite (46 Prozent) der Überzeugung, daß in den Seminaren und Übungen kein „Kontakt mit den Hochschullehrern" möglich sei. 76 Prozent der interviewten Studenten waren — häufig auch nach jahrelangem Studium — noch nie „von einem Assistenten oder Dozenten aufgefordert worden, in seine Sprechstunde zu kommen".

Die Professoren geben sich keine Mühe, den Jung-Akademikern einen Weg durch das Studium zu weisen, obwohl die Studenten einer solchen Hilfe offenbar dringend bedürfen. Wie



Hochschul-Kritiker **Freerksen**
. . . ist praktisch nicht durchführbar"

die Umfrage des Berliner Instituts ergab, plädierten 76 Prozent aller befragten Physikstudenten dafür, daß zumindest „für die ersten Semester ein verbindlicher Studien- oder Vorlesungsplan eingeführt wird, an den sich dann auch die Hochschullehrer halten müssen".

Doch diesem Wunsch kommen die naturwissenschaftlichen Hochschullehrer nicht nach. Sie finden sich meist nicht bereit, einen offiziellen Studienplan herauszugeben, und häufig weigern sie sich sogar, ihren Stundenplan mit anderen Dozenten abzustimmen, damit die Studenten die für das Examen erforderlichen Vorlesungen und Übungen ohne Zeitverlust absolvieren können. Oft kommt es vor, daß wichtige Vorlesungen lange Zeit überhaupt nicht gehalten werden — so fiel in Hamburg eine Vorlesung über Quantenmechanik monatelang ersatzlos aus.

Auch thematisch stimmen die Professoren ihre Vorlesungen und Übungen nicht ab: Besonders im Biologiestudium mangelt es an Koordination — „jedes Praktikum steht für sich", so konstatierte ein Hamburger Biologiestudent; während vieles überhaupt nicht im Unterricht vorkomme, werde anderes mehrfach wiederholt: „In jeder Übung wird uns wieder die Zellteilung erläutert."

Zu Ringvorlesungen, bei denen Wissenschaftler aus verschiedenen Fächern zum selben Thema Vortrag halten, fanden sich die Ordinarien bisher nur selten bereit. Gleichwohl wäre es gerade in einem Fach wie Biologie nützlich, wenn im Unterricht bestimmte Probleme gleichzeitig jeweils aus der Perspektive des Chemikers, des Botanikers und des Mathematikers erörtert würden.

An jeder Universität in Westdeutschland stehen andere Themen im Zentrum des naturwissenschaftlichen Unterrichts; entsprechend differiert der Aufbau des Studiums: wie der durchschnittliche Studienweg verläuft, hängt ganz von den Professoren an der jeweiligen Universität ab und von den Fachgebieten, denen ihr besonderes Interesse gilt.

Ein solcher akademischer Pluralismus führt zu einer zusätzlichen Einschränkung der Studienfreiheit: Ohne den Zeitverlust von mindestens einem Semester können die Studenten der Naturwissenschaften (zumindest vor der Vordiplomprüfung, dem Zwischenexamen am Ende des vierten Semesters) nicht die Universität wechseln — sich mithin auch keine neuen Lehrer wählen.

Auf diese Weise bleibt das Studium der meisten stark an bestimmte Professoren und deren Interessengebiete fixiert. Ohnehin ist es auf die Examensbestimmungen ausgerichtet. „Die ganze Ausbildung", so kritisiert ein Karlsruher Physiker, „wird zum Stafettenlauf durch die Marotten der Professoren, die am Ende des Studiums im Prüfungszimmer warten."

Unter diesen Umständen scheint das Studium der Naturwissenschaften kaum geeignet, die Entfaltung

Wann kann man sich darauf verlassen, daß Tonbandgeräte senkrecht spielen – so gut wie waagerecht?

Wenn sie dieses Etikett tragen.

Senkrecht Betrieb

TELEFUNKEN-Tonbandgeräte gehören zu den besten der Welt. Das weiß man. Darauf kann man sich verlassen. Denn TELEFUNKEN hat das erste Tonbandgerät der Welt entwickelt. Und weiterentwickelt. Bis hin zur Perfektion der Senkrecht-Tonbandgeräte. Wer sich dafür entscheidet, weiß was er hat: Senkrecht-Qualität und Sicherheit. Das Etikett auf den Senkrecht-Tonbandgeräten ist die Garantie dafür.

TELEFUNKEN-Erfahrung können Sie kaufen.



schlummernder Forscher-Talente in akademischer Freiheit zu fördern. Fixiert an die Lehrmeinungen der Professoren und mit Lernarbeit überhäuft, finden die Studenten zudem nur selten Zeit und Gelegenheit, ihren geistigen Horizont über die engen Grenzen des jeweiligen Fachs hinaus zu erweitern.

Von den Studenten, die das Berliner Institut befragte, glaubten nur etwa zwei Prozent, daß sie ihre Ausbildung in der offiziellen Studienzeit würden beenden können. Rund die Hälfte (49 Prozent) der befragten Physikstudenten nannten als Grund dafür „zu umfangreicher Stoff“.

Nur 46 Prozent der überlasteten Studenten glaubten, daß es möglich sei, auch „Vorlesungen und Seminare“ zu besuchen, „die nicht zu ihrem Fachstudium gehören“. 89 Prozent der Jung-Physiker allerdings wünschten sich fachfremde Anregungen.

Doch die Studenten bleiben nicht nur in ihre Fachgebiete eingeschlossen; sie sind obendrein zu einem passiven Schüler-Dasein verurteilt: Fast bis ans Ende ihres Studiums wird ihnen ausschließlich Paukarbeit abverlangt. Erst bei den Vorbereitungen für die Diplomprüfung — das Abschlußexamen der Naturwissenschaftler — werden den Studenten Forschungsaufgaben übertragen. Doch auch dann werden die Jungforscher zu selbständigem Denken und Arbeiten kaum ermuntert.

Meist entspricht das Thema der Diplom-Aufgaben nicht oder nur wenig den Neigungen des Studenten — eher richtet es sich nach den Interessen des jeweiligen Ordinarius. Außerdem werden die Diplomanden häufig genötigt, bei der Arbeit möglichst perfekt die Denkweise ihres Professors zu imitieren.

Der Direktor des Hamburger Instituts für Physikalische Chemie beispielsweise gibt hektographierte „Ratschläge“ heraus, die den Freiheitsraum der Jungforscher genau umreißen. Bei der Anfertigung der Diplomarbeit, so fordert der Professor, „soll sich der Verfasser als mein Schüler vorstellen“. Die Arbeit solle „deshalb den Stil widerspiegeln, durch den wir in der Literatur bekannt und anerkannt worden sind“. Diesen Stil müsse der Schüler durch „wiederholtes gründliches Durcharbeiten unserer Publikationen aus den verschiedensten Gebieten“ erlernen — „oder“, so präzisiert der Professor, „man paßt sich ihm an“.

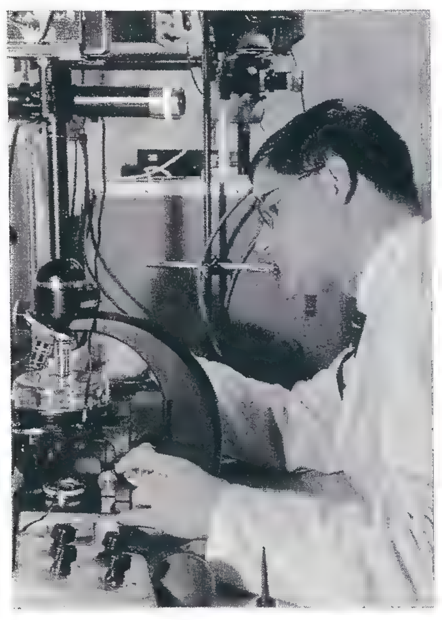
Bei den Vorbereitungen für die Diplomprüfung — wie auch in den naturwissenschaftlichen Übungen und Seminaren — fehlt zudem ein Kennzeichen moderner Forschung: die Arbeit im Team. Kooperation, wie sie unter Wissenschaftlern heute selbstverständlich ist, wird den Nachwuchsforschern meist nicht gestattet. Statt dessen werden sie zur Arbeit in Isolation genötigt — zu einem wirklichkeitsfremden Forscher-Verhalten.

Freilich, ursprünglich diente die Diplomarbeit nicht dem Ziel, die Studenten an die Forschung heranzuführen.

Die Diplomprüfung als Abschluß des naturwissenschaftlichen Studiums wurde erst während des Zweiten Weltkriegs von den Nationalsozialisten eingeführt. Bis dahin konnte das Studium nur mit der Promotion zum Dr. rer. nat. (Doktor der Naturwissenschaften) abgeschlossen werden.

Die Neuerung sollte dazu dienen, den in Kriegszeiten dringend benötigten Nachschub an Physikern, Chemikern und Technikern sicherzustellen. Die Prüfungsordnung begrenzte die Studiendauer auf acht Semester; den Studenten sollte ein Weg eröffnet werden, die Ausbildung möglichst rasch und ohne die zeitraubende Doktor-Arbeit, aber dennoch mit einem Examen zu beenden.

Ausdrücklich war damals festgelegt worden, daß die neue Diplomprüfungsordnung nur als „vorübergehende Ausnahmeregelung" zu gelten habe



Biologiestudent (in Freiburg)
„Stafettenlauf durch Marotten"

— so hieß es in einem Runderlaß des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung von 1942, in dem eine Neuordnung des Mathematik- und Physikstudiums beschlossen wurde.

Doch die improvisierte Neuordnung ist bis heute in Kraft geblieben — und sie hat sich ins Gegenteil dessen verkehrt, was sie ursprünglich bezwecken sollte: Sie hat zur Verlängerung des Studiums geführt.

Nach dem Krieg wuchsen die Diplomarbeiten namentlich in den Fächern Physik und Chemie zu immer anspruchsvolleren wissenschaftlichen Abhandlungen aus; die Diplomarbeit wurde, wie Kritiker bemängelten, zur „kleinen Doktorarbeit". Gegenwärtig nimmt die Vorbereitung und Abfassung einer Diplomarbeit in Physik durchschnittlich zwei Jahre in Anspruch.

Zugleich wurde auch für Doktoranden die Diplomarbeit zur stillschwei-

Vive la différence!

Pardon, Monsieur — seit 1715 beflügelt Cognac Martell Teutschlands Geister.

Weil Cognac Martell Cognac ist. Das schmecken Sie heute noch.

Vive la différence — Vive Cognac Martell.

Vive Cognac Martell!



genden Voraussetzung für die Promotion — offiziell freilich kann die Doktorprüfung auch ohne vorangehendes Diplomexamen abgelegt werden. Damit hat sich auch für die Promovenden die durchschnittliche Ausbildungsdauer erheblich verlängert. Ein Physikstudent etwa, der den Doktorgrad erwerben will, muß derzeit mit einem Studium von acht Semestern, mit zwei Jahren Arbeit für die Diplomprüfung und anschließend noch mit einer drei- bis fünfjährigen Vorbereitungszeit für die Promotion rechnen.

Die Einführung der Diplomprüfung war der bislang einzige Versuch, das Studium der Naturwissenschaften am aktuellen Akademiker-Bedarf zu orientieren. Obgleich Industrie und Wirtschaft zunehmend auf qualifizierte Chemiker, Physiker, Biologen und Techniker angewiesen sind, haben sich Westdeutschlands Hochschulen bis heute nicht auf gesellschaftspolitische Bedürfnisse eingestellt.

Und obgleich die Mehrheit der jungen Naturwissenschaftler im Hochschulstudium vor allem eine Berufsausbildung sieht, die auf die Arbeit in der Industrie, in der Wirtschaft oder im Schuldienst vorbereiten soll, orientiert sich die Ausbildung an den Universitäten fast ausschließlich am Idealbild des reinen Wissenschaftlers.

Dabei werden, so kritisiert der Karlsruher Kybernetik-Professor Steinbuch, „Hunderttausende so ausgebildet, wie es dem Bedarf nicht entspricht". Unterschiedslos werden künftige Chemielehrer, Industriephysiker, Wirtschaftsmathematiker oder Hygiene-Beamte nach demselben praxisfernen Schema geschult — nach einem Studienmodell, das für eine Wissenschaftler-Elite taugt, aber kaum für eine breite Schicht von Gebrauchsakademikern.

Einzig für künftige Studienräte sieht die Studienordnung einen gesonderten Ausbildungsgang vor. Statt der Diplomprüfung legen die Lehramtskandidaten ein Staatsexamen ab, und anstelle der Vordiplomprüfung das Philosophikum, ein Examen in Pädagogik und Philosophie.

Doch auch dieser Studienweg führt nicht zu einer qualifizierten Vorbereitung auf den Beruf: In den ersten Semestern ist der Stundenplan etwa eines Lehramtskandidaten der Physik fast identisch mit dem eines Diplomphysikers. Die zusätzliche Ausbildung in Pädagogik, Philosophie oder Psychologie steht zum Fachstudium in keiner sinnvollen Beziehung.

„Der Mangel im Studium der Lehramtskandidaten", so stellt die Stiftung Volkswagenwerk fest, liege offensichtlich „im fehlenden inneren und äußeren Zusammenhang zwischen der mathematisch - naturwissenschaftlichen Ausbildung auf der einen Seite und dem philosophisch-pädagogisch-psychologischen Begleitstudium auf der anderen". Es sei die Folge der „bisherigen Fehlfunktion des Begleitstudiums", daß in den naturwissenschaftlichen Fächern viele Lehramtskandidaten „in die Diplomausbildung überwechseln".

Nicht zuletzt die mangelhafte Lehrerausbildung hat dazu geführt, daß der Fehlbestand an Studienräten in den naturwissenschaftlichen Fächern ein alarmierendes Ausmaß erreicht hat (siehe Graphik).

ZU WENIG LEHRER FÜR DIE ZUKUNFT

Bestand und Bedarf an Oberschul-Lehrern für Mathematik und Naturwissenschaften

	1965 (Letzter Stand) Bundesrepublik und West-Berlin	1980 Voraussichtlicher Bedarf (ungünstigste Schätzung)	1980 Voraussichtlicher Bedarf (günstigste Schätzung)
derzeitiger / voraussichtlicher Bedarf	15 000	62 100	44 300
Fehlbestand	1000	41 800	18 800
derzeitiger / voraussichtlicher Bestand	14 000	20 300	25 500

DER SPIEGEL

Die Lehrerausbildung, das einzige berufsorientierte Studium für Naturwissenschaftler, versagt in doppelter Hinsicht: Sie nötigt den künftigen Studienrat zu einer weitgehend nutzlosen, doch zeitraubenden Beschäftigung mit pseudopädagogischen und philosophischen Themen, denen jeder Bezug zur Schulpraxis fehlt. Andererseits bleiben die Lehramtskandidaten, die meist schon nach etwa zehn Semestern ihr Studium beenden, von der (erst danach beginnenden) qualifizierten wissenschaftlichen Fachausbildung ausgeschlossen — sie gelten deshalb bei ihren Kommilitonen als Schmalspur-Physiker oder -Chemiker.

Während aber die Lehramtskandidaten trotz ihrer unzulänglichen Ausbildung begehrte Arbeitskräfte sind, müssen sich die Diplomanden in manchen naturwissenschaftlichen Fächern um ihre berufliche Zukunft sorgen. Besonders Diplom-Biologen haben oft



Chemiker **Bredereck**
„Wir züchten hier ...

Schwierigkeiten, in der Industrie oder Wirtschaft unterzukommen.

Zwar glauben Experten, daß es genügend Aufgaben für mehr Biologen gebe, als derzeit ausgebildet werden — etwa im Zusammenhang mit den Problemen der Luft- und Wasserverschmutzung; doch Behörden und Industrie zeigten bislang wenig Bereitschaft, ausreichend Planstellen für Biologen einzurichten.

In Zukunft allerdings, so schätzen die Fachleute, werde der Bedarf an Biologen ansteigen — freilich müßten sie für ihre Aufgaben in der Praxis besser als bisher ausgebildet werden: „Sicherlich werden künftig mehr Biologen Aufgaben im Staatsdienst und in der Industrie finden können", prophezeit ein Hamburger Biologie-Assistent, „aber nicht solche, wie sie heute aus der Universität entlassen werden."

Über mangelnde Beziehung des Studiums zur späteren Berufspraxis führen auch die Studenten der Technischen Hochschulen Klage, die überwiegend zu Diplom-Ingenieuren ausgebildet werden. Obgleich sich ihr Studium an festumrissenen Berufsbildern orientiert, werden die Studenten, so jedenfalls kritisiert der Karlsruher Physik-Professor Gerhard Grau, zu Zwitterwesen ausgebildet, die weder Wissenschaftler noch optimal geschulte Praktiker sind: „Wir züchten hier", so Grau, „das eierlegende Wollmilchschwein" (siehe Auszug Seite 92).

Welche Kenntnisse und Fähigkeiten ein Naturwissenschaftler besitzen muß, wenn er in der Industrie oder Wirtschaft arbeiten will, ist bislang weitgehend unklar geblieben.

Aufgrund eher zufälliger Ermittlungen sind die Ausbildungsexperten der Meinung,

▷ daß die Wissenschaftler entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf an Fachkräften in bestimmten Spezialgebieten ausgebildet werden sollten — Biologen etwa sollten sich vor allem Kenntnisse in gewissen

Randgebieten wie Strahlenbiologie aneignen;

- daß alle Wissenschaftler darüber hinaus eine möglichst breit gefächerte Ausbildung erhalten sollten, die es ihnen ermöglicht, sich auch in neuen Spezialgebieten leicht und schnell zu orientieren;
- daß die Wissenschaftler neben einem konzentrierten Basiswissen auf ihrem Fachgebiet zugleich Kenntnise in anderen Fächern erwerben sollten — so könne beispielsweise das Chemiestudium mit einer kaufmännischen Ausbildung gekoppelt werden.

Für viele Studenten der Naturwissenschaften, so konstatiert der Kieler Professor Freerksen, bestehe bei der gegenwärtigen Studienpraxis „keine vernünftige Relation zwischen dem Ausbildungsaufwand und den Ansprüchen des späteren akademischen Berufes". Reformplaner, wie der Stuttgarter Professor Hellmut Bredereck, Präsident der Gesellschaft deutscher Chemiker, haben deshalb erwogen, extra für Chemiestudenten ein Kurzstudium einzuführen, das innerhalb von sechs Semestern abgeschlossen werden kann.

Eine Kurzausbildung für Industriewissenschaftler gibt es seit langem an amerikanischen Universitäten. Dort können College-Absolventen mit einer naturwissenschaftlichen Grundausbildung ein Jahr lang an der Universität Physik studieren und dann die Ausbildung mit dem „Master of Science" abschließen.

Pläne allerdings, das naturwissenschaftliche Studium drastisch zu verkürzen und allein auf den Bedarf in Wirtschaft und Industrie auszurichten, stoßen bei vielen Studenten auf erbitterten Widerstand.

Das Ausbildungsniveau, so kritisierte der Verband Deutscher Studentenschaften, werde weiter sinken, „wenn der weitaus größte Teil der Studienzeit dazu verwandt werden muß, sich Faktenwissen einzupauken". In einem solchen System werde „der Typ des unkritischen, die Zusammenhänge


Physiker **Grau**
. . . das eierlegende Wollmilchschwein"



Hochschul-Reformer **Mößbauer**: Das Modell des US-Heimkehrers ...

nicht erkennenden Studenten gefördert" — der Student mit dem „Kneifzangengedächtnis, mit einem Wort der unkritische Fachidiot".

Gegen alle Reformplaner, die grundlegende Mängel des Ausbildungssystems mit Hilfe improvisierter Notmaßnahmen beheben wollen, wendet sich auch Hochschulkritiker Steinbuch. „Eine wirksame Reform" der deutschen Universität müsse eine „Totalreform" sein, so fordert Steinbuch in einer Studie („Zukunftsforschung und Bildungsplanung"), die er für das Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg angefertigt hat.

Die Hochschulausbildung der Zukunft, so postuliert Steinbuch, dürfte gerade nicht ein starres, auf überkommene Berufsbilder bezogenes Bildungssystem sein: In einer von Wissenschaft und Technik beherrschten, sich rasch wandelnden Gesellschaft werde es auf lange Sicht unveränderliche Berufs- und Bildungsziele mit Sicherheit nicht mehr geben. Deshalb müsse die Universität „konsequent zu der ursprünglichen Idee der Freiheit des Lernens zurückkehren" — es gelte, so formulierte Steinbuch, ein „Bildungs-Freiwahlsystem" zu entwickeln.

Nicht länger dürfe den Studenten eine Ausbildung in Form „genormter Pakete" aufgezwungen werden, auf verbindliche Studienpläne und Prüfungsordnungen, auf „Zwangskombinationen" von Studienfächern müsse verzichtet werden.

In jeder Phase seines Studiums müsse der Student die Möglichkeit haben, seine Entscheidung für bestimmte Fächer zu revidieren und sein Studienziel gegebenenfalls zu ändern; ohne unnötigen Zeitverlust und ohne zusätzliche Prüfungen sollte etwa ein Biologe imstande sein, zum Medizinstudium überzuwechseln.

Damit könnte der Student nicht nur jederzeit seine Berufswahl revidieren, sondern darüber hinaus sein Studium präziser auf die Ansprüche des selbstgewählten Berufs abstimmen. Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Systems freilich, so glaubt Steinbuch, wäre eine intensive „persönliche und individuelle" Studien- und Berufsberatung der Studenten.

Doch auf absehbare Zeit wird sich das von Steinbuch entwickelte, nach allen Seiten durchlässige Freiwahlsystem an westdeutschen Hochschulen kaum installieren lassen. Denn das Steinbuch-System steht in offenkundigem Widerspruch zur gegenwärtigen Form der Hochschulorganisation. Einzig in einer Gesamthochschule, wie sie als Zukunftsmodell von progressiven Bildungspolitikern diskutiert wird, könnte der von Steinbuch entworfene Plan verwirklicht werden.

Bislang setzten die Universitäten allen Versuchen, die starre Fächer-Struktur aufzulösen, hartnäckigen Widerstand entgegen. Obwohl gerade in den Naturwissenschaften die einzelnen Fachgebiete einander zunehmend durchdringen, scheuen sich die Lehrstuhlinhaber immer noch, mit den Kollegen aus benachbarten Wissenschaftsbereichen zu kooperieren. Vielmehr führte die fortschreitende Spezialisierung innerhalb der Naturwissenschaft nur zur Gründung neuer Fachlehrstühle, deren Inhaber nach altem Vorbild auf strikte Unabhängigkeit bedacht waren.

Solcher Hang zur Autonomie behindert nicht nur Reformen des akademischen Unterrichts, sondern lähmt auch die Hochschulforschung. Eingekapselt in ihre Institute, verlieren die Forscher den Kontakt zu den Nachbardisziplinen. Häufig schaffen sie teure Apparaturen an, die von den Wissenschaftlern benachbarter Institute nicht mitbenutzt werden können, obwohl die Geräte monatelang ungenutzt in den Labors stehen.

Deutschlands jüngster Nobelpreisträger, der Münchner Physikprofessor Rudolf Mößbauer, 40, hatte 1964 — nach seiner Rückkehr aus den USA — versucht, die traditionelle Geheimratswissenschaft deutscher Professoren zu überwinden. Nach amerikanischem Vorbild wandelte er die physikalische Abteilung der Technischen Hochschule München in ein sogenanntes Department-System um.

Dabei wurden die drei physikalischen Institute, die bis dahin getrennt gearbeitet hatten, zu einem einzigen Institut verschmolzen. Die Einrichtungen des Großinstituts — Werkstätten, Bibliotheken, Forschungsgeräte und ein Kernreaktor — stehen seither allen Wissenschaftlern der Departments zur Verfügung.

Sämtliche Lehrstuhlinhaber der Münchner Physik-Departments (ihre Zahl wurde bei der Gründung von sieben auf 16 erhöht) sind seit 1964 gleichberechtigt. Sie wählen einen Drei-Mann-Vorstand aus ihren Reihen, der turnusmäßig neu besetzt wird.

Die an anderen Hochschulen übliche strenge Trennung zwischen theoretischer und experimenteller Physik wurde in München beseitigt. Eine Anfängervorlesung, die früher stets vom Ordinarius für experimentelle Physik gehalten worden war, wird im Rotationsverfahren abwechselnd auch von anderen Professoren gelesen.

Das Mößbauer-Modell fand freilich bisher in der Bundesrepublik keine Nachahmung. Die Professoren scheuen



... wurde nicht nachgeahmt: **Deutsches Elektronen-Synchrotron** (in Hamburg)

Fordern Sie ausführliches Informationsmaterial an

Haben Sie ein Bad, in dem sich's baden lässt?







Was ist ein modernes Bad ohne Sitzwaschbecken? In Zusammenarbeit mit der keramischen Industrie haben wir die hier gezeigte Hygiena-Einlochbatterie für Sitzwaschbecken entwickelt. Die neuesten Erkenntnisse sehen Sie darin verwirklicht: Waschen unter parabolisch einfließendem sauberem Wasser. Gute Wasseraufnahme, ohne das Becken zu füllen. Keine Randspülwulst, daher glatte Beckenform und höchste Hygiene durch einfache Reinhaltung. Sie sehen, Grohe denkt ganz besonders an die Frau.

Oben abgebildet zeigen wir Ihnen unsere MOEN-Badebatterie. Technisch perfekt und so einfach in der Handhabung: Heißes und kaltes Wasser werden mit einer Hand gemischt. Knopfdruck genügt und Sie haben auf die Brause umgeschaltet. Zurückschalten? Vergessen Sie es, denn beim Absperren des Wassers schaltet sich die Umstellautomatik selbsttätig zurück. Das ist Badezimmer-Komfort – oder einfacher: Grohe-Komfort!

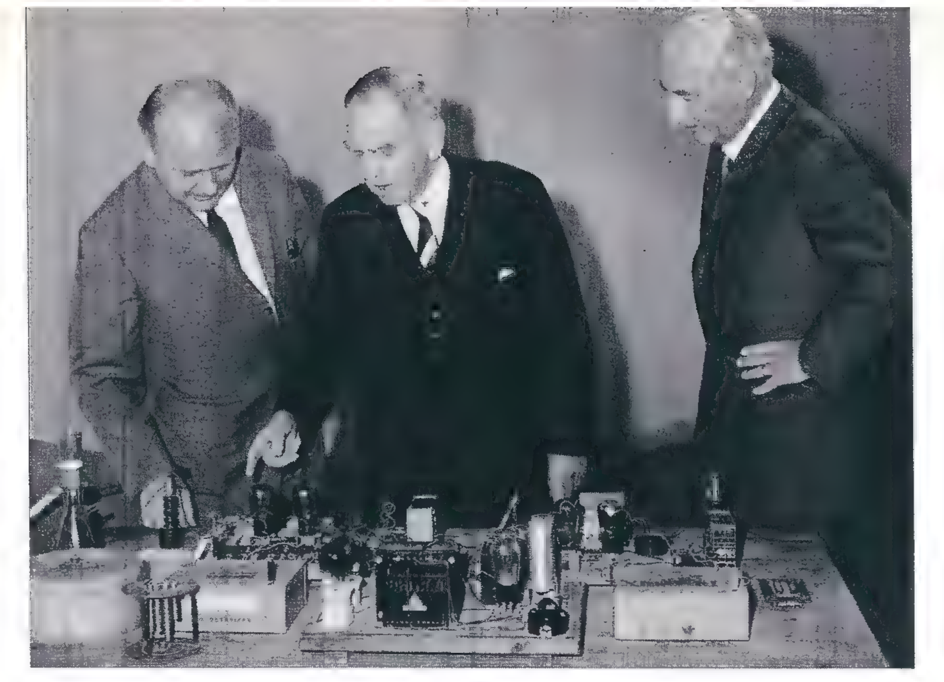
Grohe-Komfort heißt: Weglassen, was überflüssig ist. Warum nicht eine moderne Mischbatterie einbauen? Oben sehen Sie unsere MOEN-Einhandmischbatterie. Sie stellen die Wassertemperatur ein und das Wasser fließt temperaturgenau, wie Sie es wünschen. Das ist praktisch, spart Wasser und Energie.

Informationsmaterial von
Friedrich Grohe Armaturenfabrik
Abt. S 587 Hemer/Westfalen

BR 01/69

Grohe bringt optimale Armaturentechnik





Nobelpreisträger **Hahn** (M.), **Arbeitstisch***: „An deutschen Hochschul-Instituten ...

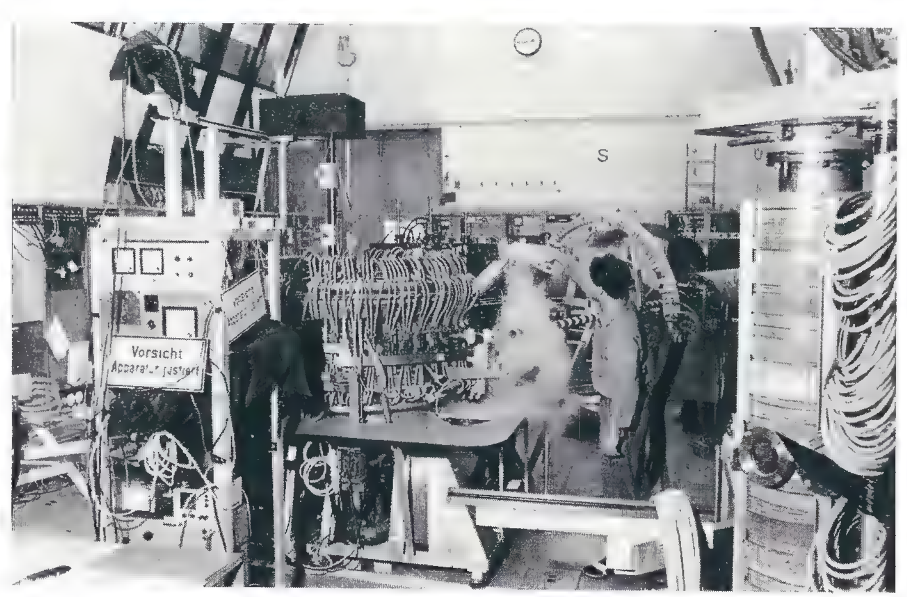
das Kollegialsystem nicht nur aus Furcht vor dem Verlust ihrer Machtposition; häufig argwöhnen sie zudem, daß die Verschmelzung mehrerer Institute zu Departments ihren Forschungsetat verringern könnte.

Denn die Mittel, die den westdeutschen Hochschulinstituten zur Verfügung stehen, sind durchaus ungleich verteilt. Während manche Institutsdirektoren mit Millionen-Beträgen rechnen können, leiden andere Not: So ist das Bonner Institut für Genetik in einer Vier-Zimmer-Wohnung untergebracht — „die wissenschaftliche Forschung", so berichtet die Fachschaft Biologie an der Universität Bonn, „findet zum Teil auf dem Abort statt, da nur dort sich noch Platz für hochwertige Apparaturen findet".

* Oben: Mit seinem Mitarbeiter Professor Fritz Strassmann (l.) und Professor Heinz Haber; auf dem Arbeitstisch die Original-Apparatur, mit der Hahn 1938 die erste Atomspaltung gelang. Unten: Versuchsanordnung zur Verschmelzung von Atomkernen (Kernfusion) im Garchinger Institut für Plasmaphysik.

Auch im Chemischen Institut der Universität Frankfurt forschen die Wissenschaftler unter „menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen", wie die „Frankfurter Rundschau" urteilte: „Der Putz bröckelt überall ab"; „überall hängen in diesem Haus penetrante Dämpfe und Gerüche in der Luft"; „es gibt weder Notausgänge noch Brandschutzdecken". In manchen Räumen fällt das Licht nur durch Deckenfenster — im Sommer wird es in den Labors so heiß, daß der Äther in den Glasgefäßen zu sieden beginnt.

In anderen Forschungsstätten, etwa in den Instituten des Hamburger „Deutschen Elektronen-Synchrotrons" (Desy), arbeiten die Wissenschaftler in geräumigen Experimentierhallen und an hochmodernem Forschungsgerät. Die Mittel für solche kostspieligen Forschungseinrichtungen werden, wie das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung ermittelte, „heute nur noch zu einem Teil vom Staat zur Verfügung gestellt" — häufig werde „ein großer Teil der Forschung und



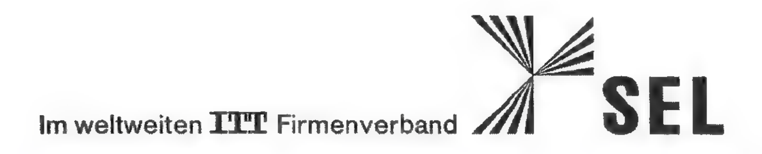
... forschen nur noch Doktoranden": Modernes Forschungsgerät **Stellarator***



Wir waren vor Apollo 11 im Raum, damit Sie die ersten Schritte der Mondmänner sehen konnten.

Als Apollo 11 zum Mondflug zündete, kreiste Intelsat bereits im Raum.
Seine Aufgabe am 21. 7. 1969:
Nachrichten-Relaisstation für die erste Life-Sendung vom Mond.
Der Funksprechverkehr der Astronauten und sämtliche Bildübertragungen liefen über diesen Satelliten, für den wir wichtige Teile der Bordelektronik gebaut haben.
Wir arbeiten für die ganze Nachrichtentechnik:
Fernsprechtechnik, Eisenbahnsignaltechnik, Funkanlagen und Weitverkehrseinrichtungen,
Fördersysteme und Postautomation,
Fernschreib- und Datentechnik, Informatiksysteme,
Navigation und Raumfahrttechnik, Kabel und Leitungen, Bauelemente,
Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte.

Standard Elektrik Lorenz AG
7 Stuttgart-Zuffenhausen, Hellmuth-Hirth-Straße 42, Telefon **(0711) 8211, Telex 722861



Oft sind es die kleinen Dinge, die unser Leben reicher machen.

Das Glück der Stunde, der Augenblick mit Beck's. Das ist es, was uns über den Alltag erhebt und unser Leben bereichert. Gönnen wir uns Beck's. In diesen kühlen, grünen Flaschen ist ein unnachahmlich gutes Bier.



sogar der Lehre aus Mitteln Dritter finanziert".

Ob es den Professoren gelingt, das Geld für die Ausstattung ihrer Institute zu beschaffen, hängt nicht zuletzt vom Verhandlungsgeschick und vom Einfluß des jeweiligen Institutsdirektors ab. Einem Kollegium von Department-Vorstehern aber, so fürchten viele Institutschefs, könnte es möglicherweise schwerer fallen, die notwendigen Forschungsmittel herbeizuschaffen. Viele Naturwissenschaftler weigern sich vor allem aus diesem Grund, ihren Instituten eine demokratische Organisationsform zu geben.

Solange die gegenwärtig üblichen „Praktiken der Forschungsfinanzierung" beibehalten werden, so folgern die Experten des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, werde eine „Entfeudalisierung" der wissenschaftlichen Forschungsanstalten kaum möglich sein.

Seit langem werden für die Naturwissenschaftler die Probleme der Geldbeschaffung immer dringlicher. Der Chemiker Otto Hahn konnte die Apparaturen, mit denen ihm 1938 die erste Atomspaltung gelang, noch auf einem Labortisch unterbringen. Heute aber arbeiten die Spezialisten für Hochenergiephysik in Forschungseinrichtungen, die Fabrikanlagen gleichen.

Solche Mammutinstitute aber — mit einem Millionen-Haushalt, Hunderten von Angestellten und Dutzenden von Forschern — können von einem einzelnen Hochschulprofessor nur noch unzulänglich verwaltet werden. Die wissenschaftsfremde Arbeit belastet die Institutschefs um so mehr, als ihnen meist die Qualifikation für den Manager-Beruf fehlt.

Meist sind die Direktoren der großen Forschungsinstitute mit Aufgaben der Organisation und der Finanzierung derart überhäuft, daß sie zu eigener Forschung und zur Betreuung ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten nahezu keine Zeit mehr finden.

Gelegentlich führt nur noch der Zufall die Professoren und ihre Mitarbeiter zusammen: Als unlängst der Karlsruher Physik-Professor Herwig Schopper in einem Eisenbahnabteil mit einem jungen Mann ins Gespräch kam, stellte sich erst nach längerer Unterhaltung heraus, daß Schopper einem seiner Doktoranden begegnet war. Schon seit zwei Jahren arbeitete der Student an seiner Dissertation — sein Doktorvater wußte nichts davon.

Zunehmend entgleitet den überforderten Professoren die wissenschaftliche Leitung ihrer Institute. „Forschung", so erläuterte ein Hamburger Nachwuchswissenschaftler, „treiben an unseren Instituten fast nur noch die Doktoranden."

Die Stimmung der Nachwuchswissenschaftler an westdeutschen Hochschulinstituten, so ermittelten „infratest"-Demoskopen, zeige „in manchem erstaunliche Parallelitäten zu dem Bild ... von Arbeitslosen der zwanziger und dreißiger Jahre". Im Auftrag des „Verbands der Wissenschaftler an Forschungsinstituten" haben die Meinungsforscher eine Gruppe von Nachwuchsphysikern befragt und das Ergebnis der Informationsgespräche in einem Bericht zusammengefaßt. Die jungen Physiker kritisierten,

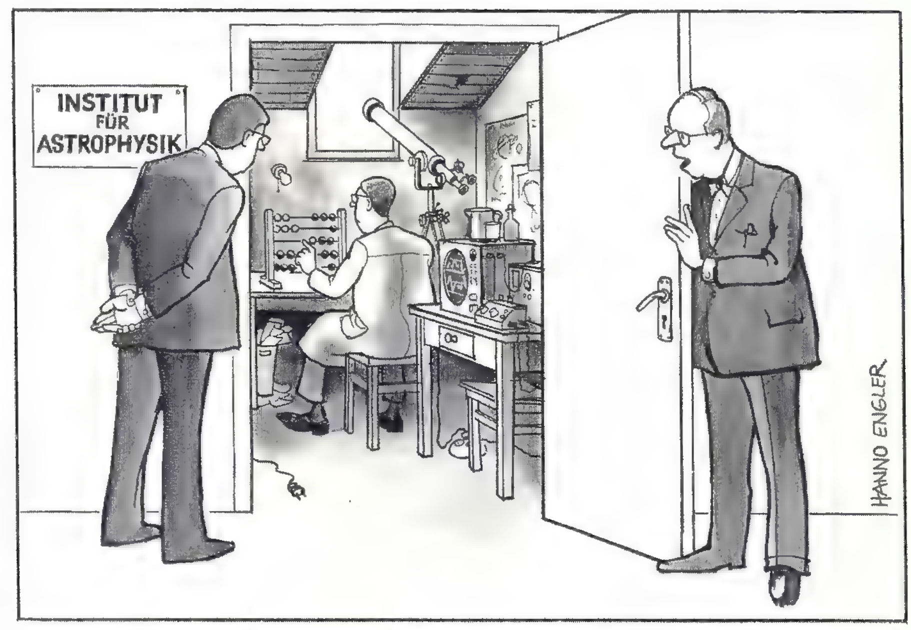
- daß der Kontakt zwischen den Institutsleitern und ihren wissenschaftlichen Mitarbeitern ungenügend und unbefriedigend sei;
- daß es sowohl innerhalb der Institute wie auch zwischen den verschiedenen Forschungsstätten an Kommunikation fehle — viele Aufgaben werden deshalb doppelt bearbeitet, bereits geleistete Vorarbeiten nicht genutzt;
- daß es allenthalben an technischen Hilfskräften mangele — die Wissenschaftler sind oft gezwungen, untergeordnete Tätigkeiten (Flaschen spülen, Labors reinigen) zu übernehmen;
- daß die umständliche und wissenschaftsfremde Organisation der Institute die Forscher dazu zwinge, viel Zeit für Verwaltungsaufgaben zu verwenden — die Forschungsarbeit gerate darüber in Rückstand.

Auch schlechte Bezahlung schürt die Unzufriedenheit der Nachwuchsforscher: Die Wissenschaftler werden nicht nur nach einem Angestelltentarif entlohnt, der ihren Leistungen nicht gerecht wird; es fehlt den Forschern auch an Geld für den Besuch von Tagungen und Kongressen, die für ihre Fortbildung wichtig sind.

Ein wissenschaftlicher Assistent etwa, dem anläßlich einer Tagung Reise- und Übernachtungskosten in Höhe von 491,90 Mark entstanden, erhielt 216,90 Mark erstattet; ein anderer, der an einer eintägigen Fachtagung teilgenommen und 65,50 Mark ausgelegt hatte, wurde mit einer „Beihilfe" von 30 Mark entschädigt.

Angesichts der deprimierenden Zustände an den Forschungsinstituten sind viele junge Wissenschaftler geneigt, zu resignieren — viele erwägen, in die USA auszuwandern.

„Die oft nahezu verzweifelte Stimmung unserer Gesprächspartner", so vermerkt der „infratest"-Bericht, „wird weiterhin genährt durch die Tatsache, daß kaum einer glaubt, der gegenwärtige Zustand werde in absehbarer Zeit eine wirklich ins Gewicht fallende Verbesserung erfahren"; eine solche Verbesserung, so meinten die befragten Wissenschaftler, „könne überhaupt nur von außen kommen, da die für die Mängel des gegenwärtigen Systems Verantwortlichen wohl kaum Interesse an einer Veränderung haben würden".



„Wenn Bonn nicht mehr für die Forschung tut, wandert uns der auch noch aus"

Desinteresse, aber vor allem auch mangelnder Sachverstand herrscht in der Tat bei jenen vor, die den desolaten Zustand der deutschen Naturwissenschaft beheben könnten: Nur zu fünf Prozent, so konstatierte der Münchner Bildungsforscher Alois Stork, bestehe die Führungsschicht der Bundesrepublik aus Naturwissenschaftlern und Technikern — vor allem Juristen und Wirtschaftler bestimmen die Wissenschaftspolitik des Landes; Wissenschaftsminister Stoltenberg ist gelernter Historiker.

Symbolkräftig markierte die Bonner Regierung im Mai gleichwohl die gegenwärtige Lage der deutschen Naturwissenschaften. Das Kabinett beschloß, zum 20. Jahrestag seit Gründung der Bundesrepublik neue Zwei-Mark-Stücke prägen zu lassen. Die Münzen sollen nicht mehr das Profil des Physikers Max Planck tragen, sondern das Bild eines CDU-Politikers: Konrad Adenauer.

Eterna präsentiert die neue «Fast beat» Kollektion

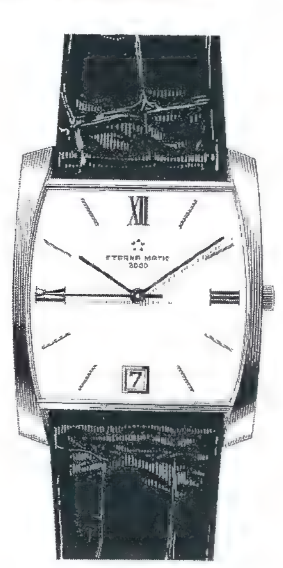
«Fast beat» heisst Schnellschwinger, die Unruh tickt schneller als in gewöhnlichen Uhren.
Erhöhte Schwingungszahl aber bedeutet erhöhte Präzision.
Auch im Styling drückt sich der schnellere Puls aus.
Die «Fast beat» Herrenkollektion ist aussen so neu wie innen und reichhaltiger als zuvor.
Diese verbesserte Genauigkeit ist ein weiteres Plus zu den zahlreichen Vorzügen
der einzigartigen Eterna·Matic Konzeption mit Kugellager-Selbstaufzug.
Damit behauptet Eterna·Matic die Spitzenposition
in den automatischen Uhren.

ETERNA·MATIC 3000

Ultraflach und bestechend in der Linienführung. Jetzt auch als Sevenday mit Datum und Wochentag.



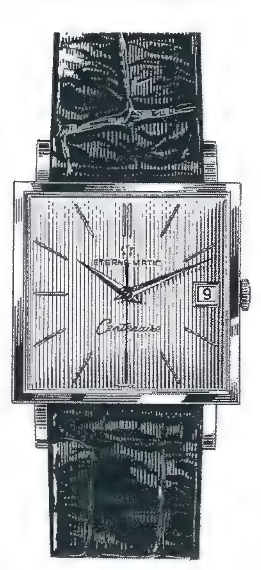
.46VT-1500
Eterna·Matic 3000
wasserdicht, Dato
18 Kt. Gold DM 965.—
Gold/Stahl DM 548.—
Edelstahl DM 480.—



785-1500
Eterna·Matic 3000
Dato
18 Kt. Gold DM 1 200.—

ETERNA·MATIC CENTENAIRE

Flach, mit besonders aparten Zifferblättern von zeitloser Eleganz.



65-1480
Eterna·Matic Centenaire
18 Kt. Gold DM 850.—
Doublé DM 390.—
Edelstahl DM 378.—



.06IVT-1480
Eterna·Matic Centenaire 71
wasserdicht, Dato
18 Kt. Gold DM 950.—
Gold/Stahl DM 480.—
Edelstahl DM 398.—

Verlangen Sie unseren ausführlichen «Fast beat»-Prospekt bei der Eterna GmbH, Dienerstrasse 14, München 2

ETERNA CHRONO

Der ideale Zeitmesser für Sport und Technik.



154 FTP/6-1491
Chronograf
Edelstahl DM 498.–

ETERNA·MATIC 3000 SEVENDAY

706 DT/345-1501
Eterna·Matic Sevenday
wasserdicht
18 Kt. mit Goldband
DM 2 498.–

ETERNA·MATIC

SAHIDA

Die extraflache automatische Damenuhr von aparter Eleganz.



.44 T-1446
Eterna·Matic Sahida
wasserdicht
18 Kt. Gold DM 598.–
Doublé DM 368.–
Edelstahl DM 355.–

.46 T-1469
Eterna·Matic Sahida
Dato, wasserdicht
18 Kt. Gold DM 670.–
Doublé DM 330.–
Edelstahl DM 330.–

KONTIKI

Die ideale Damenuhr für Sport und Alltag.



130 FTT-1469
Eterna·Matic Kon Tiki 20
Dato, wasserdicht
Edelstahl mit
Stahlband DM 425.–

ETERNA·MATIC 5 STAR

Makellose Eleganz
Makellose Präzision



106 FTGH-1489
Eterna·Matic 5 Star
Dato, wasserdicht
Edelstahl DM 358.–

ETERNA·MATIC

1000 KONTIKI

Eterna·Matic 1000 und die Gruppe der superwasserdichten Kon Tiki-Modelle: sportlich, robust und zuverlässig.



.10 T-1489
Eterna·Matic 1000
Dato, wasserdicht
Edelstahl DM 298.–
Doublé DM 315.–



129 T-1489
Eterna·Matic Kon Tiki 10
Dato, wasserdicht
Edelstahl mit
Stahlband DM 380.–



ETERNA·MATIC

die Uhr unserer Zeit

„DIE UNI IST EIN ZEMENTMISCHER"

Mängel in Lehre und Ausbildung der Ingenieurstudenten an westdeutschen Technischen Hochschulen

Von den 32 000 westdeutschen Studenten, die an den zehn Technischen Hochschulen und Technischen Universitäten in der Bundesrepublik immatrikuliert sind und dort Ingenieurwissenschaften studieren, war bei den Demonstrationen und Protestmärschen der letzten Jahre, bei Sit-ins, Go-ins und Teach-ins nur selten die Rede. Oft schien es, als hätten die Schüler dieser zukunftsprägenden Wissensgebiete über ihren Lehrbüchern der Halbleitertechnik und Datenverarbeitung, der Raumfahrt- und Reaktortechnik die gesellschaftliche Wirklichkeit vergessen. Tatsächlich aber haben auch bei den Ingenieurwissenschaftlern vor allem die Assistenten an vielen Instituten die Reformbedürftigkeit der derzeitigen Universitätsstruktur erkannt und — wenn auch weniger revolutionär und lautstark als Politologen und Soziologen — Reformvorschläge unterbreitet. So legte im letzten Jahr ein von Assistenten der West-Berliner TU gegründeter Arbeitskreis eine Untersuchung über Mängel in Lehre und Ausbildung an den Technischen Hochschulen der Bundesrepublik vor. Dieser Arbeit ist der folgende Auszug entnommen.

Eindeutig hat die Ausbildung in den technischen Disziplinen das vorrangige Ziel und die Aufgabe, den Absolventen mit soliden Grundlagen für die Ausübung eines Berufes auszustatten. In diese Grundlagen sind prinzipiell Forderungen der Gesellschaft, die sich aus Wirkungen der Technik auf das menschliche Leben ergeben, speziell berufsbezogene ethische und moralische Grundsätze und Erkenntnisse über die Wirkungs- und Lösung einen geistigen Fortschritt darstellt.

Eine Beschäftigung mit den tiefgreifenden Konsequenzen der Technik in allen Lebensbereichen ist aber notwendig — und auf manchen Gebieten bereits zu einer Existenzfrage geworden. Es ist fraglich, wie die Versäumnisse auf diesem Gebiet heute noch wettgemacht werden sollen.

Außerdem erhält der Student technischer Disziplinen nicht den geringangehenden Ingenieur nur in geringem Umfang. Sie vermittelt nichts über unmittelbare Auswirkungen der Technik auf andere Lebensbereiche: Mit den Zivilisationsschäden, Verunreinigungen von Wasser, Luft, Boden, mit den Weltproblemen von Ernährung, Energie, Verkehr und Bevölkerungsexplosion wird der Student nicht konfrontiert. Eine Anregung für eine Ethik seines Berufsstandes, die genauso wichtig ist wie zum Beispiel die spezielle Ethik für den ärztlichen Berufsstand, erhält er nicht.



Demonstrierende Ingenieurstudenten*: „Eigene Denkarbeit wird nicht gewürdigt"

Entfaltungsmöglichkeiten des Ingenieurs innerhalb der Gesellschaft mit einzubeziehen.

Da jedoch ein fast totaler Mangel in der Vermittlung dieser außerfachlichen Grundlagen festzustellen ist, kann von einer ausreichenden allgemeinen Berufsbezogenheit — ganz abgesehen von der fachlichen Berufsbezogenheit — in der heutigen Ausbildung auf keinen Fall gesprochen werden.

Die noch häufig anzutreffende idealistische Schwärmerei, der das „Schielen" nach Beruf und Existenz gemessen an klassischen Bildungsidealen als profane „Verjobbung" erscheint, bietet keine Alternative, weil von dieser Seite Technik als etwas Wertfreies betrachtet wird, gewissermaßen als eine Beschäftigung menschlichen Geistes mit interessanten Problemen, deren sten Hinweis darauf, daß sein zukünftiger Beruf in besonderem Maße Erduldung von Abhängigkeit und Anpassung verlangt.

Beim durchschnittlichen TH-Studium läßt die Praxisbezogenheit zu wünschen übrig. Die im praxisbezogenen Stoff liegende Empirie wird nicht offen genug dargelegt, obwohl die zugehörigen Überlegungen sicher rational begründbar sind. (Beispiel: Die vielen Sicherheitsfaktoren, Zuschläge und Faustformeln des Maschinenbaus lassen sich gut an einigen Beispielen verdeutlichen.) Dieses Verschweigen der Empirie wie etwas Anrüchiges und die lapidare Vermittlung ihrer Ergebnisse als Erfahrung entlassen den Absolventen oft mit einem unbehaglichen Gefühl des „Schwimmens" in die Praxis.

Erkenntnisse über die Stellung seines Faches in der Gesellschaft und der Volkswirtschaft vermittelt die TH dem

Einem Mangel an Selbstbewußtsein der technischen Disziplinen gegenüber den Geisteswissenschaften wird nicht abgeholfen. Deswegen steht der Techniker auch bei den geschichtlichen und gesellschaftlichen Prozessen abseits, die durch seine schöpferische Tätigkeit ins Rollen gebracht werden. Seine gesellschaftliche und politische Mitarbeit wird ihm bestenfalls mit dem abwertenden Titel „Technokrat" honoriert.

Sein Recht zur Mitarbeit wird ihm nicht selten mit ungefähr folgender Argumentation abgesprochen: Was soll der Ingenieur, der von seinem Betrieb eingesetzt wurde, um die Auslaßventile eines von vielen fleißigen Ingenieurameisen entwickelten Verbrennungsmotors zu konstruieren, was soll dieser Ingenieur als kleines Schräubchen eines ganz speziellen Teams zu allgemeinen Problemen aus seiner Froschperspektive beisteuern?

Eine derartige Argumentation ist eigentlich überflüssig. Den meisten Ingenieuren ist der gute Wille und auch das Vermögen zu unterstellen, wirkungsvoll an gesellschaftlichen Belangen mitzuarbeiten. Nur ist ihnen diese Mitarbeit versagt, weil sie in starkem Maße von kommerziellen Interessen abhängig sind. Dazu ein Beispiel:

Die Ingenieure, die einen Verbrennungsmotor entwickeln, könnten aus Kenntnis der gesellschaftlichen und zivilisatorischen Zusammenhänge für ihren Betrieb beschließen, daß in die zukünftigen Modelle eine Abgasentgiftung eingebaut wird. Was geschieht aber mit ihrer Existenz, wenn dadurch die Modelle teurer werden müßten? Wahrscheinlich setzt die Betriebsleitung die betreffenden Ingenieure unter Druck oder auf die Straße, so daß ihnen zur Erhaltung der unmittelba-

* An der TU in West-Berlin.

200.000 Bahnkilometer frei Haus: der Gleisanschluß verbindet mit Europa.

Schienen sind überall. Überall - bis in den letzten Winkel Europas - streckt die Bahn ihre eisernen Fühler aus. Ist es nicht eine Frage wirtschaftlicher Vernunft, dieses gigantische, europäische Verkehrsnetz in seiner ganzen Leistungsfähigkeit zu nutzen?

Durch einen eigenen Gleisanschluß sind Sie mit den Märkten direkt verbunden. Ohne Umwege, ohne Verkehrsstockungen laufen unsere Güterwagen bis in die Fabrikation. Mehr als 10.000 Unternehmen allein in der Bundesrepublik haben die Vorteile des Gleisanschlusses klar erkannt. Unternehmen jeder Art, jeder Größe.

Sie sollten sich einmal mit unseren Experten unterhalten.



Schienen sind vernünftige Frachtstraßen

DB

ren Existenz nur die gehorsame Anpassung offenbleibt*.

Hier offenbart sich schlaglichtartig, daß es den Ingenieuren ohne wirksame Organisation in einer Art „pressure group" versagt ist, gesellschaftlich verantwortlich zu handeln, wenn dem augenblickliche kommerzielle Interessen entgegenstehen. Der einzelne Ingenieur wird sich dieser Ohnmacht zu spät bewußt, er vergräbt sich hinter seinen „interessanten" und „faszinierenden" Formeln, Apparaten und Konstruktionen. Auf der in Forschung und Lehre freien Hochschule erfährt der angehende Ingenieur nichts zu diesem brisanten Themenkomplex, weil die Hochschule über dunkle Kanäle doch kommerziellen Interessen verpflichtet ist (seien es Spenden der Industrie o. ä.), oder weil die meisten Hochschullehrer durch vorangegangene industrielle Tätigkeit befangen sind — und vielleicht den in der Anpassung steuerbaren Ingenieur vorziehen?

Der Student ist einem Studienablauf ausgesetzt, dem die innere Logik fehlt. Die Freiheit der Lehre wird dahingehend mißverstanden, daß zu selten eine sinnvolle Stoffabstimmung stattfindet, die den Lehrplan entrümpeln hilft. Oft muß der Student vieles Ähnliche, das exemplarisch in einer Vorlesung abzuhandeln wäre, in mehreren Vorlesungen mit verschiedener Nomenklatur hören. Gemeinsamkeiten von Stoff und Thema, Querverbindungen, Analogien werden oft nicht aufgezeigt. Was wichtig ist, kann jeder Ordinarius für sich ohne Rücksicht auf die Gesamtsituation bestimmen. Einer der Gründe für diesen Mißstand ist zweifellos das kooperationsfeindliche Lehrstuhlprinzip.

Das Studium wird als ein zu verdauender Haufen von Wissen angeboten, durch den der Student sich hindurchquälen muß. Dazu werden ihm kaum Wege und Hilfen geboten. Plastische studentische Äußerung: „Die Uni ist ein Zementmischer, in dem man mit einem Haufen verschiedener Zuschläge verarbeitet wird." Eine Auswahl und Gruppierung des Stoffes, um positive Motivation zu erzielen, um Wißbegier, Neugier und Interesse zu wecken, findet nicht statt.

In der Darbietung des Stoffes besteht die Tendenz zur Atomisierung. Der Stoff wird in immer kleinere Brocken zerstückelt (besonders in den Übungen), deren Exemplarizität zu bezweifeln ist. Die Übungen sind oft nur Details von Detailfragen, die zu Rechenschemata aufbereitet werden. Eigene, originelle Denkarbeit ist sinnlos, nicht vorgesehen und auch nicht nötig. Sie wird, falls verlangt, von den nichts Besseres gewohnten Studenten mit Unmut aufgenommen; sie wird, falls wider Erwarten von einzelnen Studenten geliefert, entweder aus Zeitmangel oder aus Überheblichkeit von seiten der Assistenten und Dozenten nicht gewürdigt.

* Die Abgasentgiftung sowie andere Verschmutzungs- und Verpestungsprobleme sind der klassische Fall von Problemen mit gesamtgesellschaftlichem Hintergrund, bei denen der Anstoß zu Abhilfe und Verbesserung nicht von den Ingenieuren ausging.



Weltproblem **Luftverschmutzung**
„Den Konsequenzen der Technik ...

Die Folge ist Abstumpfung und Entmutigung auf seiten der Studenten. Die wichtige Fähigkeit, mit Selbstbewußtsein an die Lösung eines Problems heranzugehen, wird dadurch negativ beeinflußt. Es mangelt den Studenten an Erfolgserlebnissen als Leistungsstimulans.

Für den Gesamtbereich der Hochschule ist abschließend kritisch festzuhalten: Studienreformen werden nicht zusammen mit Pädagogen erarbeitet, die beteiligten Professoren lesen meist nicht einmal die einschlägige pädagogische Literatur. Erkenntnisse der modernen Pädagogik gehen daher an der Hochschule völlig vorbei.

Die Lehre ist ein ständiger Kampf mit der Aufblähung des Wissens, wie man absichtlich abwertend sagt, und den begrenzten Möglichkeiten des Studiums. Ständig geht es darum, noch mehr Reserven im Studienplan zu erschließen, mehr Wissensvermittlung pro Zeiteinheit zu ermöglichen. Termine für Prüfungen, Klausuren,



Weltproblem **Verkehrsballung**
... wird der Student nicht konfrontiert"

Mit größtem Vergnügen sorgen wir für den ganz besonderen Sitzkomfort...

...und für alles, was unsere Mini-Maharadschas und -Maharanis zu ihrem leiblichen Wohlergehen sonst noch brauchen, als da sind: Baby-Mahlzeiten, Baby-Puder, Baby-Windeln und – zur Kurzweil – Bilderbücher und Spielzeug.



ist sich der Bedeutung kleiner Dinge wohl bewußt.

Ihr Reisebüro wird Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung stehen.
Wir natürlich auch: Air-India in Frankfurt, Düsseldorf, Köln, München, Stuttgart, Hamburg, Berlin und Nürnberg.

Sie brauchen fünf Minuten, um warmzulaufen. Braucht Ihre Heizung etwa länger?

Dann haben Sie die falsche.
Sie brauchen eine Heizung, die morgens mit Ihnen da ist: eine Witte-Elektroheizung.



Nachts speichert sie billig Wärme, um sie tagsüber je nach Bedarf sofort auszustrahlen.
Sobald Sie wach werden, wählen Sie am Thermostat die Temperatur, die Sie haben wollen. Wenn Sie aufstehen, haben Sie sie.

Aber Witte-Heizungen sorgen nicht nur für schnelle und billige Wärme. Sie halten sie auch haargenau. In jedem Zimmer individuell. Damit Sie beim Fernsehen nicht zu frieren und beim Schlafen nicht zu schwitzen brauchen.
Selbstverständlich macht eine Witte-Elektroheizung nicht den geringsten Dreck. Sie rußt nicht, qualmt nicht, stinkt nicht und verbraucht keinen Sauerstoff. Sie braucht keinen Keller voll Brennstoff und kann nicht in die Luft fliegen.
Die Geräte sind besonders flach, sehen ganz hübsch aus und lassen sich ohne viel Aufwand anschließen. Kein Wunder, denn Witte baut seit 12 Jahren nichts anderes als Heizungen.
Lassen Sie sich in Ihren vier Wänden doch nicht länger von irgendeiner altmodischen Heizung vorschreiben, wie lange Sie morgens zum Warmlaufen brauchen.
Gehen Sie mal zu Ihrem Fachhändler. Er wird Ihre Fragen gern beantworten.
Und schicken Sie uns den Coupon.

An WITTE Heiztechnik GmbH & Co.
586 Iserlohn, Barbarossastr. 17
Ich möchte gern mehr über die Witte-Heizung wissen. Bitte gleich Spezialprospekt schicken.

- ○ Ich bin Althausbesitzer und möchte renovieren.
- ○ Ich bin Mieter und hab' die altmodische Heizung satt.
- ○ Ich baue demnächst und suche eine komfortable und sparsame Heizung.

1/4

Anschrift ....

....

Wärme zum Aussuchen

witte

ein Unternehmen der BABCOCK-Gruppe

Übungen, Kolloquien usw. und schließlich angedrohte Zwangsexmatrikulation sollen garantieren, daß der Student diesem Plan folgt. Mehr oder weniger eingestanden sind sich allerdings die meisten Hochschullehrer bewußt, daß dieser Weg grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist.

Die Prüfungen sind auf das Abfragen von Präsenzwissen und Stoffwissen ausgerichtet, nicht auf den Nachweis der Fähigkeiten. Es wird allzuviel Formelwissen verlangt. Den Prüfungen haftet ein hohes Maß an Zufälligkeiten an. Doch besteht beim Nachweis der Fähigkeiten in einer Prüfung eine noch größere Gefahr der Blockierung durch Prüfungsangst.

Deshalb ist zu überlegen, ob die Studien- und Diplomarbeiten als echter Nachweis von Fähigkeiten nicht höher bewertet werden sollten; psychologische Prüfungshemmungen spielen bei diesen Arbeiten kaum eine Rolle. Insbesondere liegt bei den Studienarbeiten ein krasser Mißstand vor, da sie im Gewicht völlig in der Masse der Übungen untergehen. Hier liegt ein ungenutzter Hebel zur Förderung positiver Motivation: Viele Studenten geben sich bei den weitgehend selbständigen Studienarbeiten erstaunliche Mühe, trotz ihres geringen Gewichts.

Eine intensive Studienberatung, Voraussetzung für eine freie und selbständige Gestaltung des Studienganges, fehlt völlig. Diese Beratung ist besonders für Anfangssemester wichtig.

Eine Beurteilung der Lehre an der Universität kann nur im Hinblick auf bestimmte Studienziele erfolgen. Es wurde daher ein Katalog von acht Studienzielen aufgestellt. Die acht Studienziele gelten für die drei Ingenieurdisziplinen Maschinenbau, Bauingenieurwesen und Elektrotechnik.

Von einem Diplomingenieur werden folgende Fähigkeiten erwartet:

▷ Fachkenntnisse — er soll die Standardlösungen für die wichtigsten Probleme seines Fachgebietes kennen. Eine gestellte Routineaufgabe soll er lösen können, ohne daß er sich die dazu nötigen Kenntnisse neu erarbeiten muß.

▷ Selbständige Wissensaneignung — er soll sich Fachwissen, das er für die Lösung eines Problems braucht, selbständig aneignen können.

▷ Kritikvermögen und Urteilsfähigkeit — er soll die Mängel einer vorgeschlagenen Lösung und auch die Begrenztheit einer Fragestellung erkennen können. Ihm soll die hinter einer gestellten Aufgabe stehende allgemeine Problematik bewußt werden. Von daher soll er neue Aufgaben, Fragen und Probleme formulieren können.

▷ Schöpferisch-konstruktive Fähigkeiten — er soll neuartige technische Aufgaben durch Benutzung der erlernten Methoden und durch Kombination seiner Fachkenntnisse lösen können.

▷ Kooperation — er muß erkennen, wann er mit den ihm zur Verfügung stehenden fachlichen Kenntnissen und Einsichten nicht zu einer optimalen Lösung des Problems kommen kann. Um in diesen Fällen mit Fachleuten anderer Gebiete zusammenarbeiten zu können, muß er die Probleme und die Sprache der benachbarten Fachgebiete verstehen.

▷ Fachliches Interesse — er soll den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt seines Faches wenigstens im großen verfolgen.

▷ Gesellschaftliches Engagement — er soll eine verantwortungsbewußte Haltung gegenüber der menschlichen Gesellschaft einnehmen. Innerhalb und außerhalb seines Fachgebietes soll er an der Lösung von Aufgaben der Gesellschaft mitarbeiten.

▷ Führungsaufgaben — der Diplomingenieur wird beurteilen müssen, welcher Mitarbeiter welche Arbeit am zweckmäßigsten übernehmen sollte. Er wird durch verständlich formulierte, stichhaltige Argumente überzeugen müssen, weil die Methode des Befehls praktisch nicht mehr zur Verfügung steht. Er wird dazu immer mehr seine Meinung auch in demokratisch strukturierten Gremien durchsetzen müssen.



Arbeitskreis West-Berliner TU-Assistenten: „Den Lehrplan umkrempeln"

IM NÄCHSTEN HEFT

Undurchsichtige Finanzierung der Forschung – Sind Westdeutschlands Hochschulinstitute, wie die Universitäten in der DDR, „Dienstmädchen" der Industrie? – Bleibt unerforscht, was der Privatwirtschaft keinen Profit verspricht?

EINE ZUFLUCHT IN DEN ARMEN DER JUSTIZ

SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz über die Strafrechtsreform im Wahlkampf

Das Verdienst daran, daß in der Bundesrepublik jeder weiß, wo der Feind steht, kommt dem Dr. jur. Richard Jaeger, 56, zu, ihm ganz allein. An seinem Verdienst hat niemand teil, schon gar nicht Herr von Thadden, der schließlich kein Jurist und nicht Vizepräsident des Bundestags ist, der niemals Bundesjustizminister war.

Allein Herr Jaeger konnte der Öffentlichkeit erzählen und damit Gehör finden, daß der Kampf gegen das Verbrechen derzeit von einem Verbrecher geleitet wird. Natürlich nahm Herr Jaeger, er ist Jurist, das Wort „Verbrecher" nicht in den Mund. Doch als er Mitte dieses Monats vor dem Katholischen Männerverein in Tuntenhausen mitteilte, der gegenwärtige Bundesjustizminister Ehmke habe durch die während seiner Amtszeit verabschiedeten Gesetzesreformen Staatsfeinde und Verbrecher begünstigt, war das unmißverständlich.

Ein Bundesjustizminister, der Staatsfeinde und Verbrecher begünstigt, ist ein Verbrecher: Man muß die Worte des Wahlkampfs auf die Feinwaage legen, es sei denn, Herr Jaeger wünsche einen Paragraphen 51 für Politiker während des Wahlkampfs — vielleicht mit der Begründung, der Politiker habe es während dieser Zeit mit Personen zu tun, deren Geistestätigkeit krankhaft gestört ist und die daher anders nicht anzusprechen sind, denn im Zustand der Zurechnungsunfähigkeit.

Nach beinahe 100 Jahren beginnt endlich, noch dazu auf Stottern und keineswegs mit der Wucht einer Lawine, die Reform des Strafgesetzbuchs. Und das ist nun für Herrn Jaeger der Augenblick, das Bild einer „weichen Welle" zu beschwören, die gegen Recht und Ordnung brandet. Herr Jaeger steht am Rednerpult, am Donnerstagabend vergangener Woche beispielsweise in Landsberg am Lech, und das Wahlvolk, das blöde, es wird es schon schlucken.

„Dann haben wir die Strafprozeßreform in diesem Bundestag", leitet Herr Jaeger den speziellen Teil seines Vortrags ein, womit er die Strafrechtsreform meint, aber was soll's. Verwahrlosung ist überall, da heißt es nicht zielen, sondern treffen. Und die Feinde haben durch ihr Reform genanntes Attentat auf Recht und Ordnung beispielsweise dafür gesorgt, daß die „Verführung der Jugend" kein Verbrechen mehr ist.

Herrn Jaegers hohe Meinung von seinem Publikum im „Kratzer Keller" zu Landsberg erlaubt es ihm zu behaupten, es sei nun nicht mehr strafbar, wenn ein Jugendlicher von einem erwachsenen Homosexuellen verführt wird. Daß nach dem Stückchen Reform, das beschlossen wurde, neuerdings sogar der Versuch strafbar ist — was schert es Herrn Jaeger. Die Abschaffung des Zuchthauses ist für ihn das „Symbol der weichen Welle" und führt dazu, daß die Ersttäter nächstens neben den Rückfälligen werden „büßen" müssen.

Herr Jaeger verschweigt, daß Zuchthaus und Gefängnis schon lange in einem Hause stattfanden und daß Ersttäter nun gerade differenzierter behandelt werden sollen und können, so sie überhaupt die Strafe anzutreten haben. Herr Jaeger will eine Mehrheit für „den Schutz des anständigen Bürgers und nicht des Verbrechers". Die Gegner, wenn die gewinnen sollten: die würden etwa die Lebach-Mörder, „die unsere jungen Soldaten ermordet haben", flugs wieder rauslassen, da sie angeblich bedenkenlos entschlossen sind, allenfalls noch rückfällige Mörder lebenslang einzusperren.



Wahlkämpfer **Jaeger**
„Eine christliche Aufgabe"

Gerade wer Jurist ist, wer gar im Ausschuß an den Beratungen über die Strafrechtsreform teilnahm, hat sich in diesem Wahlkampf zu stellen. Frau Diemer-Nicolaus, FDP, beispielsweise, tut es unverdrossen. Sie ist dem Recht nicht nur durch die Politik, sondern auch als Juristin verpflichtet. Und auch Herr Güde, CDU, der ehemalige Generalbundesanwalt, ist nicht bereit, „die Grundsätze in Frage zu stellen, auf denen die Reform beruht". Herr Güde sagt sogar: „Ich bin gar nicht konform mit Herrn Jaeger und muß bedauern, daß er einen so oberflächlichen Standpunkt vertritt."

Herr Güde verteidigt die Reform, obwohl gerade er sich fraglos mit ihr in mancher Hinsicht schwergetan hat: „Was wir gemacht haben, liegt doch einfach in der Tendenz dieses Jahrhunderts in ganz Europa ..."

„Die erste Schule der Nation ist die Volksschule", schmettert Herr Jaeger in Landsberg. „Schließlich ist auch die Bundeswehr eine Erziehungsanstalt", fügt er hinzu. Als sich Protest regt, ergänzt er: „Man wird dort erzogen und ausgebildet im Gebrauch der Waffen." Herr Jaeger mag über die Bundeswehr sagen, was ihr abträglich ist; er ist kein General.

Doch daß Herr Jaeger, der magna cum laude promoviert hat, der Vizepräsident in Bonn ist und dort auch Justizminister war, sich untersteht, den Bürgern Angst zu machen — das ist Verrat an der Justiz. Herr Jaeger malt das Bild einer Welt, in der es Zuflucht in den Armen der Justiz für alle gäbe, wenn man ihn nur ließe. Er verschweigt, er leugnet, daß die Justiz nie mehr ist als Behelf, als eine Übereinkunft, ein Versuch. Angst verbreitet Herr Jaeger, denn wo Angst ist, wird pariert.

Herr Jaeger ist auch für „Entspannung". „Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Entspannung sagen, ich bin zu Entspannung." Tatsächlich, so spricht er. In dieser Gegend verspricht er sich leicht. Doch wie er nun „zu Entspannung ist", lehrt der nächste Satz: „Entspannung ist in gewissem Sinne sogar eine christliche Aufgabe." Spannung braucht Herr Jaeger und Alpträume, denn sie bringen ihm die Stimmen verstörter Menschen. Nur wer Angst hat, hofft auf eine irdische Allmacht. Diese Allmacht kann die Justiz sein, verspricht Herr Jaeger.

Er sagt nichts dazu, daß sechs Kinder Eltern geraten mögen und daß dem siebten schaden kann, was für sechs gut war; daß ein Kind kriminell werden kann — man weiß nicht warum. Herr Jaeger verschweigt, daß in einer Welt, in der schon die Fahrlässigkeit ausreicht, um einen Konflikt mit dem Gesetz heraufzubeschwören, nichts notwendiger ist als eine Justiz, die eine menschliche Justiz ist.

„Es ist keine Rede davon, unter O-Bruder-Mensch-Geschrei dem Rechtsbrecher die Füße zu küssen. Es gibt unter den Berufsverbrechern und unter den Gelegenheitsverbrechern böse Jungens, wirklich niedrige Charaktere, deren seelische Anlagen gesellschaftsschädlich sind und es auch bleiben. Man sichere die Gesellschaft vor ihnen — niemand aber vermesse sich, sie aus Rache zu quälen."

Das schrieb Tucholsky 1931. Herr Jaeger wirft nicht mit Tomaten oder Steinen. Doch sein Bild von einer Welt, in der man zur Justiz zu beten hat, weil nur sie den Menschen vor den Menschen schützen kann, ist Gewalt.

Als Herr Jaeger in Landsberg gesprochen hatte, machte man Musik zur Pause. Peter Alexander sang: „Komm und bedien' dich bei mir."

ARBEITSKAMPF

WILDE STREIKS

Gut für Rechts

Wahlkämpfer Willy Brandt erkannte: „Wenn es im öffentlichen Dienst zu Streiks kommt, dann kann das die SPD noch den Sieg kosten."

Angefacht von CDU-Bundesinnenminister Ernst Benda, der als Sprecher der öffentlichen Arbeitgeber noch am Dienstag letzter Woche keine Möglichkeit gesehen hatte, den Vertretern von 1,2 Millionen öffentlich Bediensteten vorzeitig höhere Löhne und Gehälter zuzusagen, flammten von neuem in der Bundesrepublik wilde Streiks auf.

Der Minister, oberster Dienstherr von 200 000 Arbeitern und Angestellten des Bundes, hatte den Chef der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Heinz Kluncker, und den Vertreter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Hans Groteguth, beschieden, über die zum Jahresende auslaufenden Tarifverträge könne vor der Wahl nicht mehr verhandelt werden. Die alte Regierung dürfe der neuen keine Hypothek aufbürden.

ÖTV-Kluncker nach Bendas Hinhalte-Erklärung: „Die Gewerkschaft sieht sich nicht mehr in der Lage, den sozialen Frieden im öffentlichen Dienst auch weiterhin zu garantieren."

Am Mittwoch und Donnerstag machten Deutschlands Müllkutscher den Anfang. In Duisburg, Nürnberg, Berlin und Offenbach legten die Müllwerker für Stunden oder Tage die Arbeit nieder. U-Bahn- und Bus-Fahrer der Berliner Verkehrs-Betriebe stiegen vom Fahrerbock. Mannheimer Straßenbahner schalteten den Strom ab und empfahlen den Fahrgästen, die Reise zu Fuß fortzusetzen.

Streikende Gasmänner und Sielarbeiter brachten im Berliner ÖTV-Haus Lohnforderungen vor. In Offenbach veranstalteten 4000 Beschäftigte der Stadtverwaltung am Freitag einen einstündigen Warnstreik. In Witten traten die Arbeiter der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in den Ausstand, ein Notdienst hielt die Versorgung aufrecht. 450 Müllkutscher und Straßenfeger demonstrierten vor dem Duisburger Rathaus und verlangten unter anderem 15 Prozent mehr Lohn. Für eine Stunde streikten auch die Arbeiter der Essener Verkehrs-AG.

Vorzeitige Tarifverhandlungen für insgesamt 3,9 Millionen Beschäftigte begehrten außer ÖTV und DAG auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die Deutsche Postgewerkschaft, die IG Druck und Papier, die Gewerkschaften Leder sowie Handel, Banken und Versicherungen. Sprecher der 1,3 Millionen Beamten verlangten von Kiesinger und Benda Sofortmaßnahmen gegen den sich „jetzt rasant verstärkenden Einkommensrückstand".



Streik-Demonstration in Kiel: „Was bei Howaldt geschieht, geht die Stadt an"

Während in der Bundesrepublik täglich neue wilde Streiks ausbrachen und beigelegt wurden, ging bei der Howaldtswerke—Deutsche Werft in Kiel der seit fast zwei Wochen schwelende Ausstand von mehr als 7200 Beschäftigten weiter. Kieler Werftarbeiter, deren Großväter zu Kaiser Wilhelms Zeiten einmal 36 Wochen lang für einen Pfennig mehr Stundenlohn gestreikt hatten, waren in den Ausstand getreten, weil ihre Kollegen von der Hamburger Howaldtswerft für gleiche Arbeit 32 Pfennig je Stunde mehr erhalten. Bisheriger Lohnverlust der Kieler: 1368 Mark je Arbeiter.

Die Werftleitung freilich war nicht bereit, das Lohngefälle, das der SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen als „Schweinerei" kennzeichnete, zu beseitigen. Nach mehreren Verhandlungen mit dem Betriebsrat bot Vorstandsmitglied Dr. Norbert Henke den Arbeitern lediglich an, die Löhne bis September nächsten Jahres stufenweise um zwölf Pfennig anzuheben; außerdem sollten den Arbeitern eineinhalb Streiktage bezahlt werden.

In geheimer Abstimmung lehnten am Mittwoch letzter Woche 3781 von knapp 5000 Streikenden die Offerte ab und bestanden auf ihrer Forderung: volle Lohnangleichung an Hamburg, Ersatz für die ganze Streikdauer und Verzicht der Werksleitung auf Repressalien gegen Streikführer.

Am vergangenen Freitag zogen Tausende von Streikern, zum Teil mit Frauen und Kindern, durch die Kieler Innenstadt. Auf dem Rathausplatz solidarisierten sich Arbeiter mit Studenten. SPD-Oberbürgermeister Günther Bantzer: „Was bei Howaldt geschieht, geht die ganze Stadt an."

Am Abend schließlich einigten sich Geschäftsleitung und Betriebsrat sowie die Vertrauensleute der IG Metall auf ein neues Angebot an die Streiker: acht Pfennig Lohnsteigerung vom 1. September an, am 1. Januar 1970 weitere vier Pfennig, dazu ein Teilersatz für die Streik-Tage.

Bonns Christdemokraten müssen die psychologischen Wirkungen der überall aufflackernden Streiks auf die Wähler weit weniger fürchten als die Sozialdemokraten. Volle Müllkästen, leere Fabrikhallen und Kolonnen protestierender Arbeiter mobilisieren Wähler für die Kanzler-Partei. Tatsächlich hatte es Ernst Benda mit Zusagen über den Verhandlungsbeginn mit der Gewerkschaft ÖTV nicht eilig.

Barsch forderte deshalb das SPD-Parteipräsidium den Kanzler am letzten Donnerstag auf, er möge das Bundeskabinett unverzüglich einberufen. Durch Kabinettsbeschluß wollen die Sozialdemokraten den Innenminister auf sofortigen Beginn von Verhandlungen mit der ÖTV und der DAG über neue Tarife im öffentlichen Dienst festlegen. Wirtschaftsminister Schiller soll dabei eine zehnprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst vorschlagen.

Kanzler Kiesinger, den das SPD-Begehren auf Wahlreise in Hamburg erreichte, ließ sogleich seinen Benda in die Hansestadt einfliegen und trat, nach einer Unterredung mit dem Innenminister, die Flucht nach vorn an: Wie aus eigenem Entschluß berief er das Bundeskabinett für Dienstag dieser Woche ein.

Noch am gleichen Abend verlangte ÖTV-Chef Kluncker für alle Angestellten und Arbeiter vom 1. Oktober an eine Einkommenszulage von 100 Mark monatlich — und zwar unbeschadet weiterer Forderungen bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen. SPD-Verkehrsminister Leber warnend: „Bundeskanzler, Bundesinnenminister und CDU/CSU handeln unverantwortlich und fügen dem Volk Schaden zu, wenn sie weiter untätig in der Beseitigung der Konflikte bleiben."

Für viele wird es neu sein, daß VEBA-Strom Fernschnellzüge jagen läßt



Nicht nur die Bundesbahn, auch Industrie und Haushalt, Handel und Verkehr, sie alle brauchen ständig noch mehr Strom. Deshalb baut die VEBA schon heute moderne Kernkraftwerke und Verteilungsanlagen für den Strombedarf von morgen. Mehr als 2,0 Milliarden DM werden hier bis 1972 investiert.

Neben den Energieversorgungsunternehmen gehören die Chemie und der Handels- und Verkehrsbereich zum VEBA-Konzern. Sie alle bürgen für Erfolg. Das macht den VEBA-Kurs zu einem guten Kurs – er steht zugleich auf Sicherheit und Wachstum.

Weitere Informationen über die VEBA bringt der Aktionärbrief „Blick in die VEBA 5", der ab sofort für Sie bereit liegt. Bitte bei Ihrer Bank abholen oder direkt anfordern bei der VEBA, 469 Herne, Shamrockring 1.

VEBA

ENERGIE
CHEMIE
HANDEL/VERKEHR

„DAS GING UNS AN DIE NIEREN"

SPIEGEL-Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter

SPIEGEL: Die wilden Streiks der letzten Wochen haben eine schwere Vertrauenskrise zwischen Gewerkschaften und ihren Mitgliedern offenbart. Wie ist das zu erklären?

VETTER: Von einer schweren Vertrauenskrise zu sprechen ist stark übertrieben. Allerdings ist zuzugeben, daß die plötzlichen Streiks die hauptamtlichen Funktionäre geschockt haben. Sie hatten zumindest damit gerechnet, von ihren Betriebskollegen rechtzeitig gesagt zu bekommen: Kollegen, morgen knallt es.

SPIEGEL: Für Sie kam also der plötzliche Ausbruch genauso unvorbereitet wie für die Arbeitgeber?

VETTER: Uns war eine gewisse Unzufriedenheit in den Betrieben bekannt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das explosive Aufbegehren der Arbeitnehmer von uns nicht vorausgesehen worden ist. Das ist eine Sache, die uns an die Nieren geht. Bei rechtzeitiger Unterrichtung wären unsere Vertreter in den Aufsichtsräten der Montanindustrie sicherlich in der Lage gewesen, entscheidend zur Bereinigung der Lage beizutragen.

SPIEGEL: Wie ist der mangelnde Informationsfluß zwischen den Spitzenfunktionären und ihren Vertrauensleuten in den Betrieben zu erklären?

VETTER: Es ist schwer, das schon jetzt genau zu analysieren. Unsere Funktionäre in den Betrieben sind für uns gewissermaßen Fingerspitzen, die die Lage an der Basis abtasten. Diese Fingerspitzen sind leider noch nicht so ausgeprägt, wie es nötig wäre; sie sind vielleicht in einigen Fällen verkümmert.

SPIEGEL: Und das, obwohl die Gewerkschaften über 20 Jahre Zeit hatten, sich zu etablieren?

VETTER: Ja, dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Ein Beispiel, wie sich so etwas unter politischem Zwang entwickelt: Ich komme aus dem Bergbau, und da waren bis 1950 auf vielen Zechen überwiegend Kommunisten als Vertrauensleute gewählt worden. Um ihren Einfluß zurückzudrängen, lösten wir unsere Betriebsorganisationen auf und schlossen die Vertrauensleute verschiedener Betriebe in örtlichen Organisationen zusammen. Die Kommunisten waren zwar jetzt in den Beschlußorganen in der Minderheit, doch gleichzeitig verloren wir an Kontakt zum Arbeitsplatz. Seit 1963 bemühen wir uns verstärkt, unabhängig von den Betriebsräten, auf den Schachtanlagen eigene Funktionärskörper zu bilden. Nicht nur die IG Bergbau, auch die anderen Gewerkschaften sind dabei, die Arbeit ihrer Vertrauensleute zu aktivieren, vor allem durch Schutz vor Kündigungen. Wenn man von den Gewerkschaften erwartet, daß sie die Stimmung in den Belegschaften genau kennen und möglicherweise auch beeinflussen, muß man ihnen auch eine faire Chance geben, im Betrieb zu wirken.

SPIEGEL: Dann werden Sie also zukünftig besser über die Stimmung der Arbeiter im Bilde sein?

VETTER: Ich muß hier zunächst noch einmal betonen, daß wir seit Mai von der steigenden Unruhe in den Belegschaften wußten. Schon im Frühjahr führten wir vorbereitende Gespräche mit den Arbeitgebern, aber die Resonanz war nicht ermutigend.

SPIEGEL: Nahmen Sie nicht auch Rücksicht auf den SPD-Wirtschaftsminister Schiller?

VETTER: Das ist mir zu einseitig. Natürlich war für die Bereitschaft der Gewerkschaften, seinerzeit lange Laufzeiten der Tarifverträge in Kauf zu nehmen — neben der Rezessionsangst um die Arbeitsplätze —, auch Schillers neue Wirtschaftspolitik entscheidend. Denn nach Erhards Maßhalte-Appellen versprach Schiller, bei seinem Aufschwung nach Maß die soziale Symmetrie auch zwischen Löhnen und Gewinnen zu wahren. Darauf basierte das Vertrauen unserer Lohnpolitik.



Gewerkschaftler **Vetter**
„Das Paradies ist verloren"

SPIEGEL: Aber zu lange, wie sich herausstellte.

VETTER: Es ist bekannt, daß die Bundesregierung wegen der inneren Zerrissenheit des Kabinetts seit Monaten in wirtschaftspolitischen Fragen handlungsunfähig geworden ist. Ohne die Zügelung der Hochkonjunktur, vor allem mit Hilfe der von Schiller geforderten Aufwertung, konnten die Preise über das in der Bonner Zielprojektion veranschlagte Maß beträchtlich ansteigen.

SPIEGEL: Werden Sie in Zukunft, um das Vertrauen der Arbeitnehmer zurückzugewinnen, nicht in einer Art Profilneurose Maximalforderungen stellen, selbst auf Kosten der Preisstabilität?

VETTER: Ich glaube, das wäre der falsche Weg, den Mitgliedern zu beweisen, daß man noch da ist. Natürlich werden die Lohnauseinandersetzungen der Zukunft härter werden. Das Paradies alter Tarifverhandlungen, wie es gelegentlich anzutreffen war, ist endgültig verloren. Wenn allerdings die nächste Regierung mit einer Konzeption auftritt, die das Vertrauen in Richtung einer Preisstabilisierung geben kann, werden sich sicherlich bessere Konsequenzen für unsere künftigen lohnpolitischen Überlegungen ergeben.

SPIEGEL: Wenn Sie von härteren Verhandlungen sprechen, denken Sie dabei auch an Ihre Forderung, Teile der paritätischen Mitbestimmung in Tarifverträgen durchzusetzen?

VETTER: Wenn die Mitbestimmung nicht in das Programm der neuen Regierung, gleich, ob Kleine oder Große Koalition, übernommen wird, müssen wir selbstverständlich andere Wege gehen. Dazu gehört natürlich auch der Versuch, die Fragen zwischen uns und den Arbeitgebern zu regeln, das heißt auf tarifvertraglicher Ebene. Aber wir werden zuerst den neuen Bundestag auf die Unabdingbarkeit unserer Auffassung hinweisen und notfalls unsere Mitglieder zum aktiven Protest aufrufen.

SPIEGEL: Auch zu Streiks?

VETTER: Grundsätzlich sind auch Streiks denkbar. Allerdings nicht im Sinne eines Drucks auf das Parlament, sondern im Sinne einer nachdrücklichen Unterstreichung der von den Arbeitnehmern erhobenen Forderungen. Derartige zeitbefristete Demonstrationsstreiks sind auch von der Arbeitsrechtswissenschaft durchaus anerkannt. Es muß im Sinne einer rechtverstandenen Meinungsfreiheit den Abgeordneten klargemacht werden können, daß die Mitbestimmung nicht die akademische Forderung einiger ehrgeiziger Funktionäre ist, sondern auch von der Basis her voll getragen wird.

SPIEGEL: Wir haben erlebt, daß die Arbeitnehmer bereit sind, für höhere Löhne die Arbeit niederzulegen. Würden sie auch für das gesellschaftspolitische Ziel der Mitbestimmung in den Arbeitskampf treten?

VETTER: Davon bin ich überzeugt. Allerdings soll nicht bestritten werden, daß wir auch in unseren eigenen Reihen noch Aufklärungsarbeit zu leisten haben. Wir müssen jedem Arbeitnehmer vor Ort klar machen, worum es bei der Mitbestimmung geht. Wenn uns das gelingt, habe ich keinen Zweifel, daß alle Arbeitnehmer unserem Aufruf folgen werden.



Bewiesenes Können
im Beherrschen von Stahl

Die neue Wilkinson läßt Sie noch häufiger das Besondere einer Wilkinson-Rasur erleben.



Es ist schon etwas Besonderes, sich mit der neuen Wilkinson zu rasieren – mit jeder Wilkinson viele Tage zu erleben, was wirklich sanftes Rasieren ist.

Die Wilkinson-Rasur – eine Sache persönlichen Anspruchs

WILKINSON SWORD Chromstahl · eingehärtet

5 Klingen im Spender DM 2,–
10 Klingen nur DM 3,75

WK 69/2a

LANDWIRTSCHAFT

SCHLACHTPRÄMIEN

Knopf im Ohr

Nur eine tote Kuh, so entschieden in der letzten Woche die Landwirtschaftsminister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel, ist eine gute Kuh.

Weil sie anders der rasch wachsenden Flut von Milch und des immer höher aufgetürmten Berges unverkäuflicher Butter nicht mehr Herr werden können, wollen Deutschlands Hermann Höcherl und seine fünf Fachkollegen das EWG-Überschußproblem nunmehr mit dem Bolzenschußapparat lösen.

Von November an sollen binnen sechs Monaten 500 000 europäische Milchkühe abgeschlachtet oder trockengelegt werden. Je Stück Rindvieh zahlen die Eurokraten den Bauern 800 Mark Prämie. Die insgesamt 400 Millionen Mark sollen je zur Hälfte aus der durch sogenannte Abschöpfungen gespeisten EWG-Kasse und direkt aus den nationalen Haushalten der sechs Mitgliedsländer der Gemeinschaft abgezweigt werden.

Das Kopfgeld aus Brüssel ist an zwei Empfänger-Gruppen adressiert:

▷ an Klein-Kuhhalter mit mindestens zwei und höchstens zehn Stück Milchvieh; sie bekommen bis zu 8000 Mark Prämie, wenn sie ihren gesamten Viehbestand liquidieren;

▷ an größere Milchbauern; ihnen winkt die volle Prämie, wenn sie keine Milch mehr an die Molkereien abliefern und statt dessen ihre Kühe mästen.

Dabei ist freilich zweifelhaft, ob die teuren Schlachtprämien zu der gewünschten Entlastung des Milchmarktes führen. Von 22 Millionen Kühen in Westeuropa müßte während der von Brüssel angesetzten Halbjahresfrist ohnehin eine Million geschlachtet werden, weil sie alt und unwirtschaftliche Milchspender geworden sind.

Und da der Schlacht-Plan von Fachleuten schon seit langem diskutiert wird, gewährten kluge EWG-Bauern ihrem moribunden Milchvieh in der begründeten Hoffnung auf eine neue Subventions-Art schon länger ein lukratives Gnadenbrot.

Bis zum Beginn der Aktion haben die Bauern ohnehin noch Zeit, ihre Prämienansprüche durch geschickten Tausch oder Zukauf aufzubessern. Beispielsweise können kleine Bauern gute Milchkühe an Berufskollegen abgeben, die auch in Zukunft Milch produzieren wollen, und statt dessen zugekaufte schlechte Kühe in den Stall nehmen. Zum Prämien-Inkasso genügen ihnen auch ältliche Tiere (Agrar-Jargon: „Krücken").

Um solchen Mißbrauch zu verhindern, will der Bund mit Hilfe der Länder und Landwirtschaftskammern das unerwünschte deutsche Milchvieh möglichst schnell noch plombieren.



Agrarminister **Höcherl**
Nur eine tote Kuh ...

Hermann Höcherls neue Steiff-Tiere werden sämtlich einen Knopf im Ohr tragen. Die Geldprämie wird dann gegen Vorlage der Plombe und einer zugehörigen Sterbeurkunde des Schlachthofes ausbezahlt.

„Selbst bei sehr hohem Verwaltungsaufwand" jedoch, so urteilte der Agrarwissenschaftler Dr. Arnim Röckseisen von der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel, seien „Mißbrauch ausschließende Kontrollen kaum möglich".

Insbesondere läßt sich nicht kontrollieren, wo die Milch der von einem Tag auf den anderen trockengelegten Kühe bleiben wird. Selbst Hermann Höcherl zweifelt daran, daß sie voll zur Mast verwendet werden kann. Im Kreise seiner Brüsseler Kollegen sprach der Fachmann: „Sogar das trunkfreudigste Kalb kann im Jahr höchstens 1200 Liter saufen. Wo bleibt der Rest, meine Herren?"

Da Europas Kühe im Jahr durchschnittlich 3300 Liter Milch geben, sind



EWG-Schlachtopfer
... ist eine gute Kuh

die subventionierten Trockenleger in der Tat versucht, die überschüssigen 2100 Liter mit Hilfe freundlicher Nachbarn doch noch zum hohen EWG-Preis in die Molkerei zu schaffen und so doppelte Subventionen zu kassieren. Mit dem befohlenen Massen-Tod der Kühe erklärt Brüssel praktisch den Bankrott der Milchmarkt-Ordnung.

Bei jährlichen Überschüssen von fünf Milliarden Liter Milch läßt sich die EWG die Preisstützung und Vorratshaltung schon bislang eine Mark je Liter kosten. Daran wird auch die neue Prämie nichts ändern. Das Bonner Ernährungsministerium hat durch eine Umfrage herausgefunden, daß trotz des Kopfgeldes nur jeder achte deutsche Bauer daran denkt, die Milchproduktion aufzugeben. Jeder vierte aber will zusätzliche Kühe anschaffen.

Mithin wird der Butterberg weiter wachsen. Höcherls Kabinettskollege Schiller hat errechnet, daß die in EWG-Kühlhäusern gelagerten Milchfette (400 000 Tonnen) bereits mehr wiegen als beispielsweise alle Einwohner Österreichs zusammengenommen.

Und ein Unfug zeugte den nächsten. Schon hat der Deutsche Bauernverband als Folge der Schlachtprämien einen neuen Agrarberg ausgemacht. Weil sonst „Preiszusammenbrüche für Rindfleisch" drohen, fordert die Grüne Front bereits „sorgfältigste Steuerung" des Rindfleischmarktes.

Der Weg der toten Herde ist damit schon vorgezeichnet: Das prämienbegünstigte Schlachtvieh wird — auf Kosten des Steuerzahlers — von den staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen aufgekauft, zu Konserven verarbeitet, im Kühlhaus eingelagert und am Ende weit unter dem Gestehungspreis verschleudert.

WERBUNG

LANDWIRTSCHAFT

Tribut für Cema

Im Souterrain des Bad Godesberger Hermes-Hauses grübeln ein Dutzend Absatz- und Werbe-Experten, wie sie den Deutschen mehr Appetit auf Butter, Eier, Speck und andere Agrarprodukte machen könnten. Das Team gehört zu der im August dieses Jahres gegründeten „Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft" (Cema), die 1970 den größten Werbeetat der Bundesrepublik zu verpulvern hat: 130 Millionen Mark.

Das Mammut-Budget wurde der Cema durch die Bonner Regierung beschert. Unter dem Druck der grünen Front verabschiedete der Bundestag im Frühjahr dieses Jahres ein Gesetz über die „Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft".

Nach dem Fonds-Gesetz sind Bauern und alle auf dem Agrarmarkt tätigen Firmen zu ständigen Zahlungen an den Werbefonds verpflichtet. Das Geld wird an die Cema weitergeleitet, die damit aufwendige Reklamefeldzüge finanzieren will.

Den größten Werbetribut müssen Deutschlands Landwirte entrichten. Sie zahlen künftig nicht nur Abgaben auf den Einheitswert ihrer Höfe, sondern müssen unter anderem auch für jedes verkaufte Stück Vieh einen Obolus entrichten: für eine Kuh 3,30 Mark, für ein Schwein eine Mark und für ein Schaf 30 Pfennig.

Beiträge werden aber auch bei Zukkerfabriken (25 Pfennig pro Tonne Rüben), Mühlenbetrieben (1,05 Mark je Tonne vermahlenes Brotgetreide) und Molkereien (eine Mark pro 1000



Deutsche Agrar-Reklame
Wunder nicht zu erwarten

Liter Milch) erhoben. Selbst Hühnerbrüter und Blumenhändler werden mit einem Werbezins belastet: sechs Mark für 100 Küken, 30 Pfennig für 100 Mark verkaufte Blumen und Zierpflanzen.

Auf diese Weise hoffen die Fonds-Verwalter jährlich etwa 80 bis 90 Millionen Mark einzutreiben. Überdies hat sich die Bundesregierung verpflichtet, die Fondskonten in den ersten drei Jahren mit 100 Millionen Mark aufzufüllen.

Die Godesberger Werbe-Zentrale war überfällig. Denn bisher versuchten über 100 rivalisierende Agrarorganisationen, auf eigene Faust Verbraucher zu umgarnen. Allein im letzten Jahr verplemperten sie fast 50 Millionen Mark. Selbst Mini-Verbände wie die rheinische Obstbauernvereinigung „Grün-Weiß" oder die „Werbegemeinschaft Heide-Kartoffeln" wollten auf eigene Reklameparolen nicht verzichten.

Besonders stark war der Gruppen-Egoismus bei den Funktionären der Milchwirtschaft. So konnten sich die Bosse der neun Landesvereinigungen der Milchwirtschaft mit dem „Verein zur Förderung des Milchverbrauchs" in Frankfurt nie auf ein gemeinsames Werbekonzept einigen. Während sich die Zentrale in Frankfurt für bundesweite Reklame mit kargen acht Millionen begnügen mußte, gaben Regionalvereine und Molkereien zusammen über 20 Millionen Mark aus.

Von den Verbandsmeiereien profitierten in erster Linie ausländische Agrarerzeuger. So konnten sich in den letzten Jahren in Westdeutschland über 50 staatlich geförderte Auslandsorganisationen breitmachen. Mit rund 50 Millionen Werbemark pro Jahr verschafften sie ihren Produkten bei deutschen Konsumenten immer mehr Sympathie. Besonders erfolgreich waren die Imagepfleger der Franzosen, Dänen und Holländer. In wenigen Jahren erreichten sie, daß ihre wichtigsten Agrargüter (Eier, Gemüse, Geflügel, Käse und Wein) bei deutschen Hausfrauen beliebter wurden als westdeutsche Bauernware.

Als die Ausländer immer aggressiver wurden, versuchten der Bauernverband und die Raiffeisen-Genossenschaften, den Vormarsch zu stoppen. 1966 gründeten sie die „Gesellschaft für Absatzförderung" (Gal) in Bad Godesberg. Auf den Chef-Stuhl holten die Agrarier den Diplom-Landwirt Dr. Peter Amend, 41, der das Werbehandwerk bei der Wurstfabrik Schweisfurth und der Suppenfabrik Maggi erlernt hatte.

Mit einem bescheidenen Etat von rund fünf Millionen Mark (im letzten Jahr setzte die Landwirtschaft für 27 Milliarden Mark Produkte ab) bemühte sich Amend zusammen mit der Frankfurter Werbeagentur Brose und Partner, verlorenes Terrain zurückzugewinnen (Slogan: „Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch").

Amend ließ auf Messen und Ausstellungen dralle Bauernmaiden als Propagandistinnen ausschwärmen, unterstützte den Handel beim Verkaufen und scheute selbst Außergewöhnliches nicht: Auf einem Plakat stellte er eine nackte Schönheit zur Schau, die mit Brötchen, Eiern, Würstchen und Salat aus deutschen Landen garniert war.

Die Cema-Gründer fanden an der Arbeit des Werbeteams so viel Gefallen, daß sie es zur Kerntruppe der neuen Zentrale machten. Chef Amend avancierte zu einem der drei Geschäftsführer. Die restlichen Cema-Mitarbeiter wurden aus der Bad Godesberger Arbeitsgemeinschaft Agrarexport rekrutiert.

Freilich wäre der Start der Cema beinahe an den Eifersüchteleien der Verbandsfunktionäre gescheitert. Dreimal mußte die Gründungsversammlung verschoben werden, da über die Verteilung des Gesellschaftskapitals und der Aufsichtsratsposten keine Einigung zu erzielen war.

Ursprünglich wollte der Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft in der Cema allein den Ton angeben. Das anvisierte Stammkapital von einer Million Mark sollte überwiegend von den Bauern gehalten werden. Im Bonner Lokal „Am Tulpenfeld" handelten die Beamten des Bundesernährungs-

Hier sehen Sie einen sehr guten Mechaniker.

In Amerika spielen bereits die Kinder Baseball.

In Amerika lernen bereits die Kinder alles über Autos und Maschinen. Das überrascht nicht, denn die amerikanische Wirtschaft und der amerikanische Lebensstil werden entscheidend vom Automobil beeinflußt.

Es stimmt, daß so etwas sehr zu dem "mechanisierten" Bild von Amerika beiträgt, das so häufig kritisiert wird.

Es stimmt aber auch, daß hier der Ursprung für den technischen Vorsprung liegt, der so oft gelobt wird.

Und es stimmt ferner, daß Amerika hervorragende Mechaniker ausbildet.

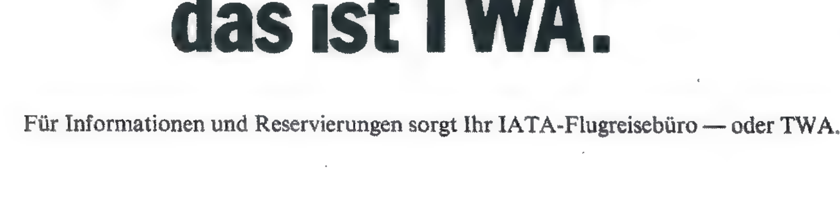
TWA, eine amerikanische Fluggesellschaft, hat 5970 hervorragende Mechaniker. Und jeden einzelnen brauchen wir wirklich.

Denn auf jede Stunde, die ein TWA-Jet in der Luft ist, kommen 13 Stunden und 47 Minuten intensiver Wartung.

Gut für unseren Jungen hier: wenn er kein Star beim Baseball wird, wird er einfach einer der Luftfahrt.



Das ist Amerika: das ist TWA.



Für Informationen und Reservierungen sorgt Ihr IATA-Flugreisebüro — oder TWA.

ministeriums am 12. August dieses Jahres dann aber mit den 59 Gesellschaftern einen Kompromiß aus: Das Stammkapital wurde auf 300 000 Mark reduziert. Der Bauernverband erhielt davon ganze 60 000 Mark. Mini-Verbände wie der Deutsche Müllerbund und die Sauermilch-Käsereien mußten sich mit einer Einlage von je 500 Mark begnügen.

Für Politiker und Verbandsmanager war die Gründung von Fonds und Cema eine willkommene Gelegenheit, neue Posten zu ergattern. So wurden die 19 Verwaltungsratssitze des Fonds von Politikern der drei großen Parteien sowie von Spitzenvertretern aus Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie besetzt. Den Cema-Aufsichtsrat dagegen okkupierten 23 Verbandsfunktionäre. Überdies wachen rund 500 Beiräte darüber, daß keiner der Gesellschafter bei der Werbung zu kurz kommt. Ergebnis: Die Kontrollmannschaft ist heute fast zehnmal so groß wie die ganze Cema-Belegschaft.

Ob sich die Cema unter der Fuchtel von ein paar hundert Parteibossen und Vereinsmeiern zu einer schlagkräftigen Werbeorganisation entwickeln kann, scheint zweifelhaft. Selbst Cema-Aufsichtsratsvorsitzender Hans-Jürgen Klinker (CDU-MdB) erhofft sich trotz der vielen Werbemillionen für den Anfang wenig: „In den ersten Jahren darf man natürlich keine Wunder erwarten."

KRIEGSVERBRECHEN

DEFREGGER

Großes Herz

Zweimal ermittelte der Frankfurter Oberstaatsanwalt Dr. Dietrich Rahn, 55, in Sachen Defregger. Zweimal wurden seine Ermittlungsergebnisse und Entscheidungen von den Vorgesetzten überprüft.

Einmal entdeckten die Prüfer bei Rahn „einen erschreckenden Mangel an Rechtskenntnissen"; sie forderten ihn auf, abermals tätig zu werden. Nach der zweiten Überprüfung entschloß sich Generalstaatsanwalt Horst Gauf, den Fall selber in die Hand zu nehmen. Denn, so ein hoher hessischer Justizbeamter: „Ich habe noch keine Verfahrensakte gesehen, die so erbärmlich bearbeitet worden ist."

Doch als Gauf sich genauer mit den „wenig konkreten Ermittlungshandlungen" seines Oberstaatsanwalts befaßte, um zu klären, ob das Massaker von Filetto Mord oder, wie Rahn zweimal festgestellt hatte, wirklich bereits verjährter Totschlag sei, kamen der Strafverfolger und sein Justizminister Dr. Johannes Strelitz zu einem überraschenden Ergebnis: Erstaunt stellten sie fest, daß Frankfurt für die Ermittlungen gegen den Weihbischof Matthias Defregger nicht zuständig ist — und es auch niemals war.

Ursprünglich war die Akte Filetto zu Rahn gelangt, weil der Verdacht zu-



Bischof **Defregger**
Überraschende Ergebnisse

nächst auf den ehemaligen Offizier Birkenbach von der 114. Jägerdivision gefallen war. Der in Frankfurt ansässige Birkenbach konnte jedoch glaubhaft machen, daß er im Juni 1944 vom Divisions-Kommandeur lediglich nach Filetto geschickt worden war, um die Erschießung der 17 italienischen Geiseln zu beobachten.

Bei den Vernehmungen Birkenbachs tauchte der Name Defregger auf, der als Hauptmann und Kommandeur der Nachrichtenabteilung der 114. Jägerdivision den Befehl erhalten hatte, die Filetto-Bauern mit seiner Truppe zu liquidieren.

Defregger, zunächst als Zeuge von Rahn vernommen, wurde erst Beschuldigter, nachdem Rahn das Verfahren gegen Birkenbach schon eingestellt hatte. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte der Oberstaatsanwalt korrekterweise die Akten nach München, dem Wohnsitz des Weihbischofs, abgeben müssen. Erst recht war die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen Defregger unzulässig. Die Frankfurter Justiz hätte gegen den Bischof nur tätig werden können, wenn zugleich abermals gegen Birkenbach ermittelt worden wäre.

Als das nicht geschah, erkannte auch Defreggers Anwältin, Marianne Thora, daß ihr Mandant von Frankfurt aus nicht mehr verfolgt werden durfte, und beantragte bei Generalstaatsanwalt Gauf, die Akten nach München abzugeben. Notfalls, so insistierte die Strafverteidigerin, werde sie einfach ihren Mandanten in München wegen Mordverdachts anzeigen. Dann wäre die Münchner Staatsanwaltschaft mit dem Fall befaßt und die Frankfurter Staatsanwaltschaft gezwungen, ihre Unterlagen herauszurücken.

Diese Taktik schien der Rechtsanwältin angemessen. In einem Gespräch mit Justizminister Johannes Strelitz machte sie unmißverständlich klar, sie habe kein Vertrauen zur hessischen Justiz.

Frau Thoras Vorgehen vereitelte endgültig Generalstaatsanwalt Gaufs dritten Ermittlungsanlauf. Denn auch die neueren Aussagen italienischer Augenzeugen belasten einzig den Weihbischof Defregger. Den Oberleutnant Birkenbach dagegen erwähnen die Zeugen mit keinem Wort. Keiner von ihnen erinnert sich, den Offizier vom Divisionsstab je in Filetto gesehen zu haben.

So mußten sich Hessens Strafverfolger letzte Woche entschließen, den Fall Defregger an München abzutreten. Ob aber die bayrischen Kollegen sich veranlaßt sehen werden, noch einmal gegen den Bischof zu ermitteln, steht dahin. Und so ist auch ungewiß, ob Defregger der brüderlichen Hilfe bedürfen wird, die ihm unlängst angetragen wurde.

Der Großmeister des „Ordo Equitum Sanctae Crucis", Karl-Otto Kersting, hatte Defregger Rechtsbeistand in Aussicht gestellt: „Ich denke dabei vor allem an unseren Großkomtur, Herrn Schöttler, der ja immer ein großes Herz hat für zu Unrecht Verfolgte."

WAHLKAMPF

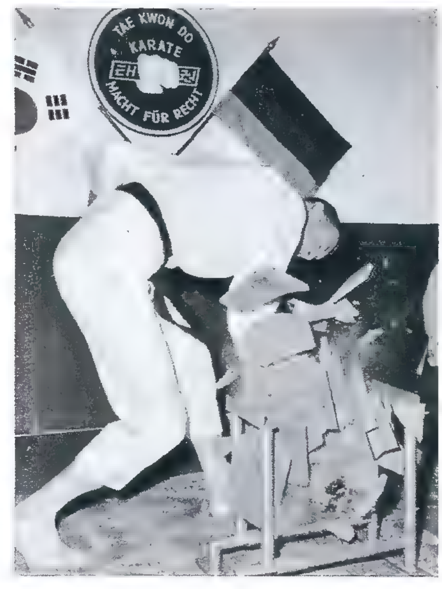
CDU-ORDNER

Mit Kanten

Während NPD-Thadden seine Wahlversammlungen durch Rollkommandos bulliger Teutonen mit Schutzhelmen und Schlagstöcken abzusichern sucht, lassen sich Kiesingers Parteichristen neuerdings von einer Zivilgarde mit fernöstlichen Spezialgriffen schützen.

Auf einer Kundgebung mit Kanzler Kiesinger vor dem Stuttgarter Rathaus wurde vorletzte Woche offenbar, daß CDU-Versammlungen nach dem Vorbild der NPD durch organisierte Schlägertrupps von unerwünschten Gästen saubergehalten werden.

Ein unerwünschter Gast, Apo-Mann Wolf Pracht, gab die Arbeitsweise der



CDU-Wahlkampf-Helfer **Matuschek**
Fernöstliche Griffe

Energie Starter

Ein großer Teil Ihrer Energie nützt Ihnen gar nichts, weil sie ständig ungenutzt ist. Diese Kapsel ändert das.

Sie stecken voller Energie. Aber Sie nutzen nur einen Teil davon. Der andere Teil verkümmert kraftlos. Vitaproton macht Ihre Energien frei! Sie können sich länger konzentrieren. Sie sind nach einem anstrengenden Tag nicht abgespannt. Vitaproton ist der Schlüssel zu Ihrer eigenen Energie. Vitaproton - für Menschen die mehr leisten wollen als andere.

Westburg Arzneimittel, Bad Godesberg





Nur in Apotheken

Deutsche Philips GmbH PTO 914/2297

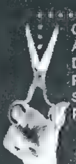
Ein Tonbandgerät von Philips – wenn Sie hohe Ansprüche stellen!

Philips Tonbandgerät 4407

Ein neues HiFi-Stereo-Tonbandgerät nach dem letzten Stand der Tonbandtechnik. 3 Bandgeschwindigkeiten (4,75, 9,5 und 19 cm/s) und 4-Spur-Technik. Jeder Kanal hat sein eigenes Aussteuerungsinstrument. So gelingen auch die raffiniertesten Tonbandaufnahmen in HiFi-Stereo. Und dann die technischen Möglichkeiten: Mischpult, Duoplay, Multiplay. Sie garantieren, daß auch die ausgefallensten Ideen des phantasiereichsten Tonband-Amateurs verwirklicht werden können.
Das Philips Tonbandgerät 4407 ist nur ein Beispiel aus dem großen Philips Tonbandgeräte-Programm. Ganz gleich, welches Gerät Sie auch wählen, an jedes Tonbandgerät von Philips dürfen Sie höchste Ansprüche stellen: an das Äußere, an den Klang, an die Bedienung und an die Zuverlässigkeit. Überzeugen Sie sich davon beim Fachhändler.



Dieses Tonband sollten Sie haben: Philips High Fidelity - Low Noise. Es ist extrem rauscharm. Das Grundrauschen wurde so sehr reduziert, daß man nur noch hört, was man wirklich hören will: die exakte Wiedergabe des Aufgenommenen.



Coupon
Ausschneiden und einsenden an:
Deutsche Philips GmbH, 2 Hamburg 1, Postfach 1093, Tonbandgeräte-Abteilung.
Sie erhalten dann den großen farbigen Philips Tonbandgeräteprospekt.

...nimm doch PHILIPS

PHILIPS

CDU-Ordner in einer Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und Körperverletzung bei der Stuttgarter Polizei zu Protokoll:

Einer der Ordner habe Plakate von Demonstranten zerrissen, „ohne ersichtlichen Grund einen etwa zehn bis zwölf Jahre alten Jungen“ niedergeschlagen und schließlich auch noch auf einen jungen Mann eingedroschen, der bereits „von zwei Polizisten festgenommen war und abgeführt wurde“. Weiter heißt es in der Pracht-Anzeige: „Daß es sich bei diesem Herrn um einen ausgebildeten Karatekämpfer und von der CDU eingesetzten Ordner handelt, erfuhr ich erst später.“

Stuttgarts CDU-Geschäftsführer Gerhard Heinze macht aus seinem Karate-Trupp kein Geheimnis: Laut Heinze waren bei der Kiesinger-Veranstaltung „150 Ordner, davon 14 mit Karateausbildung“ eingesetzt. Denn: „Wir können doch nicht hinnehmen, daß 3000 Leute von 350 Leuten terrorisiert werden.“

Die CDU-Handkantenschläger, die auch bei anderen Veranstaltungen in Schwaben eingesetzt wurden, rekrutieren sich aus Lehrern und Schülern der Kampfsportschule des Stuttgarter Eduard Matuschek. Matuschek, 47, der wie sein Sohn Erwin, 18, selbst aktiv im CDU-Versammlungsschutz wirkt, ist eingeschriebenes CDU-Mitglied und war zeitweilig Arbeitgeber des südkoreanischen Karatelehrers Kwang Il Kim, der 1967 bei der Entführung von 17 Landsleuten aus der Bundesrepublik eine obskure Rolle spielte (SPIEGEL 29/1967). Matuschek, dem es „Herrgott nochmal, um Recht und Ordnung“ geht, ist in der Lage „16 Dachziegel“ auf einen Streich mit der Handkante zu durchschlagen.

Der Dienste der Karate-Kämpfer versicherte sich die Stuttgarter CDU über den Bruder ihres Geschäftsführers, der selbst Karatekämpfer ist und derzeit einen CDU-Wahlkampfbus durchs Schwabenland steuert. Heinze: „Mein Bruder hat sie angesprochen, und da haben sie sich bereit erklärt.“ Nur sechs der Truppe gehören freilich der Partei an, für die sie kämpfen. Der Rest schlägt sich — ebenfalls gratis und ehrenhalber — „aus reiner Freundschaft und aus Interesse“, so Geschäftsführer Heinze.

Während CDU-Mitglied Matuschek senior seinen Einsatz historisch begründet („Hätte die Apo im Dritten Reich die Schnauze aufgerissen, dann wären sie alle im KZ gelandet“), sieht der parteifreie Matuschek junior („Ich in der CDU? Phhh ...“) sein Mitwirken von der sportlich-praktischen Seite: „Mir wurde gesagt, daß die CDU das Hausrecht hat und daß wir die Leute abführen dürfen.“

Stuttgarts CDU-Vorsitzender, Ministerialrat Dr. Rolf Nebinger, über den Einsatz der Karate-Gruppe im schwäbischen Wahlkampf: „Das ist ja klar, daß man bei Störungen junge Leute, die einsatzbereit sind, einsetzt.“

Allerdings seien die Leute beispielsweise bei der Stuttgarter Kiesinger-Veranstaltung „erst eingeschritten, nachdem es zu Tätlichkeiten von der Apo gekommen ist“. Und die Matuschek-Mannschaft habe auch keineswegs mit Handkantenschlägen aus ihrem asiatischen Griffe-Repertoire gearbeitet, sondern allenfalls „mit einer Art polizeilichem Griff“.

Nebinger fachkundig: „Es ist kein einziger Karateschlag angewendet worden.“ Denn, so sein Geschäftsführer Heinze: „Wenn wir Karate angewendet hätten, dann hätte der Kanzler nach fünf Minuten ungestört reden können.“

NPD

Weg Frei

Im „schärfsten Wahlkampf seit 1932“ (NPD-Führer Adolf von Thadden) wurde — zwölf Tage vor Ultimo — zum erstenmal scharf geschossen.

Zwei Kugeln aus einer Pistole vom Typ Mauser HSc, Kaliber 7,65 Millimeter, streckten am Dienstag letzter Woche um 20.25 Uhr in der Kasseler Weinbergstraße zwei Demonstranten nieder. Der — am Wochenende noch unbekannte — Schütze hatte zur Waffe gegriffen, als er den NPD-Chef Thadden und sein Gefolge von einer Gruppe jugendlicher Protestierer umgeben sah. Die Pistolen-Opfer, Bernd Lunkewitz, 22, und Michael Hoke, 19, wurden mit je einem Armdurchschuß in das Kasseler Elisabeth-Krankenhaus gebracht.





Fahrer **Hoppenkamps, Fahrzeug:** „Dem Thadden wollen sie ans Leder“

Bundespräsident Gustav Heinemann wertete diesen bislang schwersten Wahlkampf-Zwischenfall bei einer Konfrontation von Radikal- und Nationaldemokraten als „Mahnzeichen“, „uns nicht wieder zu einem gewalttätigen Nationalismus verführen zu lassen“. Und Münchens „Abendzeitung“ fragte sich, ob „Bonn das Los von Weimar erleiden“ werde.

Dabei hatte, gerade um Gewalttaten zu vermeiden, der Kasseler Polizeipräsident Herbert Ahlborn, 39, eine NPD-Versammlung mit Thadden wenige Stunden vor dem geplanten Beginn verboten. Begründung: „Die Polizeibehörde hat Tatsachen festgestellt, aus denen sich ergibt, daß der Veranstalter der NPD-Versammlung beziehungsweise sein Anhang einen gewalttätigen Verlauf ... anstreben.“

Mehr als 3000 NPD-Gegner, die sich zu einer vom DGB veranstalteten Gegenkundgebung vor der Kasseler Stadthalle eingefunden hatten, zerstreuten sich gerade, als der NPD-Führer vom „Parkhotel Hessenland“ aus resignierend den Rückzug antrat — ohne jedoch, wie vereinbart, zuvor die zum Schutz bereite Stadt-Polizei informiert zu haben. Auf dem Weg zur nahen Mietwohnung des hessischen NPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Werner Fischer wurde Thadden von „herumlungernden Apo-Jünglingen“ (NPD-Pressedienst) aufgespürt. Der NPD-Chef will gehört haben: „Hier ist das Schwein, wie lange wollt ihr denn noch warten?“

Polizeipräsident Ahlborn: „Einige Demonstranten umringten von Thadden, um mit ihm zu diskutieren. Es ist nicht zu Tätlichkeiten gekommen.“

Zum selben Zeitpunkt klopfte 400 Meter weiter, vor dem von Thadden gerade verlassenen Hotel „Hessenland“, ein etwa 35jähriger blonder Mann mit dunklem Blazer und heller Hose an die Seitenscheibe eines hellblauen Mercedes-Benz 220 SE, Baujahr 1964 (Kennzeichen: KS-CM 390). Dem Fahrer, dem nach eigenem Bekunden „unpolitischen“ Kasseler Finanzmakler Dieter Hoppenkamps, 35, zeigte er „einen Ausweis, vielleicht war's auch nur'n Fahrausweis“ (Hoppenkamps), der ihn als Kriminalbeamten legitimieren sollte. Er müsse, so der Anhalter, den NPD-Leuten helfen, denn „dem Thadden wollen sie ans Leder“.

Nach kaum einer Minute Fahrt, in der Nähe des Demonstranten-Pulks, bat der Anhalter zu stoppen. Einem ihm offenbar bekannten Passanten am Straßenrand rief er zu: „Ich mache die hintere Tür auf, und wir lassen den Thadden hinten rein.“ Hoppenkamps zum SPIEGEL: „Da protestierte ich: ‚Die demolieren mir doch den Wagen.‘“ Der Finanzmakler ließ seinen Fahrgast aussteigen und setzte zurück. Noch im Scheinwerferlicht zog der etwa 1,75 Meter große Unbekannte eine Pistole, feuerte in die Luft und

rief: „Polizei. Machen Sie den Weg frei."

Fahrer Hoppenkamps, der sich erst 24 Stunden später, als längst nach dem Mercedes gefahndet wurde, bei der Polizei meldete, hielt sich in sicherer Entfernung. Seinen Beifahrer will er nicht mehr gesehen haben.

Der Wäschereibesitzer-Sohn Bernd Lunkewitz, Mitglied des Kasseler „Aktionszentrums unabhängiger und sozialistischer Schüler" (AUSS), ließ sich währenddessen von den „Polizei"-Rufen des Unbekannten nicht einschüchtern. Lunkewitz ist forschen Umgang mit der Staatsgewalt gewohnt: Als Heranwachsender war er vor vier Jahren — als er eine geringfügige Jugendstrafe antreten sollte — mitten auf der Autobahn aus der schmalen Heckluke eines fahrenden Gefangenen-Transportwagens entflohen.

Als Lunkewitz den Ausweis des angeblichen Polizisten sehen wollte, senkte der die Waffe und schoß, halb aus der Hüfte heraus, aus zwei bis vier Metern Entfernung. Mit Lunkewitz sank sein AUSS-Freund Hoke, der kürzlich Abitur gemacht hat und Theologie studieren will, getroffen aufs Straßenpflaster.

Thadden und seine Begleiter retirierten derweil eilends in die Wohnung Fischers, wo sie kalte Platten und Flaschen-Bier erwarteten. Thadden: „Irgendwo unten lag auch einer am Boden und schrie: ‚Ich bin getroffen.'" Hinter Felix Buck, NPD-Spitzenkandidat in Hessen, der als letzter das Haus betrat, zertrümmerte nach der Schießerei ein halber Apo-Ziegelstein die Türscheibe. Auch den Schützen sahen mehr als ein Dutzend Zeugen nach kurzem Gerangel in dem Zwei-Familien-Haus verschwinden. Die Polizei, zwar schon nach fünf Minuten am Tatort, hatte aber erst nach einer halben Stunde Überblick gewonnen. Als sie das Haus durchsuchte, dessen Hinterausgang in verdecktes, unwegsames Gelände führt, fand sie keine Spur vom Täter. Der Thadden-Trupp ließ bereitwillig Leibesvisitationen über sich ergehen.

Für Kassels Linke stand der Täter, für dessen Ergreifung eine Belohnung in Höhe von 13 000 Mark ausgesetzt worden ist, schon letzte Woche fest. Auf Flugblättern klagte die „Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) den „Mordschützen der NPD" an.

Polizeichef Ahlborn war zurückhaltender. Immerhin ließ er sich aber von einer rasch gebildeten 15köpfigen Sonderkommission aus Hannover berichten, durch welche Parteigenossen Adolf von Thadden bei seinen Wahlkampfreisen bewacht wird. Denn die Vermutung, daß der angebliche Polizist tatsächlich Polizist sei, hatte Ahlborn schon am Tag nach der Tat zurückweisen können: Mauser-Pistolen seien bei der Kasseler Polizei „überhaupt nicht in Gebrauch".

JUGENDLICHE

HEIMERZIEHUNG

In der Isole

Volker Frenssen*, 18, wegen zahlreicher Eigentumsdelikte vom Jugendrichter in das Landesfürsorgeheim zu Glückstadt an der Unterelbe eingewiesen, hatte Heiminsassen gegen Erzieher und Aufseher aufgewiegelt. Einen Zögling, der nicht mitmachen wollte, schlug er zusammen.

Dafür traf ihn die schwerste von acht möglichen Heimstrafen: „Unterbringung in einem Einzelraum bei Entzug aller Vergünstigungen bis zur Dauer von einem Monat". Ein paar Tage brachte Frenssen in der „Isole" (Heimjargon) — einem düsteren Kellerraum des ehemaligen dänischen Marine-Depots aus dem 18. Jahrhundert — zu, dann erhängte er sich mit einem Ledergürtel am Fensterkreuz seiner Zelle.

Dirk Kröger, 18, bis zur Aburteilung wegen mehrerer Einbruchsdiebstähle in dem Glückstädter Heim untergebracht, hatte mit anderen Zöglingen gegen das Anstaltspersonal revoltiert und unter anderem die Arbeit verweigert. Dafür kam Kröger ebenfalls in den Keller.

Drei Wochen später, am Tag seiner Entlassung aus der Isole, besuchte ihn der Jugendpfleger seines Heimatkreises Süderdithmarschen, Siegfried Schwabe, und fand Kröger mit geschwollener rechter Wange vor, mit zerkratztem Gesicht und einer schorfigen Wunde an der Stirn, auf der statt eines Verbandes ein Papierschnitzel klebte. Es waren Blessuren, die sich der Zögling bei einer Schlägerei anläßlich der Anstaltsrevolte zugezogen hatte. Während der drei Isole-Wochen — so Kröger — habe sich kein Arzt um ihn gekümmert.

* Die Namen der jugendlichen Zöglinge wurden geändert.



Landesfürsorgeheim Glückstadt
„Vier Pellkartoffeln mit Soße"

Anstaltsbesucher Schwabe urteilte über das triste Glückstädter Backsteingemäuer, hinter dem rund 140 schwerererziehbare Jungen, Fürsorgezöglinge und noch nicht abgeurteilte jugendliche Delinquenten aus Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern verwahrt werden: „Mit den Erkenntnissen der heutigen Erziehungswissenschaft nicht mehr vereinbar." Und der SPD-Landtagsabgeordnete Erwin Lingk bezeichnete die Heimstatt gar „als Schuttabladeplatz für alle scheinbar nicht mehr zu rettenden Jugendlichen".

Im Glückstädter Landesfürsorgeheim sind pubertierende Knaben von 15 Jahren untergebracht wie auch junge Männer von 21, und zum Anstaltsalltag gehören nächtliche Schlägereien und Selbstjustiz ebenso wie Revolten.

In der Anstalt gibt es weder einen Psychologen noch einen Psychiater. Oft geschieht es, daß Zöglinge, die „nicht zuletzt wegen Schulschwänzens" nach Glückstadt mußten, dort jedoch „nicht ausreichend schulisch betreut werden können" — so berichtete die Heimleitung schon 1967 Kieler Landtagsabgeordneten.

Aufsässige Zöglinge, die zur Strafe bis zu einen Monat in die Isolierzellen geworfen werden, dürfen dort weder arbeiten noch Briefe schreiben. Jugendpfleger Schwabe in seinem Protokoll über seine Begegnung mit Isole-Insasse Kröger: „Zum Frühstück erhielt der Minderjährige Tag für Tag drei Scheiben trockenes Brot und etwa einen Liter Kaffee. Als Beispiel für ein Mittagessen wurde genannt: vier Pellkartoffeln mit Soße und etwas Milch als Nachtisch."

Als solche Nachrichten durchsickerten, beschloß der Jugendwohlfahrtsausschuß des Kreises Süderdithmarschen, dem Landesfürsorgeheim keine Delinquenten mehr auszuliefern. Das schleswig-holsteinische Landesjugendamt (das dem Ministerium des christdemokratischen Kultusministers Kurt Hannemann untergeordnet ist) verfügte, die Glückstädter Anstalt (die zum Ressortbereich des FDP-Sozialministers Otto Eisenmann gehört) „ab sofort nicht mehr in Anspruch" zu nehmen. Vorletzte Woche entschloß sich auch die Jugendbehörde der Hansestadt Hamburg, 18 in Glückstadt verwahrte Jungbürger aus dem 200 Jahre alten Verlies zu befreien.

Das Kieler Sozialministerium selbst hält die Glückstädter Anstalt allerdings immer noch für eine zwar „nicht ideale", aber doch „notwendige" Einrichtung. Und auch über den Tod des Zöglings Frenssen hat es eine eigene Version. Keinesfalls sei er aus Verzweiflung am Fensterkreuz verstorben — sondern aus Versehen.

Frenssen habe, so der Leitende Ministerialrat Wilhelm Bosse, den Selbstmord nur vortäuschen wollen, sei dabei „jedoch abgerutscht, am Atlaswirbel hängengeblieben und verstorben".

Als Beweis für seine Vermutung gibt Bosse an, Zögling Frenssen habe vor seinem Tode „sechseinhalb Kilo an Gewicht zugenommen".

1890:
Lochkarte erstmals
zum Tabellieren eingesetzt.

1920:
druckende Tabelliermaschine
erstmals eingesetzt.

1930:
IBM-Rechenmaschine
erstmals eingesetzt.

17. Septem

Ab jetzt gil
IBM Compute
aller Unte
die bisher glaub
Computer leis

Der größte Fortschritt ist der, daß jetzt

Vielleicht bedarf es eben wirklich der Erfahrung beim Bau großer, komplizierter Hochleistungssysteme, um ein kleines, einfaches Hochleistungssystem zu entwickeln:

Die Gruppe innerhalb der IBM, die sich mit den Problemen der mittleren und kleineren Unternehmen befaßt und herausgefunden hatte, daß gerade diese Betriebe dringend die Rationalisierungsmöglichkeiten der Datenverarbeitung haben sollten, brauchte das gesamte Wissen, die gesamte Erfahrung und das gesamte Know-how der gesamten IBM-Organisation, um das IBM System/3 zu schaffen.

Das System, das weniger Platz braucht,

1952:
erste Computergeneration der IBM (mit Röhren) erstmals eingesetzt.

1959:
zweite Computergeneration der IBM (mit Transistoren) erstmals eingesetzt.

1964:
dritte Computergeneration der IBM (mit Mikroschaltelementen, das IBM System/360) erstmals eingesetzt.

ıber 1969:

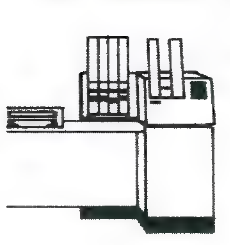
ɔt es einen
r für jene 70%
rnehmen,
ten, sich keinen
ten zu können.

alle am Fortschritt teilnehmen können.

als man je erwarten konnte. Das System, das einfacher zu bedienen ist, als man je zu denken wagte. Das System, das weniger kostet, als man je geglaubt hätte. Das System, das eine modernere Technologie hat, als man je annehmen konnte.

Mit dem IBM System/3 ist es allen Unternehmen möglich, von den Vorteilen der Datenverarbeitung zu profitieren. Sie sollten sich informieren.

Wir schicken Ihnen gerne unsere ausführliche Dokumentation.



IBM Deutschland
7032 Sindelfingen, Abteilung 850 **IBM**

LEICHTATHLETIK

EUROPAMEISTERSCHAFT

Mein lieber David

Wochenlang behandelte der Kasseler Arzt Dr. Max Danz die DDR-Forderung, den DDR-Flüchtling Jürgen May für die Leichtathletik-Europameisterschaften in Athen zu sperren, wie eine Krebsgeschwulst. Er verheimlichte die Gefahr dem Weltrekordläufer ebenso wie dessen Mannschaftskameraden und dem bundesdeutschen Sportpräsidenten Willi Daume. Resultat: letzte Woche waren alle Bundesathleten nur Zuschauer beim Medaillenkampf.

Zur Bekämpfung der DDR-Querelen hatte Geheimrat Danz, 61, Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), lediglich das fünfseitige Gutachten eines Staatsrechtlers in seinem Reisegepäck verstaut. Besorgte DLV-Vorstandsmitglieder beruhigte er mit „seiner unverbrüchlichen Freundschaft" zum Präsidenten des Weltverbandes (IAAF), David George Brownlow Cecil, 6. Marquess of Exeter, Baron Burghley. Danz: „Mein lieber David wird das niemals zulassen."

Der liebe David ließ es zu. Nach kurzer Beratung verfügte er am letzten Montag das Startverbot für May. Zum erstenmal griff darauf die bundesdeutsche Nationalmannschaft einen Brauch auf, den DDR-Kollektivs seit Jahren beherrschen und allein 1969 schon fünfmal gepflogen haben: Sie starteten aus Protest nicht. „Bild" versprach den May-Märtyrern „70 Goldmedaillen als Lohn für die Kameradschaft".

„Die griechische Tragikomödie der Deutschen", so die „Welt", bewegte internationale Sportkreise gleichzeitig zu einmütigem Engagement für den zu Unrecht gesperrten May und die Bundesequipe sowie zur Kritik an der lauen Taktik des Dr. Danz.

Der Zürcher „Sport" warf den IAAF-Oberen vor, ihre Entscheidung ohne „gesundes sportliches und menschliches Empfinden" getroffen zu haben. Der Düsseldorfer „Sport-Informations-Dienst" beklagte die „Statuten-Schizophrenie", weil May weder nach bundesdeutschem Recht noch nach dem DDR-Gesetz seine Staatsangehörigkeit gewechselt habe. Sogar die Londoner „Times" rügte das engherzige Athener Urteil als „unglücklich" und bemängelte, „Danz habe mit seinem Schweigen seine Mannschaft in eine unangenehme Lage gebracht".

Einmarschierende Bundesathleten in Athen: Gefahr verheimlicht

Die May-Sperre war das Ergebnis einer beharrlichen Überprüfung des IAAF-Reglements durch rachsüchtige DDR-Funktionäre. Die Sportpolitruks hatten ermittelt, daß vor Jahrzehnten unter Paragraph 12, Abschnitt 9e, ein Passus aufgenommen worden war, wonach kein Athlet nacheinander bei internationalen Meisterschaften für zwei Mitgliedsverbände starten dürfte; es sei denn, er hätte drei Jahre auf dem Territorium des neuen Verbandes verbracht. Damit versuchte die IAAF Wettbewerbsvorteile auszugleichen, die sich vor allem Briten und Franzosen verschafft hatten, indem sie Talente aus ihren Kolonien auf die Medaillen-Hatz schickten.

Gleichwohl übersprangen Athleten wie der Ire Jim Hogan die Schutzhürde. 1964 vertrat er Irland bei den Olympischen Spielen. Zwei Jahre später wurde er Europameister im Marathonlauf — für Großbritannien.

Allein bei Ostblockflüchtlingen wandten die IAAF-Funktionäre die Sperrklausel gnadenlos an. Als 1956 der ungarische Hindernisläufer Sandor Rosnyoi nach dem mißglückten Volksaufstand in Österreich um Asyl nachsuchte, sperrte ihn zwei Jahre darauf die IAAF für die Europameisterschaften. Der Ungar Laszlo Tabori wanderte nach den USA aus und erwies sich nach dreijähriger Sperre als nicht mehr wettkampffähig.

Als München 1966 den Zuschlag für die Olympischen Spiele 1972 erhielt, entwickelte die DDR eine gezielte Anti-München-Kampagne. Alfred B. Neumann, Präsident des mitteldeutschen Ruderverbandes und Ulbricht-Vertrauter, bezog einen neuen Arbeitsplatz im Außenministerium.

Neumann erhielt den Auftrag, die Münchner Spiele zu sabotieren. Als Leiter einer mehr als zehnköpfigen Abteilung inszenierte er nahezu alle zwei Wochen Flaggenzwischenfälle bei internationalen Sportwettbewerben. Sie endeten gewöhnlich mit der Abreise der DDR-Equipen. Die Strategie bezweckte, alle Schwierigkeiten dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch anzulasten und die Westdeutschen als Störenfriede zu verketzern, denen keine Spiele anvertraut werden dürften.

Im letzten Sommer blieb den Leichtathletik-Oberen nicht verborgen, daß der 1967 in die Bundesrepublik gewechselte Weltrekordläufer May immer noch im Visier der DDR-Verfolger war. Sie warnten den DLV, denn nach der bei den meisten internationalen Verbänden üblichen einjährigen Sperre hatte May seit Januar 1969 wieder an internationalen Wettkämpfen teilgenommen. Im Juli stellten ihn die IAAF-Bosse sogar selbst für den Erdteilkampf Europa gegen Amerika auf. DDR-Trainer Rabe beteuerte: „Der Fall May ist erledigt."

Aber Volksarmee-Leutnant Bernd Diessner, der mit May die 5000 Meter gegen die Amerikaner laufen sollte, verzichtete: „Dabei wären Absprachen nötig — doch ich spreche mit keinem Verräter."

Tatsächlich erhielt einen Monat später IAAF-Generalsekretär Donald Pain eine Anfrage vom DDR-Leichtathletikverband, ob Regel 12 für den in Athen gemeldeten Läufer May in Betracht komme. Pain lenkte auf DDR-Kurs ein und teilte den Westdeutschen in einem Brief knapp mit, daß May für die Europameisterschaften kein Startrecht habe. DLV-Präsident Dr. Danz suchte Rat bei Freunden. Der holländische IAAF-Funktionär tröstete ihn: „Wir finden einen Weg." Danz meldete neben 69 Bundesathleten auch May für Athen an. Anstandslos gab Pain die May-Meldung weiter.

Erst in Athen enthüllte Danz seinem Läufer May und der Mannschaft, „daß da irgend etwas schwelt". Doch die IAAF-Funktionäre liefen in den politischen Hinterhalt. Die DDR-Funktionäre erinnerten an ihre Anfrage und



S 2-8

Braun sixtant S in Deutschland Nr. 1

«meistgekauft»

Sein Rasiersystem machte ihn so erfolgreich. Er vereint in vollendeter Weise Tiefe der Rasur, Schnelligkeit und absolute Schonung der Haut.

Braun sixtant S 97.-

drohten mit Boykott, falls May starten würde. Nun ließ Pain den umstrittenen Deutschen streichen, obwohl der Marquess of Exeter, 64, noch nicht in Athen eingetroffen war.

Auch nach der Ankunft des Marquess mochten die IAAF-Oberen auf dem heißen Athener Boden nicht auch noch unter dem „deutschen Ärgernis“ (Pain) leiden. Besorgter waren sie um die reibungslose Abwicklung der ein Jahr vor dem Obristen-Putsch nach Athen vergebenen Titelkämpfe.

So hatten sie den Verbänden mit Sperren gedroht, falls sie nicht mit ihren Equipen antreten würden. Tatsächlich marschierten alle Mannschaften, einschließlich der doppelten Deutschen, in das Karaiskakis-Stadion ein, das 1967 als Sammelplatz für politische Häftlinge gedient hatte. Nur eine Equipe demonstrierte — die Schweden zogen mit eingerollter Fahne ein.

Mehr als 90 Prozent aller Polizeieinheiten von Athen und Piräus patrouillierten in Stadionnähe. Fast 800 Polizisten wachten im Stadion — viele in Trachten und Evzonen-Uniformen gesteckt. Um ihre Posten zu prüfen, schickten Offiziere zum Schein fünf Männer mit Bomben ins Stadion. Das Manöver klappte — Polizisten entlarvten Polizisten.

Ein DDR-Sportler, „dessen Mannschaft nur der IAAF zuliebe in ein Land kam, wo Freiheitskämpfer getötet und eingekerkert werden“ („Sportecho“, Ost-Berlin), testete die Wachsamkeit griechischer Aufpasser vor dem Hoteleingang mit einem Autoschlüssel, den er blitzartig wie eine Waffe aus der Hosentasche zog. Doch noch schneller griffen die Griechen zu den Pistolen.

In dieser gespannten Situation wagte Dr. Danz nicht mehr sein Staatsrechtler-Gutachten zum Fall May auf den Tisch zu legen. Da machten die Bundesathleten von ihrem Recht der Mitbestimmung Gebrauch, das ihnen erstmals 1968 beim Mexiko-Olympia zugesprochen worden war.



Gesperrter Läufer **May**
Verfolgter im Visier


Leichtathletik-Präsident **Danz**
Gutachten im Gepäck

Während Danz ratlos die Leitung der Expedition (Gesamtkosten: 100 000 Mark) niederlegte, verhandelte der fremdsprachengewandtere Mannschaftssprecher Hermann Salomon, fünfmaliger deutscher Speerwurfmeister, mit den IAAF-Funktionären. Ebenso wie vorher die DDR-Vertreter, drohte er mit Boykott. Zudem wies er auf die unterschiedliche Regelauslegung des Paragraphen 12 im englischen und französischen Text hin — vergebens. Die starrsinnigen Altfunktionäre fürchteten die Boykottdrohung der entschlosseneren DDR-Politruks mehr.

„Ihr habt schon immer etwas gegen uns gehabt“, warf in der Bar des Tagungshotels „King George“ der „Zeit“-Journalist und Alt-Europameister Dr. Adolf Metzner dem Holländer Paulen vor. „Hundesohn“, schnaubte Paulen zurück. Das drohende Ohrfeigenduell verhinderte ein Journalist, der zwischen sie trat.

Metzners Vorwurf trifft zumindest auf den IAAF-Präsidenten, Marquess of Exeter, zu, den seine Gegner den „roten Lord“ nennen. Der an Arthritis leidende frühere Olympiasieger im Hürdenlauf — er vermag sich wegen eines in der Hüfte eingesetzten Metallstücks nur noch an Krücken zu bewegen — hatte schon 1964 die DDR-Leichtathleten als selbständigen Verband anerkannt.

In Athen tropften die humanitären Argumente der Westdeutschen zugunsten Mays an ihm ab. Kühl erklärte er vor den Bundesathleten Danz zum „Sündenbock“, wie die vor Enttäuschung weinende Olympiasiegerin Ingrid Becker berichtete.

Ohne Hoffnung, May noch zum Start verhelfen zu können, stimmten nun die Bundesathleten über ihre eigene Teilnahme ab, obwohl May sie aufforderte, auch ohne ihn anzutreten und „es denen von der DDR einmal zu zeigen“. Doch mit 51:10 Stimmen entschieden sie sich für den Verzicht, den Danz verhängnisvoll nannte.

Nach stundenlangen Debatten traten die Athleten erneut zur Abstimmung an. Einige mußten vom Badestrand herbeigeholt werden. Diesmal schmolz die Mehrheit für den Verzicht auf 29:27 Stimmen zusammen. Da rügte der griechische Sportminister Aslanides den drohenden Boykott als Affront gegen die Veranstalter und verweigerte für die Olympischen Spiele 1972 in München die Herausgabe des Olympischen Feuers. Nochmals milderten die Athleten zu mitternächtlicher Stunde den Boykott: Am Ein- und Ausmarsch sowie in den Staffelwettbewerben wollten sie mitmachen. Unverändert verlangten sie die Abschaffung der IAAF-Regel, die Mays Start verhindert hatte.

May verließ noch vor der Eröffnungsfeier Griechenland mit dem nächsten Flugzeug, „weil er Athen so schnell wie möglich hinter sich bringen wollte“. Die regierungsfreundliche Athener Zeitung „Neuer Staat“ mißverstand den Fall May so: „Der Deutsche hat in Athen um politisches Asyl gebeten.“

In der Heimat huldigten prominente und unbekannte Sportfreunde May


Weltverbandspräsident **Exeter**
Furcht vor Boykott

und den standhaften Bundesathleten. Selbst Sportbundespräsident Willi Daume fand, daß „Danz und die DLV-Führung nicht klug gehandelt habe“. Den wahlkämpfenden Bundesinnenminister Ernst Benda „beeindruckte die Haltung der Mannschaft mehr als das Verhalten ihrer Funktionäre“.

Die gelobte Mannschaft indessen dachte schon an den nächsten Länderkampf am kommenden Wochenende in Hamburg gegen Großbritannien: „Danz soll zurücktreten.“ Am 29. September tritt der Verbandstag des DLV zusammen, zwölf Athleten sind dazu eingeladen. Doch Danz gedenkt die seit 20 Jahren behauptete Stellung zu halten: „Ich bin bis 1972 gewählt.“

Auch die IAAF-Funktionäre wollen die Vergangenheit bewältigen. Im Sommer 1970 soll die umstrittene Regel 12 geändert werden: Athleten, die den Verband wechseln, werden nur noch ein Jahr Sperre erdulden müssen.



Uno-Besucher **Nixon**
„Schöne Worte ...

DIPLOMATIE

VIETNAMKRIEG

Mit halber Kraft

Der Chef des mächtigsten Landes der Welt trat vor das ohnmächtigste Parlament der Welt und bat um Hilfe.

„Im Namen des Friedens", so sprach Richard Nixon am letzten Donnerstag vor der Uno-Vollversammlung zu den Vertretern von 124 Staaten — Albaner und Kubaner hatten bei seinem Eintritt den Saal verlassen —, „appelliere ich an Sie alle ..., Ihre größten diplomatischen Anstrengungen zu unternehmen, um Hanoi zu ernsthaften Verhandlungen zu bewegen, die diesen Krieg beenden können."

Es sei dringend, so beschwor Amerikas Präsident das Weltparlament, „daß sich die Uno-Mitglieder, die seit langem ein aktives Interesse am Frieden in Vietnam haben, nun auch aktiv bemühen, ihn zu verwirklichen".

Es war Richard Nixons kaum verhülltes Eingeständnis, daß seine angeblich „starke Seite", die Außenpolitik, allmählich zu seiner schwachen Seite zu werden droht.

Mit einer Propaganda-Reise durch Europa, einem Welt-Werbeflug für Amerika und seine Mondfahrer und einem Blitz-Besuch im kommunistischen Rumänien hatte Nixon sich und seinen Landsleuten acht Monate lang vorgetäuscht, die Außenpolitik sei bei ihm in guten Händen.

Nun aber, im neunten Monat seiner Amtszeit, muß Richard Nixon, von seinen Widersachern daheim und im Ausland gleichermaßen bedrängt, endlich Politik statt Propaganda machen, muß er die beiden wichtigsten außenpolitischen Probleme Amerikas anpacken: den Krieg in Vietnam und die Beziehungen zur anderen Supermacht, der Sowjet-Union.

Und an beiden Fronten ist Amerikas Präsident nicht frei in seinen Entscheidungen, sondern abhängig vom guten Willen des Kontrahenten oder von Lobbyisten im eigenen Lager:

▷ Moskau, unter anderem verprellt durch Nixons Abstecher ins abtrünnige Rumänien, zögert die Gespräche über die Verminderung der strategischen Waffen, die schon vor Monaten hätten beginnen sollen, immer wieder hinaus.

▷ Im Würgegriff von Falken und Tauben, Militärs und Zivilisten erweist „sich die Maschinerie der Nixon-Regierung ... als unfähig, mit dem komplexen Problem des Vietnamkriegs fertig zu werden" („Newsweek").

Beispiele für die Manövrierunfähigkeit des Präsidenten gab es in den letzten Wochen in Hülle und Fülle — und fast immer mußte sich Nixon den militanten Falken beugen.

So waren beispielsweise Amerikaner und Südvietnamesen übereingekommen, die von Hanoi zu Ehren des toten Ho verkündete dreitägige Waffenruhe stillschweigend einzuhalten.

Unmittelbar nach der Absprache jedoch fuhr Saigons trickreicher Präsident Thieu ins Wochenende und ließ erklären, Saigon werde die Waffenruhe auf gar keinen Fall respektieren.

Auf die US-Proteste antworteten die Vietnamesen zunächst asiatisch höflich, Thieu sei „fischen gegangen" und nicht zu erreichen. Erst als die Amerikaner energisch wurden, gelobte Premier Khiem, sein Land werde sich an die Absprache halten.

Doch da kam Thieu vom Fischen zurück, erregte sich über das Versprechen seines Premiers und gab Order, unvermindert weiterzukämpfen. Thieu zu Amerikanern: „Warum soll ich die Waffenruhe der Kommunisten honorieren? Glauben Sie vielleicht, daß Hanoi die Waffen 72 Stunden lang schweigen läßt, wenn ich sterbe?"

Wieder einmal hatte sich Amerikas Regierung gegen ihren renitenten Schützling nicht durchsetzen können. Mehr noch: In der aberwitzigen Meinung, Hos Tod habe Nordvietnam demoralisiert, hatten zahlreiche US-Offiziere die Vietnamesen heimlich zum Weiterkämpfen aufgestachelt.

Nach Ablauf der Waffenruhe machten die Militärs ihren Einfluß auch im Weißen Haus geltend: Auf ihr Drängen wurde Amerikas tödlichste Waffe, die Flotte der achtstrahligen B-52-Bomber, sofort wieder eingesetzt.

Ursprünglich hatte Nixon „ein paar Tage lang" warten wollen, um — so Presse-Sprecher Ronald Ziegler — herauszufinden, mit welcher Intensität der Gegner die Kämpfe wiederaufnehmen würde.

Doch als die Militärs ihrem Staatschef klarmachten, Nordvietnam habe sogar schon vor Ablauf der Waffenruhe wieder zu kämpfen begonnen, gab Nixon den Einsatzbefehl — wenn auch nur halbherzig: Die Bomber flogen nur „mit halber Kraft" (Ziegler).

Zwölf Stunden später machte der Präsident seine Order gar wieder rückgängig. Persönlich befahl er, alle B-52-Flüge für 36 Stunden zu stoppen.

Warum, begriff niemand. Denn wenn Nixon den Nordvietnamesen wirklich ein Zeichen seiner Kompromißbereitschaft geben wollte, dann war die Zeitspanne von 36 Stunden viel zu kurz: Im Dschungel dauert es im allgemeinen drei Tage, bis Befehle aus Hanoi an die letzte rote Einheit gelangen. Nordvietnam konnte mithin auf die Einstellung der Flüge gar nicht militärisch reagieren.

Ein Beamter in Washington argwöhnte denn auch: „Das war nur ein Kompromiß — zwölf Stunden Bombardierung Thieu zuliebe, 36 Stunden Bombenstopp für Bill Rogers und sein Außenministerium."

Und Nixons Parteifreund, der New Yorker Senator Jacob Javits, empörte sich, Amerika müsse nun endlich eine selbständige Politik treiben „und sich nicht von der südvietnamesischen Regierung hineinreden lassen".

Die Forderung des Senators war kaum verhallt, da bewies Saigon er-



... sind kein Ersatz für echte Taten": **Amerikanische B-52-Bomber, Munition**

Teamwork Leicalike

Fotografieren und Projizieren als Teamwork.
Für erstklassige Dias ist der beste Projektor gerade gut genug.

Darum hat LEITZ den PRADOVIT COLOR gebaut, mit LEITZ-Objektiven und mit LEITZ-Präzision.
Die Niedervolt-Halogen-Lampe im PRADOVIT COLOR läßt Ihre Dias kalt,
Sie brauchen sie nicht mehr hinter Glas zu verstecken.

Gehen Sie in ein führendes Fachgeschäft.
Nehmen Sie ein LEITZ-Gerät in die Hand.
Fühlen Sie selbst:

LEITZ-Präzision bietet Ihnen kein anderer

An den Informations-Dienst F 71
Ernst Leitz GmbH,
633 Wetzlar.

Bitte senden Sie mir kostenlos Informationen über...

- ◯ den automatischen Dia-Projektor **PRADOVIT COLOR**
- ◯ die weltberühmte Meßsucher-Kamera **LEICA M 4**
- ◯ die **LEICAFLEX SL** – die Spitzenkamera mit der selektiven Lichtmessung durch das Objektiv
- ◯ das taschengerechte, leistungsstarke Fernglas **TRINOVID**

Name: ______________________

Postleitzahl und Ort: ______________________

Straße: ______________________



Symbol optischer Präzision

neut seine vermeintliche Gleichberechtigung. Noch vor Nixon verkündete Südvietnams Vizepräsident Ky, die USA würden weitere 40 500 GIs aus Vietnam abziehen.

Pikiert erklärte Presse-Ziegler, sein Präsident werde die „genauen Zahlen" selbst bekanntgeben — was wohl heißen mochte, Ky sei voreilig gewesen und habe eine falsche Zahl genannt.

Doch als Nixon letzten Dienstag den Abzug von 35 000 GIs bis zum 15. Dezember ankündigte, bestand eine Zahlendifferenz nur auf dem Papier: Ky war von der Sollstärke der US-Einheiten ausgegangen, Nixon jedoch vom tatsächlichen Truppenbestand.

Durch den Abzug weiterer 35 000 Soldaten verringert Nixon seine Vietnam-Streitmacht nunmehr zwar bis zum Jahresende um insgesamt 60 000 Mann — aber er bleibt damit immer noch weit unter der Zahl 100 000, die Johnsons Verteidigungsminister Clark Clifford vorgeschlagen und die Nixon zu überbieten versprochen hatte.

„Nixon", so vermutete denn auch die „New York Times", „hat offenbar den unversöhnlichen Generalen in Saigon — Amerikanern wie Vietnamesen — nachgegeben, die immer noch dem unsinnigen Ziel eines militärischen Sieges nachjagen."

Tatsächlich drängen die Tauben seit Wochen vergebens auf einen beschleunigten Abzug: Die Falken schmeichelten sich bei ihrem obersten Kriegsherrn mit denselben Argumenten ein wie einst bei Lyndon Johnson.

Der Feind sei am Ende seiner Kräfte, versicherten Vietnam-Feldherr Creighton Abrams und Vietnam-Botschafter Ellsworth Bunker. Und General Leonard Chapman, Chef der Marineinfanteristen, wußte: „Bisher hat der Feind die Zeit immer für sich arbeiten lassen, jetzt arbeitet sie allmählich gegen ihn."

Sie arbeitet in Wahrheit gegen Richard Nixon. Denn wenn es ihm nicht bald gelingt, nennenswerte Fortschritte in Vietnam zu machen, läuft er Gefahr, mit seiner gesamten Außenpolitik ebenso zu scheitern wie sein Vorgänger Lyndon Johnson.

„Seit ich Präsident bin", so beteuerte Nixon zwar vor den Vereinten Nationen, „hat kein einziges Problem meine Zeit und meine Kraft so sehr in Anspruch genommen wie die Suche nach einem Frieden in Vietnam."

Die „New York Times" jedoch hielt ihm seine eigenen Worte vor: „Präsident Nixons Botschaft war reichlich mit vornehmen Hymnen an den Frieden gespickt. Aber wie sagte der Präsident... selbst: Noble Rhetorik ist keine Garantie für noble Resultate, schöne Worte sind kein Ersatz für echte Taten."

Ein nobles Resultat erhofft sich Nixon jetzt allenfalls von einem Mann, dem er kurz nach seiner Rede auf einem Empfang im New Yorker „Waldorf-Astoria"-Hotel die Hand schüttelte: Sowjet-Außenminister Gromyko.

Ihn soll Nixons Außenminister Rogers am Montag und Freitag dieser Woche um Vermittlung in Vietnam bitten. Doch Gromyko, der einen Tag

nach Nixon vor der Uno sprach, deutete seine Antwort bereits an: „Wenn die Amerikaner glauben, daß sie am Konferenztisch bekommen können, was sie mit einer Armee von einer halben Million Mann auf dem Schlachtfeld nicht geschafft haben, so ist das offenkundig wirklichkeitsfremd."

FRANKREICH

STREIKS

Stürmischer Herbst

Auf der Pariser Gare d'Austerlitz warteten drei Dutzend gaullistische Volksvertreter vergebens auf den Frühzug nach Amboise. Der Parlamentarische Kongreß der Staatspartei UDR begann ohne sie.

Wie Tausende von Reisenden wurden auch die Parlamentarier vorletzte Woche von einem Streik der Eisenbahner überrascht.

Der Ausstand von 35 000 Lokführern und Zugschaffnern, die kürzere Arbeitszeiten verlangen, war nur das erste Alarmsignal. Andere Branchen schlossen sich an:



Französischer Bahnhof (in Lyon), **Streikopfer**
„Das Regime ist geschwächt"

- ▷ Die Schaffner der Pariser Verkehrsgesellschaften RATP lähmten mit Protestaktionen den Bus- und Metroverkehr.
- ▷ Das Bodenpersonal der innerfranzösischen Fluggesellschaft Air Inter veranstaltete einen 24stündigen Warnstreik.
- ▷ Die Beschäftigten der Gas- und Elektrizitätswerke drohten über ihre Gewerkschaften mit Kampfmaßnahmen.
- ▷ Die Postler kündigten für Ende September eine Kampfwoche mit Arbeitsunterbrechungen an.

Eisenbahner und Metroschaffner hielten nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Vorwarnzeit von acht Tagen ein. Wie im Mai 1968 sprangen die Streiks von Depot zu Depot über.

Anders als damals aber wollen sich Frankreichs Kommunistische Partei

und ihre Gewerkschaftsorganisation CGT diesmal nicht wieder von den ultralinken „Gauchisten“ übertrumpfen lassen. CGT-Generalsekretär Georges Séguy pries den Ausstand des Zug-Personals sogleich als „beispielhaft“.

Dabei wollte die CGT ihren „stürmischen Herbst“ (Séguy) erst nach einer gründlichen Heer-Schau beginnen. Bis dahin sollten CGT-Vertrauensleute die Klassenkampf-Stimmung beim Fußvolk erkunden und den neuen Aktionsplan propagieren.

Dieses Programm, das der CGT-Kongreß am 16. November verabschieden soll, verlangt unter anderem: Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, Ausgleich des Kaufkraftschwundes nach dem Mai 1968 sowie für die Zukunft eine mit dem Kostenindex gekoppelte Lohnskala.

Solche Forderungen freilich sind mit dem Stabilisierungsplan der Regierung kaum vereinbar. Denn kräftigen Lohnerhöhungen würden Preissteigerungen folgen. An der Preisfront aber, so hatte Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing im Sommer verkündet, werde über den Erfolg der Franc-Abwertung entschieden.

Premier Chaban-Delmas versuchte deshalb, die Gewerkschaften durch eine neue Politik der „permanenten Konzertation“ für das Wirtschaftsprogramm der Regierung zu gewinnen.

Die Lohn-Konzertation sei ein „steriles Palaver“, erregte sich jedoch CGT-Chef Séguy und schimpfte: „Damit die Politik der Regierung gelingt, sollen die Arbeiterorganisationen einem Waffenstillstand zustimmen. Eh bien, das kommt absolut nicht in Frage.“

Im Aufwind der Streikwelle ging der rote Arbeiterführer nun noch weiter. „Das Septennat Pompidous könnte von kurzer Dauer sein“, drohte er, „das Regime ist geschwächt.“

Weil die Kommunisten in der Nationalversammlung zu schwach sind (34 von 487 Abgeordneten), wollen sie das Regime Pompidou über den gewerkschaftlichen Kampf gegen das Stabilisierungsprogramm zu Fall bringen. „L'Aurore“: „Das ist sozialer Guerillakrieg.“

Mit seinen umstürzlerischen Parolen verschreckte Séguy freilich eine andere Partisanen-Einheit, die Pompidous Amtszeit ebenfalls verkürzen möchte: die Frondeure innerhalb der gaullistischen Parlamentsmehrheit, die Pompidou des Verrats am Gaullismus beschuldigen (SPIEGEL 31/1969).

Unter dem Eindruck drohender Streiks scharten sich diese Gaullisten nun doch um Pompidou. De Gaulles getreuer Michel Debré brachte die orthodoxen Nörgler auf dem Parteikongreß in Amboise zum Schweigen: „Niemand darf es wagen, im Namen General de Gaulles zu sprechen.“ Bei der Abstimmung über den Sanierungsplan verweigerten denn auch nur 13 von 272 UDR-Deputierten der Regierung ihr Vertrauen.

Mit dieser Unterstützung vom rechten Flügel beschloß Pompidous Regierungschef, die Kriegserklärung des roten Gewerkschaftsbosses anzunehmen.

„Es geht nicht um den Erfolg der Regierung, sondern um das Wohl der Nation“, warnte Premier Chaban-Delmas. „Die Methoden des Herrn Séguy führen uns bestenfalls ... zum Mai 1968, schlimmstenfalls aber zum Bürgerkrieg.“

SÜDKOREA

PARK

Land der Morgenstille

Im Parlament von Seoul wütete Südkoreas Oppositionsführer Kim Yung Sam. Bänke purzelten, Pulte kippten, empört traktierte Kim das Podium mit Fußtritten. Es war kurz nach drei Uhr in der Nacht.

„Es kann nicht wahr sein“, schluchzte Kim schließlich ins Mikrophon, „es darf nicht wahr sein ... Unser Land taugt eben nicht für die Demokratie.“ Und: „General Park ist ein Diktator!“



Staatspräsident **Park**
Freunde in der Nacht

General Park Chung Hee, 51, Südkoreas Staatspräsident und starker Mann, hatte für 28 Minuten die Legalität verlassen, um den Anschein der Legalität zu wahren — und so seine Gegner ausgetrickst.

Mit einem „sleep-in“ im Parlament hatten die Abgeordneten der Opposition verhindern wollen, daß über eine Verfassungsänderung zur Verlängerung der Präsidenten-Amtszeit abgestimmt wurde. Die Abstimmung aber fand doch statt: außerhalb des Parlaments.

Park trommelte seine Gefolgsleute im dritten Stock eines Backsteinbaus gegenüber der Nationalversammlung zusammen, und binnen 28 Minuten war gewählt und gezählt: Alle anwesenden 122 Abgeordneten — acht mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit — hatten für die Verfassungsänderung votiert. Erst fünf Minuten später erfuhren die Kollegen auf der anderen Straßenseite von dem Treffen und seinem Ergebnis.

Schon einmal, kurz nach seiner Machtergreifung, hatte der in Japan und den USA gedrillte Soldat Park die Verfassung geändert: Kein koreanischer Präsident, so forderte er damals, dürfe je wieder wie der gestürzte Diktator Syngman Rhee 13 Jahre lang regieren. Die Amtszeit des Staatschefs wurde auf zweimal vier Jahre begrenzt.

Jetzt, im siebten und vorletzten Jahr seiner Amtszeit, war Park anderer Meinung: Fortan soll ein Präsident auch für eine dritte Legislaturperiode kandidieren können — und als erster soll nach Parks Willen Park selbst von dieser neuen Regelung profitieren.

Denn der General ist sicher, auch 1971 die Stimmenmehrheit zu erhalten. Tatsächlich verdanken die Südkoreaner Park Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand nach Krieg und Korruption der fünfziger Jahre. Unter Park

- ▷ wuchs die Wirtschaft des Landes während der letzten fünf Jahre um jeweils acht bis zehn Prozent (1968 hatte Südkorea die höchste Zuwachsrate aller Entwicklungsländer Südostasiens);
- ▷ stieg das Pro-Kopf-Einkommen im selben Zeitraum von 330 Mark auf 570 Mark;
- ▷ vergrößerte sich der Export jährlich um mehr als 40 Prozent.

Außerdem schätzen Parks Anhänger ihren Militär-Präsidenten als erbarmungslosen Kommunistenjäger, den selbst die feindlichen roten Brüder im Norden fürchten: Im Vorjahr drang ein nordkoreanischer Kommando-Trupp, der den Auftrag hatte, Park zu ermorden, bis auf 200 Meter zum Blauen Haus, dem Amtssitz des Präsidenten, vor.

Parks Feinde im eigenen Land, Intellektuelle, Studenten und Politiker, werfen der regierenden Demokratisch-Republikanischen Partei hingegen Korruption und dem Präsidenten Machthunger vor.

Als Park in diesem Sommer die beabsichtigte Verfassungsänderung ankündigte, zogen Tausende von Studenten und Schülern auf die Straße. Mehr als hundert wurden verhaftet, Universitäten und Schulen geschlossen. Für die Nachtstunden verhängte Park eine Ausgangssperre über das „Land der Morgenstille“, wie Korea seit alters heißt.

Die parlamentarische Opposition glaubte dennoch, Park den Weg zu einer dritten Amtsperiode versperren zu können: Der Regierungspartei fehlten acht Sitze an der Zweidrittelmehrheit.

Doch die Proteste von Studenten und Parlamentariern waren vergeblich: Im Schutz von Dunkelheit und Ausgangssperre liefen genügend Abgeordnete zum Präsidenten über, Generalstäbler Park hält sich nun bereit für seine dritte Amtszeit.

Sie wird — auch das beschlossen die Freunde in der Nacht — nicht nur vier, sondern fünf Jahre dauern.

1976 wäre Park dann 14 Jahre lang Präsident gewesen, genau ein Jahr länger als einst Syngman Rhee.

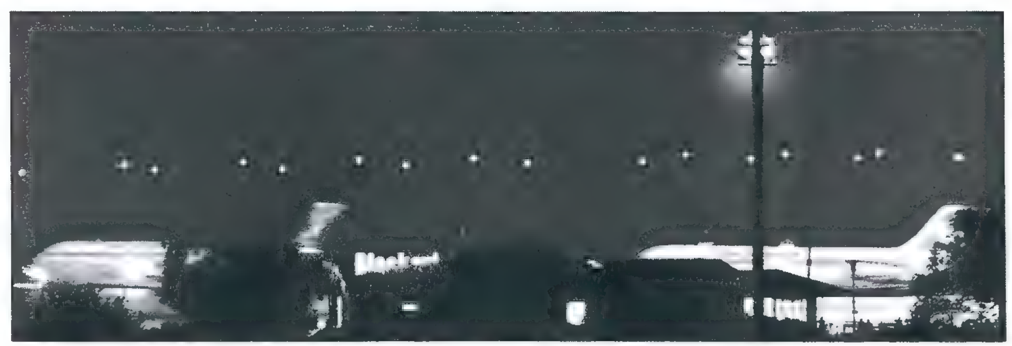
Swissair erklärt Ihnen hier die neueste Rendez-vous-Technik.

Mit Neid *stellen wir fest, wie mehr und mehr Firmen, sogar Hersteller von Motorrädern, Radiogeräten und alkoholfreien Getränken, aus der Tatsache, dass Personen verschiedenen Geschlechtes sich gern zu einem Rendez-vous treffen, ein Werbeargument machen.*

Nun, wir sagten uns: Unser Geschäft ist es, Passagiere zu befördern. Damen und Herren und selbst Kinder. Und wir wollen gewiss dafür sorgen, dass sich in unseren Flugzeugen alle Leute wohl fühlen –, auch die, die für sich allein sein wollen, nicht gestört sein möchten.

Also kein Anlass für uns, auf irgendeine Weise Hand zu reichen, damit sich in Swissair-Flugzeugen leichter Bekanntschaften schliessen lassen. Es lebe die Privatinitiative.

Dennoch: Sich bei passender Gelegenheit mit einem Partner nett unterhalten zu können, gehört zu den Annehmlichkeiten des internationalen Reisens. Besonders wenn man warten muss – es vertreibt die Zeit so gut. Also fragten wir uns: Wo muss man warten?



Der Night-Club «Black-out» im Flughafen Kloten befindet sich unmittelbar beim Tarmac.

Antwort: Auf den Flughäfen. Besonders auf den grossen Flughäfen, von denen und auf denen die Mittel- und Langstreckenflüge starten und landen. (Gateways nennt man sie.) Wir haben deren zwei in der Schweiz: Genf und Zürich.

Genf ist einer der modernsten Flughäfen der Welt – schon das lohnt Ihren Besuch. Darum sprechen wir hier einmal von Zürich.

ABGESEHEN von seinen guten Restaurants, dem reichhaltigen Tax-free Shop, dem Kleinkindergarten, den Duschen, den Erholungsräumen und dem ökumenischen Andachtsraum besitzt Zürich-Kloten seit kurzem eine neue Attraktion: einen Night-Club, eine Diskothek mit dem schönen Namen «Black-out».

Sie mögen uns fragen: Was ist daran schon Besonderes?

Dann sagen wir Ihnen: Es ist nicht nur ein ganz neuer, interessanter und geschmackvoll eingerichteter Night-Club, sondern es ist auch ein sehr notwendiger Night-Club. Denn die Stadt Zürich denkt ein wenig allzu pädagogisch: Man soll es den Leuten nicht zu einfach machen. Darum gibt es in Zürich nach Mitternacht praktisch kein Nachtleben. (Basel mit seinem internationalen Flughafen und vor allem Genf denken da ein wenig anders.)

Nun liegt aber der Night-Club «Black-out» nicht auf dem Gebiet der Stadt Zürich, sondern der Gemeinde Kloten. Und die Gemeindeversammlung von Kloten hat sich der bisher im Transitraum wartenden Umsteige-Passagiere erbarmt und die Erlaubnis gegeben, «Black-out» bis 2 Uhr morgens, freitags und samstags bis morgens um 4 Uhr offen zu halten.

Sehen Sie selber, was sich damit für wundervolle Möglichkeiten auftun:

Sie kommen um 20 Uhr von Brüssel an und fliegen um 04 Uhr 20 nach Athen weiter.

Sie landen um 18 Uhr aus Santiago de Chile und starten um 22 Uhr 25 Richtung Amsterdam.

Oder: Ankunft aus Paris 21 Uhr 45, Abflug nach São Paulo 22 Uhr 40.

Ankunft aus Barcelona 17 Uhr 50, Abflug nach London um 22 Uhr.

Ankunft aus Nizza 18 Uhr 05, Abflug nach Rio 22 Uhr 40.

Ankunft aus Frankfurt 21 Uhr 30, Abflug nach Dar es Salaam 23 Uhr 15 usw.

Und jedesmal reicht's, im «Black-out» wenigstens einen Drink zu nehmen. Vielleicht können wir Ihnen sogar helfen, einen Gesprächspartner zu finden. Lesen Sie unseren Coupon, füllen Sie ihn aus, wenn Sie mögen, und senden Sie ihn an den...



Manager des Night-Club «Black-out», Blackout CH-8058 Zürich-Flughafen

Sehr geehrter Herr,

Ich komme am ________ (Datum einsetzen) um ________ (Zeit einsetzen) in Zürich-Kloten an und fliege erst um ________ (Zeit einsetzen) wieder weiter. Ich beabsichtige, ________ (Anzahl Stunden einsetzen) im «Black-out» zu verbringen. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie diesen Coupon am betreffenden Tag in Ihrem Night-Club aufhängen, damit ich mich mit einem anderen Passagier, der ein ähnliches Problem hat, dort treffen kann.

Mein bevorzugtes Gesprächsthema: ________

Name: ________

Adresse: ________

Wohnort: ________

Land: ________



GGK



Überfallene TV-Station in São Paulo
Waffen von der Armee

BRASILIEN

GUERRILLEROS

Vom Busch in die Stadt

Raubmörder brauchen in Brasilien den Henker nicht zu fürchten — ein Flugblatt gegen die Regierung aber kann künftig den Kopf kosten.

Mit dem „Institutionellen Akt Nummer 14" führte Brasiliens herrschende Militärjunta die seit 1891 in Friedenszeiten abgeschaffte Todesstrafe wieder ein: für Delikte wie „psychologischen, revolutionären und subversiven Kampf". Sondertribunale können fortan jeden zum Tode verurteilen, der nach ihrer Ansicht „gegen die Erreichung der nationalen Ziele gerichtete Meinungen, Gefühle und Haltungen" zu provozieren sucht.

Das Blutrache-Dekret ist die Antwort der Militärs auf die peinliche Demütigung, die ihnen zwei revolutionäre Untergrundorganisationen Anfang September zugefügt hatten: Mitglieder der „Revolutionären Bewegung des 8. Oktober" (MR-8)* und der „Aktion für die nationale Befreiung" (ALN) hatten im Zentrum Rios den US-Botschafter Charles Burke Elbrick, 61, entführt.

Wenige Tage nachdem ein Schlaganfall Präsident Costa e Silva gelähmt und ein Triumvirat der Minister für Armee, Luftwaffe und Marine die Macht im — mit 8,5 Millionen Quadratkilometern — fünftgrößten Land der Erde übernommen hatte (SPIEGEL 37/ 1969), war es den Untergrundkämpfern mit ihrem Coup gelungen, die Aufmerksamkeit der Welt auf die immer brutalere Militär-Herrschaft in Brasilien zu lenken und die Regierung der starken Männer zu blamieren.

Für die Freilassung des Diplomaten mußten die Diktatoren in Brasiliens streng zensierter Presse wie auch in Funk und Fernsehen ein Manifest der Revolutionäre veröffentlichen, das die Diktatur anprangerte: Sie streue „den Ausgebeuteten Sand in die Augen, um Elend, Ausbeutung und Unterdrückung zu verewigen".

Vom US-Außenministerium gedrängt, erfüllte die Junta auch eine zweite Forderung der Entführer: Sie ließ 15 politische Gefangene frei, deren Namen sie auf einer von den Revolutionären in einem Supermarkt deponierten Liste gefunden hatte. Zu den Freigelassenen gehören sechs Studentenführer, darunter auch die Jura-Studentin Maria Augusta Carneiro Ribeiro, 22, Soldaten, Journalisten und der Altkommunist Gregorio Bezerra, 71, den die Militärs schon 1964 an einem Strick um den Hals ins Gefängnis geschleppt hatten.

Noch immer in Handschellen und an den Füßen aneinandergefesselt, flogen die Häftlinge 21 Stunden lang mit einer Herkules-Maschine der brasilianischen Luftwaffe ins Exil nach Mexiko.

Humaner behandelten unterdessen die Kidnapper ihren Gefangenen, den sie in einer zweistöckigen Villa in Rio de Janeiros Vorort Rio Comprido festhielten. Sie wuschen dem Botschafter das Hemd und kauften ihm seine Lieblingszigarren.

Er sei sehr gut behandelt worden, bestätigte der US-Vertreter, nach 77 Stunden wieder freigelassen: „Ich hatte es mit intelligenten und entschlossenen Fanatikern zu tun ... Es waren keine Gangster." Sie glauben, so stellte Elbrick fest, daß gegen die Unterdrückung in Brasilien nur noch Gewalt helfe.

Die Entführung, von der Hamburger „Welt" als „Handstreich gemeiner Wegelagerer" empfunden, war — so die „New York Times" — „die bisher erfolgreichste Operation" in einem immer heftigeren Guerilla-Feldzug, den Brasiliens Militärs seit zwei Jahren vergebens zu unterdrücken suchen.

Denn erfolgreicher als im Urwald des Amazonas oder in der Dornbusch-Steppe des Nordostens, so haben die Guerrilleros festgestellt, können sie im Straßendschungel der brasilianischen Millionen-Städte Rio und São Paulo den Gegner treffen, den Regierungstruppen trotzen.

Vor zwei Jahren scheiterte Guerilla-Stratege Che Guevara im bolivianischen Urwald mit seinem Rezept, die Revolution in Busch und Bergen zu entzünden. Seither praktizieren Revolutionäre in Lateinamerika immer mehr die Taktik des Terrors in den Städten. Nicht bärtige Partisanen, sondern unauffällige Zivilisten fordern heute — vor allem in Brasilien, Uruguay, Argentinien und jüngst auch Chile — die Staatsgewalt heraus.

Mit Bomben-Attentaten und Banküberfällen, Waffen-Diebstählen und Entführungen kämpfen in Brasilien etwa zehn Untergrund-Gruppen gegen das herrschende Regime. Außer den am Kidnapping des US-Botschafters beteiligten Organisationen MR-8 und ALN agieren beispielsweise

- ▷ die „Arbeiter-Politik" (POLOP) in São Paulo,
- ▷ die „Bewegung der revolutionären Aktion" (MAR) in Rio,
- ▷ das „Kommando der nationalen Befreiung" (COLINA) in Rio,
- ▷ die „Volksaktion" (AP) in São Paulo und
- ▷ in beiden Metropolen die „Revolutionäre Vorhut des Volkes" (VPR).

Obwohl die Gruppen unabhängig voneinander operieren, scheint die „Revolutionäre Vorhut" die Führung übernommen zu haben. Ihren Chef, Carlos Marighela, 58, akzeptiert auch die im vergangenen Jahr an der Staatlichen Universität in Niterói entstandene, vorwiegend aus Studenten rekrutierte MR-8 als „einen unserer Führer".

Marighela, der seit der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1964 im Untergrund lebt, wird vom Regime als „Volksfeind Nummer eins" verfolgt. Schon mit 16 Jahren war der Sohn eines Italieners und einer schwarzen Brasilianerin der kommunistischen Partei beigetreten. Im vergange-





Gefangener Guerrillero, Militärstreife: Zigarren für den Botschafter

* So benannt zu Ehren des am 8. Oktober 1967 von bolivianischen Regierungstruppen gefangenen Guerilla-Helden Ernesto Che Guevara.

Die ideale Lösung für Ihre HiFi-Anlage: Wega 3204 HiFi. Weil dieses Musikstudio Tuner, Verstärker und Studiospieler kompakt vereint.



Das Musikstudio Wega 3204 HiFi besitzt eine exakte Technik - und noch mehr. Es ist praktisch. In einer kompakten Einheit sind Tuner, Verstärker und Studiospieler zusammengefaßt. Sie brauchen nur noch Lautsprecher anzuschließen und Ihre HiFi-Anlage ist komplett, z.B. die Lautsprechereinheit Wega 3512 mit 30 Watt Nennbelastbarkeit. Jetzt können Sie Studiospieler und Steuerteil mit einem Blick überschauen. Und aus einer Richtung bedienen: von oben.

Eine kräftige Ausgangsleistung und eine hervorragende Empfangseigenschaft, das können Sie von einer hochwertigen HiFi-Anlage erwarten. Das finden Sie selbstverständlich bei Wega 3204 HiFi: Ein Verstärker mit extremen Leistungsreserven (2x25 Watt Sinus-Dauerton) und minimalem Klirrfaktor. Ein Fünf-Bereichs-Tuner mit hoher Eingangsempfindlichkeit für FM. Und ein automatischer Studiospieler (Dual 1212 mit Magnetsystem Shure M 75 MG).

Wega 3204 HiFi besitzt ein außergewöhnliches Design: Flach und langgestreckt. Eine Form, die vielfach ausgezeichnet wurde. Wega 3204 HiFi läßt sich überall aufstellen. Am besten aber direkt neben dem Sessel. Auf dem Untergestell Wega 300. Dieses Musikstudio übertrifft die Werte der HiFi-Norm DIN 45500. Sein Preis in Nußbaum DM 1398.-. Weitere Informationen? Bei Ihrem Fachhändler oder direkt bei Wega-Radio, 7012 Fellbach, Abt. CM



nen Jahr brach er mit den sowjetfreundlichen, revolutionären Aktionen abgeneigten Kommunisten und besuchte ostentativ den Revolutions-Propheten Castro in Havana.

Unabhängig von allen Gruppen kämpfte der ehemalige Landtagsabgeordnete Roberto Manes, 47, der sich im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen sieben Tapferkeits-Medaillen verdient hatte. Stets begleitet von seiner Frau und sieben Kindern, überfiel er Banken, Polizeiwagen und Tankstellen, bis er im Januar nach Uruguay flüchtete.

144 Anschläge verübten Brasiliens Untergrundkämpfer allein bis Anfang dieses Jahres; 1968 überfielen sie 40 Banken. 1969 raubten sie aus etwa 70 Banken und Sparkassen schon über drei Millionen Mark für die Revolution. Nur Lloyd's in London ist noch bereit, Brasiliens Banken — gegen Sonderprämien — zu versichern.

Zuweilen brauchten die Guerrilleros Banken und Waffen-Depots nicht einmal zu überfallen: Der ehemalige Filialleiter des Banco do Brasil, Jorge Medeiros Vale, unterschlug zugunsten der Partisanen acht Millionen Mark.

Und der Hauptmann Carlos Lamarca, einst Meisterschütze der Armee, brachte gleich einen Lastwagen voller Waffen mit, als er im Januar vom Vierten Infanterie-Regiment in Quitaúna zu den Guerrilleros Marighelas überlief. Anfang dieses Monats verschaffte er den Genossen angeblich noch bessere Beute: Er behauptete, die Korruptions-Kasse des ehemaligen Gouverneurs von São Paulo mit zehn Millionen Mark geraubt zu haben.

Kaum je gelang es Brasiliens Polizei, die Räuber während der Tat zu fassen. Mit einer Maschinenpistole hielt einmal eine minderjährige Blondine im Mini-Rock die Ordnungshüter in Schach, während ihre fünf Begleiter den Banco Mercantil im Städtchen Sabará (Bundesstaat Minas Gerais) plünderten.

Unerkannt entkamen zumeist auch jene Freischärler, die Bomben gegen Zeitungsredaktionen, US-Konsulate und Armee-Quartiere warfen, Dynamit raubten, drei Fernsehstationen in São Paulo in Brand steckten und im vergangenen Jahr den deutschen Major von Westernhagen und den US-Hauptmann Chandler erschossen.

„Die Stadt-Guerrilla war nur ein Anfang“, ließ Carlos Marighela, von den Erfolgen ermutigt, über Funk verkünden, als zwölf mit Maschinenpistolen bewaffnete Partisanen im August einen Sender nahe São Paulo kaperten. In diesem Jahr noch soll der „revolutionäre Krieg“, laut Manifest der MR-8, „die Etappe des Krieges auf dem Lande erreichen“.

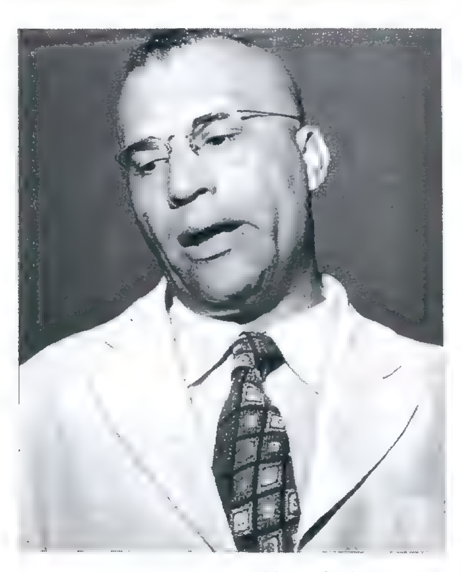
Vergebens versuchten bislang neun Staatssicherheitsdienst-Abteilungen der Armee und Regierung, mit reichen Haushaltsmitteln ausgestattet, den revolutionären Vormarsch zu stoppen. Zwar wurden bisher etwa 150 bis 200 Kämpfer — Durchschnittsalter 25 Jahre — festgenommen, darunter etwa

38 Prozent Studenten, 20 Prozent Militärs, 17 Prozent Freiberufliche und acht Prozent Arbeiter. Doch die Zahl der Anschläge wurde nicht geringer.

Zuweilen hatten die Diener des Regimes wenig Interesse, die Attentäter zu verfolgen: An den Gewalttaten beteiligten sich auch — was die Obrigkeit nicht gern zugibt — rechtsextreme Gruppen.

Das aus dem Militär hervorgegangene „Kommando zur Kommunistenjagd" (CCC) und eine „Antikommunistische Bewegung" (MAC) versuchten, das Regime durch Terror auf einen noch härteren Kurs gegen Linke und Liberale zu bringen.

Mitglieder des CCC stürmten im Sommer letzten Jahres die Bühne des Theaters „Ruth Escobar" in São Paulo, verprügelten die Akteure und trieben die Schauspielerin Marilia Pêra nackt auf die Straße. Mit Revolvern und Karabinern beschossen sie rebellische



Guerilla-Führer **Marighela**
Besuch bei Castro

Studenten der Philosophischen Fakultät in São Paulo.

„Ich weiß, daß einer unserer Beamten ein Führer des CCC ist", gab der Chef der politischen Polizei in São Paulo, Italo Ferrigno, zu, „aber ich tadele ihn nicht, denn er verteidigt die Demokratie."

Unter dem Vorwand, Demokratie und Ordnung retten zu müssen, verletzten nach der Entführung des US-Botschafters sogar Militärs ihre Pflicht: radikale Offiziere der „Linha dura", des auf harten Kurs drängenden Flügels in den Streitkräften. Fallschirmjäger besetzten den Sender „Rádio Nacional" bei Rio und kritisierten die Regierung. Öffentlich murrten Heeres- und Marineoffiziere über die Kapitulation der Junta vor den Kidnappern.

In der letzten Woche suchten die Oberkommandos von Heer, Luftwaffe und Marine bei mehreren gemeinsamen Besprechungen bereits einen Nachfolger für das erst seit drei Wochen amtierende Triumvirat.

„WIR HABEN BEWEISE FÜR MACHTMISSBRAUCH"

Geheimer Lagebericht des Ex-Reformers Štrougal über die ČSSR-Invasion

Moskaus heute wichtigster Kollaborateur in der Tschechoslowakei, Dr. Lubomír Štrougal, 44, gab sich vor einem Jahr noch als überzeugter Reform-Freund. Vier Tage nach der Invasion unterzeichnete er einen Bericht an die in Moskau isolierten Genossen über die Zustände im besetzten Land. Štrougal: „Unser Volk ... lehnt die Okkupation entschieden als illegal, verfassungswidrig und grundlos ab und verlangt den Rückzug der Besatzungstruppen." Als böhmischer KP-Chef und Befehlshaber der böhmischen Volksmilizen ist Štrougal — von Moskau schon beim Sturz Dubčeks als Nachfolge-Kandidat vorgesehen — jetzt der schärfste Rivale von Parteichef Husák. Einst Agent des Staatssicherheitsdienstes, ab 1961 Innenminister unter Novotný und nach Novotnýs Sturz einer der stellvertretenden Reform-Premiers, führt Štrougal nun die Fronde zur völligen Entmachtung Dubčeks und Smrkovskýs an und fordert den „kompromißlosen Kampf gegen Liberalismus und Nationalismus." Seinen bisher geheimgehaltenen Lagebericht vom 25. August 1968 veröffentlicht erstmals und im vollen Wortlaut der SPIEGEL.

An den
Präsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
Ludvík Svoboda
Moskau

Geehrter Genosse Präsident,

unser ganzes Land und unser gesamtes Volk erwartet mit Spannung und Ungeduld und in vollem Vertrauen in Sie die Ergebnisse Ihrer Verhandlungen in Moskau. Wir betrachten es als notwendig, Sie über die Lage im Land seit Ihrer Abreise aufgrund unserer Ansichten und Bewertungen zu informieren.

Unser Volk, in absoluter und unerschütterlicher Einheit, im Einklang mit den Standpunkten des neuen, von dem legalen außerordentlichen 14. Parteitag gewählten Zentralkomitees der KPČ und im Einklang mit dem Standpunkt der Nationalversammlung und der Regierung, lehnt die Okkupation entschieden als illegal, verfassungswidrig und grundlos ab und verlangt den Rückzug der Okkupationstruppen. Einheitlich und Schulter an Schulter mit unserem Volk stehen die Öffentliche Sicherheit (Polizei), die Armee und die Volksmiliz.

Die Nationalversammlung und die Regierung der ČSSR tagen ununterbrochen unter schweren Bedingungen. Sie vertreten einmütig die Forderungen und Ansichten des Volkes. Der 14. außerordentliche Parteitag der KPČ hat ordnungsgemäß ein neues Zentralkomitee und Präsidium gewählt und hat dabei den Genossen Dubček, Smrkovský, Černík, Kriegel, Špaček, Šimon und weiteren sein volles Vertrauen ausgesprochen.

Den Organen ist es mit der Hilfe der Massenmedien bisher gelungen, eine relative Ruhe im Lande zu erhalten, obwohl die Betriebsbedingungen systematisch verschlechtert werden. Redaktionen und Druckereien der Zeitungen sind von ausländischen Truppen besetzt, auch der Rundfunk und das Fernsehen werden von der Besatzung kontrolliert. Schon zweimal wurde versucht, auch den Sender im Außenministerium zu besetzen, der die einzige Verbindung zu unseren diplomatischen Missionen und damit auch zu Ihnen ist.

In dieser Lage erleben unsere Völker bereits den fünften Tag der Besetzung. Als Konsequenz menschlicher Opfer und materieller Verluste wächst die Spannung ständig. Allein in Prag gab es bis Samstag ungefähr 30 Tote und über 300 Verletzte. In der Slowakei sind die Verluste angeblich noch höher. Die Umgebung des Rundfunks in Prag ist schwer demoliert. Nur mit größter Mühe gelingt es, Zusammenstöße zu verhindern.

Die Aktivität der gewählten Organe wird ständig beschränkt, die Bürgerrechte sind eingeschränkt. Es gibt keinen Tag und keine Nacht ohne Schießerei in den Prager Straßen; es kommt zu Verhaftungen. In den heutigen Nachtstunden haben fremde Truppen alle Ministerien besetzt, in manchen Fällen wurden Waffen der Volksmiliz konfisziert, und im Gebäude des Verkehrsministeriums hat man von Waffen Gebrauch gemacht.



Böhmischer KP-Chef Štrougal
„Die Okkupanten sind nervös"

Den Okkupanten ist es bisher nicht gelungen, die mindeste Unterstützung und Zusammenarbeit der Bevölkerung zu gewinnen. Das erhöht ihre Nervosität. Die Nationalversammlung und weitere Organe im Land haben Beweise von Machtmißbrauch. Wir betonen, daß wir es als nicht normal betrachten, daß zwischen uns und Ihrer Delegation in Moskau kein Kontakt besteht.

Die Wirtschaft erlahmt, die Gefahr der Versorgungsschwierigkeiten wird größer. Nach 22 Uhr gibt es in Prag faktisch keine Möglichkeit, sich in den Straßen zu bewegen, infolgedessen funktioniert der öffentliche Verkehr nicht. Der Eisenbahnverkehr ist gestört. Es gibt keine Luftverbindungen. Import und Export stocken, die Kohlenvorräte sinken aufs Minimum. Das alles ist das Ergebnis der Okkupations-Regimes.

Ein gefährlicher Faktor ist die steigende Nervosität und Erschöpfung der Okkupationstruppen und unserer Bevölkerung. Die Spannung hat sich nach Bekanntwerden der Besatzung erhöht. Die absolute Mehrheit der kommunistischen Parteien und die Meinung des progressiven Teils der Welt verurteilen die Okkupation eindeutig als einen Akt der Gewalt. In den Verhandlungen des Sicherheitsrats der Uno ist der Standpunkt der Sowjet-Union völlig isoliert geblieben.

Geehrter Genosse Präsident, im Bewußtsein, daß keine schriftliche Information die Atmosphäre der Städte und den Geist des Volkes beschreiben kann und nach Kenntnis der Tass-Berichte, durch die die sowjetischen Staats-Organe absolut verzerrt und unobjektiv informiert sind, betrachten wir als eine notwendige Voraussetzung Ihrer weiteren Verhandlungen, daß Sie über den wahren Stand der Angelegenheiten vollkommener und genauer informiert sind.

Deshalb empfehlen wir Ihnen, die Möglichkeit zu überlegen, daß Ihnen eine besondere Berater-Gruppe der Vertreter des ZK der KPČ, der Nationalversammlung und der Regierung diese Information vermittelt.

Ferner stellen wir Ihnen eine eventuell kurzfristige Unterbrechung der Verhandlungen und die Rückkehr nach Prag zusammen mit den Genossen Dubček, Smrkovský und Černík zur Überlegung. Diese kurzfristige Unterbrechung könnten Sie zu einer genaueren Information über die Lage und zur Konsultation mit den zuständigen Organen ausnutzen.

Wir senden Ihnen, geehrter Genosse Präsident, unsere herzlichen Grüße mit Versicherung unseres vollen Vertrauens.

Regierung der ČSSR: L. Štrougal
Präsidium der Nationalversammlung: J. Való
Präsidium des ZK der KPČ: V. Silhan

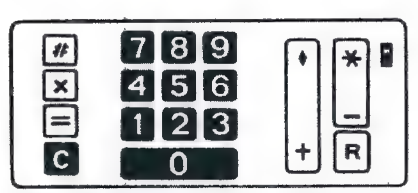
Die FACIT MX ist richtig für alltägliche Aufgaben und besonders einfach zu bedienen.

```
                *

         5.2 5 ×
    1.2 3 6.7 4 =
6 4 9.2 8 8.5 0 ◊

  3 6.8 4 5.5 0 –
6 1 2.4 4 3.0 0 *
```

Der Kontrollstreifen zeigt die Zahlen und Symbole – schwarz auf weiß (negativ rot)



Wenige Tasten für viele automatische Rechenabläufe in der Spanne einer Hand.

Diese druckende FACIT ist besonders wirtschaftlich

(sie multipliziert vollautomatisch)

FACIT ist in Deutschland die meistgekaufte Rechenmaschine für alle vier Rechenarten. Millionen rechnen mit FACIT – in 132 Ländern. Ihr Büromaschinen-Fachhändler stellt Ihnen die FACIT MX unverbindlich zur Probe.

Bitte senden Sie mir Informationen über die FACIT Dreispezies-Rechenmaschine, Modell MX

Name:

Anschrift:

FACIT

FACIT GMBH · Büromaschinenwerk · 4 Düsseldorf · Bonner Straße 117





Schwedische Wohlstands-Symbole: „Ein Blick auf Schweden ...

SCHWEDEN

SOZIALISTEN

Frei von Tabus

Selbstmorde und Trunkenheit" charakterisieren das Land, befand einst Amerikas Präsident Dwight D. Eisenhower. Sowjet-Premier Kossygin hingegen schätzte es „hoch ein".

Das von den Kapitalisten geschmähte, von dem Kommunisten gelobte Land ist Schweden — der am längsten ununterbrochen von Sozialdemokraten regierte Staat der Welt.

Noch im letzten bundesdeutschen Wahlkampf hatte die SPD Schweden als sozialdemokratisches Muster für Bonn empfohlen. Diesmal übergehen Deutschlands Sozialdemokraten den skandinavischen Staat. SPD-Wahlkampfmanager Dr. Werner Müller zum SPIEGEL: „Wir wollten nicht mit Schweden kommen, sonst hätten wir ja die CDU/CSU in die unangenehme Lage gebracht, Spanien oder gar Portugal als Vorbilder anzuführen."

In Wahrheit eignet sich das etwas disparate Schweden-Image nicht eindeutig für Wahlkampfzwecke: Rauschgift und Pornographie, Gefängnisse ohne Türen und Mädchen ohne Moral, Langeweile und kurze Röcke, heiße Liebe und kühle Menschen — das ist das Bild des Durchschnittsdeutschen von Schweden.

Dazu ein gleichmachender Wohlfahrtsstaat, der angeblich jede Initiative lähmt, hohe Steuern verlangt und seine Unternehmer gängelt. „Die Mängel im Königreich Schweden nehmen mit jedem Monat zu", schrieb der „Rheinische Merkur" bereits 1962. Das Kapitalisten-Blatt irrte.

Noch immer ist der schwedische Lebensstandard nach dem der Vereinigten Staaten der höchste der Welt — und liegt um mehr als 30 Prozent über dem der Bundesrepublik. Noch immer ist nur das Pro-Kopf-Einkommen der US-Amerikaner mit 17 650 Mark (1968) höher als das der Schweden (12 320 Mark).

Jeder vierte Schwede im Vergleich zu jedem fünften Bundesbürger fährt einen eigenen Wagen. Nahezu jeder zweite Schwede hat ein eigenes Telephon (Westdeutschland: jeder sechste). Jeder Schwede verbraucht jährlich 11,31 Kilo Kaffee, jeder Westdeutsche nur 4,3 Kilo.

Wahlschlager der schwedischen Kommunisten war 1966: „Zwei Häuser für jede Familie." Schon heute besitzen 700 000 Schwedenfamilien ein Wochenendhaus, 750 000 eine eigene Jacht.

In kaum einem Land ließ der Wohlstand so viel Sicherheit entstehen. Während in der Bundesrepublik die Zahl von Gewaltverbrechen jährlich um etwa 2,5 Prozent steigt, blieb sie in Schweden seit nahezu zehn Jahren konstant. Mit 20,1 auf 100 000 Einwohner ist die Zahl der Selbstmorde in Schweden geringer als in der Bundesrepublik (21,3) oder in Österreich (23,1) — und kaum höher als vor 50 Jahren.

Zum Teil datiert die Sicherheit zweifellos aus vor-sozialdemokratischer Zeit. Wie kaum ein anderes euopäisches Land ist Schweden von großen Konflikten verschont geblieben. Vor 155 Jahren beendete Schwedens König Karl XIII. den letzten schwedischen Krieg (gegen Napoleon).

Aber auch in jüngster Zeit erschütterten weder Minderheitenprobleme wie in Nordirland noch Volkstums-



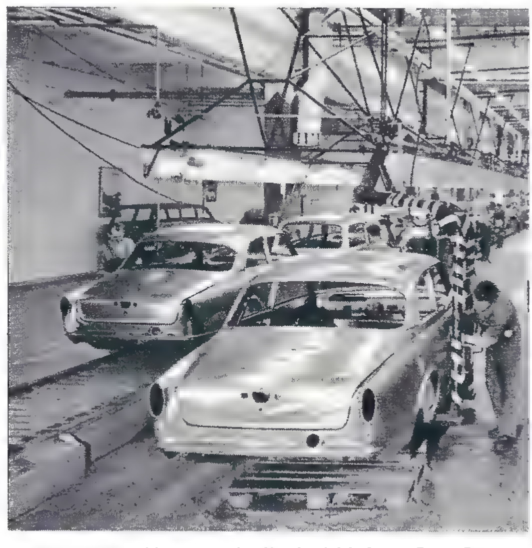


... ist zugleich ein Blick in die Zukunft": Schwedische Wohlstands-Symptome



kämpfe wie in Belgien, weder separatistische Bestrebungen wie in der Schweiz noch soziale Spannungen wie in Frankreich, Italien und neuerlich auch in der Bundesrepublik das Land. Während Streiks in vielen Ländern Westeuropas seit Wochen die Wirtschaft bedrohen, blieb es in Schweden ruhig.

Schwedens Sozialdemokraten nutzten Frieden und Ruhe. Nicht Revolution, sondern Evolution ist ihr Rezept. Nicht von „Eliten gesteuert", sondern „mit dem Einfluß vieler Menschen" versucht das Land — so Schwedens mutmaßlicher neuer Premier Olof Palme zum SPIEGEL (siehe Gespräch Seite 142) — für seine Gesellschaft neue, von Tabus befreite Formen zu entwickeln, etwa durch eine für die abendländische Auffassung revolutionäre Ehegesetzgebung. „Ein Blick auf Schweden ist zugleich ein Blick in die Zukunft", sagte Professor Herbert Giersch, Mitglied des Bonner Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Montagehalle bei Volvo: Der Staat

Dort, wo der Kapitalismus seine Überlegenheit bewiesen hat — bei der Einkommensentstehung —, ist Schweden kapitalistisch. Dort, wo der Kapitalismus versagt hat — bei der Einkommensverteilung —, greift der Staat stärker ein als in anderen westlichen Ländern.

Während in der Bundesrepublik zehn Prozent der Einkommensbezieher 41 Prozent des gesamten Einkommens kassieren, bringt es der gleiche Anteil der schwedischen Großverdiener nur auf 28 Prozent. Bei den Spitzeneinkommen ist der Unterschied noch krasser: Die obersten 2,5 Prozent stecken in Schweden elf Prozent, in der Bundesrepublik hingegen 27 Prozent des Gesamtverdienstes ein.

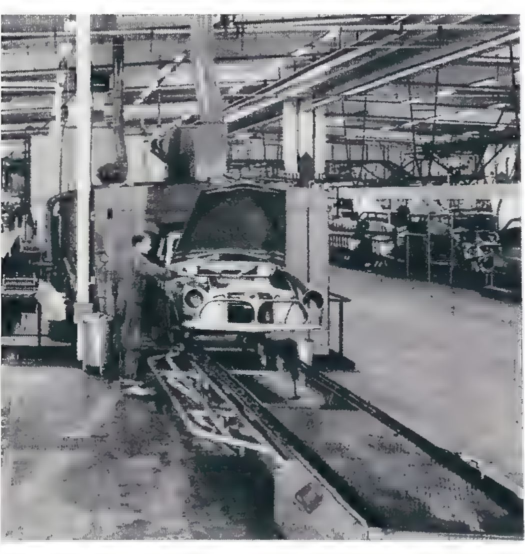
Gleichwohl raubte diese Einkommensverteilung der schwedischen Wirtschaft weder deren kapitalistische Struktur noch deren Wirksamkeit.

Nach 37jähriger Herrschaft der Sozialdemokraten ist in Schweden der Anteil des Staates an der Wirtschaft

kleiner als in der Bundesrepublik. 95 Prozent der Gesamtwirtschaft sind in Privatbesitz. Der größte Teil davon gehört wiederum 15 Familien und zwei Großbanken. Allein die Brüder Marcus und Jacob Wallenberg kontrollieren 70 Unternehmen und beschäftigen 20 Prozent aller Industriearbeiter.

Schwedens Sozialdemokraten greifen nur dort ein, wo private Unternehmer das Risiko scheuen — wie in der Atomindustrie — oder aber, wo die Wirtschaftsstruktur aus volkswirtschaftlichen Gründen verbessert werden muß — wie in der Forstwirtschaft oder dem verkehrsmäßig benachteiligten Norden.

Bereits 1927 beschloß der Stockholmer Reichstag auf Antrag der damaligen konservativen Regierung des Admirals Lindman, die Aktien der Erzgrubengesellschaft „Luossavaara Kiirunavaara Aktiebolaget“ (LKAB) in Kiruna von der privaten Gesellschaft



hilft, wo der Kapitalismus versagt

„Trafikaktiebolaget Grängesberg-Oxelösund“ (TGO) zu übernehmen. Aber erst 1957 — dreißig Jahre später — machte der Staat von seinem Recht Gebrauch.

Die Handelsflotte der TGO, die ebenfalls verstaatlicht werden kann, ist noch heute im Besitz des Privatunternehmens. Beide Gesellschaften vertreiben das hochwertige Kirunaerz (bis zu 71 Prozent Eisengehalt) gemeinsam.

Der schwedische Staat führte die Erzgesellschaft gut. Im vergangenen Jahr stiegen die Verkaufserlöse um 17 Prozent, obgleich der Erzpreis gefallen war.

Insgesamt ist der schwedische Staat an 41 größeren Unternehmen beteiligt, darunter nur neun Industriebetrieben. Die einzige sozialdemokratische Neugründung eines Industrieunternehmens in den letzten 37 Jahren war die des Hüttenwerks „Norrbottens Järnverk“ in der nordschwedischen Hafenstadt Luleå. Grund: im unwirtlichen Lappland Arbeitsplätze zu schaffen



Die Schaufenster der Welt.
New York, Paris, Tokio . . .
Jede Station der Erde!
Wir werden überall dabei sein –
mit der neuen Generation der Cigarette.
Die Große PEER ›100‹

Die neue Generation der Cigarette

Die Große PEER ›100‹

100 mm lang und nikotinarm im Rauch

PEER ›100‹

20 CIGARETTEN

Z 7/69

und Schwedens Versorgung mit Roheisen zu sichern.

Selbst vor einer Reprivatisierung schreckten Schwedens Sozialisten nicht zurück. Vor drei Jahren verkauften sie das Chemie-Unternehmen „Svenska Skifferoljeaktiebolaget", weil die Versorgung mit Benzin — der Grund für die frühere Verstaatlichung — von Privatfirmen gesichert wurde.

Fünf Banken verfügen über 80 Prozent aller Aktiva der schwedischen Geschäftsbanken und finanzieren Industrie-Projekte in der ganzen Welt. Die 1864 gegründete „Skandinaviska Banken", „modernstes und kreativstes Finanzinstitut" Schwedens („Time"), ist an Schweizer und britischen Banken beteiligt und finanziert Industriebetriebe in aller Welt.

Noch stärker als die Banken sind Schwedens Unternehmen im Ausland engagiert. Während Schwedens Bevölkerung nur etwa 0,2 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, buchen schwedische Unternehmen zwei Prozent der gesamten Direktinvestitionen der Welt.

Eines der größten privaten Unternehmen, „Svenska Kullagerfabriken" (Jahresumsatz 1968: 3,74 Milliarden Kronen), verdient etwa 90 Prozent seines Geldes in ausländischen Tochterfirmen. Schwedens Automobilproduzent Volvo (Jahresumsatz 1968: 3,86 Milliarden Kronen) macht etwa 40 Prozent seines Gewinns mit Ausfuhren.

Staatlich geplant wird im sozialdemokratisch regierten Schweden weniger als in der Bundesrepublik. Die Fünfjahrespläne der Regierung sind für die Privatwirtschaft nicht bindend, sondern stellen eine volkswirtschaftliche Übersicht dar.

Aus der Tarifpolitik hält sich die Regierung heraus — sie hat keinen Grund, sich einzumischen. Seit 60 Jahren haben die schwedischen Gewerkschaften keinen Generalstreik mehr ausgerufen, und mit der Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage unterbietet Schweden die meisten Länder Europas.

Anders als in der Bundesrepublik können schwedische Unternehmer schwacher Wirtschaftsbranchen keine geringeren Löhne aufrechterhalten, Gewerkschaften florierender Industriezweige für sich keine höheren Löhne fordern, denn die Tarifverhandlungen werden zentral geführt. Das hat den Vorteil, daß es keine Rivalitäten unter den nach Industriebranchen gegliederten Gewerkschaften und Arbeitgebergruppen gibt.

Für die Volkswirtschaft noch wichtiger ist, daß durch diese Regelung profitable — und damit in der Regel auch moderne — Unternehmen mehr Geld für neue Investitionen aufwenden können, unrentable Betriebe hingegen ausscheiden müssen.

Möglich ist dieser wirtschaftlich sinnvolle Ausleseprozeß, weil Schwedens Regierung seit dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise von 1932 die Vollbeschäftigung zum obersten wirtschaftspolitischen Ziel erhoben hat.

In keinem Jahr der Nachkriegszeit waren in Schweden mehr als zwei Prozent der Arbeitnehmer ohne Job. Dafür stiegen die Preise mit jährlich 4,8 Prozent in den vergangenen Jahren stärker als in den meisten europäischen Ländern. Die Löhne jedoch stiegen noch stärker: um jährlich mehr als acht Prozent.

Die gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaftlern, sowie die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der Regierung zahlte sich aus. Mit durchschnittlich fast neun Mark ist der Stundenverdienst schwedischer Industriearbeiter höher als der aller europäischen Länder (Bundesrepublik 1968: 5,18 Mark). Dabei arbeiten die Schweden weniger als irgendein Volk in der Welt: 1965 waren es durchschnittlich 37,3 bezahlte Stunden in der Woche (Bundesrepublik: 43,7 Stunden).

Zwischen 1952 und 1968 stieg Schwedens Bruttosozialprodukt um 221 Prozent. Das ist zwar weniger als in der Bundesrepublik (257 Prozent), oder gar Japan (580 Prozent), aber viel für ein Land, das schon 1952 ein hohes Industrieniveau hatte. In den Vereinigten Staaten stieg das Bruttosozialprodukt in der gleichen Periode beispielsweise nur um 129 Prozent.



Schwedische Arbeiter
Keine Rivalitäten

Sowenig Schwedens Regierung die Einkommensentstehung reglementiert, so stark greift sie in den Prozeß der Einkommensverteilung ein: mit hohen Steuern und Sozialleistungen: In keinem Land der Welt werden die Bürger so stark vom Fiskus geschröpft wie in Schweden. 41 Prozent des Bruttosozialprodukts (Bundesrepublik: 34 Prozent) wandern jährlich in die Staatskasse.

Ein Ehepaar mit einem Gesamteinkommen von monatlich 2250 Mark zahlt 500 Mark Steuern, ein Junggeselle mit dem gleichen Gehalt 650 Mark. Einem Grundstückseigentümer, der beispielsweise seinen Besitz nach eineinhalb Jahren wieder verkauft, wird der gesamte Gewinn weggesteuert, nach mehr als zwei Jahren 75 Prozent.

Die Einkommensteuer steigt in Schweden für Einkommen von mehr als 73 340 Kronen (56 500 Mark) im Jahr bis zu 65 Prozent. Der Umverteilungseffekt der hohen Einkommensprogression freilich ist praktisch gleich null: Läge der höchste Steuersatz, wie in der Bundesrepublik, bei 53 Prozent, so würde der schwedische Staat nur auf weniger als ein Prozent seines Gesamtsteueraufkommens verzichten müssen.

Schweden mit einem Jahreseinkommen zwischen 12 000 und 50 000 Kronen bringen mehr als zwei Drittel der gesamten Steuern auf. Ihnen verdanken es die Bürger mit weniger als 1000 Kronen Monatsverdienst, daß sie zwar nur 25 Prozent der Steuern zu zahlen brauchen, aber 60 Prozent der staatlichen Zuschüsse kassieren:

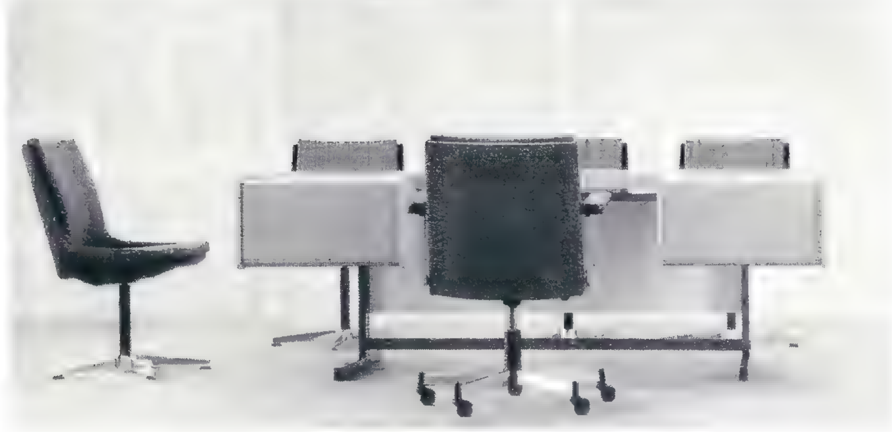
Ob für die Geburt eines Kindes oder einen Hausfrauenurlaub, ob ein Kind Halbwaise wird oder die Miete zu hoch ist, immer gibt es in Schweden Geld:

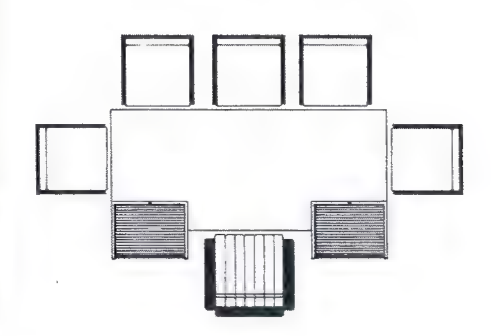
Jede entbindende Mutter — auch die ledige — bekommt unabhängig vom Einkommen und eventuellen Ver-



Schwedische Ferien-Kolonie: Immer gibt es Geld









Das ist «Design 90». Ein Arbeitsplatz, an dem sich jede Arbeit jederzeit souverän überblicken läßt. Bei dem Organisations- und Arbeitsmittel bequem aus dem Arbeitssitz greifbar sind. Denn auf oder neben dem Schreibtisch montierbare Rolladenschränke bieten übersichtlich und im Ganzen überschaubar dar, was bis jetzt in Schubladen versteckt selten zur rechten Zeit ins Auge fiel und nur nacheinander erreicht werden konnte. Ähnlich ist es beim Schreibmaschinentisch. Statt mit Stolperkästen-Schubladen ist er mit Trögen ausgerüstet, die von oben zugänglich und verschließbar sind. Beim Schreibtisch ersparen bequem in halber Höhe angebrachte Unterschränke das Bücken nach unteren und untersten Schubladen und tragen bei zur totalen Beinfreiheit. Denn die «Design 90»-Schreibtische stehen lediglich auf zwei Beinen. Darum können Sie z.B. um den Manager-Tisch fünf Besucherstühle stellen und aus dem Schreibtisch wird ein Konferenztisch.

Ecken und Kanten sind überall abgerundet, was Ellbogen und Knie wohltuend schützt. Die Arbeitsflächen haben einen Kunststoffbelag, der unempfindlich ist gegen Schmutz und Beschädigungen. Er ist leicht zu reinigen und im Gegensatz zu jedem andern Belag ausbesserungsfähig. Dazu matt und blendfrei. Und angenehm handwarm. Möglichkeiten, «Design 90» näher anzuschauen? Planmöbel teilt Ihnen gerne mit wo!

Design 90 –
ausgezeichnet, weil ausgezeichnet

planmöbel

Planmöbel Eggersmann KG, 4992 Espelkamp
Ruf: 05772 – 373 + 225, FS: 09-7415
Unsere Auslandvertretungen:
Holland:
Verhoeven's Handelmij, Weerdingerstraat 18, Emmen
Belgien:
Planmöbel, 146, chaussée de Charleroi, Bruxelles 6
Strassburg:
Lucien Douadic et fils, 16, avenue de la Marseillaise
Spanien:
Muebles Tasio, s.a., Martinez de Tena, 5, Castellón

sicherungsleistungen 832 Mark ausgezahlt. Jede werdende und stillende Mutter wird gratis mit Schutzarzneien (etwa Vitaminpräparaten) versorgt. Der Staat bezahlt die Reisekosten zur nächsten Entbindungsstation, die Hebammen-Assistenz vor, bei und nach der Geburt, die Entbindungskosten und die Behandlung von Entbindungs-Nachfolgekrankheiten.

Für jedes Kind unter 16 Jahren zahlt die öffentliche Hand pro Jahr 700 steuerfreie Mark zurück, auch dem Millionär.

Der Staat ist aber bemüht, den Wohlstand weniger durch Zuschüsse als durch Bildung anzuheben, die zu einem besser bezahlten Arbeitsplatz befähigt.

In der Industriearbeiterstadt Västerås (100 000 Einwohner) beschlossen 91 Prozent aller Absolventen der obligatorischen Grundschule (neun Jahre), sich auf Gymnasien und Fachschulen weiterzubilden. Jedwede Schul- und Universitätsausbildung ist gratis.

In den Schulen wird die Jugend früh zu Demokratie und Verantwortungsbewußtsein erzogen. Schon lange gibt es ein Reichs-Schülerparlament, dessen Beschlüsse ernst genommen werden. Nach Schulversäumnissen schreiben die älteren Schüler den Entschuldigungszettel selber. Anfang September berief die Regierung einen Schüler-Vertreter in die Oberdirektion für das schwedische Schulwesen.

Kultusminister Palme forcierte die Aktion „Erwachsenenausbildung“ jener Generationen, die nur eine sechsjährige Grundschule durchliefen, weil es noch keine bessere gab. Palme: „Diese Leute haben ja unser heutiges Schulwesen finanziert. Deshalb muß man ihnen eine Nachholchance bieten.“ Zu Zehntausenden holen die erwachsenen Schweden durch Sondersendungen des Hör- und Fernsehfunks, in Abend- und Ganztagskursen nach. Wer zu Bildungszwecken seine Arbeit aufgibt, bekommt Studienbeihilfen, Umschulungsgeld und Darlehen bis zu 4600 Mark pro Jahr.

Umschulungsgeld bekommen auch die Angehörigen aussterbender Berufsgruppen in der schrumpfenden Land- und Holzwirtschaft der nördlichen Zweidrittel des Landes. 1967 wurden 12 000, letztes Jahr 100 000 Nordschweden für einen neuen Beruf fit gemacht.

Die ihnen in anderen Landesteilen offerierten Arbeitsplätze und Wohnungen können sie unverbindlich besichtigen. Reise-, Hotel- und Verpflegungskosten — auch für die Ehefrau — trägt der Staat. Er löst gegebenenfalls auch das Eigenheim oder die Genossenschaftswohnung des Umsiedlers ab.

Sparbankvereins-Konsulentin Anna Lisa Hellsten errechnete, daß im teuren Stockholm eine Zwei-Kinder-Familie ohne Auto (die vom Staat jährlich 1400 Mark Kindergeld bekommt) monatlich 1810 Mark, in der Provinz 1540 Mark für angemessenen Lebensunterhalt braucht. Eine gute Million Arbeitnehmer hat nur bis zu 1250 Mark in der Lohntüte — aber der Staat zahlt an alle „Niedrigverdiener“ beispielsweise in diesem Jahr insgesamt 18,5 Milliarden Mark.

Schwedische Jugendliche*: Heirat und Scheidung durch Meldezettel

Trotzdem haben Schwedens Sozialdemokraten die Klassengesellschaft des industriellen Zeitalters nicht verändert, die Begriffe von Hoch und Nieder in der sozialen Rangordnung nur unwesentlich aufweichen können — und insofern hat Schweden als Sozialmodell nur relativen Wert. Aufgeklärter oder sozial geprägter Kapitalismus wäre das zutreffende Etikett für diese Wirtschaftsform. Aber Schwedens Sozialdemokraten sind entschlossen, weiterzugehen.

Das Gewerkschaftsblatt „Metallarbetaren“ schrieb unlängst, es sei unbegründet, daß ein Tankschiffskapitän jährlich 77 000 Mark, ein Tankwagenfahrer hingegen nur 19 250 Mark einstreiche. Und: „Es gibt keine vernünftige Erklärung dafür, warum ein mittelmäßiger Bischof jährlich 53 900 Mark, ein tüchtiger Metallarbeiter jedoch kaum 15 400 Mark verdient.“

Auf einem Sektor legten die pragmatisch gestimmten schwedischen Sozialisten schon wirklich Hand ans Abendland: Schwedische Eheleute, die einander nicht mehr mögen, sollen sich von 1972 an selbst für geschieden erklären können — durch ihre Unterschrift beim Einwohnermeldeamt.

Die Hüter herkömmlicher Moralbegriffe dürften in dieser Revolution ihre Vorstellung vom nordischen Sündenbabel bestätigt sehen: von den frechen Filmen über die freie Liebe zur wilden Ehe. Die schwedischen Konservativen klagten denn auch: „Ein Todesstoß gegen die Familie!“

Justizminister Herman Kling aber befand, daß die Ehe als Form freiwilligen Zusammenlebens selbständiger Personen gestaltet werden müsse. Er gab Ende August eine Direktive zur Reform des Familienrechts heraus. Ihre Kernpunkte:

- ▷ Heirat und Scheidung werden durch Eintragung in das Personenstandsregister vollzogen.
- ▷ Die Schuld am Scheitern einer Ehe spielt amtlich keine Rolle mehr, zumal sich die beiderseitige Unterhaltspflicht nur auf die Kinder erstrecken solle. Sie werden jener Partei zugesprochen, die besser für sie sorgen kann.
- ▷ Die „Gewissensehe“ (zweier Unverheirateter) wird der registrierten Ehe im Prinzip gleichgestellt.
- ▷ Entrümpelung der Eheausschließungsgründe.

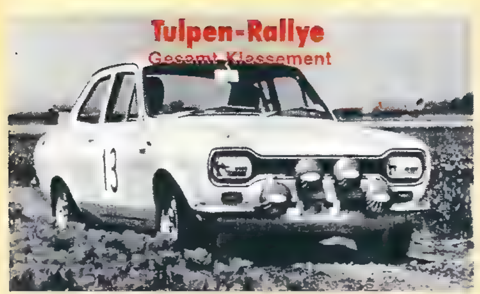
Schwedens Sozialisten glauben, daß ihre Staatsbürger selbst für konservative Begriffe — und entgegen den Vorstellungen im Ausland — für eine derartige Reform gefestigt sind:

Im Land der permanenten Sozi-Herrschaft glauben 53 Prozent der Zwölf- bis Vierundzwanzigjährigen — wenn auch großenteils etwas „unsicher“ — an Gott. Über 90 Prozent haben zwar gegen voreheliche Intimbeziehungen nichts einzuwenden, aber nur dann nicht, wenn der Entschluß zur späteren Ehe gefaßt ist, und sie fordern eheliche Treue. 75 Prozent wollen gar ihr Land „auf jeden Fall“ mit der Waffe verteidigen und wünschen, daß der König auf dem Thron bleibt.

Nächsten Sonntag versammeln sich 350 Delegierte in Stockholm zum Sozialdemokratischen Jahreskongreß. Auf ihm tritt Tage Erlander, der seit 23 Jahren Partei- und Regierungschef ist, von beiden Ämtern zurück. Der Kongreß wählt den Nachfolger, wahrscheinlich den ehemaligen Verkehrs-, jetzigen Kultusminister Palme. Er muß 1970 für seine Partei die Wahlen gewinnen — und hat gute Chancen:

Das schwedische Meinungsforschungsinstitut „Sifo“ publizierte am Sonntag letzter Woche ihren neuesten Test: „Welche Partei würden Sie heute wählen?“ Für die Sozialdemokraten stimmten 52,5 Prozent.

* Vor Wochenendhäusern.



Sieger.



Sieger.



Sieger.



Sieger.



Sieger.



Sieger.



Zweiter.



Sieger.



Sieger.



Sieger.



Sieger.



Escort.

Der Escort wird auf den härtesten Teststrecken geprüft: bei Rallyes und Tourenwagenrennen.

Und wenn der Escort dabei immer wieder siegt, dann bedeutet das für Sie, daß Sie einen Wagen fahren können, dessen Sieg-Erfahrung Ihre gute und sichere Fahrt im Alltag garantiert.

Alle Escorts fahren im Wettbewerb mit Autolite-Zündkerzen.



Ford weist den Weg.

„WIR SIND NOCH LANGE NICHT FERTIG"

SPIEGEL-Gespräch mit dem schwedischen Kultusminister Sven Olof Palme



Palme (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Ministerium*

SPIEGEL: Herr Minister, seit 37 Jahren regieren in Schweden die Sozialdemokraten. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

PALME: Mit der Arbeit der Sozialdemokratie bin ich zufrieden, mit der Gesellschaft nicht. Aber: Die Unzufriedenheit mit der Gesellschaft ist eine der wesentlichsten Triebkräfte unserer Partei.

SPIEGEL: Sie hatten lange genug die Macht, die Gesellschaft zu ändern. Hat dann die Partei nicht versagt?

PALME: Nein, keineswegs. Man kann nicht alle Probleme auf einmal lösen, und es entstehen immer neue. Am Anfang waren die Vollbeschäftigung und die Abschaffung der Armut das große Ziel — das haben wir geschafft. Heute müssen wir eine aktivere Wirtschaftspolitik führen, um unsere Expansionskraft auszunutzen.

SPIEGEL: Diese Probleme haben wir in Deutschland auch. Wir dachten, Schweden sei weiter und mache sich schon daran, die Überflußgesellschaft zu reformieren.

PALME: Tun wir auch. Wir erstreben zum Beispiel den Ausgleich zwischen den Menschen und akzeptieren keine großen Klassenunterschiede.

SPIEGEL: Ihr Ziel ist also die klassenlose Gesellschaft?

PALME: Ja.

SPIEGEL: Im Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei steht das Wort „Republik". Aber es gibt hier immer noch einen König.

PALME: Der König hat keine Möglichkeit zur Entfaltung persönlicher Macht. Überdies arbeiten wir an gewissen Änderungen der Verfassung. Der jetzige König lebt sehr bescheiden, er könnte nicht besser amtieren, als er es tut. Und der ganze alte Hofstaat ist ja verschwunden. Uns erscheint diese Frage nicht schwerwiegend.

SPIEGEL: Aber sie könnte sich später einmal an Personen entzünden? Sie machen es im Augenblick auch in etwa abhängig von der Person.

PALME: Ich halte es für eine Frage der Entwicklung. Eines Tages wird man wohl finden, daß sich die Monarchie — ganz prinzipiell — nicht mit der Demokratie vereinbaren läßt.

SPIEGEL: Auf anderen Gebieten, zum Beispiel dem Eherecht, ist Schweden schon jetzt sehr radikal. Demnächst soll eine Anmeldung beim Personenstandsregister sowohl für Eheschließung als auch Scheidung genügen. In Deutschland würde man behaupten, daß soviel Liberalität die Familie gefährdet.

PALME: Wir gehen davon aus, daß die Familie als soziale Gemeinschaft bestehen bleibt. Aber als eine freiwillige Gemeinschaft. Zum Heiraten genügt nach unserer Meinung eine Registrierung. Das Verfahren bei der Scheidung wird einfacher.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, daß dieser Gleichheitsgrundsatz beispielsweise zu weit getrieben wird, wenn Sie auch, wie es in der Reform-Direktive des Justizministers steht, die Geschwisterehe erlauben?

PALME: Nein, einen Vorschlag dazu gibt es nicht. Aber wir werden die Möglichkeiten untersuchen, die gesetzlichen Ehe-Hindernisse zu verringern. Sie wissen, es gibt in Schweden einen Präzedenzfall. Zwei Halbgeschwister, die nicht wußten, daß sie Halbgeschwister waren, haben geheiratet. Diese Ehe haben wir nachträglich erlaubt, obwohl eine Heirat unter Halbgeschwistern generell verboten ist.

SPIEGEL: Für die Deutschen ist Schweden synonym mit Wohlfahrtsstaat. In Deutschland wird aber auch immer wieder behauptet, eine der Auswirkungen sei die große Langeweile, über die Schwedens Jugend klagt. Wenn die Gehälter nivelliert und die Statussymbole abgeschafft werden, was in Schweden der Fall zu sein scheint, dann fehlt — so heißt es vielfach bei uns — der Anreiz für jede Eigeninitiative.

PALME: Die Gehälter sind gar nicht so sehr ausgeglichen, wie Sie meinen ...

SPIEGEL: Sie haben aber eine relativ stabile Gesellschaft?

PALME: Von einer stabilen Gesellschaft sprach man in mehreren Ländern schon vor fünf Jahren. Aber sie explodierte dann von innen, wie in den Gettos der USA, in den Vorstädten von Paris. Ein vollkommener Ausgleich — von dem reden wir nicht, das ist Utopie.

SPIEGEL: In Schweden sind bislang weniger als zehn Prozent der Unternehmen verstaatlicht. Vor einiger Zeit wurde behauptet, Industrieminister Wickman wolle 25 Prozent der Privatwirtschaft verstaatlichen. Er hat diese Zahl zwar dementiert ...

PALME: ... er hat sie nie genannt.

SPIEGEL: Aber wollen Sie in Zukunft einen größeren Bereich der Wirtschaft verstaatlichen?

PALME: Ich glaube an und für sich, daß schon aus rein rationellen Gründen der staatliche Industriebereich größer sein müßte, damit man effektiver arbeiten kann. Aber das ist vielleicht nicht das wichtigste. Für uns ist das Wesentliche die soziale Kontrolle;

SVEN OLOF PALME

gilt als Favorit für die Nachfolge des schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander, 68, der in der kommenden Woche als Premier und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Schwedens (SAP) zurücktritt. In den 80 Jahren ihres Bestehens hat die SAP nur drei Partei- und Regierungschefs gehabt — und mit jeder Ablösung einen radikalen Generationswechsel vollzogen. Palme, 42, „Oberklassen"-Sohn eines Versicherungs-Direktors und einer baltendeutschen Adligen, Absolvent eines von Hof und Adel bevorzugten Gymnasiums, mit der Tochter eines Freiherrn verheiratet, wurde nach dem juristischen Staatsexamen Sozialist. Erlander machte ihn 1954 zu seinem persönlichen Referenten, 1965 zum Verkehrs-, 1967 zum Kultusminister. Schwedens fortschrittliche Jugend betrachtet Palme als ihren Mann.

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Wolfgang Gust und Johannes Matthiesen.


Super-Kopien macht unser Automat schon lange.
Aber jetzt macht er sie auch noch allein.
Er hat ein Gedächtnis bekommen, der 209, auch wenn unsere Techniker das bloß als Speicherwerk bezeichnen, der neue Super 209 denkt und handelt selbständig. Zum Beispiel: Sie geben ihm einen Stapel Originale mit dem Befehl, von jedem Original 5 Kopien zu machen. Oder 17. Oder 25. Das ist alles, was Sie zu tun haben. Alles andere erledigt der Super 209. Allein! Sie können ganz beruhigt weggehen, er macht das.
Und wenn Sie nach einiger Zeit wiederkommen, liegen die gewünschten Kopien schon fertig da: fein säuberlich sortiert, vollkommen trocken, gestochen scharf und originalgetreu. „Danke" brauchen Sie nicht zu sagen. Der Super 209 ist ja „nur" ein Automat. Wenn auch einer mit Gedächtnis.
Wenn Sie Näheres über den Super 209 oder über die 3M Trocken-Fotokopiermethoden wissen wollen, schicken Sie uns bitte diesen Coupon.
O Wir bitten um unverbindliche Informationen über die 3M Trocken-Fotokopiermethoden
O Speziell über das neue Modell Super 209.
Name:
Firma:
Anschrift:
Telefon:
3M COMPANY
Abt. Kopierprodukte 8 r III · 4 Düsseldorf
Königsallee 106 · Telefon 8 22 42 41

Dieser Zauber ist die Karibische See — Diese Weite ist Air France

Martinique, Guadeloupe . . . Faszinierende Inseln, paradiesische Strände, glasklares, schimmerndes Meer, rote Korallen auf weißem Sand, ein ruhender Einbaum, ein Fischernetz, Silberreflexe . . . zwischen Palmen exotische Blüten, Ananasfelder, tropischer Urwald, ein Wasserfall, farbenfrohe Kleider, Leben . . . Eine weiße Stadt, breite Avenuen, Siesta, ein Bad im Schein des Mondes. Martinique, Guadeloupe . . . Faszinierende Inseln, paradiesische Strände, glasklares, schimmerndes Meer . . . Fragen Sie Ihr IATA-Flugreisebüro nach Flugpauschalreisen mit Air France zu den Inseln der Karibischen See. Oder rufen Sie uns an. Prospekte gehen Ihnen umgehend zu.



Berlin: 8 81 08 81, Bonn: 5 18 58, Düsseldorf: 83 99 21, Frankfurt: 2 05 56, Hamburg: 33 19 21, Hannover: 2 69 53, Köln: 23 55 22, München: 2 10 61, Nürnberg: 20 33 57, Stuttgart: 29 43 51

die Firmen sollen nach gemeinschaftlichen Zielen arbeiten. Wir haben staatliche Banken und besonders den staatlichen Pensionsfonds, der in wenigen Jahren auf 75 Milliarden Kronen angestiegen sein wird ...

SPIEGEL: ... und damit über mehr Einlagen verfügt als alle Banken zusammen.

PALME: Aber verstaatlichen wollen wir nur, wenn es ein ganz klares Motiv dafür gibt. Beispielsweise werden wir eingreifen, wenn sich Monopole bilden oder ein Teil der Wirtschaft unsozial arbeitet. Also wirklich nur aus Gründen rationelleren Arbeitens. Wenn die Privatwirtschaft unser Ziel akzeptiert, sind wir immer zur Zusammenarbeit bereit.

SPIEGEL: Nun haben die Jungsozialisten und auch der Ortsverband der Sozialdemokraten in Stockholm beispielsweise die Verstaatlichung der Geschäftsbanken gefordert.

PALME: Durch eine Sozialisierung der Banken würden wir heute mehr Probleme schaffen als lösen. Wichtiger ist, einen besseren Einblick in die Arbeit der Banken zu bekommen.

SPIEGEL: Die schwedische Krone hat seit 1950 rund 53 Prozent ihrer Kaufkraft eingebüßt gegenüber 32 Prozent beispielsweise der Deutschen Mark. Müssen die Schweden lernen, mit der Inflation zu leben?

PALME: Das große Problem in allen Staaten ist immer gewesen, Vollbeschäftigung mit einigermaßen stabilem Geld zu vereinbaren. Eine vollkommene Lösung gibt es wohl nicht. In den letzten Jahren haben wir stabile Preise gehabt.

SPIEGEL: Die Vollbeschäftigung steht bei Ihnen in jedem Fall obenan, auch um den Preis der Inflation. Eine Austerity-Politik nach dem Beispiel der britischen Labour Party würden Sie nicht betreiben?

PALME: Sehr ungern. Sehr ungern.

SPIEGEL: Unter dem Verkehrsminister Palme ging Schweden — im Straßenverkehr — nach rechts, wird es unter einem eventuellen Ministerpräsidenten Palme in der Außenpolitik nach links gehen?

PALME: Die Frage, wer Ministerpräsident wird, ist hypothetisch ...

SPIEGEL: Da Sie doch zweifellos der aussichtsreichste Kandidat für den Parteivorsitz und damit für das Amt des Premiers sind, unterstellen wir das einmal. Würde Schweden unter Ihrer Regierung nach links gehen?

PALME: Die Personenfrage spielt eine sehr geringe Rolle. Ein scharfer Wechsel in der Linie der Partei wird nicht eintreten.

SPIEGEL: Sie haben an der Seite eines nordvietnamesischen Botschafters an einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg teilgenommen. Sie nannten damals die USA das größte Hindernis für den Frieden in Vietnam. Die Amerikaner waren empört und haben ihren Botschafter zurückbeordert.

PALME: Es war nach meiner Meinung völlig richtig, sich sehr stark gegen den Vietnamkrieg auszusprechen. Sehr stark. Diese Demonstrationen, das waren die anständigsten seit langem, selbst die bürgerlichen Parteien haben teilgenommen — und sogar die Antialkoholiker. Ich bekam auch eine Unzahl von zustimmenden Briefen aus Amerika. Senator Fulbright schrieb mir, er stimme völlig mit mir überein. Er hat meine Rede in das Protokoll des US-Senats aufnehmen lassen.

SPIEGEL: Sie beköstigen hier in Schweden etwa 300 amerikanische Deserteure und zahlen ihnen eine Unterstützung, Sie bereiten außerdem ein Hilfsprogramm für Vietnam vor.

PALME: Wir haben 300 Deserteure, richtig. In Kanada haben sie 10 000. Wir haben ja auch Zehntausende von Flüchtlingen aus dem Osten. Wenn wir mit diesen Deserteuren anders verfahren würden, dann würden wir mit unserer sozialhumanitären Politik brechen. *Das* wäre wirklich aufsehenerregend. Wir würden auch unser Abkommen mit den USA brechen, wenn wir die Deserteure auslieferten.



König Gustaf VI. Adolf*
„Der alte Hofstaat ist verschwunden"

SPIEGEL: Im vergangenen Jahr hat Ihre Partei angeblich mehr als hunderttausend Kronen an den Vietcong überwiesen, warum?

PALME: Wir haben etwas gegen die Bezeichnung „Vietcong".

SPIEGEL: Gut, also der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams als der politischen Organisation des Vietcong.

PALME: Wir haben aus humanitären Gründen diese Befreiungsfront unterstützt. Nach allen Informationen repräsentiert die Befreiungsfront besser die Meinung des vietnamesischen Volkes als diese Junta in Saigon. Präsident Eisenhower hat seinerzeit gesagt, daß er glaubt, 85 Prozent würden für Ho Tschi-minh stimmen.

SPIEGEL: Unterstellen wir einmal, die Sowjet-Union würde Finnland besetzen oder auch nur den Beistandsvertrag sehr großzügig auslegen und in Finnland Basen anlegen. Würden Sie sich dann der Nato nähern?

PALME: Was in Finnland geschieht, interessiert die öffentliche Meinung in Schweden immer. Es gab hier 1961 eine Debatte, als der berühmte Brief des Kreml an den finnischen Präsidenten bekannt wurde**. Damals gab es hier gewisse Kreise, die verlangten, daß die Regierung sagen solle: Wenn jetzt etwas in Finnland passiert, dann werden wir uns der Nato anschließen. Wir haben damals ganz einfach erklärt: Die schwedische Neutralität steht fest.

SPIEGEL: Herr Minister, gibt es ein Land, von dem Sie glauben, etwas lernen zu können?

PALME: Man kann immer und überall etwas lernen. Wir haben zum Beispiel für das sowjetische System nichts übrig, aber vom Erziehungs- und Ausbildungswesen, von der Forschung der Russen kann man lernen, von den Amerikanern kann man sehr viel lernen, von Israel, Tansania ...

SPIEGEL: Glauben Sie, daß Schweden anderen Staaten ein Modell sein könnte?

PALME: Nein, immer dieses schöne „Modell"! Wir sind noch lange nicht fertig. Wir sind kein Modell. Was wir für andere Länder bedeuten können, ist dieses: Daß wir nicht eine Revolution zu machen brauchen, um die Gesellschaft zu ändern. Daß man nicht von Eliten gesteuert zu werden braucht, nur um den Status quo zu verteidigen. Sondern daß es möglich ist, auf demokratischem Weg die Gesellschaft zu verändern. Man kann nicht die kommunistischen Staaten reformieren, da kommen sofort die Freunde von Gesetz und Ordnung. Es gibt dasselbe in den reichen Staaten des Westens. Wenn man die zu reformieren versucht, so kommen auch die Freunde von Gesetz und Ordnung, um den Status quo zu verteidigen. Wir wollen beweisen, daß man mit dem Einfluß vieler Menschen eine Gesellschaft verändern kann.

SPIEGEL: Der schwedische Weg war doch in vielen Dingen sehr pragmatisch. Wird jetzt die Ideologie mehr in den Vordergrund treten?

PALME: Die Ideologie hat geschichtlich immer eine große Rolle gespielt. Aber: Eine Partei, die so ideologisch wird, daß sie sich von der Wirklichkeit entfernt, wird nichts ausrichten können. Eine Partei wiederum, die so praktisch ist, daß sie sich nie Gedanken macht, die wird sich nur mit dem täglichen Kleinkram beschäftigen können. Die Aufgabe ist, eine Synthese zu schaffen zwischen den grundlegenden ideologischen Triebkräften und der täglichen Arbeit. Eine Synthese, die die Wirklichkeit verändert.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Nach Verleihung der Ehren-Doktorwürde durch die Universität Stockholm.

** Interventionsandrohung des Kreml, weil er die Wiederwahl Kekkonens durch einen sozialdemokratisch-bürgerlichen Gegenkandidaten (der dann zurücktrat) gefährdet glaubte.

Die ist für den Staat aber die staatliche

Als einzige Partei sagt die F.D.P.:
Der Staat muß frei sein von kirchlichem Einfluß, die Kirche frei von staatlichem Einfluß. Deshalb fort mit der staatlichen Kirchensteuer. Besser: ein kircheneigenes Abgabesystem.

Beispiel für freiheitliches Denken. Wir haben daraus ein Konzept gemacht.

Welche große Partei sagt klipp und klar: Schluß mit dem Alleinvertretungsanspruch. Die DDR ist ein Staat und kein Gebilde.

Wir können zur DDR nicht Ausland sein. Aber wir müssen miteinander sprechen. Als gleichberechtigte Vertragspartner.

Selbstbewußte Gedanken für eine neue deutsche Ostpolitik. Die F.D.P. hat sie in Moskau vertreten. Im nächsten Bundestag werden wir sie durchsetzen.

Ein klares Nein zur paritätischen Mitbestimmung nach dem Montan-Modell.

Wir brauchen keine Fremdbestimmung von Funktionären.
Wir brauchen mehr Mitwirkungsrecht für alle die im Betrieb mitarbeiten.

F.D.P. ,für die Kirche, gegen Kirchensteuer.

Große Probleme,
die auf die nächste Regierung warten.
Eines steht fest: Die große Koalition ist dafür eine Nummer zu klein. CDU/CSU und SPD rechnen sich täglich vor, wie schlecht der andere ist. In allen Einzelheiten.

Wie kann man eine dieser Parteien überhaupt noch wählen?

Schlimmer noch: Wie kann man der Fortsetzung der großen Koalition zustimmen? In der beide Parteien weiterregieren?

Nein. Diese Koalition muß weg für immer. Ihr Stimmzettel muß ein Denkzettel sein.

Denkzettel für die SPD: Denken Sie daran, wie sich diese Partei hat mißbrauchen lassen. Von den Notstandsgesetzen bis zur Aufwertungsfrage – ein Kniefall nach dem anderen.

Und ein Denkzettel erst recht der CDU: Schluß mit dem „Augen zu – CDU". Deutsche Politik braucht endlich den Wechsel.

Die F.D.P. ist die treibende Kraft. Kommen Sie zu uns. Machen Sie uns stark.

Am 28. September
können Sie Deutschland verändern.

F.D.P.



New York Review

Feuer aus Peking

CHINA

KOSSYGIN-BESUCH

Abgenutzte Trompete

Welches Recht haben Breschnew und Kossygin heute, über ‚Einigkeit' der internationalen kommunistischen Bewegung zu sprechen?" erboste sich am vorletzten Dienstag die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua.

Die Pekinger gaben selbst die Antwort: „Dieses Renegatenpack hat lediglich das Recht, auf der Anklagebank der Geschichte zu sitzen."

Zwei Tage später war einer der Angeklagten Gast der Ankläger: Im Restaurant des Pekinger Flughafens redete Sowjet-Premier Alexej Kossygin mit China-Premier Tschou En-lai über die Uneinigkeit im roten Lager.

Worüber und mit welchem Resultat der Moskauer Emissär, begleitet vom ZK-Sekretär Katuschew und dem Präsidenten der russischen Sowjet-Republik, Jashow, mit seinem Pekinger Amtskollegen im einzelnen konferierte, darüber schweigen sich beide Seiten bislang hartnäckig aus. Geheim blieb sogar, wie lange die verfeindeten Brüder beisammensaßen (in Berichten westlicher Diplomaten aus Moskau und Peking ist von einer Stunde die Rede, aber auch von vier Stunden einschließlich Abendessen).

Am Tag nach dem überraschenden Flugplatz-Treffen — laut Jugoslawiens Parteizeitung „Borba" „möglicherweise *das* Ereignis des Jahres 1969" — lud der Peking-Heimkehrer Kossygin das Moskauer Politbüro ins Grüne. Wie vor wichtigen Entscheidungen zu Stalins Zeiten tagte die Kreml-Runde hinter Büschen: in der Datscha des Witwers Kossygin in einem Moskauer Vorort.

Nach dem Geheimrapport des Reisenden Kossygin änderte die Moskauer Führung kurzfristig ihre Taktik: An der Propagandafront des Kalten Krieges stellte sie das Feuer gegen Peking vorerst ein. Ohne Kommentar zeigte am Mittwochabend das Moskauer Fernsehen Bilder von dem Gipfel-Gespräch.

Nur für das Ideologen-Blatt „Kommunist" und die Zeitschrift „Sa rubeschom" kam der Befehl zum Waffenstillstand zu spät: Beide waren schon vor dem Pekinger Treffen in Druck gegangen. So polemisierte der „Kommunist" in der vergangenen Woche noch gegen „Maos selbstmörderischen Kurs" und bezeichnete den Mao-Kommunismus als „Mischung von spießbürgerlichem Revolutionarismus, militanten Nationalismus und utopischem Sozialismus mit einigen vulgär dargestellten und verzerrten Grundlagen des Marxismus-Leninismus".

Peking schoß mit gleich grober Munition — aber im Gegensatz zu den vereinzelten Spätzündern aus Moskau auch weiterhin in vollen Breitseiten. Dabei gaben die Chinesen die ersten Hinweise auf die Themen, die beim geheimen Flugplatz-Gipfel zur Sprache gekommen waren.

Das KP-Organ „Jen Min Jih Pao" (Volkszeitung) warf dem sowjetischen KP-Chef Breschnew vor, er habe mit seiner Rede zur Koexistenz auf der Moskauer Weltkonferenz im vergangenen Juni die revolutionären Völker der Welt am Aufstand gegen den Imperialismus gehindert. Breschnews Zusammenspiel mit dem US-Präsidenten Nixon in der Vietnam-Politik, so ergänzte Radio Peking, beweise den Verrat an der revolutionären Idee.

Radio Peking veröffentlichte auch einen japanischen Zeitungsartikel, in dem der Vorschlag Breschnews für ein kollektives Sicherheitssystem in Asien angegriffen wurde. In einer zweiten Sendung war von der „nuklearen Erpressung" Moskaus die Rede, das wie Hitler mit atomaren Blitzkriegen drohe: „Der erste stellvertretende Verteidigungsminister Sacharow blies mit großem Kraftaufwand auf der abgenutzten Trompete."

Wertet man Pekings lautstarke Kampagne als Reaktion auf den überraschenden Kossygin-Besuch, dann hat der Russe bei dem Treffen mit Tschou

- ▷ die Chinesen durch den Hinweis auf die nukleare Überlegenheit der Sowjets vor unbedachten Aktionen im Grenzstreit gewarnt;
- ▷ China aufgefordert, die Moskauer Beschlüsse der Weltkonferenz endlich anzuerkennen und in die kommunistische Völkerfamilie zurückzukehren;
- ▷ zur politischen Regelung der Streitigkeiten den Aufbau eines asiatischen Sicherheitssystems vorgeschlagen.

Die Pekinger Antworten dürften Moskau kaum befriedigt haben. Vor der Weltöffentlichkeit aber nutzte der Kreml seine Gesprächsbereitschaft als Alibi für die sowjetische Friedfertigkeit. Unter der Überschrift „Gebot der Zeit" warnte die „Prawda" am vorletzten Wochenende erneut vor der Kriegsgefahr und rechtfertigte die von Peking kritisierte Koexistenz.

Gleichzeitig rüsten die Sowjets jedoch verstärkt für einen möglichen Waffengang. In der Grenzprovinz Ost-Kasachstan wurde der Parteichef Nebljudow abgelöst: Ihm war nach dem jüngsten Zwischenfall an der Grenze zur chinesischen Provinz Sinkiang mangelnde Verteidigungsbereitschaft vorgeworfen worden.

Und an der chinesischen Grenze, so berichtete vergangene Woche der Moskau-Korrespondent der Londoner „Evening News", bauen die Sowjets ein „breitgefächertes Raketenarsenal" aus: „Hier hat niemand auch nur den leisesten Zweifel, daß die sowjetischen Kernwaffen auf die chinesischen Atomeinrichtungen ausgerichtet sind."

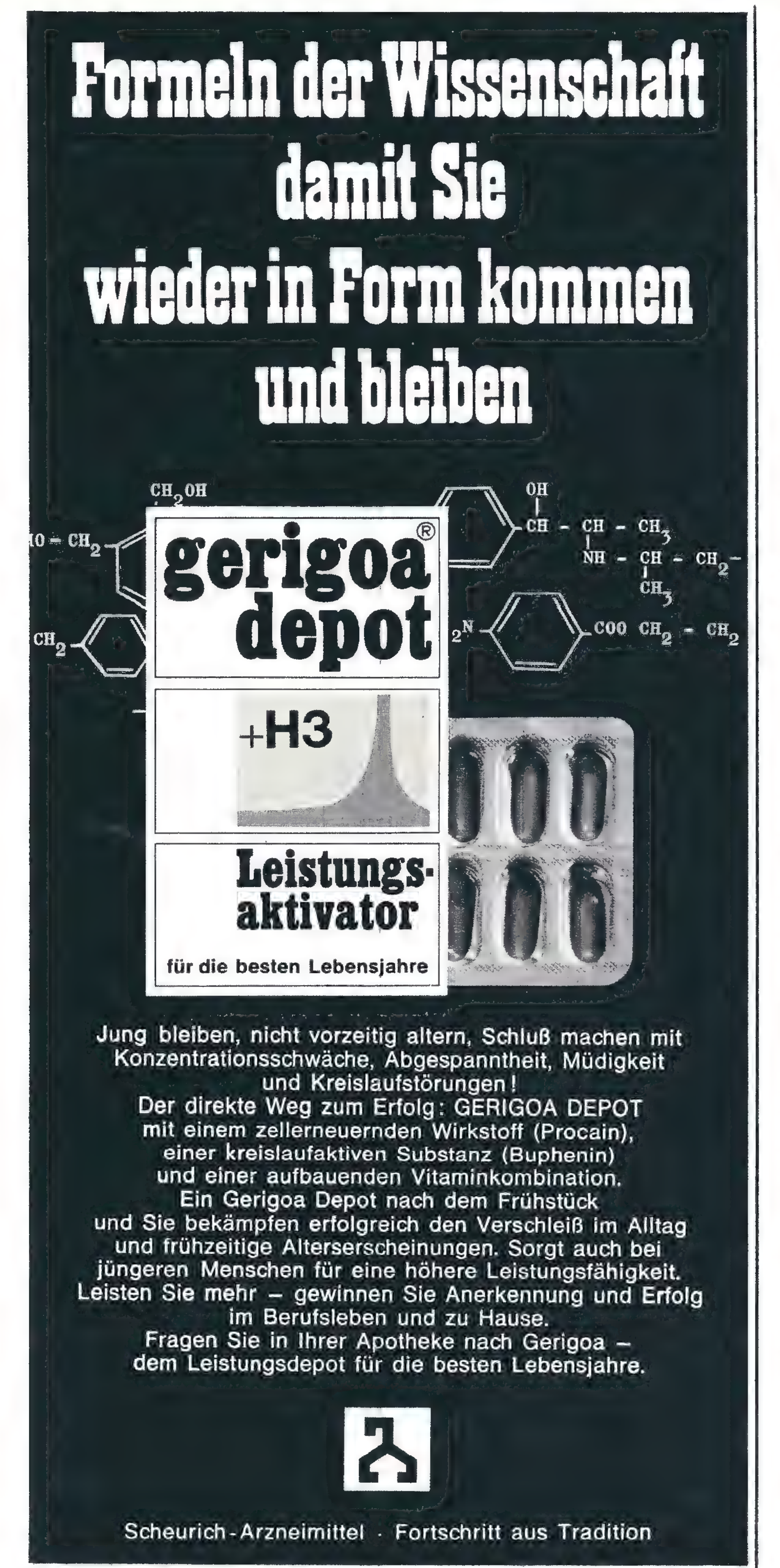
Dabei ist es möglich, daß die Raketen auf ein falsches Ziel program-



China-Reisender **Kossygin** (2. v. l.), China-Premier **Tschou** (r.)*: Gast der Ankläger

* Am 11. September auf dem Pekinger Flugplatz. Links: ZK-Sekretär Katuschew.


Fürstenberg Pilsener
SEIT 1705
Fürstenberg Pilsener
FÜRSTLICH FÜRSTENBERGISCHE BRAUEREI KG DONAUESCHINGEN
Bier und Bier – das ist ein großer Unterschied!
Fürstenberg Pilsener hat Freunde in aller Welt. Trotzdem ist es kein Allerweltsbier. Denn die Fürstlich Fürstenbergischen Braumeister brauen lieber etwas weniger und lieber etwas besser. Sie nehmen nur wertvollsten Hopfen, beste Braugerste und das kristallklare Quellwasser des Schwarzwaldes.
Gebraut zum Wohle Ihrer schlanken Linie ....
Fürstenberg: Qualität ist seine beste Referenz!
Fürstenberg
IN DER TAT EINES DER BESTEN BIERE DER WELT
SP 39-9-5



miert sind: Nach Meldungen aus Indien haben die Chinesen begonnen, ihre Atom-Werkstätten von Sinkiang in die weniger verwundbare Provinz Tibet zu verlegen.

ISRAEL

ARABER

Neue Gefahr

Palästinensischen Freischärlern gelingt es nur noch selten, durch Israels Abwehrlinien am Jordan ins besetzte Westjordanien einzusickern.

Dennoch explodieren immer häufiger Bomben — nicht so sehr in den von Israel besetzten arabischen Gebieten, sondern im israelischen Hinterland: im Strandbad von Ein Dor, auf dem Autobusbahnhof von Tel Aviv, in der Synagoge von Kfar Saba, vor einem japanischen Wanderzirkus in Haifa und auf einem Zivil-Flugplatz bei Afula. Möglicherweise durch Sabotage brannte die Kartonagenfabrik Cargal in Lod ab. Schaden: 30 Millionen Mark. Bei Askalon zerstörte eine Sprengladung eine Stromleitung, und während in Haifas „Peer"-Kino „Funny Girl" lief, explodierte auf dem Parkplatz hinter dem Theater eine Höllenmaschine.

Israels neue Feinde kommen nicht von außen, sondern aus der arabischen Minderheit, die nun schon seit über zwei Jahrzehnten im Staat der Juden lebt. Sie verhielt sich bislang loyal. Jetzt scheint sie zumindest teilweise in die Résistance zu gehen.

Nur etwa 100 000 von über einer Million Araber hatten 1948 bei der Staatsgründung Israels das Land nicht verlassen. Unter der neuen Herrschaft wurden sie geduldet, aber nicht akzeptiert. Für die Juden blieben sie israelische Araber, für die Araber wurden sie arabische Israelis.

Die meisten von ihnen lebten in den Grenzgebieten Israels, die bis 1966 unter Militärverwaltung standen: Jeder Araber brauchte eine Erlaubnis, wenn er aus einem Dorf in ein anderes reisen wollte. Erst seit drei Jahren können sich die Araber freier bewegen. Theoretisch haben sie die gleichen Rechte wie die Juden und auch etwa gleichen Zugang zu den Bildungsstätten. An Israels Universitäten studieren etwa 500 Araber.

Doch die Aussichten, nach dem Studium auch einen angemessenen Beruf zu finden, sind gering. Es gibt beispielsweise keinen arabischen Universitätsprofessor und nur zwei arabische Architekten. In der Verwaltung kann ein Araber höchstens zum obersten Kommunalbeamten seiner Gemeinde aufsteigen. In den Ministerien werden selbst die arabischen Angelegenheiten von Juden verwaltet.

Die Araber leben dennoch nicht schlecht. Vor allem in der Bauwirtschaft fanden die Araber gutbezahlte Arbeit. Sie verdienen genausoviel wie jüdische Bauarbeiter. Arabische

Bauern lernten mit jüdischer Hilfe neue landwirtschaftliche Methoden kennen.

Daher rebellierten sie höchstens, indem sie bei den Wahlen zahlreicher für die unbedeutende KP des Landes stimmten als die Juden. (Bei den Wahlen innerhalb des israelischen Gewerkschaftsbundes „Histadrut" erhielt der extremistische KP-Flügel „Rakach" Anfang September 2,25 Prozent der Stimmen — gegen 1,18 Prozent vor vier Jahren. Etwa die Hälfte der 13 943 „Rakach"-Stimmen wurde von Arabern abgegeben.)

Die Israel-Araber schienen allenfalls demographisch eine Gefahr zu werden: Während eine Jüdin durchschnittlich 3,1 Kinder zur Welt bringt, sind es bei der christlichen Araberin 7,2 und bei der Mohammedanerin gar 8,2 Nachkommen.

Ergebnis von 21 Jahren arabischer Bevölkerungsexplosion in Israel: Die



Israelische Araber (in Jerusalem)
„Wir wollen wieder auferstehen"

Zahl der arabischen Israelis stieg von 100 000 auf 330 000 — bei nur 2,8 Millionen Einwohnern. Bei gleichbleibender Geburtenrate und gleich hoher jüdischer Zuwanderung würde die arabische Minderheit die jüdische Mehrheit in 50 Jahren überrundet haben.

Nach der arabischen Niederlage im Juni-Krieg konnten die Israel-Araber zwar feststellen, daß ihr Einkommen doppelt bis dreimal so hoch war wie das der arabischen Brüder in den besetzten Gebieten. Doch zum erstenmal erspähten sie auch eine Alternative zu ihrem bis dahin als unabänderlich angesehenen Schicksal. „20 Jahre lang mußten wir für beide Seiten als Sündenböcke herhalten, weil wir unsere Identität verloren hatten", klagte Mohammed Salim im Dorf Kfar Tira, „heute wollen wir wieder auferstehen."

Die Auferstehung signalisierten die Araber mit Bomben. Mitglieder eines angeblichen Sportklubs in Kfar Tira

Sieg für Su
Mehr Kilometer d



Das ist der Höhepunkt im Super Shell Verbrauchstest: Ein Auto durchbricht mit dumpfem Knall ein breites Papierband und verschwindet in der nächsten Kurve.

Wieder einmal hat Shell bewiesen, daß eine der wichtigsten Komponenten moderner Super-Kraftstoffe mehr Kilometer bringt: Platformat.

Dieses Ergebnis brachte eine Vergleichsfahrt mit zwei gleichen Wagen, die mit der gleichen Menge Kraftstoff die gleiche Strecke fuhren. Nur in einem wichtigen Punkt war ein Unterschied: Testwagen 1 hatte ein Test-Super* ohne Platformat im Tank, Testwagen 2 dagegen fuhr Super Shell mit Platformat. Als Wagen 1 mit leerem Tank liegenblieb, war Super Shell mit Platformat noch lange nicht am Ende: Wagen 2 durchbrach die „Kilometer-Mauer"!

Tanken Sie Super Shell – seit langem schon mit Platformat.

**Im Shell Laboratorium für Testzwecke hergestellter Super-Kraftstoff ohne das im Platforming-Verfahren gewonnene Platformat.*

waren an einem Anschlag im Merkas-Kino in Tel Aviv beteiligt. Araber aus Galiläa dienten El-Fatah-Guerillas als Führer bei einem Überfall auf die British-Leyland-Automontage-Fabrik in Nazareth.

Bei Razzien fand israelische Polizei wiederholt Araber aus den besetzten Gebieten, die ohne Erlaubnis in den Dörfern der arabischen Israelis wohnten und agitierten. Allein in Kfar Tira wurden 160 Illegale aus Gaza verhaftet.

Schmuel Toledano, Berater für arabische Angelegenheiten im Amt des israelischen Ministerpräsidenten, will das Problem „weder verniedlichen noch übertreiben". Nach seiner Zählung wurden bisher 85 arabische Israelis wegen subversiver Tätigkeit verhaftet.

JUGOSLAWIEN

STREIKS

Gehetzte Hasen

Die Hafenarbeiter von Rijeka bewaffneten sich mit eineinhalb Meter langen und vier Zentimeter dicken Seilen: Sie wollten ihre bankrotte Geschäftsführung lynchen.

Etagenweise säuberten sie das Verwaltungsgebäude ihrer Firma von allen Angestellten. Generaldirektor Kazimir Jelovica flüchtete unter Prügeln ins Hotel „Bonanija"; sein Kollege Dr. Joško Vukov rannte hinterher und wurde noch im Hotel-Foyer zusammengeschlagen.

Wie gehetzte Hasen spurteten die Partei- und Gewerkschafts-Funktionäre durch das Zentrum der größten jugoslawischen Hafenstadt; dem Finanzdirektor Josip Čujec, der sich ins Gebäude der Firma „Torpedo" rettete, riefen die streikenden Proletarier nach: „Haltet den Dieb!"

Dann hoben die Arbeiter alle arbeiterfeindlichen Beschlüsse der Geschäftsführung und der Selbstverwaltungs-Organe auf: Gehaltsabstriche und Kürzungen der Urlaubs-, Kranken- und Überstundengelder.

Die Chefs stehen noch heute unter dem Schock des Aufstands: Sie trauen sich nicht wieder an ihre Schreibtische zurück. Einige der leitenden Angestellten wagen nicht einmal, im eigenen Haus zu nächtigen, obgleich die acht Haupträdelsführer des Hafenarbeiter-Streiks in Rijeka inzwischen verhaftet und verurteilt sind. Schwerste Strafe für den Angeklagten Ismet Kunovec: zwei Jahre und zehn Monate Gefängnis.

Auch die Docker des konkurrierenden Hafens von Ploče traten in den Ausstand — nachdem sie im letzten Jahr dreimal erfolglos gegen ihre Mini-Löhne (100 Mark im Monat) protestiert hatten.

In diesem Jahr will die 50 Jahre alte KP Jugoslawiens feierlich die Jubiläen der Streiks von Bergarbeitern in Valjevo, der Aeronautiker in Belgrad und Eisenbahner Bosniens begehen, die einst von der KP im kapitalistischen Jugoslawien organisiert worden waren. Zum Jubiläum wird das inzwischen kommunistische Jugoslawien abermals von einer Streikwelle erschüttert:

▷ Im Januar legten Automechaniker, Chauffeure und Graphiker die Arbeit nieder;

▷ im Februar streikten Bau-, Metall- und Textilarbeiter sowie Eisenbahner, die ihre Chefs zwangen, die Loks eigenhändig in die Schuppen zu fahren;

▷ im März traten die Schreibkräfte des Kreisgerichtes von Subotica und die Arbeiter des Baukonzerns „Jugostroj" in den Ausstand;

▷ im April streikten Stahlwerker und die Schauspieler der Zagreber „Komödie";

▷ im Mai protestierten Holzarbeiter, Kumpel und eine Einheit der „Motorenfabrik Rakovica", jenes Betriebes, von dem vor Jahren die Initiative zur Einführung der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung ausgegangen ist;

▷ im Juni streikten außer den kroatischen Dockern an mehreren Orten Lehrer und ihre Schüler;

▷ im August legten die Kumpel des slowenischen Stahlwerkes von Celje und die Arbeiter der bosnischen Textilfabrik Hasan Brkić in Livno die Arbeit nieder;

▷ im September organisierten die 450 Lokomotiv-Maschinisten einen Warnstreik gegen den Import von Elektro-Loks, weil sie fürchten, ihre Posten zu verlieren.

Keine einzige der sechs Republiken Jugoslawiens blieb vor der Streikwelle bewahrt. Allein in Bosnien eröffneten 15 000 Arbeiter den Kampf gegen die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge: Sie löschten Siemens-Martin-Öfen, sperrten sich in Fabriken und Betriebsgarderoben ein, demontierten wichtige Anlagen und ließen sich nur von Milizeinheiten wieder auseinandertreiben. Streiks haben auch die Filmproduzenten und die Meteorologen angekündigt.

Gegen die sprunghaft steigende Streikflut (1966: 139 Streiks, 1968: rund 2000) zeigte sich Belgrads Obrigkeit bisher ratlos. Das Präsidium des sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens disqualifizierte den Streik zwar als „eine Methode des Drucks", zum Streikverbot konnte sich die Regierung aber nicht entschließen.

Denn dann müßte das Tito-Regime auch gegen die hauptsächliche Ursache der Arbeiter-Ausstände ankämpfen: Jugoslawiens schleichende Inflation. Bei permanentem Kaufkraft-Überhang sind die Lebenshaltungskosten allein in diesem Jahr um 7,3 Prozent gestiegen, eine weitere Teuerungswelle um rund zehn Prozent zeichnet sich bis Jahresende ab. Die Mieten stiegen 1969 sogar um 18,7 Prozent, die Preise für Dienstleistungen um 12,4 Prozent. Den Konsum-Markt wirksam zu regulieren, dafür aber fehlt es Staat und Wirtschaft an Geld.



Streikende Hafenarbeiter in Rijeka: Prügel für den Generaldirektor

Die jugoslawische Streikbewegung greift sogar über die Landesgrenzen: Im Kampf um einen Stundenlohn-Unterschied von einem Gulden, bessere Kost und Logis traten an der Rotterdamer „Verolme"-Werft 380 Jugoslawen in den Ausstand. Doch ihr Protest richtete sich nicht gegen niederländische Kapitalisten, sondern gleichfalls gegen die Kommunisten im jugoslawischen Heimatland:

Dort, so beschwerten sich die Sprecher der Rebellen, schlucke die Firma „Industromontaza" wie ein Sklavenhalter einen Teil der Lohngelder, die sie als ins Ausland vermietete Angestellte dieses Betriebes verdienen.

Sieg für Su
Mehr Kilometer d



Das ist der Höhepunkt im Super Shell Verbrauchstest: Ein Auto durchbricht mit dumpfem Knall ein breites Papierband und verschwindet in der nächsten Kurve.

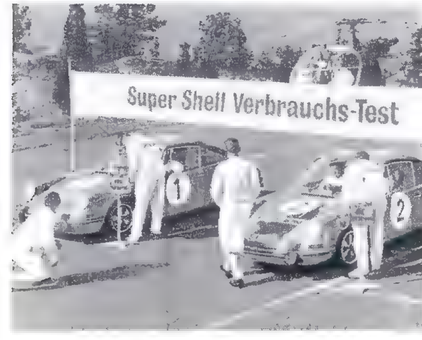
Wieder einmal hat Shell bewiesen, daß eine der wichtigsten Komponenten moderner Super-Kraftstoffe mehr Kilometer bringt: Platformat.

Dieses Ergebnis brachte eine Vergleichsfahrt mit zwei gleichen Wagen, die mit der gleichen Menge Kraftstoff die gleiche Strecke fuhren. Nur in einem wichtigen Punkt war ein Unterschied: Testwagen 1 hatte ein Test-Super* ohne Platformat im Tank, Testwagen 2 dagegen fuhr Super Shell mit Platformat. Als Wagen 1 mit leerem Tank liegenblieb, war Super Shell mit Platformat noch lange nicht am Ende: Wagen 2 durchbrach die „Kilometer-Mauer"!

Tanken Sie Super Shell – seit langem schon mit Platformat.

** Im Shell Laboratorium für Testzwecke hergestellter Super-Kraftstoff ohne das im Platforming-Verfahren gewonnene Platformat.*

per Shell:
urch Platformat!



Start. Gleiche Wagen, gleiche Kraftstoffmenge.



Wagen 1 — Tank leer. Wird Wagen 2 weiter fahren?



MANAGER

FORD

Fremde Nasen

Henry Ford II. präsentierte seinen Top-Managern im Februar 1968 unverhofft einen graumelierten Herrn, der sie kühl lächelnd durch seine Hornbrille musterte. Es war ihr neuer Präsident: Semon Emil („Bunkie“) Knudsen, 56, bis dahin als Vizepräsident und Mitglied der Führungsspitze des Auto-Giganten General Motors einer der gefährlichsten Ford-Gegner auf dem Markt.

Die Branche wertete damals als strategische Meisterleistung, daß Ford die Regie über 415 000 Ford-Werker und das zweitgrößte Automobil-Imperium der Welt (Jahresproduktion: fünf Millionen Kraftfahrzeuge, Umsatz: 56 Milliarden Mark) ausgerechnet einem altgedienten GM-Boß übertrug. Zur Tarnung war Ford zu den geheimen Übertritts-Verhandlungen sogar mit einem Oldsmobile von GM in der Knudsen-Villa vorgefahren.

„Der Fluß der Geschichte“, so begrüßte Henry Ford den GM-Abtrünnigen im zwölfstöckigen Ford-Glashaus zu Dearborn (US-Staat Michigan), „hat sich umgekehrt.“ Ford spielte damit auf Knudsens Vater William Knudsen an, der 1921 von Großvater Henry Ford als Produktions-Chef gefeuert worden und danach zum GM-Präsidenten aufgestiegen war.

Doch vorletzte Woche zeigte sich, daß der Fluß der Geschichte offenbar doch nicht umzukehren war. Plötzlich trat der Großaktionär und Firmen-Chef in das Büro seines mit Jahresbezügen von 580 900 Dollar (2,32 Millionen Mark) höchstbezahlten Angestellten, und zum zweitenmal feuerte ein Ford einen Knudsen. Henry Ford: „Mitunter entwickeln sich diese Dinge eben nicht, wie erwartet.“ Knudsen war so überrascht wie die ganze Autobranche: „Mir ist das alles rätselhaft.“

Weniger rätselhaft war Knudsens Sturz nach nur 19 Monaten Amtszeit den übrigen Spitzenmanagern der Ford Motor Company. Als sie jüngst das Produktions-Jubiläum des hundertmillionsten Ford-Autos festlich begingen, feierten sie — wie Eingeweihte verrieten — zugleich auch insgeheim den Hinauswurf ihres Präsidenten. Denn sie waren es, an denen Knudsen letztlich scheiterte.

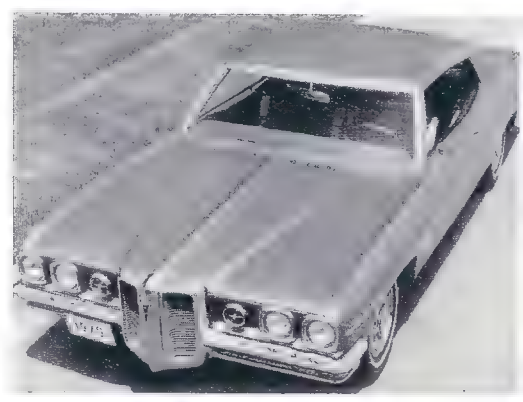
Schon beim Eintritt des Außenseiters Knudsen hatten angestammte Ford-Manager eifersüchtig gemurrt. „Es war eine Stimmung“, so erläuterte einer, „als wenn Mr. Ford bekanntgegeben hätte, wir würden 1969 einen neuen Edsel auf den Markt bringen“ — Edsel war der Name eines Ford-Mittelklassewagens, der sich 1959 als Mißerfolg entpuppt hatte, weil er, wie damals „Time“ schrieb, „das falsche Auto zur falschen Zeit am falschen Platz“ war.



Ford-Präsident **Knudsen**, Chef **Ford**
Zum zweitenmal hat ein Ford ...

Wenn Knudsen nicht schon von vornherein der falsche Mann am falschen Platz war, so schien zumindest sein Führungsstil falsch. Anstatt den Riesenkonzern am langen Zügel vom zwölften Stock aus zu dirigieren, wühlte sich der verbissen arbeitende Frühaufsteher in endlosen Detailproblemen einzelner Fabriken fest.

Überdies befahl er personelle Umbesetzungen im mittleren Management, ohne auf die Wünsche anderer



GM Pontiac Catalina



Ford Thunderbird

Detroiter Konkurrenz-Modelle
... einen Knudsen gefeuert



Wir wollen die Welt nicht verändern. Nur verbessern.

Weltverbesserung im Detail: Die Einweg-Stabdose für Lindavia-Obst- und Fruchtsäfte. Kein Pfand, keine Rückgabe. Die leichte Aluminium-Packung ist raumsparend. Dadurch praktisch für den Handel und die Verbraucher. Stapelfähig auch in großen Mengen. Auf der Packung deutliche Produktkennzeichnung und das Gütezeichen „Deutsche Landwirtschaftliche Markenware". Zum Qualitäts-Produkt gehört die perfekte Verpackung.

Grünes Management

Die Basis: Marketing

Die deutsche Agrarwirtschaft ist ein bedeutender Zweig unserer Wirtschaft. Bedeutend wie Industrie und Handel. Beide sind Partner der modernen Agrarwirtschaft. Der gemeinsame Nenner ihrer Zusammenarbeit ist das Marketing.

Zum Beispiel: Angebotsoptimierung

Die zunehmende Konzentration im Einzelhandel zwingt zur Angebotsoptimierung. Nur die Erzeugnisse, die in hoher, gleichbleibender Qualität, in verkaufsgerechter Aufmachung und zu attraktiven Preisen angeboten werden, haben Chancen im Markt.

Der Markt bestimmt

Die deutsche Agrarwirtschaft erfüllt Forderungen des Marktes. Sie bietet ihren Partnern und den Verbrauchern Erzeugnisse, die den höchsten Ansprüchen genügen.

Alle Maßnahmen — von der Anbauplanung bis zur Packungsgestaltung, von der Produktdifferenzierung bis zur Absatzförderung — beweisen marktgerechtes Verhalten.

Das „Grüne Management" bestimmt mit diesen Maßnahmen — unterstützt von einer modernen Agrarpolitik — die Position der deutschen Agrarwirtschaft: Ein gleichwertiger Partner im modernen Markt.



Top-Manager Rücksicht zu nehmen. Solche Eingriffe wurden ihm ähnlich übel vermerkt wie die Tatsache, daß er als Ford-Präsident an einem Posten GM-Aktien im Werte von zwölf Millionen Mark festhielt.

Etliche leitende Ford-Mitarbeiter kündigten nach Knudsens Erscheinen. Als einer der ersten ging der Spitzen-Manager Arjay Miller.

Unbeliebt machte sich der hart durchgreifende und wenig diskussionsgeneigte neue Mann auch bei den Übersee-Töchtern der Firma. Er bemängelte deren Typen, stellte die GM-Produkte als Vorbild hin und traf falsche Prognosen. So prophezeite er dem Familien-Sportwagen Ford Capri einen Mißerfolg — das Gegenteil trat ein.

Seinen entscheidenden taktischen Fehler beging Knudsen, als er sich die Neuentwicklungen vornahm und immer wieder stilistische Änderungen verfügte. Dabei verärgerte er zwangsläufig den für Styling und technische Entwicklung verantwortlichen Vizepräsidenten Lee Iacocca, 44, unter dessen Leitung die Ford-Erfolgsmodelle Mustang und Maverick entstanden waren.

Bald erkannten die Stilisten, daß Iacocca und Knudsen über Grundsatzfragen des Auto-Stylings völlig verschiedene Ansichten hatten. Ein Stilist jammerte: „Wir wurden ständig zu Kompromissen gezwungen, um zwei unterschiedlichen Philosophien zu genügen."

Knudsen erschien häufig in aller Morgenfrühe zu Inspektionen im Styling-Zentrum. Auf diesen „Morgendämmerungs-Patrouillen", wie die Stilisten die gefürchteten Visiten nannten, ließ sich der Präsident Entwürfe vorlegen, um sie seinen eigenen Styling-Ideen anzugleichen.

Gewöhnlich traf wenig später Iacocca ein, um seinerseits Knudsens Änderungen zu bekritteln. Die bedrängten Designer verfielen schließlich auf einen grotesken Ausweg: Sie zeigten Knudsen Details, die sie vor Iacocca verborgen hielten — und umgekehrt.

Als erstes Auto mit Knudsens Stilkorrekturen kam vor kurzem der Ford Thunderbird, Modell 1970, auf den Markt. Knudsen hatte dem Donnervogel noch in letzter Minute, getreu seinem Styling-Leitmotiv „Auf die Fassade kommt es an", einen keilartig vorspringenden Kühlergrill anbauen lassen. So kam es, daß der Ford-Prestigewagen plötzlich dem unter Knudsen entwickelten GM-Typ Pontiac Catalina zum Verwechseln ähnlich sah. Die Fließband-Arbeiter von Ford nannten das eher protzig wirkende Stilmerkmal der Keilnase spontan „Knudsens Nase".

Henry Ford begriff, daß zwischen Knudsen und dem übrigen oberen Management unter Iacoccas Führung unüberbrückbare Gegensätze bestanden. Er mußte die Gefahr beseitigen und sich entscheiden. Ford erläuterte seinen Entscheid so: „In dieser Company gibt es nur einen obersten Chef — und das bin ich."

USA

SELBSTVERTEIDIGUNG

Solide Leute

Amerikanische Hausfrauen besuchen Schießkurse, amerikanische Kneipiers und Kaufleute deponieren Pistolen hinterm Tresen. Millionäre installieren versteckte TV-Kameras in ihren Villen, Geschäftsleute lassen die Türen ihrer Läden elektrisch laden — mit einer Spannung von 20 000 Volt.

Furcht „ist heute die Geißel der Citys" („Newsweek"). Und deshalb gehen Amerikas Bürger, verängstigt durch die steigende Kriminalität (Wachstumsrate im vorigen Jahr: 17 Prozent), verbittert über die Unfähigkeit der Polizei, gewarnt durch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Rassen, immer häufiger dazu über, selbst Schupo zu spielen.

Firmen heuern für den Feldzug gegen die Gangster Privat-Patrouillen an. In St. Louis (Missouri) zum Beispiel gibt es schon weit mehr Privat-Aufpasser als Polizisten. Ein als Hilfsnachtwächter engagierter Student:



US-Hausfrauen beim Schießkurs
„Der Wilde Westen kehrt zurück"

„Jetzt kehrt eben der Wilde Westen zurück. Dies Gebäude hier ist das Fort — und wir sind die bestellten Schützen."

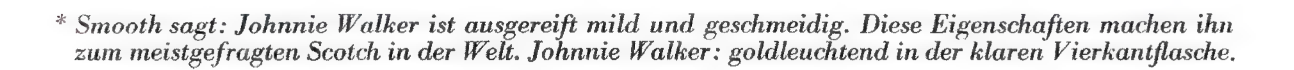
Ethnische Gruppen formieren sich zu Verteidigungsgemeinschaften. In New York zum Beispiel, wo im vergangenen Winter jüdische Lehrer und die Eltern farbiger Schüler scharf aneinandergerieten, ruft die „Jewish Defense League" ihre etwa 6000 Miglieder zu notfalls bewaffnetem Widerstand gegen alle Antisemiten inklusive der „schwarzen Nazis" auf.

Bei älteren jüdischen Organisationen hat die Liga, die nächtliche Schutzpatrouillen in gefährdeten Wohnvierteln organisiert, zwar heftiges Mißfallen erregt. So schimpft der prominente Rabbi Maurice Eisendrath über die selbsternannte Bürgerwehr: „Schläger und Rowdies."

Liga-Chef Rabbi Meïr Kahane, 37, der im Sommer jugendliche Anhänger in Scharfschießen und Karate ausbil-

smooth*


..der Tag geht... Johnnie Walker kommt
(Born 1820 – still going strong)


* Smooth sagt: Johnnie Walker ist ausgereift mild und geschmeidig. Diese Eigenschaften machen ihn zum meistgefragten Scotch in der Welt. Johnnie Walker: goldleuchtend in der klaren Vierkantflasche.



Amerikaner beim Karate-Training*
„Es geht ums Überleben"

den ließ, glaubt jedoch: „Es geht um jüdisches Überleben."

Andere Bürger schützen sich mit Hilfe von Tieren oder Tränengas. In der Hauptstadt Washington zum Beispiel registrierte der Hunde-Trainer Earl Grant erfreut eine „große Nachfrage nach Wachhunden". Seit dem Mord an dem Filmstar Sharon Tate und ihren Party-Gästen erzielen Schäferhunde und Dobermann-Pinscher Spitzenpreise.

Ebenfalls in Washington empfiehlt Michael Wallace, Händler in Sachen Selbstverteidigung, eine chemische Abwehr-Automatik: Einbrecher werden am Tatort mit einer geballten Ladung Tränengas oder mit einer Prise jenes Lähmungsstoffes „Mace" handlungsunfähig gemacht, mit dem die Polizei von Chicago 1968, beim Konvent der Demokraten, Tausende von Demonstranten bekämpfte.

Im „Spy Shop" des Mr. Wallace, nur zwei Häuserblocks vom Weißen Haus entfernt, kauft vielfältige Kundschaft chemische Kampfstoffe: Geschäftsleute, Photographen, Sekretärinnen und sogar Mitarbeiter des US-Präsidenten. Wallace: „Alles solide Leute. Den Hippies und Unruhestiftern geben wir nichts."

Der Jura-Professor Joseph Page hingegen klagt: „Es gibt praktisch keine Kontrolle darüber, wer chemische Waffen erwirbt." Mindestens 20 Herstellerfirmen verkaufen über den Einzelhandel „eine ungeheure Zahl von Sprühwaffen an jeden, der bezahlen kann".

Die Sorge des Experten Page ist begründet: In New York schlichen sich jüngst vier Banditen in ein Warenhaus, setzten die beiden Wachmänner außer Gefecht und raubten 350 000 Dollar. Ihre Waffe: ein Spezial-Spray, für das mit dem Slogan geworben wird: „Macht Einbrecher blind und hilflos."

* Sommer-Kursus der „Jewish Defense League" in Woodbourne (New York).

ENGLAND

TOURISTIK

Glückliche Clique

Wenn unsere Mädchen den Mann mögen", verhieß John David Turgoose, 28, „dann hüpfen sie auch schon in der ersten Nacht mit ihm ins Bett."

Turgoose, Direktor einer Firma für wissenschaftliche Partnerwahl, stellte gleich 13 solcher Nächte in Aussicht: Gemeinsam mit der staatlichen britischen Fluggesellschaft BOAC und dem amerikanischen Reiseunternehmen „Five Dollars-a-Day Tours" warb er für ein zweiwöchiges Sex-Arrangement in „Swinging London".

Vom 1. November an, so lockten Inserate, könnten sich US-Touristen in einer „hektisch glücklichen" Clique entspannen — auf Tanzveranstaltungen, bei Tête-à-tête-Abendessen, bei Theaterbesuchen „und bei vielem mehr ..." Preis: 350 Dollar.

Die Partnerinnen der Sex-Reisenden glaubte Turgoose in seiner Kartei zu finden. Sie enthält die Namen von etwa 2000 Engländerinnen — darunter laut Turgoose „auch Sekretärinnen, Polizistinnen und Schauspielerinnen" —, die sich in den vergangenen drei Jahren an den Sex-Vermittler gewandt hatten. Zur Erleichterung der Partnerwahl mußten sie einen Katalog von 40 Fragen ausfüllen. Turgoose wollte zum Beispiel wissen:

▷ Haben Sie einen sehr starken Sexualtrieb?

▷ Finden Sie sich sexy?

Viele Mädchen antworteten auf diese Fragen mit Ja. Sie würden, so Turgoose, „den Amerikanern schon die Zeit vertreiben".

Doch die völkerverbindende Sex-Aktion schien manchen Briten höchst unseriös. Zunächst begehrte ein konservativer Unterhausabgeordneter auf. Kenneth Lewis, 53, zugleich Vorsitzender der „Vereinigung britischer Reise-Agenten", fragte an, warum sich die BOAC an den losen Vermittlungsdiensten des John Turgoose beteilige. Lewis: „Eine Beleidigung für alle Engländerinnen. Kein anständiges Mädchen läßt sich auf so etwas ein."

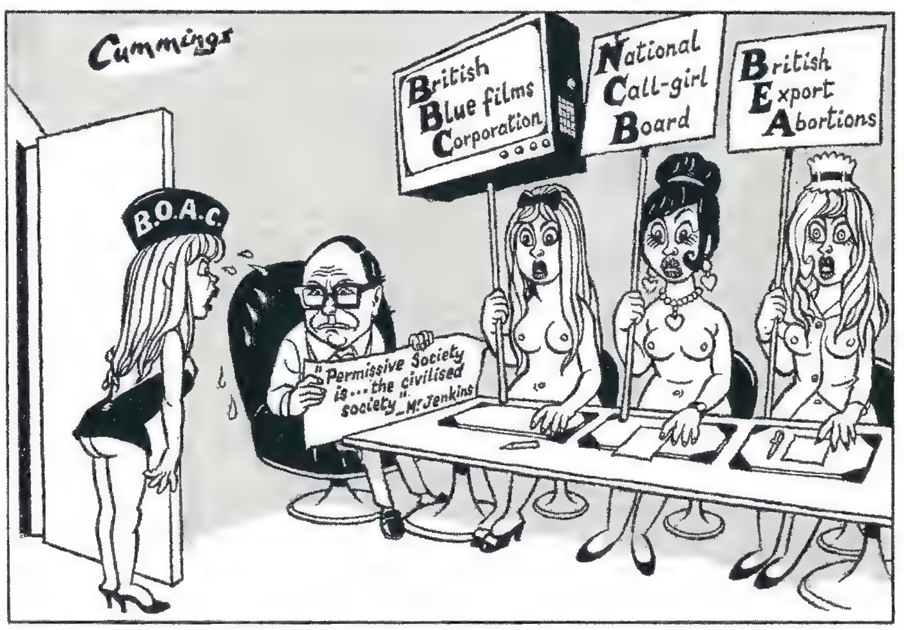
Der liberale Abgeordnete Peter Bessell, 48, sekundierte — er taufte die BOAC in „Bunny-Club-Fluglinie" um (was ihm lauten Protest des „Playboy Club" eintrug) und empörte sich: Die Werbebroschüre einer staatlichen Institution „lädt zur Unmoral ein".

Englische Reporter ermittelten schließlich: Im Einraumbüro von John Turgoose gibt es nichts weiter als einen Schreibtisch und ein Telephon. Und die Fragebogen wurden nicht — wie ursprünglich angenommen — von einem Computer ausgewertet, sondern von ein paar stundenweise angeheuerten Hilfskräften.

Verschreckt zogen sich nun auch die BOAC-Manager zu mehrstündigen Beratungen zurück. Dann strichen sie die Bunny-Flüge. Einige Details der Abmachungen mit Mr. Turgoose, so BOAC-Direktor Keith Grandville, „entsprechen wohl doch nicht dem sonst üblichen hohen Niveau der BOAC-Reisen".

Vermittler Turgoose wunderte sich über das Mißtrauen seiner abtrünnigen Partner: „Bei uns ist doch nie jemand vergewaltigt worden."

** Schatzkanzler Jenkins (Slogan: „Die freizügige Gesellschaft ist ... die zivilisierte Gesellschaft") mit Vertreterinnen der Rundfunkgesellschaft BBC (blue films = pornographische Filme), des staatlichen Kohlekonzern NCB und der Fluglinie BEA (abortion = Abtreibung). Eine BOAC-Stewardeß warnt Jenkins: „Ich fürchte, die Puritaner werden unsere brillanten Pläne durchkreuzen."



Daily Express

Britische Karikatur über geplante Bunny-Flüge**



Verfallende Prunkvilla in Havana: Die glitzernde Metropole zum Aschenbrödel degradiert

Revolution aus der Hüfte

SPIEGEL-Report über Castros Kuba — Erwartungen und Enttäuschungen

2. Fortsetzung

Eine unvergeßliche Atmosphäre des Luxus unter strahlenden Sternen" verheißt ein Havana-Prospekt der kubanischen Touristik-Organisation INIT, dessen Text offenbar aus vorrevolutionärer Zeit stammt.

Heute zerbröckelt die Eleganz, verfallen die Fassaden der einstigen karibischen Vergnügungs-Metropole. Die Neonreklamen sind verloschen, die eisernen Rolläden vieler Geschäfte heruntergelassen.

Härter als ihre übrigen Landsleute spüren heute die etwa 1,8 Millionen Einwohner Havanas die Entbehrungen, die Castros Aufbau des Sozialismus fordert. Schlangen müder Menschen warten vor Restaurants und Geschäften, an Bushaltestellen und Postschaltern. Kaum irgendwo auf Kuba funktioniert die Versorgung so schlecht wie in Havana.

„Mehr als die Hauptstadt", zürnte Castro einmal, „war Havana die Metropole Kubas, die den Rest des Landes kolonialisierte und ausbeutete." Hinter ihrer glitzernden Fassade war jahrzehntelang das Elend des Landes verborgen geblieben, das sich aus seiner Unterentwicklung nicht befreien konnte, solange die wuchernde Metropole allen Reichtum absorbierte.

In Prunkvillen in Havanas Nobelquartieren Vedado, Marianao und Miramar verzehrten die Besitzer der Latifundien und Zuckerraffinerien ihre Profite. Auf dem Lande vegetierte die Bevölkerung in Palmenhütten auf nacktem Boden, oft ohne Arbeit, ohne ärztliche Betreuung, ohne Schulen.

In Havana florierten Luxus-Geschäfte, Spielbanken, Nachtklubs und Bordelle. Das Nachtleben, unter dem Diktator Batista zunehmend von nordamerikanischen Gangster-Syndikaten beherrscht, lockte Scharen von US-Touristen in die „Perle der Antillen".

Die jährlich fast 100 Millionen Dollar der Touristen ernährten Tausende von Händlern, Schuhputzern, Andenkenverkäufern, Bettlern, Zuhältern und etwa 40 000 Prostituierte. Immer mehr Kubaner zogen in die Hauptstadt, um an dem Segen teilzuhaben. „Havana wurde in Südamerika die Hauptstadt der Prostitution", schreibt der französische Lateinamerika-Kenner Marcel Niedergang: 270 offizielle Bordelle, über 100 „Rendezvous-Häuser" und rund 1000 Bars mit Animierdamen standen zu Diensten.

Nach Fidels Machtergreifung wurden Spielhöllen und Bordelle geschlossen. In den Straßen und Gassen warteten fortan keine Prostituierten mehr auf zahlungskräftige Kunden. Und mit den Dollars verschwanden auch die Bettler.

Die Revolution „rehabilitierte" die Straßenmädchen. Sie arbeiten heute als Näherinnen, Sekretärinnen oder Kellnerinnen, wenn sie nicht nach Miami, Panama oder Puerto Rico abgewandert sind.

Die einstigen Spielplätze der Happy few wurden sozialisiert. Auf dem Rasen des ehemaligen Golfplatzes der Batista-Offiziere stehen heute die Ateliers und Klassenräume der Nationalen Kunstschule Cubanacán. Aus den Anlagen des exklusiven „Yacht-Clubs Miramar" wurde das öffentliche Schwimmbad „Patricio Lumumba". In den Residenzen der Offiziere, Geschäftsleute, Grundbesitzer und Politiker im Vorort Miramar leben und lernen jetzt etwa 70 000 „becados", vom Staat erzogene, ernährte und gekleidete Schüler und Studenten.

Nur wenige der alten Besitzer harren inmitten des Kinderlärms und einer fremdgewordenen Umgebung noch in ihren Villen aus. Die meisten Angehörigen des vorrevolutionären Establishments setzten sich in den ersten Jahren nach der Revolution aus Kuba ab.

Fidels Pläne für den landwirtschaftlichen Aufbau, die Kuba von Unterentwicklung und Abhängigkeit befreien sollen, verurteilen Havana auch für die nächsten Jahre noch zum Aschenbrödel der Revolution. Nichts soll die Bevölkerung vom Land in die Kapitale locken: Neue Arbeitsstellen werden nicht geschaffen, und ein Gesetz verbietet, Wohnungen in Havana zu bauen, obwohl bis 1985 mindestens 132 000 benötigt werden.

„Das Land wird im Wohnungsbau Priorität vor der Stadt haben", bestimmte Castro. Nicht einmal zur Erhaltung Havanas wurden Material und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Auf den Bürgersteigen bersten Steinplatten, Bordsteine brechen herunter, Vorgartenmauern sind eingestürzt, Treppen verfallen, und von rissigen Häuserfronten bröckelt der Putz.

Manche Häuser und Hütten sind bereits so brüchig, daß sie den nächsten Hurrikan nicht überstehen werden. Die einzige Reaktion der Stadtverwaltung: „Bei Einsturzgefahr können die

Heuga... stoppt den Lärm und nicht die Lebensfreude

Junge Leute brauchen Bewegung.
Bewegung macht Lärm.
Lärm macht nervös. Schluß damit!
Denn es gibt Teppichfliesen, die jeden Lärm schlucken: Heuga-Teppichfliesen, mit weicher, eleganter Lauffläche.
Dick und mollig, richtig wohnlich.
Kein Lärm im Haus -
kein Krach mit den Nachbarn.



Heuga-Teppichfliesen werden einfach lose verlegt und bleiben fest liegen – ohne Kleben, ohne Nageln.

- HEUGA FELT - aus reinem Tierhaar
- HEUGA LUX - aus ausgewählt feinem Tierhaar mit Kunstfaser
- HEUGA FLOR - aus Kunstfaser mit Tierhaarbeimischung, Objektqualität

Lassen Sie sich von Ihrem Fachhändler beraten oder fordern Sie Informationsmaterial an:
Deutschland: Van Heugten GmbH, Hamburg, Eiffestraße 450
Schweiz: Van Heugten AG, Luzern, Neustadtstrasse 8

Heuga-Teppichfliesen bringen Ruhe ins Haus!





Kaufhaus, Gemüseladen in Havana: „Lieber mit leerem Magen ins Bett ...

Bürger die Gegenwart des wachhabenden Architekten anfordern."

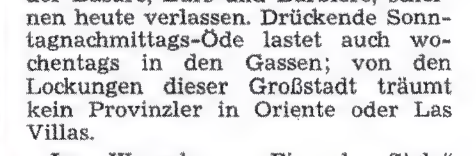
Einzig in Havana del Este, einem Gebiet außerhalb der Stadt, wurden vor fünf Jahren Wohnblocks für 25 000 Menschen gebaut. Vor allem Arbeiterfamilien zogen in diese Siedlung, die in ihrer architektonischen Einfallslosigkeit europäischen Trabantenstädten gleicht. Die Wohnungen sind vom Staat möbliert, Telephone, Kühlschränke und Fernseher allerdings fehlen. „Wir hätten genug Geld, einen Kühlschrank zu kaufen", erzählt die Frau eines Fischdampfer-Mechanikers, „aber es gibt keine."

Bis auf Salz ist alles rationiert — auch das Wasser. In den meisten Bezirken Havanas sprudelt es nur zwei bis sechs Stunden am Tag aus den Hähnen. „Ich muß immer nach Hause rennen, wenn es Wasser gibt", schimpft der Havana-Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN, Jürgen Käding. „Manchmal komme ich zu spät. Denn ohne Auto ist man hier aufgeschmissen."

Käding: „Taxis? Daß ich nicht lache." Nur mit Glück und Wartezeiten bis zu einer dreiviertel Stunde gelingt es, eine der wenigen Droschken zu erobern. Doch der Sieger ist selten allein: Bis zu fünf weitere Mitfahrer steigen oft ein.

Nur wenige Habaneros besitzen noch einen Privatwagen. Neue Autos können sie nicht kaufen, auch keine Ersatzteile für die überwiegend aus den USA stammenden Alt-Modelle. Nur mit Phantasie und Aggregaten aus ausgeschlachteten Schrottwagen halten sie die Veteranen in Gang. Zehn Jahre alte Volkswagen werden unter der Hand noch für 6000 bis 8000 Mark verkauft.

Die Masse der Habaneros ist auf die Gua-gua, die scheppernden britischen Leyland-Busse, angewiesen. Sie sind fast immer überfüllt, aber billig: 20 Pfennig kostet eine Fahrt auf allen Strecken. Mit lateinischer Bravour



brausen ihre Fahrer durch die engen Straßen der Altstadt.

Diese Straßen, einst geschäftiges Zentrum der Kauflust, endlose Reihen der Basare, Bars und Barbiere, scheinen heute verlassen. Drückende Sonntagnachmittags-Öde lastet auch wochentags in den Gassen; von den Lockungen dieser Großstadt träumt kein Provinzler in Oriente oder Las Villas.

Im Warenhaus „Fin de Siglo" („Jahrhundertende") stehen lange Reihen von Glasvitrinen und Regalen völlig leer. Die Herrenabteilung ist geschlossen. Gelangweilt betrachten unbeschäftigte Verkäufer die wenigen Kunden.

Unbehütete Kopfmodelle sind der einzige Schmuck im Fenster eines Hutgeschäfts. Einsame Herrensocken, einige handfeste Damenschlüpfer oder Glühbirnen aus der DDR verstauben in anderen Schaufenstern. Sie brauchen keine Käufer anzulocken: Niemand kann mehr kaufen, als ihm amtlich zugeteilt wird.

So bekommen die immer noch mit Chic gekleideten Kubanerinnen unter anderem im Jahr 21 Meter Stoff, drei Paar Strümpfe, zwei Büstenhalter und vier Höschen. Auf Kosmetika allerdings müssen sie fast ganz verzichten, oft bleibt ihnen zur Schönheitspflege nur Kernseife (ein Stück pro Monat).

Ihren Männern stehen jährlich zwei Paar Hosen, zwei Hemden und ein Paar Schuhe zu, außerdem ein Paar Arbeitsstiefel und ein Paar Tennisschuhe. Gruppenweise wird die Bevölkerung zum Einkauf von Kleidung und Hausrat aufgerufen. Jede Anschaffung wird in die Libreta, das Rationsheft jedes Haushalts, eingetragen.

Schlechter steht es mit der Lebensmittelversorgung: Sie hat in Havana seit dem vergangenen Jahr die Talsohle erreicht. Gegen Vorlage der Lebensmittel-Libreta gibt es zum Beispiel monatlich drei Pfund Reis, eineinhalb Pfund Bohnen, ein Pfund Fett, 5,4 Pfund Zucker, eine Flasche Rum, pro Woche 340 Gramm Fleisch, 43 Gramm Kaffee, zwei Flaschen Bier, zwei Zigarren und täglich 114 Gramm Brot.

Doch die Rationen sind nicht garantiert, nicht immer gibt es Fleisch und Eier. Ab vier Uhr morgens schon stellen sich daher viele Menschen vor den wenigen verbliebenen Lebensmittelgeschäften an. Milch gibt es nur für Kinder bis zu sieben Jahren und Alte über 65, Butter so gut wie gar nicht. Die Stände der Grünwarenhandlungen sind meist leer, nur selten haben sie frisches Obst und Gemüse.

Schon in wenigen Jahren werde Kuba mehr Zitrusfrüchte produzieren als Israel, verspricht Tío Tata, der Märchenonkel, wie viele Habaneros Castro nennen — sie können weder Zitronen noch Orangen kaufen. Denn der größte Teil der Ernte wird exportiert, ein anderer Teil verfault, weil die Transportmittel fehlen; sie sind mit Vorrang bei der Zuckerernte eingesetzt.

„Ich wünschte", träumt die Kunststudentin Teresita, „Fidel würde end-



... als stundenlang warten": **Käuferschlange in Havana**

Gute Ernten sind kein Zufall. Wenn man sie sichert und schützt

A 1013 69

– mit Pflanzenschutzmitteln der BASF

Obst und Gemüse, Getreide, Kartoffeln, Weinreben, Blumen und andere Kulturpflanzen haben ihre Feinde: Pilze, Milben, Schadinsekten. Jede Ernte wird von ihnen bedroht. Heute schützt man sich vor diesen Ernteschäden mit modernen Pflanzenschutzmitteln. Wie zum Beispiel mit Fungiziden und Insektiziden.
Die BASF hat für die Landwirtschaft eine ganze Reihe verschiedener Pflanzenschutzmittel entwickelt. Eine erfolgreiche Landwirtschaft ohne Pflanzenschutz wäre undenkbar. Pflanzenschutz sichert Investitionen an Saatgut, Maschinen und Arbeit. Pflanzenschutz schützt vor Ertragsminderung. Wirksam, wirtschaftlich und zuverlässig. Nur gesundes Obst hat vollen Vitamingehalt. Nur gesunde Reben geben guten Wein. Nur gesunde Kartoffeln sind lagerfähig. Nur gesunde Ernten sind gute Ernten.
Außer Pflanzenschutzmitteln wie ®Perfekthion gegen Insekten und ®Polyram-Combi, ®Basfungin und ®Calixin gegen Pilzbefall erzeugt die BASF Dünge- und Unkrautbekämpfungsmittel. Aber auch Kunststoffe für speziell landwirtschaftliche Zwecke. Alle diese Produkte werden in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft ständig weiterentwickelt. Ein Beweis für den Nutzen echter Partnerschaft. Ein Nutzen, der allen zugute kommt. Täglich. Auch Ihnen.

Weltweite Partnerschaft



lich das ‚Jahr des Überflusses' ausrufen." Denn mit der Ration kommt niemand aus. Viele Habaneros leben deshalb vor allem von den kostenlosen Mittagessen in Büros, Fabriken, Schulen und Kasernen, oder sie gehen in Restaurants, wo sie ohne Libreta essen können.

„Ich gehe lieber mit leerem Magen ins Bett", erklärt die Lehrerin Inés, „als stundenlang vor einem Restaurant zu warten." Schon im Morgengrauen stellen sich die ersten Kandidaten an, um einen turno, eine Nummer für ein Abendessen, zu bekommen. Abends beginnt für die Nummern-Besitzer erneutes Warten, bis sie an der Reihe sind, und noch um zwei Uhr morgens hocken auf Vorgartenmauern in Vedado müde Habaneros und harren auf Einlaß in ein Restaurant.

Reis mit winzigen Fleischstückchen, Fischkroketten, gebackener Fisch oder Tortillas sind oft die Hauptattraktionen des Speisezettels, und sie sind nicht billig: Bis zu 40 Mark kosten die Menüs. Die Restaurants sind eines der wenigen Ventile für überschüssige Kaufkraft.

Noch sind die Einkommen sehr unterschiedlich: Sie liegen zwischen einem staatlich fixierten Minimum von 80 Pesos im Monat (nach offiziellem Umrechnungskurs 320 Mark) und einem ebenfalls festgesetzten Maximum von 700 Pesos (2800 Mark). Zum Teil sind sie sogar noch höher: Wer vor der Revolution mehr verdiente, erhält weiter sein „historisches Gehalt". So kommt es vor, daß für die gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz unterschiedlich hohe Löhne gezahlt werden.

Facharbeiter bekommen etwa 200 bis 280 Pesos. Ein 75 Jahre alter Arbeiter, der in der traditionsreichen Zigarrenfabrik H. Upmann in Havanas Calle Amistad Zigarrenkistchen klebt, erhält 270 Pesos ausgezahlt — Fabrikdirektor Geraldo Rivalda, 39, verdient nur 200 Pesos.

Die meisten Kubaner verdienen allerdings kaum mehr als 120 bis 150 Pesos monatlich. Doch: Sie zahlen keine Steuern, oft arbeiten mehrere Angehörige einer Familie, und die rationierten Waren sind billig.

Die Mieten kosten etwa zehn Prozent des Lohnes und sollen vom nächsten Jahr an ganz aufgehoben werden. Schule und Universität, ärztliche Betreuung (nicht aber Medikamente), Telephon, Gas und Wasser sind kostenlos, auch Beerdigungen bezahlt der Staat.

Schon heute entscheidet Geld, das Castro ganz abschaffen will, immer weniger über die Befriedigung der Bedürfnisse; es verliert zunehmend an Bedeutung. Nicht um Geld betteln Kinder in den Straßen Havanas — sie bitten um Ami-Zigaretten und Kaugummi.

Auch auf dem Schwarzen Markt verdrängen Tauschgeschäfte immer mehr die Geldwährung. So werden — wie in Nachkriegsdeutschlands Reichsmarkzeiten — Milch, Eier, Butter und Gemüse auf dem Land gehamstert, im Tausch gegen Kleider und Schuhe.

Doch ertappten Schwarzhändlern drohen strenge Strafen. Glimpflich noch kam David Tomás Bacallao García davon, den ein Volkstribunal Ende Mai zu sechs Monaten Arbeitslager verurteilte: Er hatte Kuchen und Pasteten gebacken und verkauft, außerdem auch noch heimlich Fahrräder repariert.

Um den Schwarzhandel zu verhindern, hat die Regierung verboten, daß im Einzugsbereich Havanas Hühner gehalten werden. Konsequent will Castro jedes privatwirtschaftliche Profitdenken ausmerzen, selbst wenn dadurch der Mangel in Havana noch verschärft wird.

„Niemand hat hier sein Blut vergossen", schalt Fidel, „um irgend jemandem das Recht zu verschaffen, 200 Pesos am Verkauf von Rum zu verdienen oder 50 Pesos am Verkauf von Spiegeleiern oder Omeletts. Schließlich erhalten die Mädchen in staatlichen Betrieben nur die bescheidenen Gehälter, die unsere gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung erlaubt."



Neubauwohnungen bei Havana
Mieten werden abgeschafft

Trotz städtischer Versorgungsschwierigkeiten befahl Castro im März letzten Jahres eine „revolutionäre Offensive" gegen alle Privatbetriebe: sie seien „die Basis der Korruption". 57 600 Besitzer von Einzelhandelsgeschäften, Bars, Restaurants, Hot-Dog-Ständen, Frisiersalons, Wäschereien, Reparaturwerkstätten, Handwerks- und Industriebetrieben wurden enteignet. Verschont blieben nur einige Schuhputzer und Barbiere ohne Angestellte sowie Taxi- und Lastwagenbesitzer, die ohnehin mit dem Zusammenbrechen ihrer überalterten Fahrzeuge aussterben werden.

Castro wollte „rechtzeitig vorbeugende Schritte unternehmen, um zu verhindern, daß sich eine neue Klasse bildet". In der Tat hatte die Verlockung, am Mangel Geld zu verdienen, das Entstehen eines neuen Krä-

Autorin des STERN:
Eva Windmöller

„Die Abenteuer im Normalen suchen."

Es war meine Großmutter, die mein journalistisches Wirken auf den – für mich bisher – einfachsten Nenner brachte: „Mein liebes Kind", schrieb sie mir in einem Brief, „ich verstehe Dich nicht. Statt ungebeten in fremder Leute Wohnungen zu gehen, würde ich mich doch lieber im Mercedes meines Mannes durch die Stadt fahren lassen." Tja. Den Mercedes habe ich immer noch nicht. Dafür frage ich seit nunmehr zwanzig Jahren die Leute aus und bin es immer noch nicht leid. Sensationen haben mich nie gereizt. Mich reizt der Mitmensch. Dabei ist für mich nicht so wichtig, ob er sich gerade auf dem Weg zum Mond oder zum Briefkasten an der nächsten Straßenecke befindet, beides kann sein Leben verändern.
Unsere Welt wird immer berechenbarer. Die Sensationen sind eingeplant. Ich habe den Verdacht, daß man die wirklichen Abenteuer bald im Normalen suchen muß. Wir können Herzen verpflanzen, die Venus erkunden und irgendwann sicher auch künstliches Leben erzeugen, das wäre gräßlich. Gott sei Dank können wir noch keine Gefühle programmieren.



stern *magazin*

Eva Windmöller wurde durch Serien bekannt, mit denen sie die Probleme der Frau ausleuchtet – besonders der Frau in der extremen Situation („Die geschiedene Frau", „Die Geliebte"). Dabei ist sie keine Frauenrechtlerin. Erinnern Sie sich an ihr Cassius-Clay-Interview? Oder an ihr Charles-Aznavour-Porträt?

100 PS-Frühsport: Von 0 auf 50 in 3,8.

Dieser Reihenvierzylinder beschleunigt in 11,9 von 0 auf 100. Und ist 170 schnell.
Sein Normverbrauch: 8,9 Liter (DIN).
Spurtreu und seitenwindunempfindlich durch den Frontantrieb.
Präzise Seitenführung und Kurvenstabilität: Torsionskurbelhinterachse, Querstabilisator.



Fahrgastgroßraum-Feierabendkomfort: Federkern-Sesselsitze für fünf.

Stufenlos verstellbar sind die Einzelliegesitze vorn mit besonders hohen Rückenlehnen.
142 cm breit ist die Rückbank mit der weichen, breiten Mittelarmlehne.
In 15 Sekunden tauscht die Breitband-Ventilation die Luft aus.
650-Liter-Kofferraum für viel Gepäck.

Drei Audi 100-Modelle lieferbar. Zweitürer-Preise:
Audi 100, Touring-Ausstattung, 80 PS: DM 8.690,–
Audi 100 S, Spezial-Ausstattung, 90 PS: DM 9.090,–
Audi 100 LS, Luxus-Ausstattung, 100 PS: DM 9.390.–
Mehrpreis für Viertürer DM 200,–
Preise a. W. einschließlich 11% Umsatzsteuer.

NUR WASSER AN DER THEKE

Freizeit im revolutionären Havana

In der Hauptstadt Kubas, behauptet Fidel Castro, hat „eine echte Revolution im Geist der Massen eingesetzt". Im Geist der Massen von Havana freilich nistet noch immer auch die Freude an urbanem Müßiggang.

Unablässig wippen auch heute noch die Schaukelstühle auf den Estraden ehemals herrschaftlicher Häuser oder in weit offenen Altstadtwohnungen. Müßiges Jungvolk sonnt sich auch wochentags gern im Freibad „Patricio Lumumba" und flaniert abends in den Straßen von Vedado, dem amerikanisierten Hochhaus-Viertel und neuen Zentrum Havanas.

Einstige Touristenburgen wie die Hotels „Nacional", „Capri" und „Habana libre" verbreiten dort noch einen schwachen Hauch von weiter Welt, der heute freilich vorwiegend aus dem Osten weht. Sowjet-Techniker und Monteure aus der DDR, Delegationen aus Nordkorea und Vietnam überwiegen unter den ausländischen Gästen des 24stöckigen „Habana libre", das erst 1958 als „Habana Hilton" eingeweiht worden war.

Noch immer quillt Hilton-Musik aus unsichtbaren Lautsprechern im Speisesaal, Foyer, Fahrstuhl und am Swimming-pool. Aus Hilton-Tagen auch scheinen die abgewetzten bunten Uniformjacken der Kellner zu stammen, die im „Frühlingssalon" ein disparates Ausländerpublikum bedienen.

Nur mit Sondergenehmigung des Hotelportiers dürfen die Gäste Kubaner zum Essen oder aufs Zimmer einladen. Und auch kubanische Hotelgäste dürfen im „Frühlingssalon" nicht essen; sie müssen in einem anderen Speisesaal mit kargeren Menüs vorliebnehmen. Das Frühstück allerdings ist für Einheimische und Ausländer gleich spartanisch: an manchen Tagen nur ein trockenes Brötchen und eine Tasse Milchkaffee.

Ein Monteur aus Leipzig träumt daher „nur noch von einer Leberwurscht-Bemme". Sein Kollege aus Sangerhausen sehnt sich nach der heimischen Zwei-Zimmer-Wohnung mit Fernheizung und klagt, daß er für seine Pesos in Havana nichts kaufen könne: „Nicht einmal Postkarten haben die hier."

Gleichwohl ist für viele Kubaner das „Habana libre" ein Erlebnis: Mit Vorliebe verbringen Jungvermählte hier ihre Flitterwochen. Und stundenlang sitzen manche Habaneros in der Hotelhalle — diskret beobachtet von Spitzeln des Staatssicherheitsdienstes G 2 —, um die Illusion weltstädtischer Atmosphäre zu genießen.

Sonst bietet das revolutionäre Havana nur wenig Vergnügen: Lange Schlangen stehen vor den Kinos, in denen ein englischer Scotland-Yard-Film oder eine italienische Komödie läuft. Bis zu 45 Minuten warten die Menschen auch noch um ein Uhr nachts vor dem von Eiscreme-Freund Fidel ersonnenen Mammut-Eispavillon „Coppelia", um dann genüßlich eine oder mehrere von etwa 120 verschiedenen Eiscreme-Kombinationen zu löffeln.

Aber kein Straßencafé hat Erfrischungen anzubieten. Die Regale der Bistrots sind leer, nur Leitungswasser wird ausgeschenkt. In der „Floridita", der einst von Ernest Hemingway frequentierten „Wiege des Daiquiri", gibt es schon lange keinen Daiquiri mehr. Fast nur noch zum Essen werden heute Getränke gereicht.

Seit im Frühjahr 1968 alle Bars geschlossen wurden, siedelten sich Hippie-Kolonien auf der Rampa und vor dem Hotel „Capri" an und reagierten ihren Verdruß an volkseigenen Telephonen und Che-Guevara-Bildern ab. Im Dezember letzten Jahres mußte die Regierung nachgeben: Seither ist zumindest samstags und sonntags ein Teil der Tanzlokale wieder geöffnet.

Schon Tage im voraus sind dann alle Tische in den Nachtclubs „Tropicana", „Le Parisien" und „El Caribe" reserviert. Am Wochenende gibt es Show, Rum und Cha-cha-cha. Trotz tropischer Temperaturen präsentieren sich die compañeros dann im Sonntagsstaat, tragen die Mädchen Netz- oder Nylonstrümpfe (mit Naht) wie ein Statussymbol.

Beim Blues genießen sie die seltene Gelegenheit, sich eng aneinanderzuschmiegen. Denn sonst ist Havana kein Paradies für junge Liebesleute. Zärtlichkeiten sind in der noch immer von spanisch-katholischer Mentalität geprägten Öffentlichkeit verpönt.

Nur wenige junge Leute besitzen eine eigene Wohnung oder auch nur ein eigenes Zimmer. Keine Parks bieten im dichtbebauten Havana Zuflucht. So bleiben den Pärchen nur die kilometerlange Ufermauer am Seefront-Boulevard Malecón, auf der sie abends zu Hunderten sitzen und Händchen haltend aufs Meer hinausschauen, oder die Posadas, die Stundenhotels.

Auch die Revolution konnte diese traditionelle Institution (Zimmerpreis: drei Pesos für drei Stunden) nicht verdrängen. Mindestens ein Dutzend Posadas mit Namen wie „Monumental", „La Diana", „El Pullman" oder „La Pampa" gibt es noch in und um Havana.

Doch auch hier herrscht Mangel: Selbst vor den Absteigen stehen Schlangen von Männern, während ihre Bräute abseits warten. Und manchmal müssen die Liebes-Herbergen just zur Zeit des größten Ansturms schließen — wenn ihnen die saubere Bettwäsche ausgegangen ist.



Enteignete Privathändler*
Vorbeugende Schritte ...

mer-Kleinbürgertums in den Städten gefördert.

Die Privat-Händler waren regelmäßig aufs Land gefahren, hatten den privaten Kleinbauern für überhöhte Preise ihre Produkte abgekauft und diese dann noch teurer den Städtern weiterverkauft. Mit einem Umsatz von 77 Millionen Pesos bestritten die Privat-Krämer fast ein Drittel des Lebensmittelhandels.

Nur wenige der enteigneten Geschäfte nahm der Staat in eigene Regie, die meisten wurden geschlossen — es gibt nichts mehr zu verkaufen. 955 Bars in Havana mußten zumachen. Ihre Besitzer, so hatte die Partei herausgefunden, seien zu 72 Prozent Konterrevolutionäre gewesen. Noch gefährlicher waren die Hot-Dog-Verkäufer: Unter ihnen fanden die Par-

* Bei Arbeiten in der Umgebung von Havana.



Privater Schuhputzer (in Havana)
... gegen eine neue Klasse



Tausend Milliarden wurden investiert – das ist immer noch zu wenig



Freiwillige bei der Abfahrt aus Havana: Gegen ideologischen Wankelmut ...

tei-Soziologen 95,1 Prozent Feinde der Revolution.

Die meisten der Enteigneten wurden in die Produktion oder in die Landwirtschaft abkommandiert. Ein ehemaliger Anstreicher, der heute 20 Kilometer außerhalb Havanas bei einem Monatssalär von 85 Pesos (340 Mark) Zäune um junge Zitrusbäume zieht, tröstet sich: „Früher verdiente ich mehr, dafür bin ich jetzt öfter an der frischen Luft." Doch sein Kollege, einst Straßenhändler, schimpft: „Die Arbeit ist hart, das Essen schlecht."

Die Städter offenbarten denn auch Unmut über die Maßnahmen des landbesessenen Regimes. Castro mußte zugeben, daß es „vor allem in der Hauptstadt eine gewisse Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung" gebe, „ja, sogar Proteste". Fidel schalt die Habaneros: „Wir sind ein Volk, dem immer noch die Tugend des täglichen Heldentums, die Tugend der Hartnäckigkeit fehlt."

Der Máximo Líder setzte daher einen neuen Feldzug an: gegen den ideologischen Wankelmut der Hauptstädter. Er verordnete ihnen „produktive Arbeit" auf dem Lande, vor allem in der nächsten Umgebung der Kapitale, dem Cordón de la Habana.

Die Partei dekretierte: „Der Cordón de la Habana ist die hauptstädtische Revolution in der Revolution." Der Boden dieses etwa 31 000 Hektar umfassenden Gürtels rund um Havana, teils mit Landsitzen und Lauben bestanden, teils von privaten Kleinbauern bebaut, hatte lange Zeit den Städtern ein Zubrot zu ihren schmalen Rationen geliefert.

Fidels Idee war es nun, die Städter in diesem Kordon für die Revolution ackern zu lassen. 47 Organisationen trommelten die Habaneros unablässig zur „Großen Frühjahrsaussaat": im Durchschnitt 25 100 Menschen täglich. Militärs und Minister, Schüler und Schlosser, Hausfrauen und Hotelportiers gruben die Peripherie um und züchteten Kaffeepflänzchen und Obstbaumschößlinge.

40 Millionen Kaffeebäumchen, in Plastiktüten verpackt, pflanzten sie seit dem Frühjahr 1968 im Kordon, dazu Millionen Obst- und Nutzholzbäume. Kein Vorstadt-Quadratmeter blieb unbepflanzt, und selbst in Hinterhöfen noch sollen Kaffeebohnen wachsen.

Aus Büros und Betrieben in Havana fahren noch heute Freiwillige jeden Tag ins Grüne — zur Landarbeit. Denn das Unkraut wächst schneller als der Kaffee, und in der übrigen Provinz Havana werden jetzt Gemüse, Reis, Zuckerrohr, Tabak, Zitrusfrüchte, Bananen, Ananas und Kaffee gepflanzt. Castro: „Auf diese Weise wird sich die Bevölkerung Havanas von jenem Kolonialismus befreien, dem das übrige Land unterworfen worden war." Schon jetzt habe „eine echte Revolution im Geist der Massen in der Hauptstadt eingesetzt".

Der Masseneinsatz auf dem Lande soll freilich nicht nur das revolutionäre Bewußtsein der Großstadtmenschen wecken. Castros Programm zielt weiter: es soll die sozial-ökonomische Kluft zwischen Stadt und Land schließen und „die gewaltige Kraft eines Volkes, das sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht" (Castro), offenbaren.

Nicht nur die Habaneros, alle Städter, alle Kubaner sind aufgerufen, durch freiwilligen Einsatz auf den Zuckerrohr- und Sisalfeldern, in Tabak- und Kaffeekulturen, beim Straßenbau und beim Roden der Wälder die Leistungskraft des sozialistischen Systems zu beweisen. Der Voluntario (Freiwillige) wurde Castros liebstes Kind.

Im Vokabular des Krieges wirbt das Regime für den Trabajo productivo, für die Landarbeit. Nicht selten klingen die Aufrufe wie Einsatzbefehle der Armee, so dieser in der Empfangshalle des Industrieministeriums: „Zur Jornada de Vietnam im Cordón-West werden die zweite und dritte Kompanie und das Peloton des MITRANS (Transportministeriums) eingesetzt. Die Offiziere sind für die pünktliche Abfahrt des Konvois verantwortlich."

Im Klartext heißt das: Die im zweiten und dritten Stock des Ministeriums arbeitenden Angestellten sollen mit ihrem Einsatzleiter und den Chauffeuren des Transportministeriums zu Ehren des vietnamesischen Volkes in die westliche Grünzone Havanas fahren und Kaffeekeimlinge pflanzen.

Die Strategie des revolutionären Befreiungskampfes wurde in Kuba konsequenter in den Feldzug für die wirtschaftliche Unabhängigkeit umfunktioniert als in jedem anderen Land, in dem die Regierenden vom Mythos ihrer Revolutionshelden zehren. Auf riesigen Plakaten in Havana schwingt ein kräftiger Neger die Machete im Zuckerrohr; der Text aber — „Victoria Girón" (Sieg über die US-gelenkten Invasoren in der Schweinebucht) — suggeriert, daß dem Vater-



... Arbeit auf dem Acker verordnet: **Kubaner auf dem Weg zur Landarbeit**



Doppelpackung: 2x10 Stück in Goldfolie verpackt. Aromageschützt. Filtermundstück mit echtem Korkbelag. Nikotinarm im Rauch. 20 Stück 2,- DM, 12 öS.

land die eine Tat so viel wert ist wie die andere.

Die Propagandisten des Regimes werden nicht müde, die Tugenden des revolutionären Krieges zu Tugenden des sozialistischen Aufbaus umzudeuten: Sie fordern Mut, freiwillige Opferbereitschaft, Verzicht auf materiellen Gewinn, selbstlose Hingabe, Zähigkeit und unbedingte Disziplin.

Kaum einer kann sich dem Appell des Staates zum Trabajo productivo verweigern. Die Belegschaft der kubanischen Filmindustrie ist zum Beispiel für einen Sonnabendmorgen um sieben Uhr an Havanas Avenida Barcelona zur Abfahrt in den Kordon bestellt. Die Mädchen des Film-Balletts, Sekretärinnen mit Lockenwicklern unter dem Kopftuch, Kalkulatoren, im Drillich zu Landarbeitern verfremdet, schlechtgelaunte Kameramänner und ein Trio junger Regisseure sammeln sich zum Trabajo productivo.

Die bestellten Lastwagen kommen fast zwei Stunden zu spät, eine Stunde dauert es, bis der Film-Stoßtrupp im östlichen Havana-Kordon in Stellung gehen kann. Auf dem Programm steht Unkraut-Jäten in einem Bohnenfeld.

Vier Stunden lang dauert der Einsatz, unterbrochen von der Kontakt-Aufnahme mit einem Studenten-Bataillon auf dem Nachbarfeld. Es führt eine Fahne mit der Inschrift: „Vaterland oder Tod — Wir werden siegen!" und pflanzt bei 35 Grad Celsius Zitrusbäume.

Gegen drei Uhr nachmittags bläst der Jornada-Offizier zum Rückzug. Die Heimfahrt der Filmleute und Studenten wird zum Volksfest; der gemeinsame Cha-cha-cha der Freiwilligen läßt an diesem Nachmittag halb Havana erdröhnen.

Solche Arbeitseinsätze, die jeweils ein Drittel der Stadtbevölkerung an den Wochenenden auf das Land führen, sind freilich nicht sonderlich effektiv. Die Frage der Rentabilität wird denn auch von den Sprechern des Regimes oft heruntergespielt. Ein langjähriger Jornada-Offizier: „Wichtiger ist, daß die Stadtmenschen den Wert der Landarbeit begreifen und ein Gefühl der Solidarität mit den Bauern bekommen."

Dennoch zog es bald auch das Regime vor, in der uferlos geratenen Landarbeit Schwerpunkte zu bilden. An die Spitze der Alle-aufs-Land-Bewegung traten die „Guerrillero-Brigaden", Freiwilligen-Verbände, die zwei oder drei Jahre auf den Feldern arbeiten und meist an besonders kritischen Stellen eingesetzt werden.

Ab Sommer 1966 zogen 6000 Jugendliche auf die Kuba vorgelagerte Isla de Pinos, in der Batista-Zeit Gefängnisinsel und Eldorado amerikanischer Touristen. Die Yankees konnten hier einst gegen Dollar zollfrei Waren kaufen und in Privatkliniken unerwünschte Früchte des Vergnügens abtreiben lassen.

In monatelanger Arbeit verwandelte Kubas Jugend die Insel, die nun auch ihren Namen trägt (Isla de la Juven-

tud = Insel der Jugend), in eine riesige Zitrusfarm, auf der in wenigen Jahren mehr Früchte geerntet werden sollen als in ganz Israel. Auch strategisch war die Besetzung wichtig: sie sollte den Plan der Amerikaner vereiteln, dort mit Exil-Kubanern ein Gegen-Kuba aufzubauen.

Über 50 000 Voluntarios der paramilitärischen Jugendorganisation Kubas siedelten in der menschenleeren Ebene der Provinz Camagüey, dem kubanischen Sibirien. Nur 32 Einwohner lebten hier auf einem Quadratkilometer, 250 000 Hektar lagen seit Jahrzehnten brach.

Die Voluntarios bauten sich eigene Dörfer, modernisierten die Zuckerfabriken, legten Maisfelder und Baumschulen an. Unterstützt wurden sie dabei von Militär-Einheiten: Allein im Jahr 1967 arbeiteten 50 000 Soldaten in der Landwirtschaft. Auch der staatliche Frauenverband schickte 55 000 Frauen und Mädchen auf die Staatsfarmen, zusätzliche 10 000 Frauen sollen dort 10 000 Männer für die Arbeit im Zuckerrohr freisetzen.



Kubanische Zuckerschläger
„Wir brauchen keine Maschinen"

Ende 1968 entstanden die „Che-Brigaden" und die „Centros guerrillas", Freiwilligen-Einheiten, die unter den gleichen Bedingungen leben wie einst die Partisanen in der Sierra Maestra. Statt in Baracken und Steinhäusern kampieren die Produktions-Guerillas am Feldrand in Zelten; ihre Arbeitszeit richtet sich nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen, sondern nach den Erfordernissen der selbstgestellten Aufgaben.

Einer von ihnen, Lázaro Norega, 42, Arbeiter in einer Tabak-Fabrik, erzählt: „Wir sind 20 Mann, die meisten stammen aus der Stadt. Im vorigen Jahr haben wir die ‚Brigada Guerrilleros de Bolivia' gegründet, zur Erinnerung an Che und seine toten Kameraden. Wir arbeiten an der Südküste von Las Villas im Zuckerrohr. Den Einsatz von Maschinen haben wir abgelehnt, die kann man anderswo bes-

Das ist eine Anzeige des Chemiefaser-Herstellers Phrix für seine sympathische Faser Redon.

Redon kann mehr als hübsche Mädchen warmhalten.

Denn Redon liefert hübschen Mädchen die Schlingen, mit denen man Männerblicke fängt. Obwohl Redon sich sonst nie zusammenzieht. Selbst zu Wasser hat es ein festes Verhältnis: es filzt nicht, flust nicht, läuft nicht ein und geht nicht auseinander. Redon läßt niemals locker — es ist waschmaschinenfest. Und läßt sich nach kurzem Aushängen sofort wieder anlegen.

Ihr Bügeleisen können Sie ruhig vergessen. Redon wahrt die Form, auch wenn es bei Ihnen mal formlos zugeht. Redon bleibt glatt, auch wenn es geknickt im Koffer liegt. Und verschießt nicht, selbst wenn die Sonne vom Himmel knallt. Was im Augenblick leider nicht mehr zu erwarten ist.

Redon hat berühmte Couturiers angeregt, aufregende Sachen zu machen. Hosenanzüge, Gilets. Schicke Kleider, die jungen Mädchen den Kopf verdrehen, damit sie bei jungen Männern dasselbe machen können.

Sie fallen also auf, wenn Sie sich an Redon, die sympathische Faser, halten, mit der sich Bande knüpfen lassen, die ewig halten. Übrigens haben Sie mit Redon häufiger ein Rendezvous, als Sie annehmen: Sie treffen es in Möbelstoffen, Vorhängen, Tischdecken, Teppichböden und Schlafdecken. Sie sehen, Redon macht es Ihnen leicht, sich für Redon zu erwärmen. Weil es mehr als nur warmhalten kann.



9/12f



ser gebrauchen, wir sind kräftig genug. Im vorigen Jahr sprangen ein Dutzend Männer wieder ab, ihnen war die Arbeit zu hart."

Norega berichtet weiter: „Wir fangen um sieben Uhr morgens an, dann markieren wir ein Stück Feld mit einer weißen Fahne und hören nicht eher auf, bis wir sie erreicht haben. Meist sind es zehn Stunden am Tag, manchmal mehr." Ohne Feiertag arbeitet die Brigade 45 Tage lang, dann macht sie fünf Tage Urlaub.

Mit solchen Kampf-Einsätzen will Fidel Castro Kubas Landwirtschaft innerhalb weniger Jahre entwickeln, denn er weiß: Auf dem Land wird sich das Schicksal des Fidelismus entscheiden. Gelingt ihm die Modernisierung und Ausweitung der Landwirtschaft — und damit eine bessere Versorgung seines Volkes —, so ist die Zukunft seines Regimes gesichert.

Auf dem Lande und in der Landwirtschaft sind die Millionen Pesos investiert, die in Zukunft reiche Zinsen tragen sollen. Die Agrarwirtschaft ist das entscheidende Experimentierfeld des kubanischen Sozialismus, gleichsam das Natur-Labor des Agronomen Fidel Castro.

Castro hat sich die totale Kontrolle über die Landwirtschaft durch zwei Agrarreformen gesichert. Die erste, im Mai 1959 verwirklicht, traf vor allem die in den Städten und im Ausland lebenden Großgrundbesitzer; sie wurden enteignet.

Für die Enteignung von 3,6 Millionen Hektar oder 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zahlte der Staat Entschädigungen in bar oder in Schuldscheinen. Das Privateigentum wurde auf 400 Hektar beschränkt. Die Verwaltung des „befreiten Landes" (Castro) übernahm das nationale Institut für Agrarreform (INRA). Es verteilte Ländereien an besitzlose Landarbeiter und empfahl ihnen, sich zu Genossenschaften zusammenzuschließen.

Das zweite Landreform-Gesetz vom Oktober 1963 fiel radikaler aus. Die Regierung enteignete entschädigungslos auch den bäuerlichen Mittelstand und ließ nur noch 67 Hektar als Privatbesitz zu. Dem Staat gehören seither 70 Prozent des gesamten bebauten Bodens.

Das Land unter Kontrolle, schickte sich Castro an, die Landwirtschaft Kubas zu modernisieren und nach eigenen Rezepten umzustrukturieren. Auf seiner Versuchsfarm in der Provinz Oriente pflanzte Fidel („am liebsten würde ich nur noch Bauer sein") importierte Futtergräser und maß täglich ihr Wachstum.

Er installierte ein Hühnerhaus im Stil amerikanischer Eier-Legemaschinen und berechnete Ertrag und Rentabilität. Auf Weisung des Máximo Líder folgten die Kubaner seinem Beispiel: Die Eier-Jahresproduktion stieg von 1967 bis 1968 um 50 Prozent.

Im Geländewagen fährt der Regierungschef, oft nachts, durch die Dörfer, holt Staatsgut-Direktoren und Genossenschafts-Vorsitzende aus den Betten, um ihnen neue Ideen zur Steigerung der Produktion vorzutragen. Für die Zuhörer sind es Befehle.

Fidel gab Order zum Bau von Kunstdüngerfabriken; England und die DDR stellten dafür Kredite zur Verfügung. Die größte Kunstdüngerfabrik (Baukosten: 90 Millionen Pesos) soll im September 1970 im karibischen Hafen Cienfuegos die Produktion aufnehmen: 700 Tonnen täglich.

Schon heute durchkämmen Freiwilligen-Brigaden die Zuckerfelder und streuen Sulfate, Schweizer Spezialisten fliegen in sowjetischen Doppeldeckern Dauereinsätze und versprühen Pflanzengift. Allein die Farbenfabriken Bayer in Leverkusen liefern heute jährlich chemische Wirkstoffe im Werte von sechs Millionen Mark an Kuba (1965: 400 000 Mark).

Ein Ausländer leitet eine der wichtigsten Staatseinrichtungen, das „Institut für Tierwissenschaften": der Brite Dr. Reginald Preston, 40. Er hatte schon in England konservative Farmer mit dem Vorschlag irritiert, Mastrinder im Winter statt mit Heu und Häcksel ausschließlich mit Mais zu füttern. Er bewies, daß die Rinder bei dieser Ernährung schon nach zwölf Monaten schlachtreif seien, nicht erst — wie bis dahin — nach drei Jahren.

Auf Kuba fand Preston in Castro einen wahlverwandten Rinder-Fan. Um die katastrophale Versorgungslage der Insel zu bessern, vergrößerten sie gemeinsam die dezimierten Herden von 4,5 Millionen Rindern (1960) auf 7,4 Millionen im Jahr 1968.

In diesem Jahr wird Kuba so viele Rinder wie Einwohner haben: acht Millionen. Über eine halbe Million davon stammen aus Fidels Neuzüchtung F1. Die Formel bezeichnet die erste Kreuzung zwischen dem traditionellen kubanischen Fleischrind, einem Nachkommen indischer Brahman-Zebus, und Holsteiner Milchkühen, von denen Fidel bisher 15 000 vorwiegend aus Kanada einführen ließ.



Kubanische Zuckermühle
„Vom Kolonialismus befreit"

Das vorwiegend als Schlachtvieh gezüchtete Zebu liefert im Durchschnitt täglich nicht mehr als vier Liter Milch, die Kreuzungs-Töchter der F1-Serie bringen es auf einen Tagesdurchschnitt von zehn Litern und vertragen Kubas Klima besser als die reinen Holsteinrinder.

Den Landes-Milchrekord hält zur Zeit die hochdekorierte F2-Kuh „La avanea" mit der Spitzenleistung von 38 Litern. Sie ist fast so berühmt wie Fidels Liebling, der in Kuba gezüchtete Holsteinbulle „Tauro", der in einem vollklimatisierten Stall des Zentrums für künstliche Insemination „Rosafé Signet" bei Havana verhätschelt wird.

Mit besonderem Vergnügen schaut der Premierminister zu, wenn der massige, 1256 Kilo schwere Stier seinen Samen in einen mit lauwarmem Wasser temperierten Gummizylinder spendet. Bis zu 72mal tut „Tauro" das im Jahr — Samen genug, um etwa 4000 Zebukühe künstlich zu befruchten. Zu Fuß, per Fahrrad, Pferd oder Scooter bringen allein in der Provinz



Kubanische Landarbeiterbrigade: „Am eigenen Schopf aus dem Sumpf"

Havana 312 Befruchtungstechniker das Bullensperma zu den Kühen.

Wenn es um Landwirtschaftsfragen geht — das ist die Überzeugung vieler Kubaner —, behält Fidel gegen den Rat der Fachleute immer recht. Als die Chinesen 1966 ihre Reis-Exporte nach Kuba drosselten, ließ Fidel gegen den Rat japanischer Agronomen im Norden der Insel Reis anbauen. Nach zwei kümmerlichen Ernten brachten die Kubaner in diesem Jahr vier Fünftel ihres Eigenbedarfs ein.

Bei einer anderen Gelegenheit rieten die Experten davon ab, im Osten der Insel Kaffee anzubauen, weil es zu schwierig sei, die Keimlinge gegen das schneller aufschießende Unkraut zu schützen. Fidel ließ daraufhin Plastik-Folien auslegen, die das Gras niederhalten.

Doch Castro kann die Landwirtschaft nicht allein regieren, er vermag nicht einen funktionierenden Staatsapparat und eine geschulte, bewegliche Agronomen-Elite zu ersetzen. Daran aber mangelt es Kuba. Wo der Máximo Líder nicht persönlich eingreift, regen sich zuweilen die alten privatkapitalistischen Instinkte des Bauerntums.

Selbst im sozialistischen Kuba gibt es noch immer fast 200 000 private Kleinbauern, auf deren Farmen ebenso viele Menschen arbeiten wie im staatlichen Sektor der Landwirtschaft. Sie sind oft tüchtiger als ihre staatlichen Konkurrenten.

Die in der ANAP, dem Verband der Kleinbauern, zusammengeschlossenen Privatagrarier kontrollieren zwar nur 30 Prozent des bebauten Bodens, aber ihr Anteil an der kubanischen Land- und Viehwirtschaft ist ungleich höher: Sie besitzen 40 Prozent des Viehbestands, 80 Prozent der Kaffeefelder, 85 Prozent der Tabakproduktion und 30 Prozent der Zuckerrohrfelder.

Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern, denn: „Fidel hat uns versprochen, daß wir auf unserem Land sterben werden“, berichtet ein Kleinbauer in San Andrés in der Provinz Pinar del Río. Noch immer ist die private Landwirtschaft der sicherste Garant für das Funktionieren der kubanischen Landwirtschaft.



Kubanischer Arzt, Patient
Kostenfrei im Krankenhaus

Das aber wirft die Frage auf, wieweit sich das Regime auf die Landbevölkerung verlassen kann. Im gleichen Maße, wie die Landwirtschaft im Programm der Revolutionsregierung dominiert, steigt auch das Selbstbewußtsein der Provinzler. Kubas Kleinstädte und Dörfer, früher von Havana als Drecknester verachtet, sind heute Kristallisationspunkte wachsender Macht.

Früher wurden die Kleinstädte und Dörfer Kubas von den Latifundienbesitzern beherrscht, die das Land wie Feudalherren verwalteten. Sie besaßen riesige Ländereien, sie kontrollierten die Läden in der Provinz, ihnen gehörten Hotels und Eisenbahnstrecken, sie beeinflußten die Besetzung der Pfarrstellen und bestimmten die Einsetzung neuer Bürgermeister. Sie ließen nach eigenem Gutdünken vermeintliche Verbrecher einkerkern, sie zensierten die Zeitungen, sie verteilten Spenden an Witwen und Waisen.

Um die Macht dieser Provinz-Könige zu brechen, bedurfte es keiner sonderlichen revolutionären Anstrengung. Die meisten Latifundienbesitzer räumten nach dem Sieg Castros freiwillig das Feld. Die herrenlos gewordenen Provinzen aber besetzte die Revolutionspartei. Ohne Übergang gerieten die Kleinstädter und Dörfler aus der feudalen Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer in die totale Abhängigkeit von der Partei. Castro versuchte, sich durch Bevorzugung der Provinzler deren Loyalität zu sichern.

Die Dörfer wurden modernisiert, die Arbeit der Bauern durch vielfältige Staatshilfen unterstützt. Am eindrucksvollsten gelang dem Regime die Befreiung des Landes von Krankheiten und Epidemien, die Eindämmung der Kindersterblichkeit. Die Sterblichkeitsziffer für Kinder bis zu vier Jahren ist in Kuba die niedrigste Lateinamerikas, die Lebenserwartung der Erwachsenen die höchste.

Die Regierung in Havana erhöhte den Etat für den staatlichen Gesundheitsdienst von vier Prozent des Gesamtetats auf 15 Prozent. (Im Jahre 1967 158 Millionen Pesos.) Ärztliche Betreuung und Krankenhaus-Aufenthalt sind kostenfrei für jedermann. Die Zahl der in Kuba praktizierenden Ärzte wurde in acht Jahren verdoppelt, freilich auf Kosten einer soliden Ausbildung.

Überall förderte das Regime Land-Interessen. In der Provinzstadt Holguín baute die Regierung für die Bewohner einer Barackenstadt von 8000 Holzhütten neue Wohnungen. Santa Clara, Zentrum der Provinz Las Villas, bekam eine Zucker-Universität, eine landwirtschaftliche Hochschule mit angeschlossenen Versuchswerkstätten und Experimental-Labors für die Zucht neuer Pflanzensorten.

Das Stauwerk in Contramaestre, von der Musterbrigade „Carlos Manuel Depez“ nach dreijähriger Bauzeit in diesem Sommer fertiggestellt, bewäs-





Katholischer Priester, Hochzeitspalast in der Provinz: Fidels Photo neben dem Bild der heiligen Maria









Die Farb Getreuen

von Philips

Sie bringen die Farben, wie sie sind. Farbgetreu.

Die Farbgetreuen von Philips machen ihrem Namen alle Ehre.
Denn sie bringen die Farben, wie sie sind.
Farbgetreu. Lebensecht.
Und: Das Bild ist immer gleich gut. Immer gestochen scharf.
Mit den Farbgetreuen von Philips
können Sie farbig in die 70er Jahre gehen.

PHILIPS

Empfehlung:
Besorgen Sie sich den Farbfernseh-Katalog »Was Sie wissen sollten, bevor Sie ein Farbfernsehgerät kaufen«. Sie bekommen ihn kostenlos bei Ihrem Fachhändler oder direkt von der Deutschen Philips GmbH, 2 Hamburg 1, Postfach 1093.

sert in der Trockenzeit den halben Norden der Provinz Oriente und schützt in der Regenzeit das flache Land vor Überschwemmungen.

Cienfuegos in der Provinz Las Villas ist heute durch die vollautomatischen Transportbänder seiner Lade-Anlage für losen Zucker bei einem Jahresumschlag von 1,75 Millionen Tonnen der größte Zuckerhafen der Welt.

Selbst in der Konsumgüter-Versorgung wurde die Provinz bevorzugt. Hinter den blinden Scheiben der baufälligen Kleinstadt-Läden liegen mehr Schuhe und Stoffe zur Auswahl als in Havana. Als in der Hauptstadt schon seit Monaten keine Tennisschuhe mehr auf Lager waren — in Trinidad und Camagüey standen sie zum Verkauf. Um Brot und Fleisch braucht man in Cienfuegos nicht lange Schlange zu stehen; in Santiago werden Bananen in den Gemüseläden angeboten — in Havana fehlen sie.

Trotz solcher Anstrengungen des Regimes ließ sich die Landbevölkerung bislang noch nicht zu einem neuen politischen Bewußtsein bekehren. Die Revolutionspartei konnte sich nur schwer das Vertrauen der Provinzler sichern.

Nach Castros Machtantritt hatte sich die Partei in den verlassenen Kleinstadt-Palästen der entmachteten Latifundienbesitzer etabliert. Dennoch konnte sie das entstandene Macht-Vakuum im Bewußtsein der Bevölkerung nicht füllen, weil es den Befreiern an ausreichendem qualifizierten Personal fehlte.

Bürokratische Parteikontrolle, die jede Eigeninitiative der vorhandenen Fachkräfte und aktiven Bürger eher bremst als fördert, subalterne Apparatschiks, die sich aus Mangel an eigenem Wissen scheuen, die Ideen der Revolution zur Diskussion zu stellen, lähmen die Arbeit der örtlichen Parteidienststellen.

Der Chefredakteur der parteiamtlichen Provinzzeitung „Ahora" („Jetzt"), in 30 Berufsjahren daran gewöhnt, daß zeitungsfremde Instanzen über die Meinung seines Blattes entscheiden, findet es ganz in Ordnung, daß nicht er, sondern ein parteiamtlicher Zensor über die Artikel richtet. Und für den Parteisekretär der Zitrusfarm von Ciego de Avila ist es „selbstverständlich notwendig, die Planifikations-Zentrale in Havana zu fragen", wenn es gilt, eine neue Wasserpumpe zu installieren.

Castros Machtapparat auf dem Land ist so strukturlos, daß selbst die machtlose katholische Kirche der Partei Konkurrenz machen kann. In Trinidad an der Südküste wollte die Partei, um den Einfluß der Ortskirche einzudämmen, für heiratslustige Jung-Kubaner einen revolutionären Hochzeits-Palast einrichten; sie wählte dafür ein verlassenes Herrenhaus mit Spiegel-Wänden, baute vor einem wandgroßen Bild des toten Helden Che Guevara einen mit weißen Spitzendecken verkleideten Altar auf und bestreute ihn mit künstlichen Rosenblüten. Die Aktion wurde ein Mißerfolg: Die Brautpaare ziehen auch weiterhin den Original-Altar vor.

Einen offenen Kampf der kubanischen Revolutions-Partei gegen die Kirche hat es freilich bisher nicht gegeben. Die Kirche besaß auf der Insel nie einen so starken Einfluß wie auf dem lateinamerikanischen Festland.

In der Batista-Zeit lebte sie weitgehend von den Spenden der Gemeindemitglieder: als Kirche der Reichen und der großen Städte. Als jedoch nach der Revolution die zahlungskräftige Gemeinde durch Flucht und Auswanderung immer kleiner wurde, befahl Rom die Umstellung auf eine Volkskirche; die Aktion kam freilich zu spät, um längst verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Fidel, in jungen Jahren selbst ein überzeugter Christ und Zögling des Jesuiten-Kollegs Belén in Havana, konnte es sich leisten, mit dem Episkopat Frieden zu schließen. Die katholische Kirche versprach, sich nicht in die Politik zu mischen. Castro respektierte den Gottesdienst und gestattete den Padres, an schulfreien Wochenenden Religionsunterricht für Kinder zu erteilen.

In manchem Bürgerhaus in der Provinz hängt das Bild der heiligen Maria neben der Photographie Fidels. Für die Leute auf dem Land rangiert er unter den Heiligen; er bleibt das einzig wirksame Bindeglied zwischen den Kubanern und der neuen Zeit, er bleibt der Máximo Líder, der große Führer, eher mystisch verehrt als rational verstanden, nach den von ihm erwarteten Wundertaten bemessen — nicht nach seinen Ideen.

Dennoch weiß Castro, daß mit der Begeisterung für den Kopf der Revolution die Kubaner für die Revolutions-Partei noch nicht gewonnen sind. Schon früh hatte der Diktator erkannt, daß seine Partei einen stabileren Unterbau benötigte, um die Kubaner in die politische Mitverantwortung einzubeziehen.

1965 gab er Anweisung, die bis dahin ausschließlich von der Zentrale aus dirigierten politischen Gruppen unter der Führung der kommunistischen Partei auf örtlicher Ebene zu einer Art Ortsparlament zusammenzuschließen, das im Kontakt mit der Bevölkerung die lokalen Probleme löst. Eine von der Bevölkerung gewählte Gemeindevertretung ist der Regionalverwaltung verantwortlich, diese wiederum den Provinzinstanzen, die der Zentrale in Havana unterstehen.

Was aus diesem ersten parlamentarischen Versuch des Fidelismus wurde, beschreibt ein Funktionär aus Holguín so: „Es war eher ein Gangster-Syndikat als eine Volksvertretung. Jeder wartete nur auf einen Befehl vom Boß, und jeder glaubte, er genieße dessen Vertrauen mehr als der andere. Die Leute im Ort waren höchstens als mögliche Opfer interessant."

Nur die Vertreter der kommunistischen Jugendorganisation entzogen sich dem Kompetenz- und Interessenhandel des lokalen Machtapparats. Die Jugend bleibt die wichtigste Klammer zwischen dem revolutionären Zukunfts-Programm und dem kubanischen Volk. Sie ist die Vorhut für die Gesellschaft von morgen.

Chef-Agronom **Castro***, **Musterstier**: „Am liebsten würde ich Bauer sein"

* Mit dem nordvietnamesischen Vize-Premier Lo Than Nghi (2. v. l.).

IM NÄCHSTEN HEFT

Kubas Kampagne gegen den Analphabetismus – Havanas Hippies provozieren die Partei – Castro und die Opposition: „Wer nicht bleiben will, kann gehen" – Der Neue Mensch als Endziel der Revolution



KR I/10/69

Anspruchsvolle Männer. In allen Dingen. Auch in der Freizeit. Seit sie das Pils probiert haben, das mit Felsquellwasser gebraut wird, sind sich diese Kenner einig: Krombacher Pils ist unser Pils. Weil es herzhaft-würzig ist und so schlank und bekömmlich. Unverkennbar.

Krombacher Pils

mit Felsquellwasser gebraut

Aus der Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg, 5914 Krombach/Sauerland

KULTUR

THEATER

ARTAUD

Innere Schlacht

Er wollte „Schreie, Klagen, Überraschungen, allerlei Knalleffekte" auf die Bühne bringen, „ein Gewehrfeuer von Lichtpfeilen" und „unerträgliche Klänge, die einen verrückt machen".

„Bei dem Degenerationszustand, in dem wir uns befinden", so spottete der Poet und Schauspieler Antonin Artaud (1896 bis 1948), „wird man die Metaphysik via Haut wieder in die Gemüter einziehen lassen müssen." Ein Theater wollte er, „in dem körperliche, gewaltsame Bilder die Sensibilität des Zuschauers zermalmen und hypnotisieren". „Wie die Pest", sagte er, „ist auch das Theater zur kollektiven Entleerung von Abszessen da."

Brooks „Oedipus"-Inszenierung
Von Schmerzen gepeinigt

Als diese revolutionären Thesen, die jetzt erstmals in deutscher Übersetzung herauskamen*, 1938 in Paris gesammelt erschienen, war der Erfinder des „Theaters der Grausamkeit" in französischen Irrenhäusern verschollen.

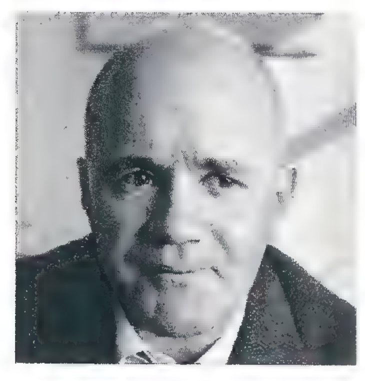
Heilanstalten waren ihm damals seit langem bekannt. 15 Jahre insgesamt hat Artaud, der als Kind an einer Hirnhautentzündung erkrankte, in Sanatorien verbracht, von unablässigen Schmerzen gepeinigt, von Drogen zerrüttet, von Wahnvorstellungen verfolgt. Und dennoch gilt er heute als scharfsinniger Analytiker einer überholten, als Initiator aller modernen Bühnenkunst. „Er war", sagte Freund Jean-Louis Barrault, „wie ein Prophet."



Beckett



Arrabal



Genet

Artaud-Adepten
Vom Wahn verfolgt

Ob Audiberti, Beckett, Arrabal oder Genet, ob der Pole Jerzy Grotowski mit seinem Theaterlaboratorium, die Theaterkommune des amerikanischen Living Theatre oder der Engländer Peter Brook mit seinen Inszenierungen des „Marat" von Weiss oder des „Oedipus" von Sophokles — sie alle haben von Artauds Visionen eines „allumfassenden Schauspiels" profitiert. Artaud, schrieb Ionesco, „schlug tiefe Saiten in uns an", und selbst der Komponist Pierre Boulez rühmte: „Ich kann in seinen Schriften die fundamentalen Voraussetzungen der aktuellen Musik erkennen."

Sie alle versuchten zu realisieren, was Artaud einst gefordert hatte: die Entliterarisierung der Bühne („Schluß mit den Meisterwerken"), die grenzenlose Entfesselung aller theatralischen Mittel, die Darstellung des Traums als Realität und eine Bühnensprache, in der Wort, Mimik und Artistik des Schauspielers nur Ausdrucksmittel sind neben denen des Lichts, der Musik und der Geräusche, der Farben, der Kostüme und der Choreographie.

* Antonin Artaud: ‚Das Theater und sein Double". S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main; 208 Seiten; 12 Mark.



Artaud als „Cenci" (1935)
Von Drogen zerrüttet

Er war der große Anreger. Für die Surrealisten schrieb er Botschaften an Seine Heiligkeit („Wir denken an Krieg gegen dich, Papst, Hund") und den Dalai Lama („Gib uns einen Geist ohne Gewohnheiten"); er programmierte 1924: „Wir kehren das Denken um, wir machen es uneben", und er beschimpfte die Rektoren der europäischen Universitäten: „Das Leben stinkt, meine Herren. Durch das Sieb eurer Diplome geht eine kraftlose, verlorene Jugend." Fürs stumme Kino entwarf der Filmschauspieler Artaud, der unter anderem mit glühendem Blick in Dreyers „Jeanne d'Arc" mitspielte, traumhafte Szenarien und befand: „Das Kino ist vor allem dazu geeignet, die Dinge des Geistes, das Innere des Bewußtseins zum Ausdruck zu bringen."

Er plante „Kurzfilme mit schneller und sicherer Amortisierung", verfluchte den Tonfilm („Ein Blödsinn, eine Absurdität") und erkannte später resigniert, „daß das Metier und die Welt des Films verrotteter sind als alles, was man sich vorstellen kann".

Doch seine Besessenheit galt vor allem und immer wieder der Bühne. In seiner Jugend plante der Dichter aus Marseille ein „spontanes Theater", das in Fabrikhöfen spielen sollte. Ab 1926 machte er in Paris Skandal mit seinem „Théâtre Alfred Jarry", benannt nach dem ihm geistesverwandten „Ubu Roi"-Autor und Begründer der „Pataphysik", der 1907, von alkoholischen Exzessen ruiniert, an der Schwindsucht starb.

1931, auf der Pariser Kolonialausstellung, begeisterte er sich an einer balinesischen Theatertruppe: „diesen Metaphysikern der natürlichen Unordnung", die ihm mit „Schreien aus Eingeweiden, rollenden Augen, Geräuschen von Zweigen, von Becken und hölzernen Trommelwirbeln eine neue und konkrete Anschauung vom Abstrakten" vermittelten und ihn zu seinem „Theater der Grausamkeit" inspirierten.

„Für mich", schrieb er, „ist Grausamkeit Lebensgier, kosmische Unerbittlichkeit, erbarmungslose Notwendigkeit, Lebensstrudel, der die Fin-

Was ist das?

Hängt blitzsauber im Besenschrank. Oder sonstwo. Und heizt. Und heizt... die ganze Wohnung. Und liefert zugleich heißes Wasser aus allen Hähnen – bequem, preiswert, mit Gas.

Ihre Heizzentrale an der Wand:
Junkers Kombi-Heiztherme.

Merke: Junkers Heizthermen werden mit Gas betrieben – mit Stadtgas, Flüssiggas und natürlich mit Erdgas. Weil Gas nicht riecht, nicht raucht und nicht rußt. Weil Gas nicht vorbestellt und nicht vorfinanziert (z. B. dann, wenn Sie Ihr Geld im Urlaub brauchen), nicht extra angeliefert und nicht umständlich gelagert werden muß. Gas ist einfach da – energiereich, unerschöpflich.

Junkers Heizthermen sind zudem absolut sicher (weltbekannte Junkers Controls bürgen hierfür) und für Mini-Appartements so »maßgeschneidert« wie für große Wohnungen, für Altbauten so richtig wie für Neubauten. Und das Schönste: Eine Junkers Kombi-Heiztherme ist bequem, so bequem! Einmal ein Handumdrehen oder – bequemer geht's nicht mehr – einmal den Junkers Raumtemperaturregler einstellen, und Ihre Junkers Kombi-Heiztherme heizt und heizt die ganze Wohnung durch und durch sommer-sonnen-urlaubs-wohlig-warm. Vollautomatisch. Und liefert gleichzeitig Heißwasser aus allen Hähnen. Soviel Sie wollen. Denn die Junkers Kombi-Heiztherme ist Zentralheizung und Heißwasserbereiter in einem. *Ihr Fachmann für Junkers erwartet Sie.*

Gas-Zentral-heizungsgeräte

JUNKERS



An 5-37

Was sind das nur für Leute, die jeden Tag
50.000 Kugelschreiber mit der Hand anschreiben?

Das sind die Leute, die stehen heute noch mit beiden Beinen in jener Zeit, als noch alles mit mehr Liebe gemacht wurde.

Leute, die fünfzigtausend Kugelschreiber zur Probe mit der Hand anschreiben. Weil jeder sofort gut schreiben muß.

Leute, die kilometerlange Papierrollen vollschreiben. Weil sie damit beweisen, daß ihre Minen kilometerlang schreiben, ohne zu klecksen.

Leute, die Kugelschreiber monatelang in den Tiefkühlschrank legen. Weil sie sicher sein wollen, daß die Dinger auch am Nordpol schreiben.

Dem Himmel sei Dank, daß diese Leute nicht nur Kugelschreiber machen. Sondern 3.400 Artikel mehr — alles Dinge zum Schreiben, Zeichnen, Malen, Rechnen und Messen.

Und alles machen sie mit derselben Methode — und unter demselben Zeichen.





Die gründlichen Leute
von Faber-Castell

sternis verschlingt, jener Schmerz, ohne den das Leben unmöglich wäre."

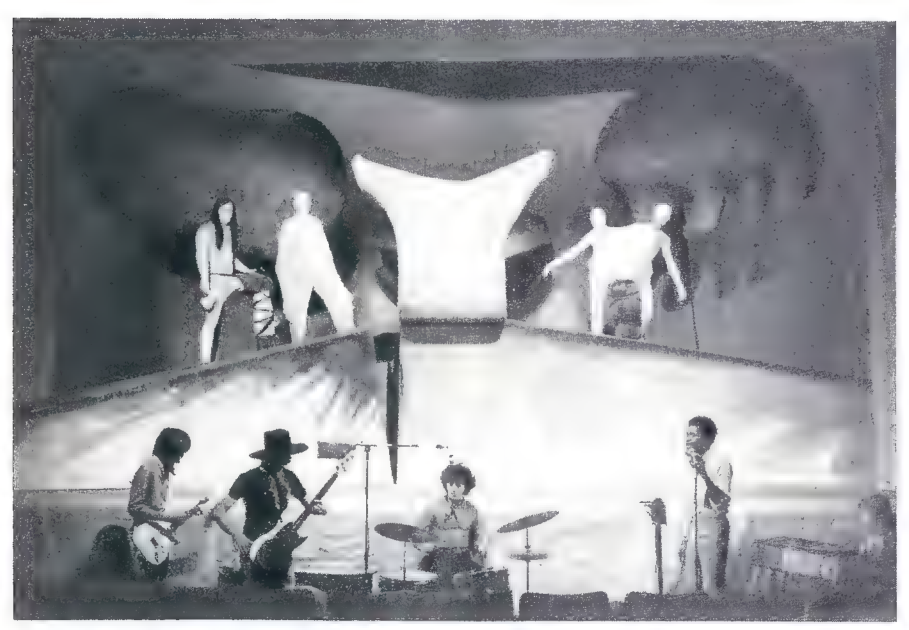
Ein einziges Mal, 1935, versuchte er sein theatralisches Konzept auf der Bühne zu verwirklichen — mit einer Bearbeitung der Stendhal-Novelle „Die Cenci", in der er selbst die Hauptrolle spielte. Das Stück fiel durch.

Artaud suchte Trost bei den mexikanischen Indianern, deren Peyotl-Kult er studierte und beschrieb („Im Lande der Tarahumaras"), und in Irland, wo er mit dem Zauberstab des heiligen Patrick die Spuren der Druiden suchte. Dann war er verschollen.

Im Irrenhaus von Rouen fand seine Mutter ihn wieder, sein Freund Roger Blin, der ihn in der Anstalt von Ville-Evrard besuchte, fand ihn in einer Ecke hockend, ohne Zähne, kahlgeschoren, unter den Unheilbaren. In den humaneren Asylen von Rodez und Ivry durfte er schließlich unter Aufsicht eines Arztes frei leben, malen und schreiben — so einige seiner besten Essays, unter anderem einen über Vincent van Gogh, der ihm den Prix Sainte-Beuve einbrachte.

1948 starb er an Krebs. Er starb aufrecht sitzend, denn er hatte sich geschworen, nicht im Liegen zu sterben. „Alles, was ich schreibe", hatte er einst bekannt, „ist das Resultat einer gräßlichen inneren Schlacht, in der mein Geist selten die Oberhand behält."

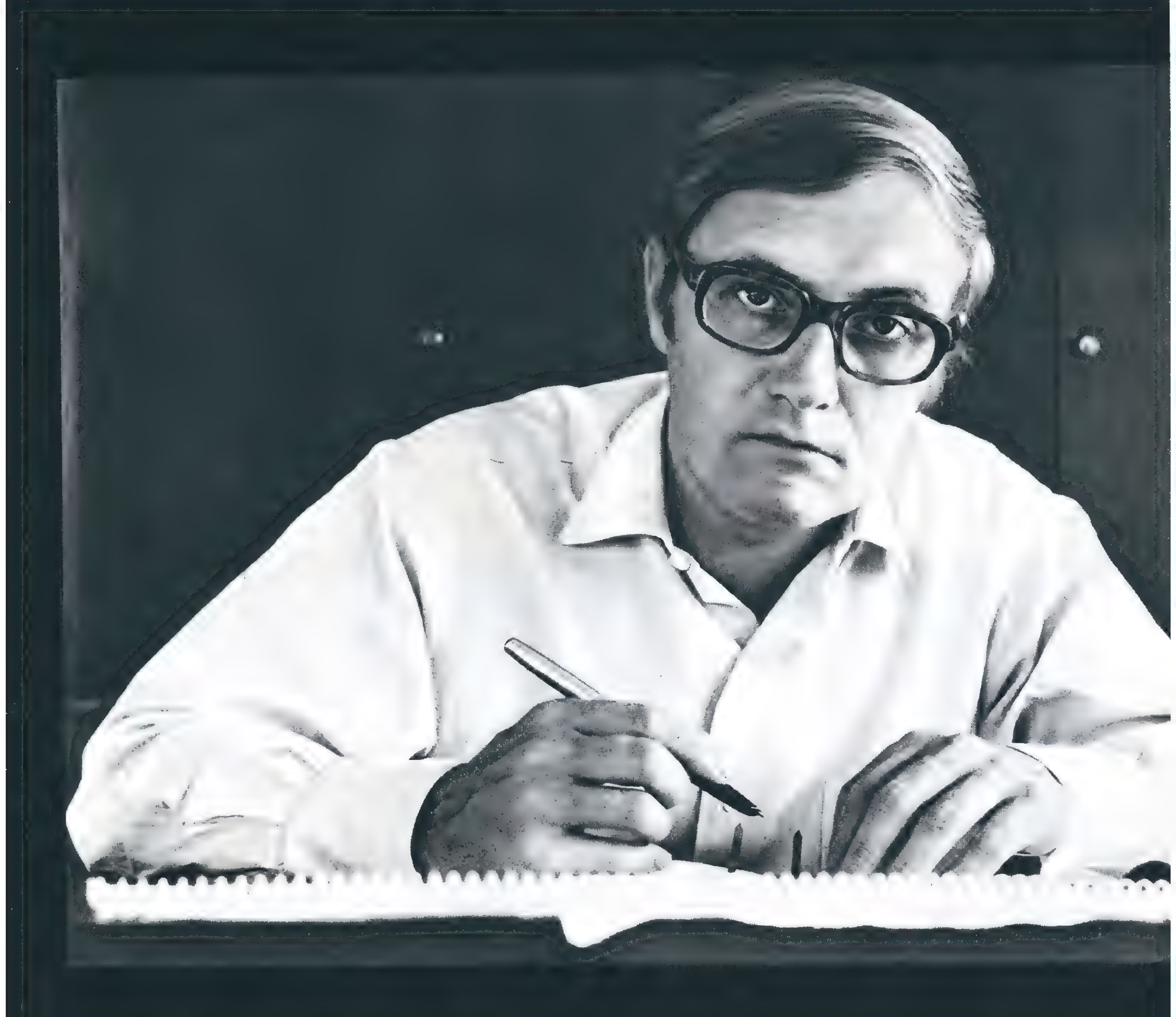
Einmal noch, im Juli 1947, demonstrierte Artaud sein „Theater der Grausamkeit": Zur Eröffnung einer Ausstellung mit Zeichnungen von ihm lasen Freunde seine Gedichte — er selbst begleitete ihren Vortrag mit Schreien.



Müller-Drama **„Prometheus" in Zürich:** Qual im Kaukasus

ALS HEILIGEN UND MÄRTYRER

pries ihn einst Karl Marx. Für Herbert Marcuse ist er ein „Held des Leistungsprinzips", für Sigmund Freud leistete er Triebverzicht in kultureller Absicht: Der Griechengott Prometheus, der nach antiker Sage den Menschen das Feuer brachte und dafür an den Kaukasus geschmiedet wurde, wo ein Adler dem Unsterblichen täglich die Leber zerfraß, könnte — bei Zeus! — eine wirksame Bühnenfigur sein. Im neuen Stück des DDR-Dramatikers Heiner Müller, 40, agitiert er als Revolutionär und Klassenkämpfer, der unter entsetzlichen Qualen die Götter verflucht und für die Menschen leidet. In rhythmisch gehobenem Versmaß frei nach Aischylos („Allerdings durch die Tat und nicht mehr / Durch das Wort ist die Erde erschüttert") bietet Müller ein verschlüsseltes Denkspiel über politische Verhältnisse, über Machtgier, Verrat, Lüge und Terror. Bei der Uraufführung im Zürcher Schauspielhaus ließ Bühnenbildner Karl Kneidl Wolkenklumpen wie riesige Kartoffeln drohend über die Szene hängen. In unnatürlicher Haltung, durch Schaumgummipolster und Verschnürungen meist unkenntlich gemacht, erfüllten die Darsteller in der Inszenierung von Max Ammann ihr Plan-Soll im gewollt naiven Spiel. Die Beat-Band „The Can" sorgte mit dröhnender Zwischenmusik für Erschütterung des Hauses — der einzigen des Abends: Denn das Publikum schien vom strengen Drama ziemlich ungerührt.





Außerdem im Heft:

Mörder,
Haschisch,
Stromboli,
dicke Männer,
schwarze Mädchen,
Ferrari,
Pfeifen,
Kiesinger,
bunte Unterhosen,
Coitus interruptus,
Bundestrainer Schön.

Die Zeitschrift für den Mann

m

Am 24. September überall

Richert

Ernst Richert über Wolfgang Plat:
„Begegnung mit den anderen Deutschen"

NICHTS WIEDERZUVEREINIGEN

Dr. Ernst Richert, 56, ist einer der führenden DDR-Forscher in der Bundesrepublik. Er veröffentlichte die Bücher „Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf" und „Die neue Gesellschaft in Ost und West". – Dr. Wolfgang Plat, 46, Jurist und Historiker, lebt als freier Journalist in Hamburg.

Dieses Buch ist ein notwendiges Ärgernis. In 19 Gesprächen, bei denen der Interviewer jeweils nicht viel mehr als Stichworte gibt, läßt es die „drübige" Bevölkerung selbst in einem Querschnitt zu Worte kommen: Manager, Spezialisten und einfache Mitarbeiter aus den modernen industriellen Staatskombinaten der DDR und den industriell aufgezogenen Großbetrieben der Landwirtschaft, Städtebauarchitekten, junge Familien der „Intelligenz".

Auch der Sachkundige erfährt hier Neues über das soziale Neuland der Ganztagsschulen, des Lebens in den neugegründeten Suburbien, über die Basisdemokratie in Gemeinde, Wohnblock, Industriebetrieb, darüber, wie die Frau in der DDR ihre Rollen bewältigt, wie die polytechnisch trainierte Jugend in diese Gesellschaft hineinwächst, wie die derzeitige (dritte) Phase der Hochschulreform sacht mit Problemen fertig wird, um die bei uns seit acht Jahren gedenkschriftet, demonstriert und begutachtet wird.

All das wird freilich nicht viel nuancierter in Worte gefaßt, als es auch in den apologetischen Schriftchen des DDR-Staatssekretariats für westdeutsche Fragen geschieht. Aber wer kennt diese Schriften schon bei uns? Und im übrigen sind die hier vorliegenden Aussagen eben doch authentischer als die bei uns allenfalls bekannten, um Objektivität bemühten westlichen DDR-Reportagen. Denn die Männer und Frauen, die hier berichten, kennen für ihr Heute nur den Vergleichsmaßstab ihres Gestern, sie sind unbelastet von Historie, und wo Unzulänglichkeiten bestehen (die einige freimütig zugeben), ist man „prognostisch" auf ein Morgen orientiert, wo sie abgestellt sein werden.

Und das ist die zweite wesentliche Erkenntnis, die dieses Buch vermittelt: Für alle, die hier zu Wort kommen, ist die DDR in ihrer sozialen wie politischen Verfaßtheit ein Tatbestand, der nicht rückgängig zu machen ist. Und dies, wohlgemerkt, ohne daß mit den Russen und Amerikanern und dem sinnvoll eingefrorenen Gleichgewicht der Kräfte argumentiert würde. Das selbstverständliche „Ja" gilt vielmehr den gesellschaftlich-herrschaftlichen Verhältnissen zwischen Elbe und Oder selbst, der größeren Gerechtigkeit, höheren Moral, die man für die eigene Seite beansprucht, gleichgültig, ob dieser „man" LPG-Spezialarbeiter, Ganztagsschullehrer, privatwirtschaftlicher Komplementär einer Möbelfabrik, Verfassungsjurist oder das SED-Politbüromitglied Friedrich Ebert ist.

Nun ist Wolfgang Plat, der westdeutsche Interviewer, kein Günter Gaus, kein Moravia, keine Oriana Fallaci, die ihren Gesprächspartnern enthüllende Zwischentöne zu entlokken verstehen. Man mag also sagen: Wenn einer so ledern-aufrichtig und orthodox-linksmarxistisch fragt wie Plat, wenn er zu wenig nachstößt, dann werden ihm Antworten serviert, die „Agitprop" sind, sobald Grundsätzliches ins Spiel kommt. Und man kann folgern: Da wir nun einmal seit Ende 1966 in einer neu verschärften deutschen Eiszeit leben und da mithin der bundesrepublikanische Gesprächspartner in der DDR auf desto mehr Argwohn stoßen wird, je gezielter und sachkundiger er fragt, ist der Versuch, die andere Seite zur Sprache zu bringen, derzeit wenig sinnvoll.



Wolfgang Plat: „Begegnung mit den anderen Deutschen"
Rowohlt Verlag
Reinbek
368 Seiten
14,80 Mark

Aber auch wenn sich so letzten Endes nur Monologe ergeben, beeindruckt doch die Ausbeute an Informationen, die viele hiesige Vorstellungen über die DDR korrigieren können. Und überdies, fast noch wichtiger, macht in der Monotonie der Grundsatzargumente der Part betroffen, den die DDR-Prominenz übernimmt: Ebert, Winzer, der Staatsrechtler Weichelt, der Soziologe Herlitzius, der Zeithistoriker Heitzer.

Was in ihren Äußerungen hervortritt, ist ein simpler Kontext: Die DDR hat das Recht auf ihrer Seite, weil sie als Arbeiterstaat die Interessen aller Werktätigen verkörpert, die als friedliche Interessen a priori niemanden in der Welt irritieren können. In der BRD hingegen hat sich nach 1945 nichts geändert: Mittels des Privatkapitals beherrscht eine expansiv tendierende Minderheit den Staat; auch die Große Koalition stellt nur eine raffiniertere Taktik solcher zur Gestrigkeit verurteilten Politik dar, dank der sich — so Winzer — erneut finstere Wolken über Europa zusammenbrauen ...

Wo hört in solchen Argumentationen die pure Agitation auf? Wieweit sind die Ebert, Winzer usw. wirklich überzeugt von dem, was sie sagen? Und in welchem Maße ist bundesdeutsche Intransigenz, von Springer bis zu manchen Kanzlerreden, schuld daran, daß Information über den deutschen Westen solche Formen annehmen kann?

Fritz J. Raddatz, dem Cheflektor von Rowohlt, war sichtlich nicht ganz wohl bei dieser Edition, die gar zu leicht die Publikumsreaktion auslösen könnte: „Da seht ihr selbst — mit denen drüben ist nicht zu reden!" Das Buch enthält einen auf diesen Punkt zielenden Briefwechsel zwischen ihm und dem Autor. Und man kann nicht sagen, daß Plat alle Einwände von Raddatz auszuräumen vermag.

Dennoch: Gerade die zum Teil erschreckende (echte? gespielte?) Naivität des Interviewers Plat hat es nicht nur vermocht, den DDR-Alltag transparent zu machen; auch daß sich so die offizielle Vorstellungswelt der DDR-„Großen" — samt ihren Reflexen im DDR-Alltag — erschlossen hat, ist ein Gewinn. Auch die politisch relevanten Realitäten haben ihren Hintergrund von wie auch immer begründeten oder unbegründeten Besorgnissen, und diese können ihrerseits sehr reale politische Wirkungen haben.

Wenn bundesdeutsche Politik und hinreichend hörbare Öffentlichkeit der illusionären Suada von „Alleinvertretung" und Vorbehalten jeglicher Art im Umgang mit der Realität zwischen Elbe und Oder nicht bald ein eindeutiges Ende machen, dann muß es dabei bleiben, daß — wie Plat formuliert — „jeweils der eine Staat die absolute Negation des anderen darstellt": ex origine und in so viel Ewigkeit, wie die übrige Welt sich bieten läßt. Die DDR, auch das sollten wir dabei bedenken, ist besser dran — nicht nur, weil sie unsere Neurosen bildschön dialektisch in Aggressions-Programme umzudeuten vermag; sondern überdies, weil die Welt vor uns als den Stärkeren mehr Unbehagen haben muß.

Am Rande sei noch bemerkt: Daß es hier wirklich nichts wiederzuvereinigen gibt, sondern nur ein Nebeneinanderleben wie mit Österreich oder mit Ungarn in Frage kommt — auch das sich klarzumachen, dazu sollte dieses so problematische Buch dienlich sein.

Wenn Sie schöne Dinge nicht nur hinter Glas betrachten möchten,

warum haben Sie noch kein Huhn, das goldene Eier legt?

Lassen Sie sich von Ihren Wünschen nicht länger durch Schaufensterglas trennen! Schaffen Sie sich das Huhn, das goldene Eier legt, an: den Pfandbrief oder die Kommunalobligation – sie bringen zweimal jährlich hohe Zinsen. Diese Zinsen können Sie laufend abheben und ausgeben. Für lauter schöne „Kleinigkeiten".

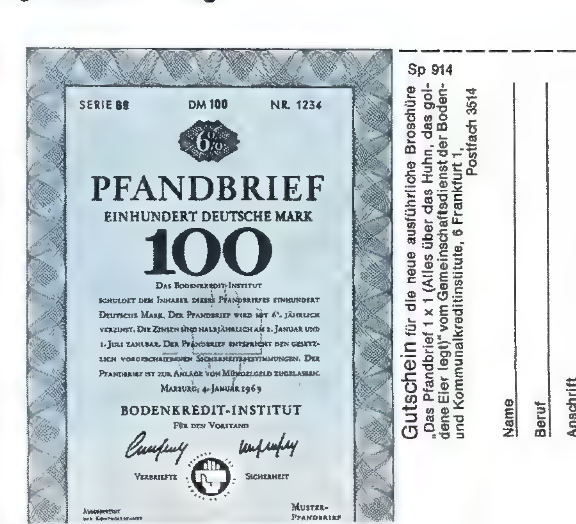
Wenn Sie regelmäßig jeden Monat einen neuen Pfandbrief kaufen, können Sie mit der Zeit immer mehr Zinsen zum Ausgeben einnehmen. Weil die Zinsen mit Ihrem Vermögen wachsen. In fünf Jahren besitzen Sie schon 60 Pfandbriefe. Die Papiere kosten pro Stück meist etwas weniger als 100 DM.

Wenn Sie sich also ein stattliches Vermögen aufbauen wollen und außerdem mit den Zinsen regelmäßig Ihr Portemonnaie für den Einkaufsbummel füllen möchten – warum haben Sie noch keine Pfandbriefe oder Kommunalobligationen?

Nähere Informationen bringt Ihnen der Gutschein direkt ins Haus.



Pfandbrief und Kommunalobligation
Verbriefte Sicherheit



SERIE 68 DM 100 NR. 1234

6%

PFANDBRIEF

EINHUNDERT DEUTSCHE MARK

100

DAS BODENKREDIT-INSTITUT SCHULDET DEM INHABER DIESES PFANDBRIEFES EINHUNDERT DEUTSCHE MARK. DER PFANDBRIEF WIRD MIT 6% JÄHRLICH VERZINST. DIE ZINSEN SIND HALBJÄHRLICH AM 2. JANUAR UND 1. JULI ZAHLBAR. DER PFANDBRIEF ENTSPRICHT DEN GESETZLICH VORGESCHRIEBENEN SICHERHEITSBESTIMMUNGEN. DER PFANDBRIEF IST ZUR ANLAGE VON MÜNDELGELD ZUGELASSEN.

MARBURG, 4. JANUAR 1969

BODENKREDIT-INSTITUT

FÜR DEN VORSTAND

VERBRIEFTE SICHERHEIT

MUSTER-PFANDBRIEF

Sp 914

Gutschein für die neue ausführliche Broschüre „Das Pfandbrief 1 x 1 (Alles über das Huhn, das goldene Eier legt)" vom Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute, 6 Frankfurt 1, Postfach 3514

Name

Beruf

Anschrift

KIRCHE

REFORMATION

Verdeckte Botschaft

Daß der Züricher Reformator Huldrych Zwingli (1484 bis 1531) nicht nur eine Gestalt der Kirchengeschichte, nicht nur ein frommer Gottesmann und schon gar nicht nur ein puritanischer Prediger, der gegen „Seide und ähnlichen Weiberschleck" wetterte, sondern der Vorbereiter einer modernen politischen Theologie gewesen sei, ist das jüngste Ergebnis der neueren Zwingli-Forschung.

Zwei Schweizer Gelehrte, der Historiker Martin Haas und der Berner Theologie-Professor Gottfried Locher, haben in diesem Jahr — zum Jubiläum „450 Jahre Zürcher Reformation" — zwei neue Bücher veröffentlicht, in denen sie die Aktualität Zwinglis für das gegenwärtige Bemühen um neue Vorstellungen von Glauben und Kirche beweisen wollen*.



Widerstandstheologe **Zwingli**
Gegen Manipulation und Myrrhe

Bereits Zwingli habe, schreibt Locher, wie es Theologen der Gegenwart auch tun, der Kirche ein „prophetisch-kritisches Wächteramt" gegenüber Staat und Gesellschaft aufgetragen. So fordert etwa einer der aufsässigsten modernen katholischen Theologen, der Münsteraner Professor Johannes Baptist Metz, für die Kirche, sie müsse „in dieser gesellschaftlichen Welt ... eine kritische befreiende Aufgabe" übernehmen.

Zwingli gestand auch dem einzelnen Christen ein Widerstandsrecht gegen eine tyrannische Obrigkeit zu und

* Gottfried W. Locher: „Huldrych Zwingli in neuer Sicht — Zehn Beiträge zur Theologie der Zürcher Reformation". Zwingli Verlag, Zürich; 308 Seiten; 36 Mark.
Martin Haas: „Huldrych Zwingli und seine Zeit — Leben und Werk des Zürcher Reformators". Zwingli Verlag, Zürich; 286 Seiten; 14,80 Mark.

versuchte, christlichen Glauben mit politischem Handeln für eine gerechte Gesellschaft zu vereinen. Locher: „Von Anfang an kam Zwingli von der politischen Frage her zur Glaubenserkenntnis, um dann vom Glauben aus wieder Politik zu treiben."

Der Reformator hatte in Wien und Basel Philosophie studiert. Wie viele Studenten der damaligen Zeit sah auch er in den Schriften der Humanisten, besonders in den Werken des Erasmus von Rotterdam, die Signale für eine Befreiung vom erstarrten scholastischen Wissenschaftsbetrieb. Zwingli verschrieb sich ganz der Neubesinnung auf das Evangelium, und dabei fand er, so sein Biograph Haas, „seine bibelkritische Methode", indem er die Lehrmeinung der kirchlichen Hierarchie und die Kommentare der offiziellen Kirchenphilosophen verwarf und „die Bibel aus der Bibel heraus zu erklären" versuchte.

Die Rückkehr zum Neuen Testament war für Zwingli aber nicht nur eine theologische Frage, sondern hatte zugleich gesellschaftspolitische Konsequenzen. So trat er für eine gerechte Eigentumsverteilung ein, so forderte er den „totalen Pazifismus" (Haas), und so bekämpfte er die hierarchischen Institutionen, die nach seiner Meinung das Gebot der Nächstenliebe mißachteten. Nicht nur die Kirche, so Historiker Haas, wollte Zwingli durch das Wort Gottes verändern, sondern auch das soziale und politische Leben.

Zwei Jahre nach Luthers Thesenanschlag kam Zwingli nach Zürich. Für ihn, so urteilt Locher, der als erster klar erkannt hatte, „daß die Reformation, soziologisch betrachtet, eine Bewegung von Bürgern war, was der Mönch und Fürstenmann Luther verhängnisvoll übersehen hat", war die Stadt mit ihren Bürgern die geeignetste Basis für die Verkündigung der Reformation.

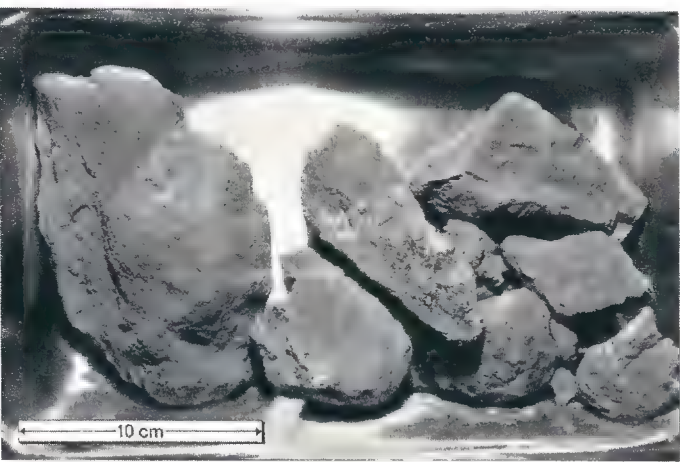
Wie ein moderner Soziologe analysierte Zwingli die Manipulation des Menschen durch Heiligenverehrung und Myrrhe, durch vergoldete Altäre, Reliquien und Orgeln in den Kirchen. Diese Äußerlichkeiten schafften falsche Bedürfnisse, verdeckten das Eigentliche der christlichen Botschaft und entfremdeten die Christen der Quelle der Wahrheit, der Bibel. Locher: „Wo man den wahren Gott nicht kennt, treten die materiellen Dinge an seine Stelle."

Zwingli sei, so meint Theologe Locher, „aus Angst zum Reformator geworden, aus Angst vor Gottes Zorn". Wieweit dabei sexuelle Anfechtungen eine Rolle gespielt haben, läßt Locher offen. Tatsache ist, daß Zwingli noch als Priester in Einsiedeln ein Verhältnis mit einer Dirne hatte und in Zürich mit einer Witwe, die er später heiratete, längere Zeit im Konkubinat gelebt hat.

1531 starb der politische Theologe Zwingli auf dem Schlachtfeld. Im Kampf um die politische und religiöse Einheit der Schweizer fiel der „totale Pazifist".


Sprite
SCHUTZMARKE
eisklar herb
und glitzernd
frisch
Ungewöhnlich: SPRITE.
Schießt kühl ins Glas – sprudelt
auf und . . . prickelt. Überrascht
mit neuem Geschmack. SPRITE –
das ist frischer Wind aus
grünen Flaschen.
Sprite
SCHUTZMARKE
SP 14/69





US-Astronaut **Aldrin beim Einsammeln von Mondbodenproben, Mondgestein:** Das Meer der Ruhe ist schlüpfrig vom Glas

FORSCHUNG

MONDGESTEIN

Schrundige Scherben

Das Konfetti der Empfangsparaden für Neil A. Armstrong, Edwin Aldrin und Michael Collins ist verflogen. Nun aber wird den Monderoberern ein weiterer — nüchterner — Erfolg zuteil.

Die 22 Kilogramm Staub und Gestein aus den Koffern der Apollo-11-Crew haben, wie jetzt die Forscher melden, die Strategie der US-Weltraumbehörde Nasa gerechtfertigt, nicht nur unbemannte Sonden, sondern Menschen zu dem Erdtrabanten zu entsenden.

Die Wissenschaft vom Universum ist, nach Jahrtausenden mythischer Spekulation und Jahrhunderten des Beobachtens aus der Distanz und mühsamen Theoretisierens, an einen neuen Anfang gekommen. Zum erstenmal haben die Kosmologen — außer zufällig auf die Erde verschlagenen Meteoriten unklarer Herkunft — sorgsam ausgesuchte Materie von einem anderen Himmelskörper greifbar vor Augen, im Reagenzglas und unter dem Mikroskop.

Nicht, daß die Wissenschaftler bald bündig Antwort geben könnten, etwa auf die Fragen nach der Entstehung des Mondes oder gar nach dem Ursprung des Sonnensystems. Dennoch erscheinen die unansehnlichen Milligramm- und Gramm-Portionen lunaren Materials — die seit vorletzter Woche an 142 Institute in neun Ländern verteilt werden — den Forschern über die Maßen interessant. Denn nun erst können sie die richtigen Fragen formulieren.

Mehr Rätsel als Lösungen haben schon die ersten Stein- und Staub-Analysen ergeben, die in den letzten sechs Wochen im Houstoner Empfangslaboratorium angestellt wurden. Nur wenige Astronomen und Astrophysiker, so der „Großvater der Mondtheoretiker“, Nobelpreisträger Harold C. Urey, 76, hatten es vermutet: Befremdlich anders als irdisches ist das Gestein des Erdtrabanten, urweltlich alt das Meer der Ruhe, in dem die Apollo-11-Fähre landete.

Im einzelnen referierte letzte Woche der Kosmo-Geologe Dr. Paul Gast von der New Yorker Columbia-Universität die vorläufigen Befunde:

▷ Auf dem Mond hat es nie Wasser und keine Form von Leben gegeben;

▷ die Mondmaterie hat einen hohen Anteil an (auf der Erde selteneren) chemischen Elementen wie Chrom, Titan, Yttrium und Zirkonium — hingegen wurden bisher keine Spuren von Platin, Gold und Silber gefunden, und (auf der Erde häufigere) metallische Elemente mit niedrigem Schmelzpunkt wie Blei, Wismut, Natrium und Kalium sind in den Proben rar;

▷ die Masse des von der Apollo-11-Besatzung mitgebrachten Mondgesteins war einst feuerflüssig, es ist am ehesten dem irdischen Vulkangestein Basalt vergleichbar;

▷ die Brocken und Bröckchen an der Mondoberfläche wurden durch den Beschuß mit Partikeln aus dem Weltraum um und um gewälzt und sind allseits mit glasigen Einschlagsnarben übersät;



Mondforscher **Urey**
Urweltlich alt

▷ der Mondstaub und die nichtvulkanischen, aus Mineralkörnern zusammengebackenen Mondsteine enthalten reichlich Gase, die als Spuren des sogenannten Sonnenwinds, eines von der Sonne fortwährend abgestrahlten Partikel-Stroms, zu deuten sind;

▷ der Staub besteht zur Hälfte aus schillerndem, verschiedenfarbigem Glas in Form von winzigen Perlen, Tropfen und kantigen Splittern, was erklärt, daß Armstrong und Aldrin die Mondoberfläche als „schlüpfrig“ empfunden hatten;

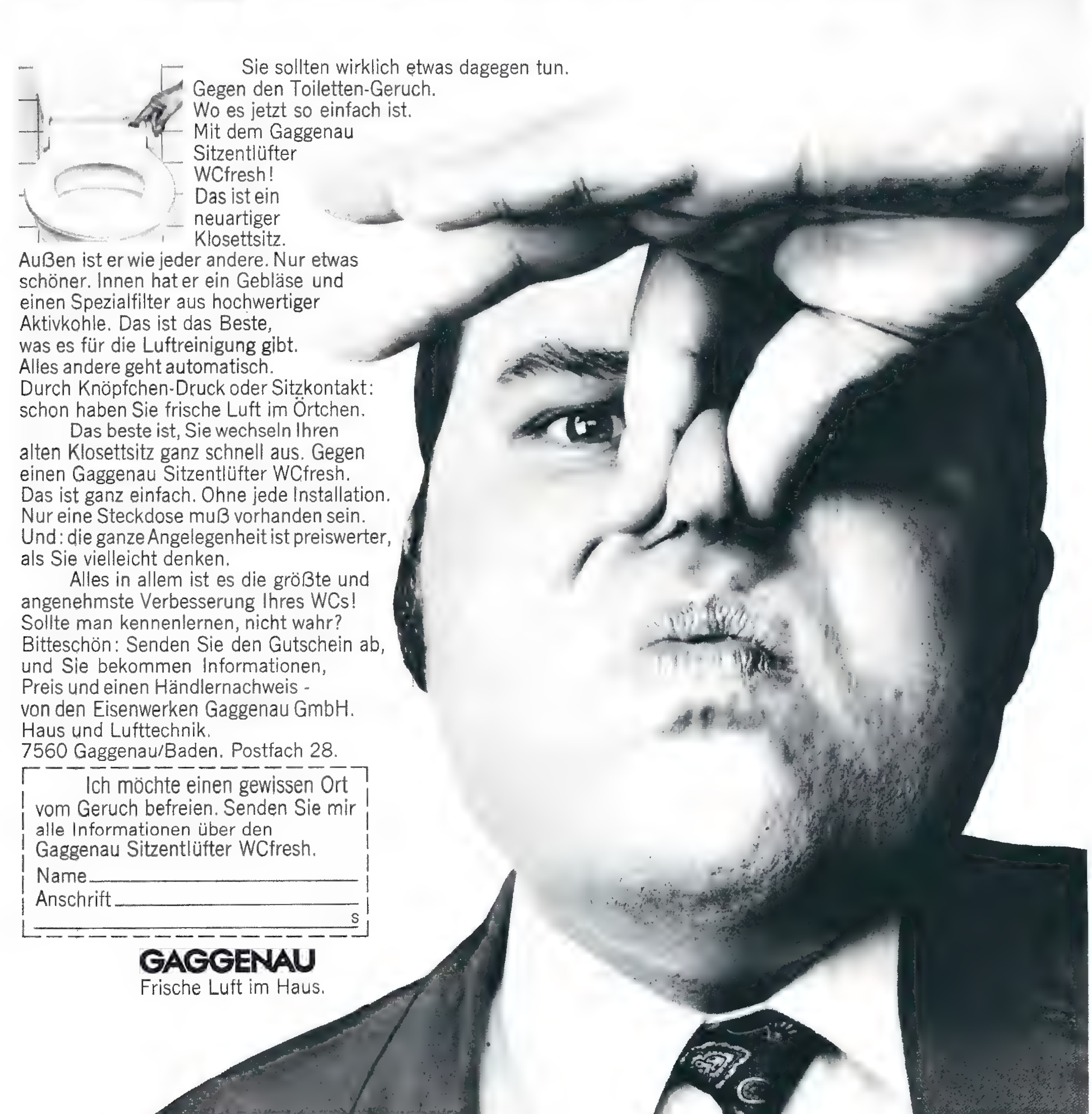
▷ das Alter des Gesteins aus dem Meer der Ruhe wird nun auf maximal 3,3 Milliarden Jahre geschätzt, 2,8 Milliarden Jahre mehr, als die meisten Mondforscher bisher angenommen haben.

Vor allem der letzte Befund läßt den Mond als ideales Experimentierfeld und Forschungsobjekt der Kosmologen erscheinen. Zum erstenmal können sie Materie aus der Frühzeit des Sonnensystems fast im Urzustand studieren. Denn ähnlich altes irdisches Gestein ist immer wieder durch geologische Prozesse, durch das Wasser und die Atmosphäre verändert worden.

Von den Vorstellungen über die Mondentstehung ist zunächst nur die Hypothese außer Kurs gesetzt, der Mond sei bei einer kosmischen Katastrophe aus der Erde, etwa dem Pazifik-Becken, herausgesprengt worden. Hingegen bleibt weiterhin umstritten, ob der Mond ursprünglich ein selbständiger Himmelskörper war, der erst später von der Erde durch ihre Massenanziehung eingefangen wurde, oder ob er zur selben Zeit wie die Erde und als ihr Trabant (zusammen mit der Sonne und den übrigen Planeten) aus einer sich verdichtenden Materie-Ansammlung im Weltall entstanden ist.

Auch die automatischen Meßgeräte, die von Armstrong und Aldrin auf dem Mond zurückgelassen wurden, liefern erst Detailbefunde, die sich noch nicht zu einem einheitlichen Bild fügen. Die von dem Seismometer anfangs gemeldeten (und damals als Mondbeben vulkanischen Ursprungs interpretierten) heftigen Erschütterungen wurden nun — von den Geo-

Wir haben etwas gegen Mief-Macher: Den Gaggenau Sitzentlüfter WCfresh.



logen Gary Latham und Maurice Ewing — als „irgend etwas Komisches in der Elektronik" gedeutet.

Die mittlerweile ausgewerteten regulären Messungen lassen vermuten, daß der Mond nicht wie die Erde aus elastischen Schichten aufgebaut, sondern mehrere hundert Kilometer tief zerklüftet ist, gleichsam ein zusammengeballter schrundiger Scherbenhaufen. Der Erdtrabant, so mutmaßen die Wissenschaftler, ist nach seiner Entstehung sehr schnell ausgekühlt und bis zum Kern erstarrt.

Ungewiß ist noch, wann erstmals ein amerikanischer Forscher nicht nur Probepäckchen Mondmaterial zugeteilt bekommt, sondern den Mond selbst betreten kann. Zwar hat die Nasa schon vor Jahren 17 Wissenschaftler für Mondflüge ausgewählt und seither als Astronauten trainiert. Aber fünf der Akademiker, zwei in den letzten Wochen, haben resigniert — weil als Mannschaften für die nächsten geplanten Apollo-Starts wie stets bisher nur ehemalige Militär- und Zivil-Piloten bestimmt wurden.

Sogar der Direktor für Wissenschaft und wissenschaftliche Anwendung der Raumfahrt-Erkenntnisse bei der Nasa, Dr. Wilmot N. Hess, hat jüngst seinen Posten zur Verfügung gestellt. Seine Begründung: Er sei empört darüber, daß frühestens mit Apollo 16, voraussichtlich im Jahre 1971, ein als Astronaut ausgebildeter Wissenschaftler zum Mond fliegen solle.

RAUMFAHRT

NASA-PLANUNG

Billige Tour

Amerikas Astronauten sollen noch eine ganze Weile in bekannten Gefilden reisen.

Als sie sich im Raum-Rennen gegen die sowjetischen Konkurrenten noch im Rückstand wähnten, schien der von John F. Kennedy anvisierte Mond allenfalls eine Zwischenstation zu sein. Die russischen Schrittmacher im All, so fürchteten und hofften die Nasa-Planer, würden Amerika bald nach der Mondlandung ein neues Parforce-Projekt aufzwingen: die Fahrt zu fremden Planeten.

Richard M. Nixon aber entschied letzte Woche, wie es seiner großen, doch kosmosmüden und in irdische Händel und Nöte verstrickten Nation nun angemessen scheint: Die USA werden einen Menschen zum Mars senden — aber frühestens gegen Ende der 80er Jahre.

Im Februar hatte der Präsident eine Sonderkommission berufen, die ein Raumfahrt-Programm für das kommende Jahrzehnt entwerfen sollte. Ihre Vorschläge, die Nixon jetzt guthieß, enttäuschten Raumfahrt-Enthusiasten, die den Aufbruch zum Mars als neues nationales Ziel erhofft, wie Kritiker, die einen Verzicht auf bemannte Missionen nach den Apollo-Flügen gefordert hatten.

Die Nasa soll vielmehr ihren neuerdings auf 14 Milliarden Mark jährlich geschrumpften Etat (Höchstsumme 1965: 21 Milliarden Mark) vorerst in nutzbringenden und weniger aufwendigen Projekten anlegen:

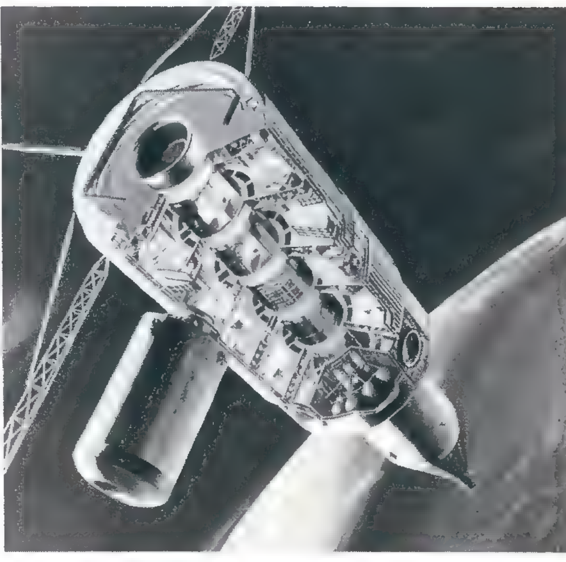
- ▷ Das System erdumkreisender Satelliten, die das Wetter besser vorhersagen helfen, die der Flug- und Schiffsnavigation dienen, Bodenschätze aufspüren und Nachrichten übermitteln, soll vorrangig ausgebaut werden.
- ▷ Astronauten sollen zunächst den Mond weiter planvoll erforschen; sie sollen immer weiter reichende Exkursionen unternehmen, immer länger auf dem Erdtrabanten verweilen und schließlich — in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts — wissenschaftliche Stationen errichten, in denen Menschen monatelang leben können.
- ▷ Bis etwa 1975 soll eine erdumkreisende Raumstation zusammengebaut werden, in der sich zwölfköpfige Besatzungen nach jeweils einem halben Jahr ablösen sollen.
- ▷ Dazu muß ein immer wieder verwendbares Fluggerät für den Pendelverkehr zwischen der Erde und der Raumstation entwickelt werden, das den Preis für den Start einer Astronauten-Mannschaft von derzeit 400 Millionen Mark erheblich senken würde.
- ▷ Weiterentwicklung und Flugerprobung des atomaren Raketentriebwerks „Nerva".
- ▷ Erkundung fast aller Planeten des Sonnensystems mit Robotsonden.

Bemannte Raumstation, Pendelfähre und Atomtriebwerk sind freilich zugleich Projekte, die den Flug zum Mars vorbereiten. Aber der Zeitplan für dieses Unternehmen soll sich nach dem Staatssäckel richten. Immerhin hielt die von Vizepräsident Spiro T. Agnew geleitete Kommission einen ersten Marsflug der Amerikaner im Jahre 1986 (geschätzte Kosten: 100 Milliarden Mark) auch ohne Vorrang-Finanzierung für möglich.

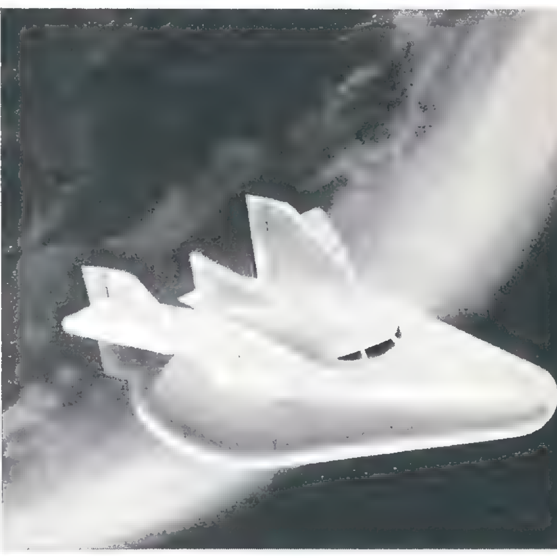
Dann soll allerdings der bis dahin größte und teuerste, doch ungewöhnlich kostensparende Nasa-Roboter bereits am bislang entferntesten Weltraum-Ziel angelangt sein.

1976 ist eine Gelegenheit, an allen großen äußeren Planeten — Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun — auf einer billigen, neun Jahre langen Rundfahrt nahe vorbeizufliegen; die Instrumentenkapsel würde dabei allein durch die Schwerkraftfelder der Planeten auf mehrfach gebogener Bahn von einer Zielstation zur nächsten gelenkt. Bei ungünstiger Konstellation der Planeten würde diese sogenannte große Tour mehr als 30 Jahre dauern.

Der Start der Sonde wurde für 1976 fest eingeplant, weil die Himmelsmechanik nur selten solche Pauschalreisen ermöglicht. Der nächste Termin wäre erst wieder das Jahr 2155.



Bemannte Raumstation (Modell)



Raumfähre (Modell)



Bemannte Mondstation (Modell)

US-Raumfahrt-Projekte
Rundflug zu den Planeten?



Anderson-Film „If ..."
Sadistische Rituale

FILM

NEU IN DEUTSCHLAND

Feuer vom Dach

If ... (England, Farbe). Kinomacher wissen mehr. „Als wir den Film konzipierten", sagt der britische Regisseur Lindsay Anderson, 46, „war er schiere Phantasie." Jetzt ist er schon vergangene Wirklichkeit: „If ..." (deutsch: wenn) handelt von einer blutigen Schüler-Revolution.

Und auch ein wenig von Andersons Not der frühen Jahre. Anderson, um 1956 Mitbegründer der antibürgerlichen „Free Cinema"-Bewegung, hatte seine Schülertage in eben jener Public School verbracht, von deren Simsen die Film-Rebellen nun das Establishment beschießen — im Cheltenham College in Westengland.

Englands Public Schools sind die traditionsreichen Schulen der Elite; in Andersons Film sind sie Zucht-Häuser. Eine Hierarchie der Gewalt erwartet den Eleven, sadistische Rituale richten ihn ab, und wenn er aufrückt, gibt er die Hiebe an die Jüngeren weiter; Liebe spürt er nur zu schönen Knaben.

„Wer befehlen will, muß erst gehorchen lernen", wird er gelehrt. „Wer im richtigen Fall richtig schießt", sinniert derweil beim Wodka der Schüler Mick Malcolm (McDowell), „kann die Welt verändern." Alsbald bricht das Feuer aus.

Während einer Schulfeier erklimmt Mick mit einem Guerilla-Trupp das Dach des Internats, und wütend bombardieren und massakrieren sie Eltern, Lehrer, Militärs, Autoritäten; der Betrachter freilich würde sich nicht wundern, wäre dies alles nur Micks Traum.

Denn Anderson, ein Poet der Grausamkeit, hält seinen meisterhaften Film changierend zwischen Realem und Surrealem, zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit, auch zwischen Pathos und Skepsis: Nach dem feurigen Finale ist Verzweiflung in Micks Miene.

Irisierend und irritierend wirkt zudem der Wechsel zwischen Farbe und Schwarzweiß; doch dabei hat Kommerz die Kunst mitbestimmt: Einige Sequenzen wurden aus finanzieller Not schwarzweiß gedreht.

Explosionen am Himmel

Luftschlacht um England (England, Farbe). Auf den Champs-Elysées in Paris parkte zu festlichem Anlaß ein großes Spitfire-Modell aus Pappe. In Hamburg sprach der einstige Jagdflieger Rüdiger Proske, in Köln redete der Luftwaffen-Inspekteur Johannes Steinhoff, in London erschienen das Flieger-As Peter Townsend (Vereinigtes Königreich), General a. D. Adolf Galland (ehedem Großdeutschland), Senator Barry Goldwater (Arizona).

Sie alle kamen zu den insgesamt 29 europäischen Gala-Premieren der „Battle of Britain" und sahen: eine mäßige Hitler- und eine unsagbare Göring-Karikatur, eine winzig kleine Liebesgeschichte, Curd Jürgens als deutschen Diplomaten und Laurence Olivier als runzelig-müden britischen Luftmarschall Sir Hugh Dowding. Doch vor allem sahen sie Schwärme von Hurricanes, Stukas, Spitfires, von Do 17, He 111, Ju 88, Me 109 und viele Bomben, Bomben, Bomben auf Engelland.

In diesem Film, den der „Goldfinger"-Regisseur Guy Hamilton in hübsche bunte Szenen und für Briten und Deutsche gleichermaßen vorteilhafte Posen gesetzt hat, gibt es statt Helden nur donnernde Motoren und explodierende Maschinen — da wird immer nur gestartet, geflogen, geschossen, bombardiert.

Neun Monate lang dauerte 1940/41 der Luftkampf um England, der die deutsche Invasion vorbereiten sollte und statt dessen mit der Dezimierung der deutschen Luftwaffe endete. Fast zweieinhalb Stunden lang dauert Hamiltons Leinwand-Epos, das auf jüngere Kino-Besucher zweifelhaft eine pazifistische Wirkung ausübt.



Hamilton-Film **„Luftschlacht"**: Donnernde Motoren

Denn, so werden sie sagen, wenn Kriege so langweilig sind wie Hamiltons Film, dann sind sie sinnlos — wie Hamiltons Film.

Kampf der Monstren

Das Doppelleben der Sister George (USA, Farbe). Die Schauspielerin June Buckridge, Zigarrenraucherin, schrullig, vital und ihrem Publikum als die Landkranken-„Schwester George" einer endlosen Fernsehserie bekannt, ist am Ende. Sie wird alt. Sie säuft. Sie macht Skandal und überfällt im Taxi junge Nonnen aus Irland.



Aldrich-Film **„Sister George"**
Lesbische Küsse

Außerdem sinkt ihre Index-Ziffer so bedenklich, daß die BBC-Chefs beschließen: Schwester George muß weg. Und mittlerweile suhlt sich auch noch ihre geliebte Freundin Alice mit einer anderen Dame im Bett — das ist zuviel.

Der Hollywood-Regisseur Robert Aldrich, der schon in seinem Thriller „Was geschah wirklich mit Baby Jane?" den mörderischen Zweikampf zwischen zwei alternden weiblichen Monstren zeigte, hat das sapphische Triangel-Spiel nach dem Erfolgsstück des deutschbürtigen Engländers Frank Marcus (SPIEGEL 37/1966) als wollüstiges Höllen-Spektakel auf die Leinwand gebracht: Er zeigt brustfreies Petting, lesbische Küsse, Satirisches, Sadistisches, Masochistisches und überflügelt dabei noch die infernalischen Qualen der „Virginia Woolf". Von den drei Frauen, so demonstriert er lustvoll, ist jede der anderen Wölfin.

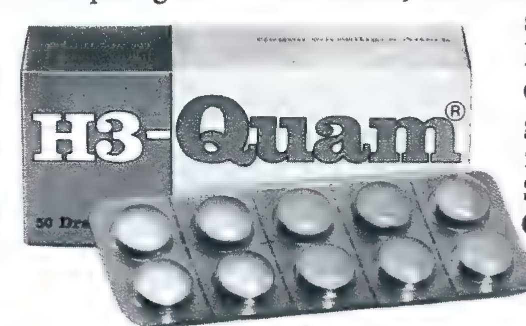
Und Beryl Reid als abgetakelte June heult am schönsten: Sie spielt sich als femininer Charles Laughton auf, der große Porträtkunst zum besten gibt.

Gewiß, Arbeit erhält jung.

Aber wollen Sie immer nur arbeiten?

Gegen vorzeitiges Altern: H3-Quam®

Wer sich auf die faule Haut legt, wird schneller alt. Das ist klar. Aber die Arbeit allein kann einen Menschen nicht ewig jung erhalten. Es gibt da noch eine andere Betrachtungsweise. Man kann heute etwas gegen vorzeitiges Altern tun, damit man mit 60, 65 oder 70 noch Freude am Leben hat. Also tun Sie etwas gegen vorzeitiges Altern.
Hier ist H3-Quam. Keine Wunderdroge, sondern ein apothekenpflichtiges Arzneimittel. Gegen vorzeitiges Altern.
H3-Quam enthält lebenswichtige Vitamine und Organstoffe in exakter Dosierung. Täglich 1 Dragee genügt im allgemeinen zur Bekämpfung vorzeitiger Alterserscheinungen.
H3-Quam ist mit Herzmuskelextrakt angereichert. Weil das Herz in der zweiten Lebenshälfte besonders viel leisten muß.
H3-Quam ist mit Leberextrakt angereichert. Weil Leberextrakt die Funktion der Leber unterstützt und Blut bildet. H3-Quam enthält eine Wirkstoffkombination für die Steuerungsvorgänge des Gehirns und der Nerven.
Zur Unterstützung der Sehkraft, für die Gehirnaktivität und für die volle biologische Funktion der Haut sind bestimmte Vitamine in H3-Quam wirksam.
H3-Quam enthält darüber hinaus einen Stoff, der den Kreislauf anregt und die Atmung vertieft.
H3-Quam wirkt revitalisierend bei Mann und Frau. Es hebt Stimmung und Leistung. Nehmen Sie H3-Quam, und leisten Sie mehr. H3-Quam für sie und für ihn. Für beide.
H3-Quam ist nur in Apotheken erhältlich. Rezeptfrei. Verlangen Sie dort bitte auch die Spezialbroschüre, oder schreiben Sie direkt an NIDDAPHARM GMBH, 6369 Dortelweil.



H3-Quam® – Formel für jüngeres Leben

„AUCH DER ONKEL HO GEHT NICHT MEHR AUFS KLO"

SPIEGEL-Reporter Fritz Rumler beim Song-Festival auf Burg Waldeck

Ein launiger Altweibersommer lag überm Wandervogel-Horst Burg Waldeck im romantischen Hunsrück. Hippies quinquillierten und trommelten im Grase selig vor sich hin; aus ihren Joints stieg würzig der Duft von Marihuana.

Derweil erwogen tiefernste Diskutanten, ob man den Menschen sexuell frustriert halten solle, damit er Revolution macht, oder ob nur sexuell Befreite zu Revoluzzern werden; besorgt gab einer zu bedenken, eine sexuell enthemmte Gesellschaft könne auch in Apathie verfallen, wie etwa jene bekannten Hopi-Indianer.

Vier Tage lang fand auf den Wiesen, in den Hütten und Zelten an der mürben Burg-Ruine das Waldeck-Festival 1969 statt. Ein paar hundert junge Leute von meist malerischem Habit sangen, stritten, rauchten Kif und Hasch, nährten sich von heißen Würstchen und gossen Fremdlingen — etwa mir — Rotwein über die Hose.

Ursprünglich (1964) war das Waldeck-Fest ein harmloser Sängerkrieg, vornehmlich mit Folklore und Gitarre ausgetragen. Im Lauf der Jahre freilich politisierte sich das Treffen und gewann Bedeutung. Im vergangenen Jahr wurde dann die Internationale angestimmt, und ein Störtrupp militarisierte das liebliche Gefilde zur „Kernzelle des europäischen Widerstandes".

Die Zeit der knatternden Parolen ist vorbei. Die „Projektgruppe Waldeck", gemischt aus Mitgliedern des „Republikanischen Clubs" Mainz und den Redakteuren der Zeitschrift („für progressive Subkultur") „Song", stellte dem diesjährigen Festival eine seriöse Aufgabe: „Gegenkultur" hieß das Arbeitsmotto.



Gegenkultur-Theoretiker **Schwendter**
„Auf der grünen Gegenwiese . . .

Denn Gegenkultur, auch Subkultur, Untergrund, Gegenmilieu oder Gegenöffentlichkeit genannt, ist ein Schlüsselthema der linken Diskussion.

Die einen definieren Gegenkultur als „antiautoritäre Gegenkonzentration", als eine Art Wartesaal der Revolution, in dem jeder Platz nimmt, der in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft keinen mehr hat oder will — sei er Linker, Rocker, Hippie, Maler oder Polit-Beat-Drummer; andere denunzieren Gegenkultur als ein integriertes Freigehege, ein Serengeti für wilde Tiere, als eine Ideologie für Leute, „die auf der grünen Gegenwiese kapitalistischen Klee fressen".

Der Gegenkultur-Theoretiker der Projektgruppe Waldeck ist der ambulante, füllige Wiener Rolf Schwendter, 31, ein ungemein gelehrtes Haus. Er hat, um das „fachwissenschaftliche Idiotentum zu überwinden", bislang drei Doktorwürden erworben; er hängt, darin Sokrates ähnlich, wenig an irdischem Gut, hält sich in Wien nur eine Abstellkammer und trägt alles Wichtige mit sich.

Gelegentlich greift er, darin Grassens Oskar Matzerath ähnlich, nach einer Kindertrommel und singt, gleichfalls mit fenstersprengendem Organ, selbstverfertigte Lieder, etwa „Repressionsballaden" („konkrete Beschreibung sexueller Repressionen"). Eine hat den Kehrreim: „Denn die meisten Maturantinnen (Abiturientinnen) sind leider meistens Masturbantinnen." Die Ballade ist, sagt Schwendter, auf wissenschaftliche Untersuchungen begründet.

Schwendters Gegenkultur-Themen — etwa Arbeiterlied, Polit-Beat, Straßentheater, Kunst überhaupt, Gegenkultur überhaupt — wurden in sogenannten Workshops diskutiert; leider meist in der Art, die Insider „Maosturbation" nennen, also in unfruchtbaren Fraktionskämpfen.

Denn Deutschlands Linke sind einander nicht gut. Zwischen den Breschnewiken der DKP und den Mao-Sozialisten fluktuiert rund ein Dutzend Splittergruppen, die sich, komischerweise, gegenseitig Revisionisten schimpfen, wenn nicht gar, wie auf Waldeck, „revisionistische Halunken". Und das Phantom Arbeiter umwerben sie wie eine frigide Geliebte.

Solche Maosturbation war der „First Vienna Working Group: Motion" alsbald ein Greuel. Die Happening-Truppe besteht aus zwei leicht vampirischen Wienern, dem einstigen „Lackingenieur" Joe Berger, 30, und dem gewesenen Kohlenträger und Schauspieler Otto Kobalek, 38; ihre Einlagen waren von ruchlosem Witz.

Kobalek etwa, stets in Begleitung einer Rotweinpulle, heftete, des Sex- & Revolutions-Geredes überdrüssig, eine Suchanzeige ans schwarze Waldeck-Brett: „Welche Genossin", so schrieb er, „möchte noch *vor* der Revolution den Geschlechtsverkehr vollziehen? Interessenten bitte melden bei O. Kobalek." Sein Kompagnon Berger, er macht Proletarier beim Kartenspiel zu Sozialisten, brachte die apostolische Linke mit einem Happening zum Glühen.

Im großen Festzelt, wo gewöhnlich nach Mitternacht blocksbergmäßige Free-Rock-Orgien anhoben, ließen sich die Wiener ein kapitales Menü auf die Bühne servieren (Krabben etc.) und spielten „Waldeck: Diskussion" — will sagen: Berger provozierte mit gotteslästerlichen Sprüchen („Auch der Onkel Ho geht nicht mehr aufs Klo"), wurde als „Faschist" von der Bühne gedrängt und fand, am letzten Tag, sein Automobil demoliert vor.

So unfreundlich wie zu ihren eigenen Linken waren die rechten Linken auch zum „linken Sumpf" — zu den Beat- und Hippie-Kommunen, die,



. . . kapitalistischen Klee gefressen": **Gegenkultur-Diskussion auf Burg Waldeck**

Sie hören Leonard Bernstein transistorgesteuert in Stereo. Beim Frühstück lesen Sie über Satelliten gefunkte Nachrichten. Und den Strom für Ihren Trockenrasierer liefern jetzt schon Atomkraftwerke.

Warum aber schließen Sie bei Ihrem Auto Kompromisse?

Wenn Sie zum ersten Mal spüren, daß Sie durch Kurven wie auf einem Leitstrahl geführt werden und welch beruhigendes Gefühl Ihnen die Sicherheitsreserven dieses Wagens vermitteln – dann wissen Sie, was es heißt, einen NSU Ro 80 zu fahren.

Und sollten Sie den NSU Ro 80 noch nicht kennen, so schreiben Sie uns bitte. Sie erhalten dann umgehend ausführliches Informationsmaterial.

NSU Ro 80
Das neue Fahren

Sie sollten den NSU Ro 80 probefahren.



AUDI NSU Auto Union AG, 7107 Neckarsulm, Abt. KO 99

statt politischen Explosionen, sich psychischen Implosionen hingaben, mit ihren Kalumets die Waldeck in einen Kif-Häuser verwandelten und mit LSD, dem Trampolin zum Transzendenten, auf Reisen gingen.

Ein Schweizer Soziologen-Team, Spezialisten für Untergrund-Kulturen, versuchte, den Waldeck-Linken die Hippie-Welt zu erschließen: Sie sei eine notwendige Reaktion auf Europas Cartesianismus und Rauschfeindlichkeit, öffne neue Wahrnehmungsfelder, produziere äußerst komplizierte Mythen und sehr lebensfähige Gesellschaftsformen.

Von denen da die Rede war, die saßen derweil abseits, trommelten und quinquillierten vor sich hin und sorgten sich nicht um die Gegenkultur; sie stellten sie dar.

Der Guru einer Berliner Hippie-Kommune erzählte mir, wie er dahin gekommen war. Er hatte studiert und sich politisch engagiert, aber als er ein „turner“ wurde (sprich: törner, von englisch turn-on: sich mit Drogen ankurbeln), ließ er das bürgerliche Leben fahren und gründete mit andern „turnern“, darunter einer fesselnden Knef-Blondine, eine Hippie-Sippe.

LSD-Trips bescherten ihnen „alle Weisheit der Welt“, alle Aggressivität fiel von ihnen ab, und alle Lust am Lesen verging ihnen auch. Sie wollen sich nun auf die Musik legen und damit Geld verdienen. Noch lebten sie vom Haschisch-Handel, auch bestünde die Möglichkeit, bei großen Kaufhäusern Lebensmittelpakete zu bestellen (und nicht zu bezahlen).

Hippie sein, sagt der Guru, „heißt: nicht leiden“. Er ißt gern gut, und der „turner“-Sippe ist er ein guter Vater. Es hatte ein paar schlimme Trips auf der Waldeck gegeben. Ein Mädchen etwa, unterm schwarzen Mantel nackt und bloß, begann plötzlich, wie ein Derwisch schrill zu toben. Mit einem „O-Schuß“ (einer Opium-Injektion), sagt der Guru, habe er ihr Frieden geschenkt.

Einen solchen, dazu „Harmonie, Energie, Intelligenz“ versprach eine mütterliche Blondine, die soeben aus Indien heimgekehrt war und nun in einem Zwei-Mann-Zelt am Rand des Festes „transzendentale Meditation“ nach Art des Maharischi Mahesch Jogi lehrte — ganz ohne Pot und Hasch; nur ein paar Blümchen müsse man mitbringen, riet sie, auch 35 Mark.

So saßen alle auf der grünen Gegenwiese und lebten tatsächlich ein wenig vom kapitalistischen Klee. Denn die Waldeck-Kosten (34 000 Mark) wurden fast ganz mit Geldern bestritten, die westdeutsche Rundfunk- und TV-Anstalten für Waldeck-Aufnahmen zahlten.

Und alle waren nett zum stets gegenwärtigen Geldgeber, auch die „Nerother Wandervögel“, die von ihrem Hochsitz aus das linke Leben um die Stammburg scheel verfolgten: Als sie eine rote Fahne entzünden wollten und dem TV-Kameramann just der Film ausgegangen war, hielten sie das Feuer-Werk so lange an, bis der Mann wieder konnte.

VERLAGE

FUSION

Nie Komplexe

„Wenn man wirtschaftlich die Möglichkeit hat, aktiv zu sein“, so sprach Georg von Holtzbrinck einst, „dann sollte man es tun.“

Am vergangenen Dienstag machte der Stuttgarter Buchklub-Boß und Multi-Verleger (Deutscher Bücherbund, Deutsche Hausbücherei, S. Fischer, Goverts, Stahlberg und noch mehr) seine neueste und bisher größte wirtschaftliche Aktion publik: Im Haus des Münchner Droemer/Knaur-Verlags gab er die Fusion der „Holtzbrinck-Gruppe“ (Jahresumsatz: über 140 Millionen Mark) mit den Unternehmen der Kollegen Willy Droemer,



Droemer, Holtzbrinck, Wehrenalp
Landschaft verändert

Erwin Barth von Wehrenalp (Econ, Claassen) und Ernst Leonhard (Deutsche Buch-Gemeinschaft) bekannt.

„Dieses Zusammengehen“, hatte Holtzbrinck kurz zuvor gemutmaßt, „wird wohl einiges Aufsehen erregen.“ Es erregte einiges mehr: Die „gewichtigste Fusion, die es wohl je zwischen deutschen Buchverlagen gab“ („Süddeutsche Zeitung“), hat einen Monat vor der Frankfurter Buchmesse „mit einem Schlage die deutsche Verlagslandschaft verändert“ („FAZ“).

Konzentration und Kooperation passen schon seit längerem in diese Landschaft: 1962 hatte sich der kapitalstarke Bücherbündler Holtzbrinck in den geschwächten S. Fischer Verlag eingekauft, 1967 hatte er Beteiligungen an Goverts/Steingrüben und Stahlberg erworben; 1964 schlossen sich Suhrkamp und Insel Verlag zusammen; 1966/67 erwarb der Verleger Herbert Fleissner (Amalthea) die Verlage Herbig und Langen-Müller; Econ akquirierte Claassen und Marion von Schröder; 1968 erweiterte sich Scherz durch den Ankauf von Rütten + Loening zur „Scherz Gruppe“.

Mit der neuen Holtzbrinck-Droemer - Wehrenalp - Leonhard - Gruppe,

die einen Jahresumsatz von etwa 250 Millionen Mark erzielt und sich auf 1,7 Millionen Buchklub-Mitglieder stützen kann, ist nun ein „zweiter Riese" („Die Welt") auf dem deutschen Büchermarkt erstanden — neben Bertelsmann, der mit 600-Millionen-Umsatz und 3,5 Millionen Lesering-Mitgliedern führenden Lesestoff-Fabrik. Holtzbrinck: „Ich habe gegenüber Bertelsmann nie Komplexe gehabt."

Der neue Unternehmensverband, dessen Zustandekommen laut Branchen-Ondit von dem amerikanischen Literatur-Agenten Felix Guggenheim gefördert wurde, hat seine Organisationsform und einen Eigennamen noch nicht gefunden. Die Gruppe will unter anderem die „Entwicklung moderner Kommunikationsmittel" fördern, im Saargebiet, wo „Christ und Welt"-50-Prozent-Teilhaber Holtzbrinck sich um einen 49-Prozent-Anteil der „Saarbrücker Zeitung" bemüht, ein neues Druckhaus errichten und verstärkt auch „im Ausland Aktivitäten entfalten".

Die Vielfalt der deutschen Buchproduktion, so beruhigte Holtzbrinck kulturkritische Besorgnisse, werde durch den Zusammenschluß nicht gemindert: Die vereinigten Verlage sollen ihre „angestammten Namen" wie ihre „Aufgaben und Eigenarten" beibehalten. Indes, „viele Überschneidungen", so sagt Holtzbrinck ebenfalls, „können beseitigt werden". S. Fischer wird von Frankfurt nach München umziehen, wo Willy Droemer als neuer Superverlagschef residiert. „Verlegernamen", schrieb die „Frankfurter Rundschau", „waren einst Programme... Noch heute trägt ein Verlag diesen Namen (S. Fischer), aber nur so, wie eine Straße nach Samuel Fischer benannt sein könnte..."

Und die „FAZ" berichtete von einer anderen Sorge, die nun in der Branche umgeht: Bertelsmann und der neue Holtzbrinck-Konzern könnten die Läden, die diese „Buchgiganten" für ihre Buchklubs in vielen deutschen Städten unterhalten, zu Vertriebszentren der gesamten Eigenproduktion ausbauen und damit „eines Tages am System des festen Ladenpreises rütteln".



Musik-Stars **Richter, Rostropowitsch, Karajan, Oistrach:** Zusammen in der Kirche

DREI GROSSE RUSSEN

saßen letzte Woche drei Tage lang in der West-Berliner Jesus-Christus-Kirche: Der Pianist Swjatoslaw Richter, der Geiger David Oistrach und der Cellist Mstislaw Rostropowitsch spielten in dem für Schallplattenaufnahmen zweckentfremdeten Gotteshaus mit Karajans Berliner Philharmonikern für „His Masters Voice" das Tripel-Konzert von Beethoven. Es war das erste Mal, daß die drei sowjetischen Musik-Stars, die daheim in Moskau Tür an Tür wohnen, im Trio konzertierten. Und nahezu zwölf Jahre lang hatte der Münchner Konzert-Manager Constantin Metaxas mit den sowjetischen Musikern und mit Kultur-Funktionären um einen Termin für diese Aufnahme gerungen. Metaxas: „Dieses Unternehmen galt als absolut unmöglich." Als im Sommer dieses Jahres, nach der Rußland-Tournee der Berliner Philharmoniker, die Einwilligung doch kam, hatten sich die drei extrem individuellen Instrumentalisten bereits auf einen „einheitlichen musikalischen Konsensus geeinigt" (Metaxas) — und Zeit hatten sie auch: Im Terminkalender der vier Künstler waren, überraschender Zufall, vom 15. bis 17. September keine Verpflichtungen eingetragen. Da konnte selbst die Deutsche Grammophon Gesellschaft nicht mehr nein sagen: Sie lieh ihre exklusiv verpflichteten Berliner Philharmoniker für diese musikgeschichtliche Aufnahme an die Konkurrenz aus. Für ein öffentliches Konzert in der West-Berliner Philharmonie aber kam aus Moskau keine Erlaubnis.

Schützen Sie sich vor falschen Rechnungen.

Denken Sie mal an Ihre Fakturistin. Wie wir alle, macht sie manchmal Fehler, was verzeihlich wäre, wenn sie gerade Briefe schreibt. Ein falsch getipptes Wort ist schließlich keine Katastrophe.

Aber ein Rechnungsfehler. Das bedeutet Geld. Oder einen Kunden, der sich übervorteilt fühlt.

Nun nehmen Sie an, Sie hätten den 5023 COMPUTYPER* Kleincomputer von Friden*.

Er würde die Fehler Ihrer Fakturistin niemals machen. Er kann nicht. Weil er elektronisch arbeitet. Aber nicht im "Fakturistinnentempo", sondern mit elektronischer Geschwindigkeit.

Kaum zu glauben. Stundenlanges Fakturieren in Minuten. Fehlerfrei.

Doch der 5023 will Ihre Fakturistin nicht ersetzen. Er hilft ihr nur, indem er sie von ihren Aufgaben entlastet.

Hier sind die Aufgaben des 5023:

Er schreibt Kundenanschriften und Artikelbezeichnungen automatisch. Er rechnet die einzelnen Posten, wirft Rabattsätze und Mehrwertsteuer aus und errechnet die Endsumme. Er schreibt die Rechnungen und alles, was sich an Auswertungen daraus ergibt.

Und hier sind die Aufgaben Ihrer Fakturistin:

Sie steuert den ganzen Rechnungsablauf durch einen einzigen Tastendruck, und sie gibt die wenigen Variablen ein, wenn es notwendig wird.

Das ist keine faire Arbeitsteilung, denn der 5023 macht die mühevolle Arbeit allein. Doch dafür ist er da. Speziell für Sie und Ihre Fakturistin.

Weitere Informationen erhalten Sie durch die nächste Friden-Geschäftsstelle oder die Friden International S.A., P.O. Box 291, Fribourg, Schweiz.

*EINE SCHUTZMARKE DER SINGER.



SINGER
FRIDEN DIVISION

BÜCHER

NEU IN DEUTSCHLAND

Kursus in Petting

Willi Heinrich: „Schmetterlinge weinen nicht". C. Bertelsmann; 448 Seiten; 19,80 Mark.

Karl, ein Fabrikant und Ehemann von Mitte Fünfzig, gewinnt für seinen zweiten Frühling die noch unberührte Cilly, eine zwanzigjährige Arzttochter. Karls Frau entzieht sich der Scheidung, und Cilly übt, was sie bei Karl gelernt hat, anderswo. Als Gatte wäre ihr der neue Freund, ein kleiner Angestellter, allerdings zu wenig.

Der ehemals anspruchsvollere Autor Heinrich („Das geduldige Fleisch"), 49, scheint nun — mit Bestseller-Erfolg — für ein extrem begriffsstutziges Publikum zu schreiben. Er bleut den Lesern jede Einzelheit, jeden Charakterzug und jeden Lebensumstand der Akteure unermüdlich ein. Daß er, auch ein bißchen modern, ab und an die Handlungszeiten leicht verschiebt, macht nicht viel aus. Die Überdeutlichkeit bleibt stets gewahrt. Was andere in einen Satz fassen, das reicht bei Heinrich für gut zwanzig Sätze. Während er so ein Urproblem mit Fleiß verdünnt, hält er, wie nebenher, noch einen volkstümlichen Kursus ab: Petting für Fortgeschrittene.

Tod gegen Karriere

Muriel Spark: „In den Augen der Öffentlichkeit". Rowohlt; 196 Seiten; 18,50 Mark.

Ein Image wird nach heimtückischen Plänen umgehauen — von der Person, die unter diesem Image am empfindlichsten gelitten hat: dem kaum berühmten Ehemann der Filmdarstellerin und sogenannten Tiger-Lady Annabel Christopher.

Die vielfach bewährte britische Erzählerin Muriel Spark („Junggesellen"), 48, widersteht der Versuchung, die innere Schlichtheit und äußere Wildheit des Kinovolks höhnisch zu überdrehen. Sie kommt der kunstvoll kalkulierten Unnatur meistens mit lächelndem Respekt entgegen, während sie einige der internationalen Amüsiercliquen als eher unerfreulich abtut. Die schreckliche Affäre — der Mann stürzt sich in den Tod, um die Karriere seiner Frau zu stoppen — hält mit dem Hin und Her zwischen Erpressung und Publicity auch einen sehr behenden und glasklaren Kriminalroman in Gang. Und kaum je hat sich bei Muriel Spark der Hinweis auf Katholisches so dezent wie hier im Halbschatten gehalten.



Autorin **Muriel Spark**
Tückisch geplant

Ehe und Apo

Annemarie Weber: „Roter Winter". Desch; 304 Seiten; 22 Mark.

Frau Lili Abelssen — Wohnungsmaklerin und auch in der Werbebranche tüchtig — trägt als Demonstrantin gelbes Lackleder und eine grüne Lederkappe. Richard, der Gatte, wird dem gleichen Anlaß durch den Schottenanzug und die Schirmmütze aus Cord gerecht.



Autorin **Annemarie Weber**
Abends trainiert

Die Berlinerin Annemarie Weber, 51, beschreibt, was der Untertitel ihres Romans angibt, „Zwischenspiele einer Ehe": Lilis kurzes Glück mit einem schlecht gekleideten Marxisten, wenn der Gatte in Geschäften fort ist; abendliches Phantasietraining im Heim, das gerade durch die gezielte Bosheit, mit der Abelssens einander zusetzen, die Ehe auffrischt; und schließlich die Wechselbäder des Milieus: Apo-Kneipe, Bürger-Stammtisch, Luxus-Gaststätte.

Frau Weber erzählt mit Sorgfalt und Sinn für komische Nuancen, wenn sie auch manchmal auf dem Boden eines sehr gediegenen Damenfeuilletons verharrt. Auf die Schmähreden und Fachvorträge ihrer linken Freunde reagieren die Abelssens teils gereizt, teils duldsam, aber immer undogmatisch. Doch die Unruhen der Politik besagen für diesen Roman kaum mehr als, andererseits, die Schönheiten einer mondänen Welt. Dutschkes Kampf und etliche Konsum-Feinheiten geben gemeinsam die Bühnenausstattung her.

Sorge um Potenz

Edna O'Brien: „Mädchen im Eheglück". Rowohlt; 188 Seiten; 16,80 Mark.

Die irische Autorin Edna O'Brien, 37, gibt sich vorzugsweise mit den Schwierigkeiten junger Frauen ab. Kate und Baba, die Gefährtinnen im Eheunglück, waren schon als Landkinder in einem früheren Roman („Die Fünfzehnjährigen") befreundet. Eugene, der Gatte Kates, stiehlt vorsorglich die Briefe seines eher zaghaften Rivalen. Später trennt er heimtückisch den kleinen Sohn von der mißratenen Mutter. Frank, den Baba heiratet, ist ein vulgärer Streithahn und Prahlhans und ein recht ratloser Liebhaber. Doch auch die nebenehelichen Unternehmungen der Freundinnen sind kaum Erfolge.

Miß O'Brien geht mit schöner Trockenheit und Härte auf die Komik und den Trübsinn von beliebigen Bettversuchen ein. Schnöden Tons und unter traurigem Gelächter wird hier eine Menge mitgeteilt: über die unruhigen, die halbemanzipierten Frauen und ihre um Karriere und Potenz besorgten Kontrahenten.



Autorin **Edna O'Brien**
Ratlos geliebt

Glück im Nest

Vance Packard: „Die sexuelle Verwirrung". Econ; 544 Seiten; 25 Mark.

Schlimm wär's, „wenn man zuließe, daß die Monogamie eine Angelegenheit sei, über die jeder selbst zu entscheiden habe". Denn solches würde „den Fortschritt der westlichen Kultur untergraben". Zu dieser beunruhigenden Überzeugung kam der amerikanische Populär-Soziologe Vance Packard („Die geheimen Verführer"), 55, nachdem auch er sich dem Thema eins aller marktbewußten Büchermacher zugewandt und „Enthemmung" vorgefunden hatte: Im Sachregister seines Buches finden sich allein 20 Verweise unter dem Stichwort „Geschlechtsverkehr (vorehelicher)".

Daß einige „Verwilderung im Sexuellen" eingerissen sei, wird von Pakkard teils wissenschaftlich (Feldforschungen, Umfragen in der Intimsphäre), teils einfach so dargelegt. Doch wo es den „Wirbelwind des sozialen Wandels" zu schildern gegolten hätte, hat es dem Autor die Sprache verschlagen. Er predigt nur noch eine, wie er wähnt, neue Moral: Stabile Ehen, legal vorweg ausprobiert, sollen eine bessere Welt garantieren — das hatte ganz ähnlich schon die Anthropologin Margaret Mead empfohlen.

Speziell die Deutschen, meint der US-Autor und beruft sich auf Schelsky, eigneten sich für das eheliche Glück im Winkel: Sie wünschten die „Nestehe".

BESTSELLER

BELLETRISTIK

1. **Habe: Das Netz.** Walter; 24 Mark. (1)
2. **Graß: Örtlich betäubt.** Luchterhand; 19,50 Mark. (2)
3. **Heinrich: Schmetterlinge weinen nicht.** Bertelsmann; 19,80 Mark. (6)
4. **Malpass: Fortinbras ist entwischt.** Rowohlt; 7,80 Mark. (3)
5. **Gerald Durrell: Eine Verwandte namens Rosy.** Rowohlt; 16,80 Mark. (4)
6. **Solschenizyn: Krebsstation II.** Luchterhand; 18 Mark. (5)
7. **Sagan: Der Wächter des Herzens.** Ullstein; 12 Mark. (7)
8. **Puzo: Der Pate.** Molden; 25 Mark.
9. **de Belleroche: Geständnisse.** Desch; 30 Mark. (8)
10. **Fairbairn: ...und wählte fünf glatte Steine.** Rowohlt; 26 Mark.

SACHBÜCHER

1. **Haber: Unser Mond.** DVA; 16,80 Mark. (2)
2. **Büdeler: Projekt Apollo.** Bertelsmann; 24 Mark. (1)
3. **Lundberg: Die Reichen und die Superreichen.** Hoffmann und Campe; 28 Mark. (3)
4. **Der Flug zum Mond.** Burda; 15 Mark. (4)
5. **Watson: Die Doppel-Helix.** Rowohlt; 19,80 Mark. (6)
6. **Taylor: Die biologische Zeitbombe.** G. B. Fischer; 20 Mark. (5)
7. **Pichler: Die Mondlandung.** Molden; 25 Mark. (7)
8. **Sexualkunde-Atlas.** Leske; 4,75 Mark. (8)
9. **Djilas: Die unvollkommene Gesellschaft.** Molden; 16,80 Mark. (10)
10. **Maegraith (Herausgeber): Mondlandung.** Belser; 7,50 Mark. (9)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

KUNST

RICKEY

Reine Bewegung

Ich wäre glücklich, eine Kunst so stumpf wie Poussin, so konventionell wie Duccio, so neutral wie Maillol und so mechanisch wie ein aufsteigender Strebepfeiler in Chartres zu machen", wünschte sich der amerikanische Kinetik-Bildhauer George Rickey, 62, und dieses Glück ist ihm wirklich beschieden.

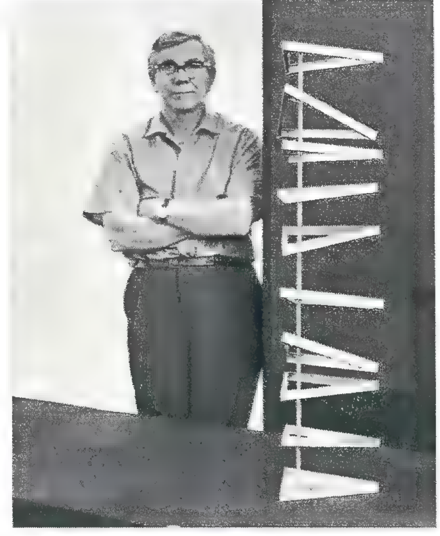
Aufstrebend, mechanisch, in den Formen neutral, stumpf, doch gar nicht so konventionell wie der Künstler meint, pendeln, wippen, schwanken, zittern und kreisen Rickeys Werke, vom Winde bewegt, auf öffentlichen Plätzen und in den großen Kunstausstellungen der westlichen Welt.

Rickeys pfeilspitze Kompaßnadeln, wie die meisten seiner Arbeiten aus rostfreiem Stahl, seine rechteckigen Plattenpaare, Dreiecks-Kombinationen und rotierenden Würfel, die der Bildhauer stets beweglich auf Stahlposten montiert, waren schon in New York zu sehen und in Stockholm, in London, Brüssel, Paris und San Francisco. Zweimal schaukelten die eleganten Konstruktionen, riesigen Kornhalmen gleich, in der Kasseler „Documenta", einmal auch in den Biennale-Gärten von Venedig.



Berliner **Rickey-Werk***
„Labile Würfel"

Große Stücke bestellten sich der Düsseldorfer Waschmittelkonzern Henkel („Vier schräg rotierende Linien"), Banken in Kalifornien und Nebraska, und auch im niederländischen Rotterdam rotiert Rickeys Edelstahl, eine Leihgabe des Künstlers, unter freiem Himmel. Die Neue Nationalgalerie in Berlin hat Rickeys „Vier Vierecke im Geviert" (Handelswert: rund 120 000 Mark) aufgestellt.



Kinetik-Künstler **Rickey**
„Instabile Säulen"

Bescheidener dokumentiert der Münchner Kunstverein derzeit an kleinen und mittelgroßen Skulpturen (Preisskala: 8000 bis 40 000 Mark), an Großphotos und Werkzeichnungen Rickeys Weg zum Glück einer kühlen, versachlichten, dabei immer poetischen Maschinen-Kunst. Die Ausstellung beweist: Mit der Natur hat Rickey, der frühere Kinetik-Werke verwirrend naturalistisch etwa „Baum", „Astern", „Welle" oder „Landschaft" nannte, nun nichts mehr im Sinn.

Statt dessen spricht er nur noch von „Instabilen Säulen", „Labilen Würfeln", „Unterbrochenen Linien", und das ist ein Programm: Denn nicht mehr Natur-Analogien sollen seine Pendel-Spiele verdeutlichen, sondern „Naturgesetze" — „Newtons Bewegungsgesetze" beispielsweise, „die Gesetze, welche die Bewegung eines Schiffes oder das Erdbeben verursachen", kurz: „nichts als die reine Bewegung" (Rickey).

Doch so sicher hat der kurzsichtige Künstler im gefleckten Arbeitshemd, der wie ein Heimwerker aussieht und in keinem Interview zu erwähnen vergißt, daß „mein Großvater Uhrmacher" war, nicht immer gewußt, was er mit seiner Kunst sein wollte:

Der Ingenieurssohn aus Indiana, der es im englischen Oxford mit einer Arbeit über britische Verfassungsgeschichte immerhin zum „Master of Arts" gebracht hatte, malte nach Studien in Paris zunächst „wie Cézanne", dann „akademisch kubistisch" und auch mal expressionistisch. Er lehrte, wieder in den USA, dann doch lieber Geschichte „an einer Art Gymnasium", und erst 1945, als Sergeant der Air Force, gab ihm ein Mechanikerposten — Wartung von Bordkanonen der B 29 — Gelegenheit, mit mobilen Plastiken zu experimentieren.

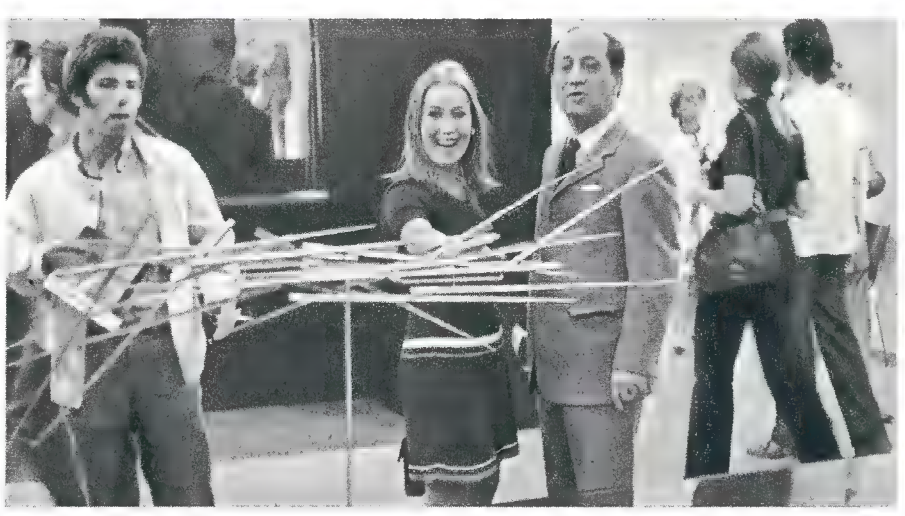
Aber diese Versuche mit klingenden Glas-Mobiles à la Calder, gefärbten Oberflächen und komplizierten Formen führten den Bildhauer, der mittlerweile („Ich war 30 Jahre Lehrer und habe nun die Nase voll") an US-Universitäten Kunstgeschichte unterrichtete, nicht weiter.

Erst als Rickey auf Klang und Farbe, auf Formenprunk und Oberflächenreize verzichtete, kam er seinem Ideal nahe: einer „Choreographie" (Rickey) sacht im Luftstrom sich bewegender Elementarformen — Linie, Dreieck, Kreis, Quadrat.

Neuerdings jedoch quälen ihn technische Probleme: Wie sich die graziösen Schwebe-Balken, seine Wipp-Stelen und „Raumschleudern" mit verborgenen Metallgewichten austarieren und mit Kugellagern und Stoßdämpfern mobil machen lassen, das kann er nur durch Werkstatt-Tüftelei oder kuriose Testfahrten herauskriegen.

So hält der Künstler bisweilen auf Autoreisen seine Werke in den Fahrtwind, um die Bewegung zu studieren; bisweilen, wenn es um Großplastiken geht, beschäftigt er, mit dubiosem Erfolg freilich, auch einen Ingenieur. Bei der Installation seiner Berliner „Vierecke" etwa ignorierten örtliche Baufachleute den Rotations-Effekt der kinetischen Plastik und verlangten für die geforderte Windstabilität (120 Stundenkilometer) eine fünffach solidere Fundamentierung, als sie Rickeys Gehilfe berechnet hatte.

Solche Werkstattprobleme lassen dem Künstler gleichwohl genügend



Rickey-Werk, Betrachter: „Unterbrochene Linien"

* „Vier Vierecke im Geviert" in der Neuen Nationalgalerie Berlin.

Zeit zu ertragreichen Nebenbeschäftigungen: Rickeys Buch über „Ursprünge und Evolution des Konstruktivismus" ist heute bereits ein Standardwerk, das der jüngst abgelaufenen Nürnberger Biennale („Konstruktive Kunst") als Programmschrift nützlich war.

Auch seine deutschen Kunsthandels-Interessen nimmt Rickey, der ein Jahr als Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in Berlin lebte, nunmehr selber wahr: Er trennt sich vom Galeristen Rudolf Springer und besorgte sich seine jüngsten deutschen Großaufträge — Auftraggeber: Neue Heimat München, Klinikum Berlin — auf eigene Faust.

GESELLSCHAFT

NOBEL-SYMPOSIUM

Sprüche der Weisen

Guten Morgen, Supergehirne", jubelte das Stockholmer „Svenska Dagbladet". Endlich sollten die Leser erfahren, wie die Menschheit überleben könne.

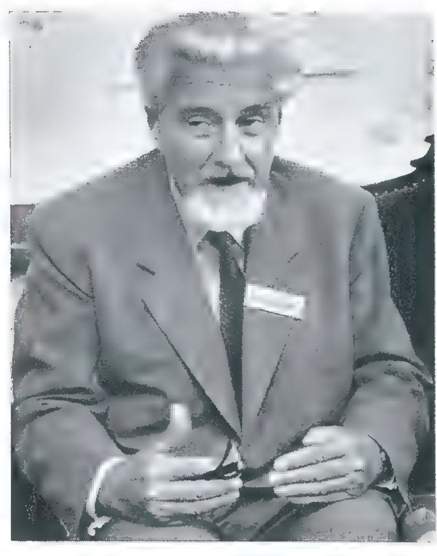
Drei Dutzend prominente Forscher waren letzte Woche in der schwedischen Hauptstadt zum 14. Nobel-Symposium versammelt. Auf den verschiedensten Fachgebieten — Physik, Chemie, Biologie, Recht oder Volkswirtschaft — hatten sie ihre Verdienste erworben. Nun sollten sie erzählen, welche Gedanken sie sich über die Zukunft der ganzen Menschheit gemacht haben.

Von den großen menschheitsbedrohenden Problemen — vom Guerillakrieg in Vietnam, Laos oder Lateinamerika; von den zunehmenden technischen Möglichkeiten zur atomaren und chemisch-biologischen Kriegführung, die sich mehr und mehr auch kleinere Länder zunutze machen können; von der globalen Umweltverschmutzung, der Verseuchung von Luft, Flüssen und Meeren mit Abfallstoffen und Insektengiften; von Bevölkerungslawine, Welternährung oder Automation — wurde kaum gesprochen.

Mit derlei Detailfragen mochten sich die philosophierenden Gelehrten nicht abgeben. Viel lieber ergründeten die Weisen das Wesen des Menschen, aus dem der gute oder böse Ablauf der Geschichte entspringt. Der kanadische Psychologe Professor Otto Klineberg etwa verkündete in einem der Hauptvorträge des Kongresses die Erkenntnis, Kriege entstünden, weil die Leute einander böse sind.

Der Psychologie-Professor wußte auch ein Gegenrezept: Man dämpfe die Aggressivität der Menschen und mindere so die Kriegsgefahr. Als Methode, die Menschen milder zu stimmen, empfahl er „objektiver geschriebene Schulbücher" und „Förderung des Massentourismus".

Am Freitag letzter Woche war es dann der Seewiesener Tierverhaltensforscher Konrad Lorenz („Das sogenannte Böse"), der vor einem unmittelbar bevorstehenden Desaster warnte — dem Untergang des Abendlandes. Die Ursache der nahenden Kulturkatastrophe sieht der Wissenschaftler in einem Phänomen, das deutschen Professoren besonders vertraut ist: in der Revolte der Jugend.



Kulturkritiker **Lorenz**
„Stupide Dogmen"

Zwar gestand Lorenz in Stockholm ein, daß die jungen Leute heute allen Grund zur Kritik hätten, denn „ohne Ausnahme" hängen die „etablierten kulturellen Gruppen der zivilisierten Welt überholten und stupiden Dogmen und Verhaltensnormen" an. Doch derart einleuchtende Gründe berechtigen, so dozierte Lorenz, keineswegs zu revolutionärem Verhalten.

Der Seewiesener Verhaltensforscher schließt — aus jahrelanger Beobachtung von Graugänsen, Haushühnern, Fischschwärmen und vielen anderen Tiergruppen —, daß soziales Leben nur dann möglich ist, wenn sich alle dem Boß, dem „Alpha-Tier" unterordnen.

Nur durch solche Unterwerfung gewinne auch in der menschlichen Gesellschaft der Vater jenes Maß an Autorität, das er braucht, um die „traditionellen Riten und Normen des Sozialverhaltens" seinen Kindern weiterzugeben. Da diese Autorität heute fehlt, sei „unsere Kultur mit sofortiger Auslöschung" bedroht.

Damit lieferte Amateur-Soziologe Lorenz endlich auch eine wissenschaftlich verbrämte Rechtfertigung für das Grund-Bedürfnis aller beleidigten Autoritäten: hart durchzugreifen, um ihr verletztes Selbstgefühl zu versöhnen.

Der erfahrene Pädagoge übersieht nicht, daß solche altfränkische Erziehung unvermeidlich zu Aggressionen bei den Zöglingen führen muß. Darin jedoch, glaubt Lorenz, läge geradezu sozialer Nutzen: Solche Aggressionen haben sich früher nicht gegen die gefürchteten Autoritäten, sondern gegen Fremdgruppen gerichtet — und damit wesentlich zum Zusammenhalt der eigenen Gruppe beigetragen.

Während der Zoologe Lorenz sich nach der Welt sehnt, wie sie war, versuchte der politische Publizist Arthur Koestler zu ergründen, warum eben diese Welt aus den Fugen geriet. Koestlers in Stockholm vorgetragene Diagnose: Nicht Autoritätsverfall führe zur Katastrophe, ebensowenig wie die Aggressivität der Individuen. Lebensgefährlich sei vielmehr die „exzessive Loyalität zur Gruppe" und zu den „darin verkörperten Glaubens-Systemen", die allein Kriege möglich mache.

Die Indoktrinierung der Menschen zu willigen Kriegern wiederum sei nicht möglich ohne Sprache, deren Klischees und Phrasen die Menschen für Vorurteile und Kollektiv-Beschuldigungen ebenso anfällig machen wie für Infektionskrankheiten.

„Ohne Sprache gäbe es keine Poesie", so formulierte Koestler, „aber auch keine Kriege." Die Poesie ließe sich retten, und der Krieg ließe sich verhindern, wenn die Menschheit gegen Manipulation durch sprachliche Formeln immunisiert würde. Koestler: „Und dies scheint kein unmögliches Ziel zu sein."



Kulturkritiker **Klineberg, Koestler:** „Ohne Sprache weder Poesie noch Krieg"

AUTOMOBILE

VW / K 70

Saat für Salzgitter

Das Wunderkind", schrieb „Stern"-Autotester Fritz Busch, „starb ungeboren." Er meinte jenes geheimnisvolle Super-Automobil, das seit Jahr und Tag die Phantasie der Autotester anregte, obwohl nur wenige von ihnen es besichtigen, keiner aber bisher in ihm fahren durfte: den Mittelklassewagen K 70 (SPIEGEL 22/1968) von NSU.

Denn kaum hatten die Neckarsulmer Ingenieure das Auto im Frühjahr bis zur Serienreife entwickelt, da übernahm VW die Firma NSU. Die Wolfsburger Konzernmutter ließ alle Vorbereitungen zur Produktion einstellen, um von zwei anderen Mittelklassewagen der VW-Gruppe — dem VW 411 und dem Audi — Konkurrenz aus dem eigenen Konzern fernzuhalten.

Nun aber soll das Neckarsulmer „Wunderkind" auferstehen und unter VW-Regie gebaut werden. Mehr als 120 Millionen Mark wenden die Wolfsburger für Produktionsanlagen auf, um im Spätsommer nächsten Jahres mit der Massenfabrikation des K 70 beginnen zu können.

Für diesen Entschluß der Wolfsburger war mit entscheidend, daß der Mittelklassewagen VW 411 bisher nicht den erwarteten Erfolg verbuchen konnte. Auf der letzten Hauptversammlung hatten die VW-Manager Rügen über den VW 411 und Rufe nach dem K 70 anhören müssen.

Außerdem gilt bei VW inzwischen die gleiche Maxime wie bei amerikanischen Automobilkonzernen. VW-Chef Lotz: „Wir bekennen uns zu dem Wettbewerb in den eigenen Reihen."

Die VW-Produktionsmanager wollen den NSU-Entwurf, dessen klare Linien an den Ro 80 erinnern, nahezu unverändert übernehmen. Angeboten zu einem Preis von wahrscheinlich unter 9000 Mark, könnte der modern konzipierte Viertürer für jeden anderen Mittelklassewagen ein scharfer Konkurrent werden. Offen blieb jedoch noch, in welche Division des VW-Konzerns der neue Typ eingebracht werden soll — zu VW, zu NSU/Audi oder zu VW-Porsche.

Manche Fachleute hatten erwartet, VW würde den K 70, wenn überhaupt, nur mit Wankelmotor bauen. Die Wolfsburger hielten jedoch an dem von NSU entwickelten, herkömmlichen Vierzylindermotor mit Wasserkühlung fest. Hubraum: 1,6 Liter; Leistung: 90 PS; Höchst- und Dauergeschwindigkeit: 160 km/h.

Riesige Federbeine an allen vier Rädern und ein großzügig bemessener Radstand lassen nach Ansicht eingeweihter Fachleute hohen Fahrkomfort erwarten. Mit einer Länge von 4,41 Meter ist der Wagen 14 Zentimeter kürzer als der Opel Rekord, hat jedoch mit 2,69 Meter einen noch um zwei Zentimeter längeren Radstand als der Rüsselsheimer Mittelklassewagen. Im Fahrverhalten, so urteilten bereits Testingenieure von NSU, übertreffe der K 70 sogar den vielgelobten NSU Ro 80.



Mittelklassewagen **K 70**: Das Wunderkind soll auferstehen

Mit dem wassergekühlten K 70 übernehmen die Wolfsburger Luftkühler nicht nur ein für sie neues Kühlverfahren, sondern auch ein bei VW bisher nicht angewendetes Antriebsprinzip: den Frontantrieb. Dem Erbauer des VW-Imperiums, Heinrich Nordhoff, war der Frontantrieb stets zu teuer, zu kompliziert und zu anfällig gewesen.

VW-Chef Lotz entschloß sich gleichwohl zum Bau des K 70, um auch unter den Anhängern der unbestreitbaren Vorzüge des Frontantrieb-Prinzips VW-Kunden zu werben. Lotz: „Es gibt bei uns kein Dogma." Außerdem sehen die VW-Manager im K 70, wie immer er auch später heißen mag, eine wirksame Abwehrwaffe gegen weiteres Vordringen ausländischer Mittelklasse-Komfortwagen.

Gebaut werden soll der Neuling weder in Neckarsulm, wo er konstruiert, noch in Wolfsburg, wo er zur letzten Reife gebracht wurde. Das Saatkorn, wie VW-Chef Lotz den K 70 jüngst nannte, soll im neuen VW-Werk Salzgitter aufgehen.

Wenn es so richtig heiß hergeht, sorgen wir automatisch für ein kühles, erfrischendes Gläschen.



Ein kühles Gläschen Afri-Cola, Pepsi-Cola, Sinalco-Cola oder... oder... oder... Denn so ein kühler Schluck nach Sport, Spiel oder Arbeit macht die Erfrischung erst zur richtigen Erfrischung. Darum bauen wir in der RHEINMETALL-Gruppe u. a. Thekenzapfgeräte, damit Sie jederzeit und überall automatisch ein kühles Gläschen trinken können.

Thekenzapfgeräte von RHEINMETALL wurden entwickelt nach dem neuesten Stand der Technik, als Pre-Mix- oder Post-Mix-Geräte. In jedem Gerät steckt die Erfahrung von Spezialisten der RHEINMETALL-Gruppe. Darum denken Sie, wenn es so richtig heiß hergeht, automatisch an RHEINMETALL, den Spezialisten der Industrie-Technik.

Die RHEINMETALL-Gruppe löst Probleme auf Spezialgebieten der Industrie. Das Ergebnis: Montagemaschinen, Sonderpressen, Drahtbiegemaschinen, Schraubenbearbeitungsmaschinen, Gasionentechnik, Gewindewalzmaschinen, Stoßdämpfer, Verpackungsmaschinen, Getränkeautomaten, Durchflußmesser, Bolzensetzgeräte, Luft- und Raumfahrtprüfstände, Hydraulik-Prüfanlagen, Gesenkschmiedestücke, Elektronische Steuerungen.

RHEINMETALL
Spezialist der Industrie-Technik



Rock-Combo „Motor City Five": Botschaft der totalen Befreiung

MUSIK

MC 5

Bestialischer Aufschrei

Alle Städte werden brennen,
ihr baut sie wieder auf.
Songtext („Motor City is burning")

Die Gitarren rattern wie Maschinengewehre, Trommeln und Becken des Schlagzeugs krachen wie Molotow-Cocktails, und aus den Lautsprechern heulen — jenseits der Schmerzgrenze — Jet-Jäger bei einem Luftangriff.

Denn in ihren Konzerten wollen die Musiker der „Motor City Five" aus Detroit „das Erlebnis totaler Zerstörung" vermitteln und „Amerikas weiße Jugendliche radikalisieren". Sie führen einen „Guerillakrieg gegen die amerikanische Gesellschaft", und mit jedem Songtext propagieren sie die Revolution.

Der brutale, gewalttätige Rock'n' Roll, so erläutert der „MC 5"-Manager John Sinclair, 27, „peitscht die Zuhörer auf die Straßen, bis sie schreien, kreischen und alles niederreißen, was die Menschen zu Sklaven macht".

Und tatsächlich, wo immer die Rock-Guerillas ihren terroristischen Beat aufführen, steigert sich die Erregung des Publikums bis zu einem „bestialischen, nihilistischen Aufschrei" (Norman Mailer): Junge Mädchen reißen sich die Büstenhalter vom Leib, Paare wälzen sich in Trance auf dem Boden, Fans stürmen die Bühne, und eine Mikrophonstimme brüllt: „Werft die Hemmungen ab, raucht Marihuana, bumst auf den Straßen."

In der radikalen Hippie-Kommune „Trans-Love Energies", die der ehemalige College-Student, Jazzkritiker und Haschischhändler Sinclair für die „MC 5" und ihre Anhänger in der Universitätsstadt Ann Arbor bei Detroit eingerichtet hat, wird diese „Botschaft der totalen Befreiung" auch praktiziert. Für 2200 Mark Monatsmiete lebt die Rock-Combo zusammen mit etwa 50 Jugendlichen, die sich „Weiße Panther" nennen, in zwei 18-Zimmer-Häusern in der „Straße der Brüderlichkeit". Sie benebeln sich mit Rauschgift, zeichnen Plakate für linke Beatgruppen, publizieren die Underground-Zeitschriften „Sun" und „Fifth Estate" und drucken obszöne Flugblätter, die mittlerweile zu Tausenden in den Schulen des US-Bundesstaates Michigan kursieren.

Innerhalb von vier Monaten wurden Sinclair und Mitglieder seiner „White Panther Party" insgesamt 14mal wegen unsittlicher Entblößung, Verführung Minderjähriger, Verbreitung obszöner Schriften, Rauschgiftbesitz oder auch, weil sie Polizisten verprügelt hatten, in Haft genommen. Doch vor Gericht kamen die „Weißen Panther" bis vor wenigen Wochen stets glimpflich davon. Denn „wenn Sinclair eingesperrt wird", so drohten die Guerillas, „wird Detroit wieder brennen".

Schon im Frühjahr 1968 hatte die weiße Gang mit den militanten Neger-Organisationen im Getto von Detroit gegenseitige Unterstützung für den Fall drastischer Polizei-Zugriffe vereinbart. Und in Detroit und Umgebung, so ermittelte das US-Popmusik-Blatt „Rolling Stone", „gibt es mehr mit Helmen, Gasmasken, Tränengas und Waffen ausgerüstete Polit-Rocker als in jeder anderen vom Aufruhr befallenen Stadt der USA".

Die Bürger von Ann Arbor wollen sich freilich den Terror der „MC 5"-Rebellen nicht länger gefallen lassen. Sie fordern Polizeiaktionen und hatten auch schon einigen Erfolg: Rauschgiftagenten machten Razzia in der Michigan State University, in den Schulen wurden Sinclair-Flugblätter beschlagnahmt, und ein Bürger-Komitee forderte von Schallplattenhändlern, die „MC 5"-Platte „Kick Out the Jams" nicht mehr zu verkaufen.

Darauf antworteten die Musiker mit Anzeigen in der Underground-Presse: „Wenn sie euch die Platten nicht verkaufen, tretet ihnen die Türen ein." Sie unterzeichneten die Inserate mit dem Namen ihrer Plattenfirma „Elektra" und schickten die Rechnungen an den Produzenten.

Die Firma, die von der inkriminierten Platte schon mehr als 150 000 Exemplare verkauft hat, feuerte die Combo „wegen unprofessionellen Verhaltens". Ein anderer Schlag traf die „MC 5" noch härter: Im letzten Monat wurde der Ober-Panther John Sinclair wegen Rauschgiftdelikten zu neuneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

FERNSEHEN

WAHLSONNTAG

Immer schneller

Etwa 100 Minuten nach Schließung der Wahllokale, zwischen 19.30 und 20 Uhr am kommenden Sonntag, will der Kölner Redakteur Rudolf Rohlinger aus dem Bonner Stadtteil Friesdorf die erste Hochrechnung seines IBM-Computers 360/40 ins ARD-Programm „Wahl '69" funken.

Zur gleichen Zeit, wenn es geht noch einen Augenblick früher, will der Mannheimer Politologe Rudolf Wildenmann aus Düsseldorf die erste Hochrechnung seines IBM-Computers 360/40 ins ZDF-Programm „Wahl '69" senden.

Wie vor vier Jahren bei Erhards Wahlsieg und vor zwei Monaten bei der Mondlandung, von 18 Uhr bis nach Mitternacht und zum größten Teil in Farbe, scheuen die beiden deutschen Fernsehsender keine Kosten, um möglichst schnell, präzise, detailliert und mit möglichst vielen Politiker-Interviews die Zuschauer zu informieren:

Im Kölner WDR-Studio A (ARD), in der Raucher-Lobby des Bonner Bundeshauses (ZDF) und in Parteizentralen, Landes-Studios, Europa-Redaktionen und Überseebüros (Kosten für ein 15-Minuten-Bildkabel nach Washington: 65 000 Mark) haben die Sender für eine rauschende Wahlnacht mobil gemacht.

Der WDR ließ eigens einen riesigen Kamera-Kran aus München per Tieflader nach Köln rollen, um den TV-Chefredakteur Franz Wördemann (WDR) und den TV-Chefredakteur Wolf Hanke (Hessischer Rundfunk), den „Tagesschau"-Chef Hans-Joachim Reiche, sieben Auslandskorrespondenten, eine deutsche Kommentatoren-Runde und einen Spätschoppen mit ausländischen Journalisten von allen Seiten zeigen zu können.

16 Übertragungswagen, drei vom ZDF entliehen, fahren über Land. Von 23 Außenposten wird berichtet, 500 Mitarbeiter arbeiten vor und hinter 75



Wahl-Berichterstatter **Rohlinger**
Hochrechnung aus Friesdorf



elektronischen Kameras. WDR-Pressedienst: „Die bisher technisch aufwendigste Sendung des Deutschen Fernsehens."

„Von der Technik her das bislang Größte" wollen auch die Mainzer bieten. Seit ihr Intendant Holzamer vor zwei Jahren bei der ARD vergebens für eine gemeinsame Wahlnacht warb, rüsten sie auf:

An 17 Übertragungsstellen bedienen 400 Regisseure, Redakteure und Techniker 41 Kameras, im Bundeshaus lassen sie die aktuellsten Resultate automatisch vom Computer auf einen Riesen-Bildschirm projizieren, in den Parteizentralen postieren sie ihre Kameramänner neben die Kollegen von der ARD. „Nur wenn der Kiesinger in die Baracke läuft und Brandt umarmt", kommentiert ZDF-Wahlmoderator Volker von Hagen den Wettlauf, „dann schalten wir zusammen."

Wenn's geht. Denn zu verschiedenen Zeiten bieten die Sender auch ihre Füllprogramme an. Die ARD blendet Bundesligaszenen, „Tagesschau"-Köpcke und „Spuk im Morgengrauen" (siehe Seite 219) in ihre Zahlenlawine ein; das ZDF mischt Bundesligaszenen, „Heute"-Wrobel und bunten Archivverschnitt mit den Beatles und der Bardot, mit Rudolf Schock, Marika Rökk und anderer „Crème de la Crème" (ZDF-Verlautbarung) in die Aktualitäten.

Mit Wahl-Show und Buntem Abend wollen die TV-Konkurrenten ihre Pannen von 1965 wettmachen. Damals hatte der erste Kanal fast dreimal so viele Zuschauer (Durchschnitt: 41 Prozent) wie der zweite (14 Prozent); doch die Mainzer schienen fixer: Um 21.32 Uhr — elf Minuten vor der ARD — präsentierten sie ihre erste Hochrechnung, um 0.55 Uhr meldeten sie als erste das Endergebnis.

Doch diesen Triumph entlarvte ARD-Koordinator Dieter Gütt nachträglich als Mogelei. „Interne Recherchen haben ergeben", schrieb er vertraulich an den WDR-Intendanten von Bismarck, „daß es sich bei diesem ‚Endergebnis' des ZDF um eine Hochrechnung handelte" — der Wahlkreis Burglengenfeld war noch gar nicht ausgezählt.

Diesmal soll nur noch präzise gerechnet werden — aber schneller denn je. Wildenmanns und Rohlingers Computer sind mit sämtlichen Wahlergebnissen seit Kriegsende gefüttert und spucken die Resultate aus 248 Wahlkreisen, rund 3000 zwei- und dreistellige Zahlen, in weniger als einer Minute aus.

Noch schnellere Informationen versprechen indes die Hörfunkredakteure. Sämtliche Sender haben eigene Teams überall dorthin entsandt, wo die Fernsehkollegen umständlich mit Kamera und Scheinwerfer hantieren müssen. Ulrich Gembardt, stellvertretender Hörfunkchef in Köln: „Wir brauchen ja bloß ein Mikrophon, und deshalb sind wir immer etwas schneller als das Fernsehen."

DIESE WOCHE

30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Sendereihe. WDR. 1. **Münster** von Olrik Breckoff. Montag, 22. 9., 22.10 Uhr. 2. **Reims** von Peter Scholl-Latour. Mittwoch, 24. 9., 21.35 Uhr. 3. **Portsmouth** von Paul Anderson und Christian Herrendoerfer. Donnerstag, 25. 9., 22.20 Uhr.



Die deutsche Stadt Münster wurde im Zweiten Weltkrieg in drei schweren Luftangriffen ruiniert. Das französische Reims galt seit der Zerstörung durch deutsche Granaten 1914 als „Symbol deutsch-französischer Erbfeindschaft". Auf Portsmouth warfen deutsche Stukas mehr Bomben als auf jede andere englische Stadt.

Jetzt rekonstruieren Reporter der ARD mit Wochenschau-Schnitzeln, Amateurfilmen, Bildern aus privaten Photoalben und vielen Zeugenaussagen Verwüstung und Chaos in den drei Städten. Sie fragen, ob die alten Wunden verheilt sind, und forschen nach verborgenen Ressentiments. Die geschlagene Bevölkerung, so zeigt sich, hegt keinen Groll mehr gegen die Kriegsgegner von einst, doch ganz bewältigt ist die Vergangenheit nun auch wieder nicht.

In Münster, der Stadt „zwischen Kreuz und Hakenkreuz" (Untertitel), bewahrt der Autoverkäufer Hermann Hogeback, dem Hitler in der Wolfsschanze einmal die Hand gedrückt hat, noch immer alle Orden in einer Zigarrenkiste auf. Und auch der Pg. und die Jüdin, die Kirchgänger, BDM-Mädel und Flakhelfer von damals reden nicht ohne Emotionen über Münsters großdeutsche Zeit.

Autor Breckoff (Photo) berichtet vom ersten großen Tagesangriff auf eine deutsche Großstadt im Jahr 1943, vom Reitturnier zugunsten des Winterhilfswerks, vom Lokalblatt, das noch in der letzten Ausgabe 1945 Tips für Imker druckte, und von der Stange Ami-Zigaretten, die damals auf dem schwarzen Markt 1000 Mark kostete.

Mitten in der Stadt läßt Breckoff 1969 noch einmal Hitler vom Tonband aus dem Lautsprecher brüllen; nur ein Münsteraner protestiert — Westfälischer Frieden.

Was heißt denken. Dokumentation von Erasmus Schöfer. SWF. Montag, 22. September, 23.15 Uhr. **Martin Heidegger.** Porträt von Richard Wisser. ZDF. Mittwoch, 24. September, 22.45 Uhr.



„Er wurde geboren, arbeitete und starb." So sprach Martin Heidegger (Photo), der am Freitag dieser Woche 80 Jahre alt wird, über das Leben des Aristoteles. Heidegger mißachtet das Biographische. Er war immer nur am Denken, an der Philosophie interessiert.

Heideggers Denken, seine Philosophie in Bilder umzusetzen, diesen waghalsigen Versuch unternimmt das Deutsche Fernsehen in dieser Woche. „Was heißt denken" nennt Erasmus Schöfer seine SWF-Sendung und scheitert am Bild. Während Schöfer

Das Licht kommt von Philips...

.... das Licht der Hochmastanlage an der B8 in Leverkusen

Hier versucht ein jeder schnell und sicher Entfernungen zu überwinden und Zeit zu gewinnen. Hier ist ein typisches Ballungszentrum des modernen Massenverkehrs. Hier vereinigen, überschneiden und kreuzen sich auf verschiedenen Ebenen Verkehrswege für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer. Einfädeln, verflechten, ausfahren! Eine Vielfalt von Lichtsignalen, Verkehrszeichen und Schilderbrücken beanspruchen zusätzlich die Nerven. Jede Einzelheit, jedes Hindernis aber soll für alle Verkehrsteilnehmer deutlich sichtbar und überschaubar sein, um das größtmögliche Maß an Sicherheit zu erreichen. Das wurde durch die großflächige Ausleuchtung der Gesamtanlage mit wenigen aber starken Lichtquellen gelöst. 36 m hohe, schlanke und elegante Lichtmaste mit einzeln einstellbar bündelnden als auch breitstrahlenden Spezialscheinwerfern ergeben eine vorbildliche Beleuchtungsqualität. Ein weiterer Beweis für den fortschrittlichen Erfolg der Philips Lichttechnik.

....nimm doch **PHILIPS**

PHILIPS



Heideggers bedeutendste Schrift „Sein und Zeit“ deutet, wird der Zuschauer minutenlang mit Mondbildern von Apollo 7 strapaziert, und den Heidegger-Begriff „Geworfensein“ illustriert — im Negativfilm — ein schwarzgekleideter Jüngling, der durch eine Sandgrube läuft. Heideggers pessimistische Aussagen über die Technik werden schließlich zu rollenden Zahnrädern und flackernden Computersignalen zitiert.

Das ZDF, das zwei Tage später den Jubilar feiert, entzieht sich derart brüsker Illumination. Was Schöfer nicht gelang und was auch als ausgeschlossen galt, erreichte der Wormser Autor Richard Wisser: ein Fernsehinterview mit Heidegger. 20 Minuten lang gab der Denker Antwort — freilich nicht auf biographisch-politische, sondern nur auf Fragen zu seinem Werk und zu Zeitproblemen; einen gesellschaftlichen Auftrag will er der Philosophie auch heute noch nicht zugestehen.

Zehn von Heidegger beeinflußte Gelehrte — darunter der Philosoph Karl Löwith und der Theologe Karl Rahner — ergänzen das Gespräch; in ihren Studierstuben geben sie monologisch Auskunft über den Denker und ihre Begegnungen mit ihm. Nur einer ist kritisch: Dolf Sternberger, der in Heideggers Denk-Versuch einen „erschreckenden, hochfahrend-übermenschlichen Anspruch“, gleichwohl etwas „titanisch Vergebliches“ sieht.

Ernst Jünger, Experte für Soldatentum und Natur-Inspektion, registrierte bei der ersten Begegnung mit seinem Freund Heidegger einen „Eros“, der „stärker war als Worte und Begriffe“, und „das Listige des Fallenstellers“: „Heideggers Vaterland ist der Wald, sein Bruder ist der Baum.“

Was Jünger im ZDF nur sagt — Schöfer zeigt es im Südwestfunk wirklich. Bei der Erwähnung von Heideggers Buch „Holzwege“ erscheint ein Waldpfad mit knorrigen Wurzeln im Bild und illustriert: Schöfer ist auf dem Holzweg.



Palace-Hotel. Fernsehspiel von Herbert Asmodi nach einer Idee von André Maurois. Regie: Tom Toelle. WDR, Dienstag, 23. September, 21.05 Uhr.

Der Boß ist pleite, sein Büro leer, die Frau ihm davongelaufen, der Freund will nichts mehr mit ihm zu tun haben — Paul Berwald will Schluß machen.

Die Direktion des Palace-Hotels ist ihm dabei behilflich. Sie offeriert dem Lebensmüden einen Vier-Wochen-Aufenthalt für 10 000 Mark in den Luxus-Räumen von Schloß Tremsbüttel bei Hamburg, gepflegter, schmerzloser Selbstmord inbegriffen, Rücktritt vom Vertrag ebenfalls. Berwald (Peter Pasetti, Photo, l.) akzeptiert.

Aber an Todes Statt findet er im holsteinischen Schloßhotel zwischen kauzigen Komtessen, smarten Versagern und nörgelnden Snobs die strenge, stille Silvia (Luitgard Im, Photo, r.), auch sie fest entschlossen, sich auf fei-

ne Art das Leben zu nehmen. Es kommt, wie's kommen muß: Sie lieben sich, kündigen ihre Selbstmord-Verträge und wollen — Palace verhindert es schließlich — zurück in die Wohlstandsgesellschaft, die der Dramatiker Herbert Asmodi mit dieser Satire zu verhöhnen vorgibt.

Asmodis utopisch-ironische Farce gegen den hemmungslosen Konsum, wo alles, selbst die Agonie, käuflich ist, verflacht auf dem Velours der Tremsbüttler Salons zur reinen Kolportage.



Konflikt in Fernost. Originalfilm des Zentralen Wochenschau- und Dokumentarfilm-Studios Volksrepublik China. WDR. Freitag, 26. September, 20.20 Uhr.

Mit blanken Fäusten, Stöcken und Rudern, zu Lande und zu Wasser, dreschen chinesische Fischer auf „die frechen Banden von Sozial-Imperialisten, Gangstern und Piraten" ein. Sie prügeln sowjetische Soldaten, die nächtlich am Ussuri Wache fürs Vaterland halten.

Mit zitternder Teleoptik verfolgen Maos Kameramänner mit „der roten Sonne im rotesten Herzen" den Kampf zwischen den feindlichen Brüdern. Sie filmten „Faschisten-Stiefel" der Sowjet-Soldaten, die das Gras „unseres heiligen Vaterlandes niedertrampeln", zwei „sowjetisch-revisionistische Kanonenboote", die ihre Wasserwerfer auf chinesische Kutter richten, und russische Rotarmisten, die chinesische Fischer kidnappen. „Doch der Sieg ist unser!" kommentiert die Stimme Pekings diese Bilder von Amur und Ussuri.

Die Parole wird jetzt auch im Deutschen Fernsehen ausgegeben. Bei grünem Tee, per Handschlag und ohne Lizenzen haben Maos Nachrichtenhändler dem WDR-Redakteur Jürgen Rühle, der kürzlich ein Mao-Porträt gesendet hatte, den Film offeriert.

Um die Sowjets nicht zu vergällen, will Rühle jetzt — entgegen den Erstankündigungen — dem Film aus Peking eine Anfang April bereits gesendete WDR-Dokumentation aus russischer Perspektive folgen lassen, die der Moskauer ARD-Korrespondent Lothar Loewe aus sowjetischem Bildmaterial montiert hat.

Manchmal zeigen beide Streifen die gleichen Szenen, auch die Kommentare sagen dasselbe: Die Hölle, das sind die anderen.



Sir Basil Zaharoff. Dokumentarspiel von Michael Mansfeld. Regie: Wolfgang Schleif. ZDF. Freitag, 26. September, 20.20 Uhr.

Er nahm an fast jedem Massaker der Jahrhundertwende teil — auf seine Weise. Er bewaffnete die Griechen gegen die Türken, die Türken gegen die Serben, die Serben gegen die Österreicher. Er verdiente am Salpeterkrieg zwischen Chile und Bolivien (1884), am

Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898), am Burenkrieg (1899), am Russisch-Japanischen Krieg (1904 bis 1905).

Und auch im Ersten Weltkrieg bewährte er sich als Lieferant für alle Fronten: Mit seinen türkischen Kanonen schossen zum Beispiel an den Dardanellen deutsche Artilleristen britische Bataillone mit englischen Granaten zusammen.

Sir Basil Zaharoff, der „Makler des Todes", ehedem Bordell-Schlepper in Konstantinopel, zuletzt Besitzer des Spielkasinos von Monte Carlo, war eben ein wahrer Kosmopolit — ein Weltbürger mit schwarzer Vergangenheit, von dem niemand weiß, wann und wo er nun wirklich geboren wurde, ob 1849 oder 1851, ob als Russe, Pole oder Grieche, als Sohn einer reichen türkischen Mutter oder eines armen jüdischen Vaters in Odessa, Anatolien, Albanien, Bulgarien oder in den Londoner Whitechapel-Slums.

Auch Autor Mansfeld („Der Reichstagsbrand-Prozeß") gibt darüber keine Auskunft. Ihn interessiert in seiner aufwendig besetzten Szenenfolge — Richard Münch als Zaharoff (Photo), Antje Weisgerber, Siegfried Wischnewski — nur der große Drahtzieher, der skrupellose, zynische, geniale Waffenhändler mit dem Knebelbart, der betrügt, erpreßt, spioniert und morden läßt und dabei zu hohen Ehren gelangt.

Zaharoffs Fazit im Mansfeld-Spiel: „Am Geld klebt Dummheit", und „Blut ist nur eine Farbe".

Vertriebene in Finnland. Dokumentation von Bernd Nielsen-Stokkeby. ZDF Freitag, 26. September, 21.55 Uhr (Farbe).



Rund 423 000 Finnen, so zeigt der ZDF-Abteilungsleiter Nielsen-Stokkeby, 49 („Ost-West-Runde"), mit authentischem Filmmaterial, wanderten nach dem Zweiten Weltkrieg mit Sack und Pack, mit Hundeschlitten, Rentieren und Rinderherden übers Eis. Sie verließen Karelien (ein Achtel des finnischen Staatsgebietes), das Finnland an die Sowjet-Union abtreten mußte.

Ein „Vertriebenenproblem" freilich, beteuert der Bauer Kähönen, Sprecher der karelischen Landsmannschaft, kennt Suomi nicht. Die finnischen Flüchtlingsverbände, die eigene Zeitungen herausgeben und Sonnwendfeiern veranstalten, nehmen Rücksicht auf die Außenpolitik des von Moskaus Wohlwollen abhängigen Staates. „Wir wissen ganz gut", sagt eine nackte Krankenschwester vor der Sauna, „daß wir haben keine Realität, nach Karelien zurückzukehren."

Auch die Politiker, Bauern, Lappen und Hirten, die Nielsen-Stokkeby (Photo) befragte, verlangen weder Rückgewinnung noch Heimatrecht. „Finnland", meint der Vize-Premier Virolainen bei der Ernte auf einem Traktor, „hat keine politischen Probleme mit den karelischen Leuten."

Die Dokumentation wird vom ZDF in der Reihe „Alternativen“ gesendet. Sie bietet den Berufsflüchtlingen in Deutschland einen hervorragenden politischen Nachhilfeunterricht.



Spuk im Morgengrauen. Kriminalspiel von Michael Ashe. Regie: Dieter Munck. SDR. Sonntag, 28. September, 22.00 Uhr.

Die Stiege knarrt, Gardinen wehen, die Telephonleitung ist tot, die Tür von außen verriegelt. Im Garten gräbt bei Nacht und Nebel ein Fremder, den Schädel mit einem Nylonstrumpf umspannt, nach einer Leiche.

Wer hat vor zwei Jahren das Schweizer Au-pair-Mädchen Karin mit acht Schlaftabletten umgebracht? Das Ehepaar, er ein Geschäftsmann, sie eine welke Enddreißigerin mit Drang zur Flasche, will es im Kreuzverhör beim Morgengrauen unbedingt klären; vorm Haus steht ein schwarzer Sarg.

Munck hat diesen Psycho-Thriller vom guten alten englischen Schlag mit viel Grusel inszeniert. Günther Neutze zieht seinen bewährten Flunsch zum Understatement, Rosel Schäfer (Photo) zeigt schönste Hysterie, und bis zum Schluß bleibt unklar: Wem gehört die Hand, die zum Hörer greift?

PS: Sie gehört der Übersetzerin des Stückes, Ursula Lyn.

WEITERE SENDUNGEN

Monitor. Moderator: Claus-Hinrich Casdorff. WDR. Montag, 22. September, 20.20 Uhr. Geplant sind Berichte über den Wahlkampf-Stil von Franz Josef Strauß, das „Wahl-Duell“ zwischen Hans Katzer (CDU) und Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) in Köln sowie den mangelhaften Zivilschutz gegen ABC-Waffen in der Bundesrepublik.

Tabu der Gerechten. ZDF. Montag, 22. September, 21.05 Uhr. Amerikanischer Spielfilm (1947) mit Gregory Peck über Antisemitismus in den USA. Regie: Elia Kazan.

Nach vier Jahren. WDR. Mittwoch, 24. September, 20.20 Uhr. In der Reihe „Deutschland vor der Wahl“ ziehen die Bonner Fraktionsvorsitzenden Barzel, Schmidt und Mischnick eine Bilanz der letzten Legislaturperiode.

ZDF Magazin. Moderator: Gerhard Löwenthal. ZDF. Mittwoch, 24. September, 20.20 Uhr. Letzte Umfrage-Ergebnisse über das mutmaßliche Wahlergebnis.

Journalisten fragen – Politiker antworten. Leitung: Reinhard Appel. ZDF. Donnerstag, 25. September, 21.35 Uhr. Vier deutsche und vier ausländische Journalisten befragen die Parteivorsitzenden Brandt (SPD), Strauß (CSU) und Scheel (FDP). Statt des ebenfalls eingeladenen Kanzlers Kiesinger spricht für die CDU Bruno Heck.

Beat-Club. Regie: Michael Leckebusch. RB. Samstag, 27. September, 16.00 Uhr. Das Musik-Magazin bringt die instrumentale deutsche Uraufführung der Beat-Oper „Tommy“ (SPIEGEL 34/1969), interviewt dazu den Komponisten Peter Townshend, Chef der Beat-Gruppe „The Who“, und berichtet vom bisher größten englischen Popmusik-Festival auf der Isle of Wight.

Zwei Stimmen für jeden. WDR. Samstag, 27. September, 17.30 Uhr. Informationen über das Verfahren zur Bundestagswahl 1969.

Wahl 69. ARD/ZDF. Sonntag, 28. September, 18.00 Uhr. Berichte über die Bundestagswahl (siehe Seite 213).

Am Morgen nach der Wahl. ZDF. Montag, 29. September, 6.00 Uhr. Interviews, Analysen und Kommentare zum Wahlresultat.

MODE

MIEDER

Rundum ohne

Hans Hasler, persönlich haftender Gesellschafter der Schweizer Leibwäschefabrik Hasler & Co. zu Frauenfeld, hat sein Auge inzwischen „daran gewöhnt, daß eine Brust dorthin gehört, wo sie in Wirklichkeit ist".

„Die moderne Frau rüstet sich nicht", so lautet auch die Maxime des deutschen Maschen-Industriellen Franz Falke aus Schmallenberg. Beide, der Schweizer und der Sauerländer, befürworten eine Abrüstung, die letzte Woche anläßlich des Wäsche- und Miedersalons in Köln von der Textilpresse als „Durchbruch des Soft- und Transparent-Stils" gefeiert wurde.

Tatsächlich scheinen neuerdings alle in der Unterbekleidungs-Branche Schaffenden einig in ihrer Zielsetzung: die „Weg mit dem BH"-Bewegung (SPIEGEL 35/1969) — mittels behutsam stützender Synthetics — vor ihrem Tiefpunkt abzufangen. Hauchzarte Körperstrümpfe, welche die Figur von Fuß bis Schlüsselbein umhüllen, durchsichtige Büstenhalter ohne Gestänge und trikotartige „bodyslips" waren Schlager der galanten Kölner Messe.

Doch die Eintracht, mit der jetzt Strumpf- und Miederleute weibliche Rundungen in naturgewollte Formen zurechtrücken, täuscht. Für den Wäschesalon, so berichtete der „textil schnell report", sei zwischen den Branchen nur ein „Burgfrieden" geschlossen worden.

Zankäpfel sind Po und Busen der bundesdeutschen Verbraucherin: Die Miederindustrie wünscht nicht, daß jene Polster — gleichsam als ihr Hoheitsgebiet — auch von der Strumpfindustrie figurformend umgarnt werden. Die erste Schlappe mußten die Mieder-Macher freilich schon hinnehmen. Nach Einführung der Strumpfhosen fanden, wie Feinstrumpfwirker Falke kundtat, viele Frauen „den Hüfthalter ... plötzlich im wahrsten Sinne unerträglich". Mit dem Boom in Strumpfhosen sank der Miederabsatz.

Dr. Herbert Braun, Chef von Triumph International und mit 50 Prozent Mieder-Marktanteil ungekrönter König unter den Figurkrönern Deutschlands, verklagte unlängst die Strumpfwirkerfirma Ergee, weil sie ihre Ware als „Miederstrumpfhose" feilbot. Nun, da rundum entfesselnde Bodystockings aus den Strumpffabriken kommen, muß er auch um Marktanteile auf dem gehobeneren Stütz-Sektor bangen.

Nach ersten Revierabsprachen trafen die einstmals durch die Strumpfhalter-Strapse so eng miteinander verknüpften Parteien Ende vorletzter Woche eine Art Gentlemen's Agreement: Die Großen der Strumpfbranche kamen mit einigen der Miederfabrikanten überein, Strumpf- und Miederhosen in der Werbung als ideale Ergänzung anzupreisen. Triumph-Chef Braun wollte sich dem Haut-Kartell noch nicht anschließen.



Messe-Neuheit **Soft-BH**
Die Woge der Entfesselung ...

Denn Triumph war zu dem Zeitpunkt bereits erfolgreich artikelfremd gegangen: Seit wenigen Monaten produziert die Miederfirma Strumpfhosen. Triumph-Absatz im ersten Vierteljahr: sieben Millionen Stück. Ob er sich aus dem lukrativen Strumpfhosengeschäft wieder zurückziehen wird, will der Triumph-Mann erst nach der Miedermesse entscheiden.

Doch ebenso lange behalten sich die vom Frei-Stil begünstigten Strumpfwirker endgültige Entscheidungen vor. „Uns macht es nichts aus", so Dr. Christian Sonneborn, Marketing-Berater bei der Falke-Gruppe, „wenn wir zusätzlich zum Strumpfgarn noch ein paar kräftige Lycra-Fäden in die Rundwirkrahmen spannen" — zwecks besserer Stützung der Zankäpfel.



Messe-Neuheit **Körperstrumpf**
... vor ihrem Tiefpunkt abfangen

PERSONALIEN

Kurt Georg Kiesinger, 65, Bundeskanzler, drängte sich bei der Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt ungebeten ins Bild. Als ein Aufnahmeteam der „Bavaria" für einen kurzen SPD-Wahlkampffilm gerade eine Gesprächsszene zwischen Bundespräsident Gustav Heinemann und Wirtschaftsminister Karl Schiller drehte, entrüstete sich Kiesinger, der dies aus zwei Meter Entfernung beobachtet hatte: „Das ist ja unerhört, da gehöre ich ja wohl auch mit drauf." Der Kanzler gesellte sich zu den Diskutanten, mischte sich jedoch nicht ins Gespräch. Daraufhin wurden die Aufnahmen abgebrochen, und die Runde ging auseinander.

Wilhelm Lenz, 48, CDU-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, hofft nicht mehr auf eine Koalition seiner Partei mit der FDP. Auf einer Kundgebung mit Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder im halbbesetzten Robert-Schumann-Saal in Düsseldorf mokierte sich Lenz über die angeblichen Koalitionsabsprachen zwischen FDP und SPD und riet seinen Zuhörern: „Wer jetzt noch FDP wählen will, der kann besser gleich Willy Brandt wählen."

Heinz Rudolph, 47, NPD-Fraktionschef im niedersächsischen Landtag, demonstrierte wider Willen gegen die eigene Partei. Als bei einer Wahlveranstaltung mit NPD-Chef Adolf von Thadden in Hameln 3000 Demonstranten die Weserberglandhalle blockierten, brauchte Rudolph 45 Minuten, um sich zum Saal vorzukämpfen. Zwischendurch mußte sich der NPD-Mann im stahlblauen Anzug (Rudolph: „Die haben mich ganz mißtrauisch angeguckt") immer wieder in die Apo-Ketten einhaken. Rudolph nach seinem Durchbruch: „Wenn ich 17 wäre, würde ich ja jetzt auf deren Seite stehen. Schließlich bin ich auch mal Aponent gewesen."

Erich Riedl, 36, CSU-Bundestagskandidat im Wahlkreis München-Süd, wehrte sich gegen den Vorwurf von Parteifreunden, er verteile außer bemalten Eiern und Rosen auch Antibabypillen an seine Wählerinnen. Riedl, der mit seinen unkonventionellen Wahlkampfmethoden in München Furore gemacht hat, über die Unterstellung: „Das geht zu weit. Wer so jung ist wie ich, muß doch noch an den Wählernachwuchs denken."

Hans-Jochen Vogel, 43, Münchens Oberbürgermeister, mußte nach einem Wahl-Werbe-Rundgang mit SPD-Bundestagskandidat Manfred Schmidt über den Münchner Viktualienmarkt für seinen im Gedränge abhanden gekommenen Fahrer einspringen. Als Vogel und Schmidt wieder im Fond des bereitstehenden Mercedes 250 SE-Kabrio Platz genommen hatten, vermißte der OB seinen Fahrer am Lenkrad. Mit dem Ruf „Sakra, da lenk' ich halt selber" stieg Vogel über die Rücklehne auf den Vordersitz und brauste den mit Blaulicht folgenden Polizeifahrzeugen in Richtung Innenstadt davon.



Kim Novak, 36, „der letzte in Hollywood fabrizierte Star" (Produzent Richard Zanuck), macht in ihrem neuesten Film Zugeständnisse an die Nacktfilmwelle. Nach 1954 hatte Columbia-Boß Harry Cohn aus Verärgerung über die launische Diva Rita Hayworth das talentlose Gelegenheitsmannequin Marilyn Pauline Novak in sechs Filmen systematisch zum „US-Kassenschlager Nummer eins" („Time") aufgebaut. Nach einem schweren Reitunfall vor vier Jahren zeitweise gelähmt und fast vergessen, soll die Star-Blondine der fünfziger Jahre als Bankräuber-Lady jetzt mit Mini-Mieder und knapp verhüllten Brustspitzen eine Western-Komödie beleben.







Willy Brandt, 55, Vizekanzler, besuchte mit seinem jüngsten Sohn **Matthias,** 8, und Ehefrau **Rut,** 48, den traditionellen Rummelplatz „Pützchen's Markt" bei Bonn. Im Wicküler-Bierzelt forderte Kapellmeister Harry Phaler den Minister auf: „Dirigieren Sie doch mal Ihren Lieblingsmarsch." Brandt stieg aufs Podium und bekannte: „Ach wissen Sie, ich habe eigentlich keinen Lieblingsmarsch, aber wir können ja mal ‚Alte Kameraden' spielen." Mit großem Beifall für sein Dirigenten-Debüt bedacht, spendierte Brandt der Kapelle 17 Maß Bier und zog dann weiter zum Jux-Theater „Weißes Rößl", dessen Besitzer seinen Gast persönlich begrüßte. Als der Minister mit einem Fünf-Mark-Stück zahlen wollte, lehnte der Schausteller ab: „Stecken Sie man Ihren Heiermann wieder ein, von Genossen nehme ich kein Geld." Nachdem Brandt-Sohn Matthias an einer Losbude einen riesigen Plüschhund gewonnen hatte, stärkte sich die Familie nach dem Rummel-Rundgang mit Reibekuchen.



REGISTER

BERUFLICHES

KARL BREYER, 46, Kaufmann, und *OSKAR BARTH, 58,* Ingenieur, müssen für die NPD kandidieren, obwohl sie der Partei nicht mehr angehören. Am 25. August hatte der NPD-Kandidat im Wahlkreis 246 (Saarlouis), Oskar Barth, den Landeswahlleiter Egon Nalbach wissen lassen, daß er aus der Partei ausgetreten sei und seine Kandidatur niederlegen möchte. Drei Tage später hatte der NPD-Kandidat im Wahlkreis 245 (Saarbrücken-Land) und Mitbegründer der NPD, Karl Breyer, dem Wahlleiter erklärt: „Ich trenne mich heute von der NPD, weil diese Partei meinen ursprünglichen Vorstellungen nicht mehr entspricht. Sie muß heute als Nachfolge-Organisation der Nazis angesehen werden. Denn wie anders kann eine Partei bezeichnet werden, in der es geschehen kann, daß sich führende Leute mit Bildnissen Hitlers beschenken." Breyer, der auch sein NPD-Stadtratsmandat niedergelegt hat, charakterisiert die NPD-Führer als „politische Glücksritter" und bemängelt die vielen „Intrigen" im Parteiapparat. Trotz ihrer Austritte aus der Partei kann Landeswahlleiter Nalbach die ehemaligen NPD-Männer nicht von ihrer Kandidatur entbinden: Am 25. August war die Frist für die Vorlage der Landeslisten und der Kreiswahlvorschläge abgelaufen, und nach dem Wahlgesetz ist eine einmal gegebene Zustimmung zur Aufstellung „unwiderruflich".

PETER VON ZAHN, 56, Fernseh-„Reporter der Windrose", hilft der CDU mit Fernsehwerbung im Wahlkampf. Der erklärte CDU-Wähler (von Zahn: „Kiesinger im Kanzler-Bungalow ist nicht ein lebendiger Beweis dafür, daß Bonn ein Nazinest ist, sondern daß man aus Fehlern lernen kann") hatte sich bereits vor vier Jahren den Christdemokraten als Wahlhelfer angeboten. Diesmal nun durfte der Fernseh-Produzent im ersten Fernseh-Werbespot der CDU im altbewährten Adenauer-Stil mit den in Prag auffahrenden Sowjetpanzern Angststimmung verbreiten und vor Experimenten warnen. Von Zahn, für den die CDU „die Realistin unter den Parteien" ist, über seine Arbeit: „Ich habe die Sache selbst entworfen, ausgedacht, geschrieben und produziert."

MARGARET KENYATTA, 40, älteste Tochter von Kenias Staatschef Jomo Kenyatta, wurde einstimmig zum stellvertretenden Bürgermeister von Kenias Hauptstadt Nairobi gewählt. Die Präsidenten-Tochter und engagierte Frauenrechtlerin gehört bereits seit mehr als vier Jahren als Vorsitzende des öffentlichen Gesundheitskomitees dem Stadtrat von Nairobi an.

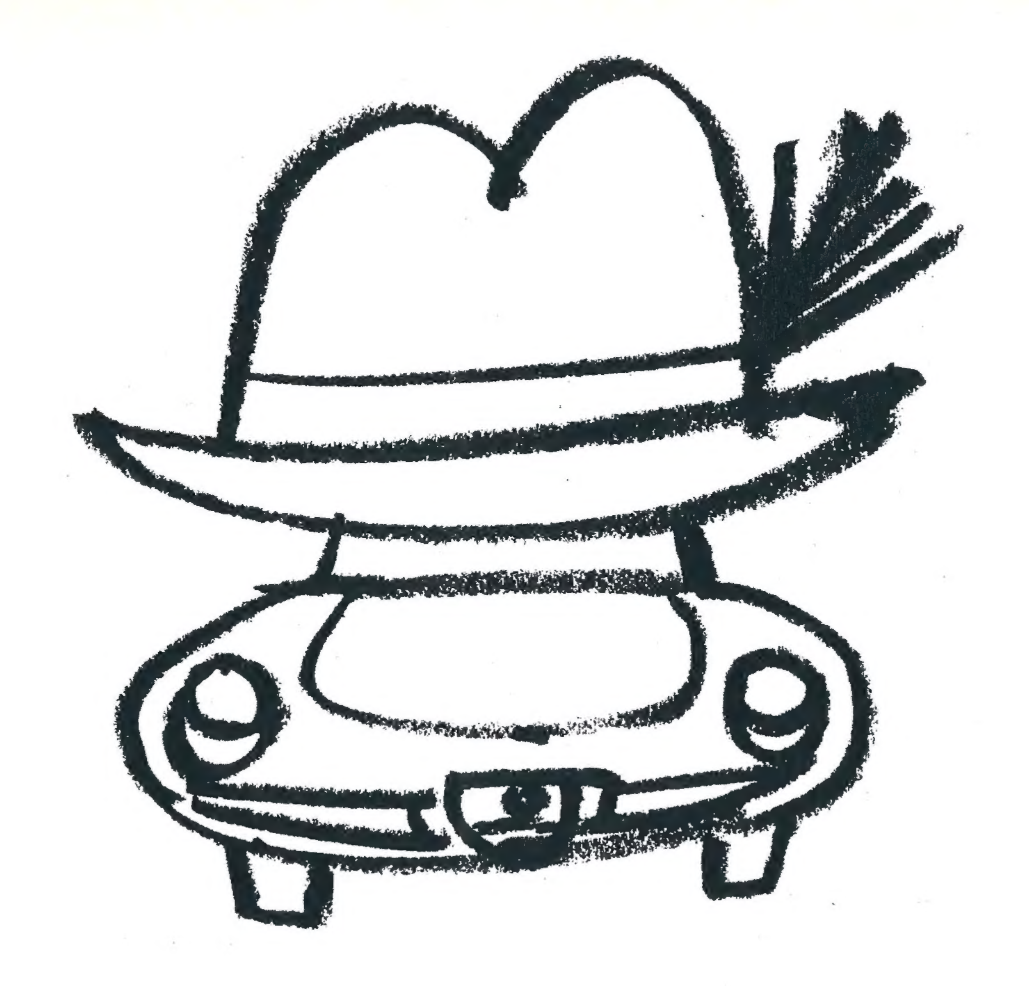
SHIRLEY TEMPLE, 41, ehemaliger Kinderfilmstar („Lockenköpfchen"), wurde für ihre Bemühungen als Wahlhelferin der Republikanischen Partei mit einem diplomatischen Amt belohnt. Im September vergangenen Jahres war die ehemalige Hollywood-Aktrice auf eigene Kosten durch Europa gereist, um ihre außerhalb Amerikas lebenden Landsleute als Wähler für die Nixon-Partei zu gewinnen. Präsident Nixon revanchierte sich nunmehr und ernannte Shirley Temple, die sich zwei Jahre zuvor bei Nachwahlen zum US-Repräsentantenhaus in Kalifornien vergebens als republikanische Kandidatin beworben hatte, zu einem der fünf amerikanischen Repräsentanten bei den Vereinten Nationen.




Kinderstar, Uno-Diplomatin Shirley Temple

EHESCHEIDUNG

JAMES ROOSEVELT, 61, ältester Sohn des verstorbenen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, trennte sich in Genf von seiner dritten Frau *GLADYS IRENE, 52.* Mitte Mai hatte die Roosevelt-Gattin dem Portefeuille-Manager des Geldanlage-Konzerns IOS während eines Streits in ihrem Genfer Haus ein Messer in den Rücken gestoßen und war anschließend in der Genfer Nervenklinik „Bel Air" in einen Heilschlaf versetzt worden. Ein Genfer Gericht schied das Paar nunmehr wegen „Unverträglichkeit". Der Präsidenten-Sohn hatte bereits 1954 seine politische Karriere durch einen Eheskandal blockiert: Roosevelt-Gattin Nummer zwei, Romelle Schneider, hatte den damaligen demokratischen Kandidaten für das Repräsentantenhaus gezwungen, im Scheidungsprozeß die Namen ihrer neun Rivalinnen bekanntzugeben.



Setzen Sie ihm einen Winterhut auf

Viele fahren im Winter ihren Alfa Romeo Spider mit Hardtop - wenn sie nicht gerade damit in den Süden wollen. Seiner Eleganz tut das keinen Abbruch. Und schon gar nicht seinen Fahreigenschaften. Ob 1300 Spider oder 1750 Spider Veloce - leicht und exakt zu lenken sind sie beide. In jeder Jahreszeit. Mit rennerprobter Sicherheit. Die wird, wie Sie wissen, bei Alfa Romeo mit eingebaut. Serienmäßig. Ebenso wie Fahrkomfort und Luxusausstattung. Wie die verstellbaren Einzelsitze. Wie das Fünfganggetriebe. Wie die vier Scheibenbremsen. Das alles ist im Preis eingeschlossen. Auch die Mehrwertsteuer. Und die 6-Monate-Garantie - ohne Kilometerbegrenzung. Nur für den Hardtop müßten Sie extra zahlen: DM 1.098,90. Dafür fahren Sie dann ihren Spider im Winter wie ein Coupé.



Steigen Sie ein zu einer Probefahrt.

1300 Spider 1290 ccm, 87 PS, 175 km/h, DM 10.989,- ab Frankfurt/M. 1750 Spider Veloce 1779 ccm, 113 PS, über 190 km/h, DM 13.575,30 ab Frankfurt/M.

Alfa Romeo Vertriebsgesellschaft mbH, 6230 Frankfurt/M.-Griesheim



Telefon 0611/383651-57

HOHLSPIEGEL

Walter Zöller, Nachfolge-Kandidat des (am 30. Juli) tödlich verunglückten CSU-Bundestagsabgeordneten Konstantin Prinz von Bayern, verteilte sechs Wochen nach dem Tode des bayrischen Prinzen in München blauweiße Luftballons mit dem Aufdruck „Ihr Abgeordneter Konstantin von Bayern" sowie Pop-Aufkleber mit dem Text „Konstantin für uns — wir für Konstantin" und warb für sich mit dem Zusatz: „In seinem Sinne: Walter Zöller."

▽



Original-Kino-Anzeige des Inter-Verleihs.



Retuschierte Anzeige in den in Münster erscheinenden „Westfälischen Nachrichten".

▽

Weil „die Liberalen von jeher scharfe Gegner vor allem der katholischen Kirche" sind, „deren Anspruch auf alleinigen Besitz der Wahrheit ihnen ein Dorn im Auge ist", und weil „die schlimmsten Verfechter der Simultanschule die Liberalen sind", erinnert der katholische Pfarrer der Gemeinde Schillingen bei Trier, Hermann Adam, im Pfarrblatt „St.-Albanus-Bote" seine „lieben Pfarrkinder" daran, daß es „objektiv schwere Sünde" sei, „eine liberale Partei zu unterstützen". Denn, so Pfarrer Adam: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber!"

▽

Meldung im Bonner Polizeibericht: „Auf dem Weg zum Dienst wurde einem Godesberger Polizeibeamten von Passanten ein Eichhörnchen übergeben, das von einem Pkw angefahren worden war. Das Tier ließ sich ohne Gegenwehr mitnehmen."

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2 Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße, Tel. 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegr. Spiegelverlag, Postscheck Hamburg 71 37

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Günter Gaus

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURE
Leo Brawand, Manfred W. Hentschel, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

LEITENDE REDAKTEURE
Rolf Becker (Literatur), Werner Harenberg (Kulturpolitik), Heinz Höhne (Serie), Dr. Alexander von Hoffmann (Bonn), Siegfried Kogelfranz, Heinz Lohfeldt und Fritjof Meyer (Ausland), Klaus Kröger (Wirtschaft), Hagen Graf Lambsdorff (Militärpolitik), Rolf S. Müller und Jürgen Petermann (Wissenschaft und Technik), Felix Schmidt (Kultur), Hans Joachim Schöps, Dr. Wolfgang Malanowski und Hermann Zolling (Innenpolitik und Zeitgeschichte), Dr. Heinz Pohle (Schlußredaktion), Hans-Joachim Schmoll (Illustration), Eberhard Wachsmuth (Graphische Gestaltung)

REDAKTION
Deutschland: Jürgen Bertram, Jochen Bölsche, Heidi Dürr, Ernst Elitz, Hermann L. Gremliza, Heinz Höfl, Axel Jeschke, Dietrich Lachmund, Dr. Joachim Reimann, Walter Schulz, Hans-Wolfgang Sternsdorff; Militär: Carl-Gideon von Claer, Horst G. Tolmein; Ausland: Lutz Bindernagel, Peter O. Ebel, Jutta Fischbeck, Wolfgang Gust, Peter Hays, Dr. Wolfgang Kaden, Johannes Matthiesen, Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Hans-Georg Nachtweh, Karl Robert Pfeffer, Klaus Reinhardt, Johannes Graf von Saurma-Jeltsch, Wolfgang Stockklausner; Wirtschaft: Werner Detsch, Dieter P. Grimm, Hellmut Hartmann, Joachim Korthals, Karl Heinrich Rüßmann; Kultur: Dieter Brumm, Horst-Dieter Ebert, Manfred Eichel, Klaus Franke, Dr. Helmut Gumnior, Dr. Jürgen Hohmeyer, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dr. Hayo Matthiesen, Alfred Nemeczek, Gunar Ortlepp, Jörgen Pötschke, Dr. Rudolf Ringguth, Peter-Paul Roese, Siegfried Schmidt-Joos, Holger Schnitgerhans, Mareike Spiess-Hohnholz, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang; Serie: Günter Löbering, Dr. Gerd Rockel; Sport: Walter Gloede, Hans-Joachim Nesslinger; Automobile: Rudolf Glismann; Panorama, Personalien, Briefe: Ariane Barth, Dr. Karl Poerschke, Gisela Schröder-Ernst, Dietrich Strasser; Bild und Graphik: Volker Fensky, Günther Gatermann, Manfred Igogeit, Ingeborg Molle, Jürgen Wulf; Schlußredaktion: Peter Jordan, Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Horst Engel, Wilfried Herz, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef A. Klessinger, Hartwig Pepper, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

SPIEGEL-REPORTER
Kai Hermann, Ernst Hess, Gerhard Mauz, Dr. Fritz Rumler, Hermann Schreiber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND
Berlin: Karlheinz Vater, Sophie von Behr, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. 13 13 70/79, Telex 1 84 704 · Bonn: Erich Böhme, Ernst Goyke, Otto Diepholz, Alfred Freudenhammer, Werner Funk, Horst Knape, Peter Koch, Manfred Kohnke, Alexander E. Lang, Hans Schmelz, Hans-Gerhard Stephani, Ralph-Dieter Wienrich, 53 Bonn, Dahlmannstraße 20, Tel. 22 40 31, 22 39 81, Telex 8 86 630 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Günter Rau, Hans-Otto Eglau, Wolfram Baentsch, 4 Düsseldorf 1, Kreuzstraße 20–22, Tel. 36 30 66/67/68, Telex 8 587 118 · Frankfurt a. M.: Peter Thelen, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, Wolfgang Bayer, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 72 55 59, Telex 4 13 009 · Wiesbaden: Hans Hermann Mans, 62 Wiesbaden, Postfach 2880, Tel. 52 02 56 · Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 2 69 39, Telex 9 22 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Tel. 2 06 06, Telex 07 825 471 · Kiel: Heinz Kohl, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 5 12 66/67, Telex 299 859 · Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Große Langgasse 16, Tel. 2 61 61, Telex 4 187 507 · München: Otto von Loewenstern, Erich Milchgiesser, 8 München 15, Schwanthalerstraße 2–6, Tel. 59 47 24, Telex 5 22 501 · Stuttgart: Alexander Veil, 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11 (Iduna-Hochhaus), Tel. 29 58 65/66, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Leoforos Wassileos Konstantinou 46, Tel. 72 96 37 · Belgrad: Hans Peter Rullmann, Ulica Ivo Lola Ribar 6/5, Belgrad, Tel. 33 19 71 · Brüssel: Rienk H. Kamer, 8–10, Pastorijstraat, Brüssel, Sint Pieters Leeuw, Tel. 77 22 27, Telex 22 207 · London: Dr. H. G. Alexander, 56, North End House, London W 14, Tel. 603 02 93 · New York: Kurt J. Bachrach-Baker, 315 Lexington Avenue, New York, N. Y. 100 16, Tel. MUrray Hill 9-7400 · Paris: Rolf Steinberg, 17, Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 · Rom: Dr. Günther Zacharias, Via Riccardo Zandonai 9/11, 00194 Roma, Tel. 32 02 11 · Tel Aviv: Henri Zoller, Tel. 86 66 61, POB 336 Bat. Yam. · Tokio: Dr. Peter W. Crome, 11–54, 3-chome, Minami Azabu, Minato-Ku, Tokio, Tel. 473-0039 · Washington: Helmut Sorge, National Press Building, 14th and F Street, N.W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5222, Telex 89-2616 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Tekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92 · Zürich: Ludwig A. Minelli, CH-8127 Forch-Zürich, Hans-Roelli-Straße 1508, Tel. 95 04 54, Telex 54 833

Verlagsleitung: Rolf Poppe
Büro des Herausgebers: Walter Busse
SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO.
VERLAGSDIREKTOR
Hans Detlev Becker

RÜCKSPIEGEL

ZITAT

Die in Ost-Berlin erscheinende Zeitschrift „Das Hochschulwesen":

Ein Hamburger Nachrichtenmagazin nahm die Frage des Verhältnisses der FDJ-Studenten zur 3. Hochschulreform ebenfalls zum Ausgangspunkt einer Betrachtung. Während sich in den Ländern Westeuropas die Studenten verbarrikadierten und mit der Polizei auseinandersetzten, gäbe es in der DDR nirgends Barrikaden und Straßenschlachten. Wörtlich: „Und doch: An den 44 Hochschulen der DDR zerbersten ehrwürdige Institutionen, verschwinden Talare und Barette, zerbröckeln versteinerte Traditionen ... Am Philosophischen Institut der Ost-Berliner Humboldt-Universität zum Beispiel verlangten sie (die Studenten) eine Debatte über die Vorlesungskonzeption ihrer Lehrer ... Und Ost-Berlins Biologen setzten in Gemeinschaftsarbeit mit dem Hochschulminister einen Lehrplan ihrer Professoren außer Kraft." Obwohl die Fakten eine eindeutige Sprache zugunsten der entwickelten sozialistischen Demokratie im Hochschulwesen der DDR sprechen, versucht das zitierte Magazin eine ins Klischee des Antikommunismus passende Antwort zu geben. Die Studenten der DDR riefen angeblich deshalb nicht zu Go-ins und Sit-ins auf, weil sie in eine „militant-autoritäre Ordnung" eingezwängt seien. Warum die Studenten der DDR trotzdem alle ihre Vorstellungen an der Seite der Hochschullehrer verwirklichen, von denen westdeutsche und Westberliner Kommilitonen bestenfalls zu träumen wagen, bleibt in der erwähnten Betrachtung freilich unbeantwortet.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 38/1969 VERLAGE — *BLINDER MOMENT* über den Reinbeker Verleger und Förderer anti-autoritärer Autoren Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, der dem Bonner Verteidigungsministerium insgesamt 50 000 Sonderanfertigungen der antistalinistischen Memoiren von Jewgenija Ginsburg geliefert hatte. Weil die auf Taschenkalender-Format verkleinerten Dünndruckbändchen mit Ratschlägen für „Zuschriften aus der SBZ" von Bundeswehr-Spezialisten mit Raketen und Luftballons in die DDR geschickt worden waren, fürchteten der Verleger und sein Cheflektor Fritz J. Raddatz „allerhand Schaden" fürs linke Renommee und eine „schwierige Messe" in Frankfurt, versprachen jedoch, sich „jeder Diskussion" zu stellen.

△ Am vergangenen Montag gab Verleger Ledig-Rowohlt bekannt, sein Verlag werde wegen der „angedrohten Störaktionen" nicht an der am 8. Oktober beginnenden Frankfurter Buchmesse teilnehmen, „um keinen weiteren Zündstoff zu liefern".



PANTEEN®

Vitamin-Haarwasser

Das meistgekaufte Haarwasser der Welt.

PANTEEN

OHNE FETT


Das ist Mr. Massengill.
Er baut Tabak an. Goldenen
Virginia mit seidig zarten
Blättern. Einen der besten.
Darum kaufen wir seinen Tabak.
Die goldgelben, duftigen Tabake seiner Jahresernte.
Für Ernte 23.
Eine Ernte rauchen,
das ist wie eine Reise in die Welt
des Tabaks.
Von höchster Reinheit
REEMTSMA
ERNTE 23
CIGARETTEN